Preußenland

Preußenland

Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens

Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Jahrbuch 3 (2012)



Das 2010 begründete Jahrbuch "Preußenland" ist die Fortsetzung von "Preußenland. Mitteilungen der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz" (bisher Jg. 1–47. 1963–2009)

sowie "Beiträge zur Geschichte Westpreußens. Zeitschrift der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e.V." (bisher Nr. 1–20/21. 1967–2008).

Schriftleitung: Dr. Dieter Heckmann, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin; PD Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Zum Windmühlenberg, 14469 Potsdam; Astrid Kaim-Bartels, Schlesierring 2, 37085 Göttingen; Zuschriften für den Rezensionsteil werden erbeten an Prof. Dr. Sebastian Kinder, Universität Tübingen, FB Geographie, Rümelinstr. 19–23, 72070 Tübingen oder an Dr. Sven Tode, Güntherstr. 51, 22087 Hamburg

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz

Umschlagabbildung: Ausschnitt aus der Karte von Heinrich Zell, Prussiae descriptio, in: Abraham Ortelius, Theatrum Orbis Terrarum, Antwerpen 1570 (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. HA Hist StA Königsberg, AK, G Nr. 10037)

Herstellung: Stahringer Satz GmbH, Kolpingstraße 9, 35305 Grünberg

© Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e.V.

© fibre Verlag, Osnabrück 2013 Alle Rechte vorbehalten ISSN 0032-7972 ISBN 978-3-938400-90-6 www.fibre-verlag.de

Printed in Germany 2013

Inhalt

Dieter Heckmann: Leitfaden zur Edition deutschsprachiger Quellen (13.–16. Jahrhundert)	7		
Bernhart Jähnig: Vertreibung, Aufnahme und Ansiedlung der evangelischen Salzburger Emigranten in Preußen	14		
Stefan Hartmann: Einheit und Vielfalt der Friderizianischen Politik und Regierungspraxis in Westpreußen	32		
Wulf D. Wagner: Die Entwürfe des Baumeisters Valerian Müller für die Huldigung 1798 zu Königsberg	52		
Inge Steinsträßer: Ein Leben zwischen Kulmerland, Lemberg und Grüssau – Sr. Josepha Jettka OSB (1901–1981)	70		
Rainer Zacharias: Ein Massengrab gibt zu denken. Marienburg 1939 – 1945 Malbork	102		
Udo Arnold: Marian Biskup zum Gedenken	178		
Dieter Heckmann: Preußenland und Italien. Bericht über die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung vom 17. bis 20. Mai 2012 in Innsbruck	181		
Buchbesprechungen			
Dietger Langer, Polnische Literaturgeschichte – ein Abriss	183		
Nicholas Edward Morton, The Teutonic Knights in the Holy Land 1190–1291			
Simon Helms, Luther von Braunschweig	188		
Die litauische Wolfenbütteler Postille von 1573	191		
Wolfgang Rothe/Daniela Wiemer, Ortsatlas Trakehnen	192		
Rolf Straubel, Biographisches Handbuch der preußischen Verwaltungs- und Justizbeamten 1740–1806/15	193		
Kulturstaat und Bürgergesellschaft. Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert	195		

6 Inhalt

Theodor von Schön, Persönliche Schriften, Bd.1	198
Frieda Jung, In der Morgensonne – Kindheitserinnerungen	200
Robert Traba, Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz	201
Stephanie Zloch, Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen	202
Christoph Mick, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914–1947	206

Leitfaden zur Edition deutschsprachiger Quellen (13.–16. Jahrhundert)

Von Dieter Heckmann

Der hier wiedergegebene 'Leitfaden' beruht auf dem "Entwurf eines Leitfadens zur Edition deutschsprachiger Quellen (13.–16. Jh.)". Er ist seit dem Jahr 2000 zunächst über die 'Homepage' des Verfassers und nach deren ankündigungslosen Abschaltung durch den Betreiber dank des Netzauftritts der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung über www.hiko-owp/Editionsempfehlungen.pdf wieder zugänglich. Die erfahrene Kurzlebigkeit der Internetveröffentlichung, Tauglichkeitsprüfungen anhand der fortlaufenden Editionstätigkeit und der große Zuspruch, auch schriftlicher Art¹, haben den Verfasser ermutigt, den 'Leitfaden' nicht mehr als Entwurf, sondern gleichsam als 'Ausfertigung' vorzulegen.

I. Allgemeine Hinweise²

Das spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Schrifttum ist im Wesentlichen in Form von Urkunden, Briefen, Amtsbüchern, Rechnungen und Akten überliefert. Dementsprechend ergeben sich unterschiedliche Vorgehensweisen bei

- ¹ Siehe die Besprechung der "Chronik vom Bund und Vereinigung wider Gewalt und Unrecht" des Hochmeisterkaplans Andreas Santberg zur Vorgeschichte des Dreizehnjährigen Krieges in Preußen (1450–1454). Bearb. v. Dieter Heckmann unter Mitwirkung v. Marie-Luise Heckmann (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. 27), Marburg 2007, von Antje Thumser in: Editionen in der Kritik. Editionswissenschaftliches Rezensionsorgan. IV, hg. v. Hans-Gert Roloff, Berlin 2011, S. 131–139, hier S. 136.
- ² Besondere Berücksichtigung fanden die Richtlinien für die Regestierung von Urkunden und die Richtlinien für die Edition mittelalterlicher Amtsbücher des Arbeitskreises für Editionsgrundsätze sowie die Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte von Johannes Schultze, in: Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen, hg. v. Walter Heinemeyer (Gesamtverein für die Edition landesgeschichtlicher Quellen), Marburg/Köln 1978, S. 9–15, S. 17–23 u. S. 25–36. Hinzugezogen wurden außerdem Heinrich O. Meisner, Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918, Leipzig 1969, Stuart Jenks, Das Netz und die Geschichtsforschung, in: Hansische Geschichtsblätter 116 (1998) S. 163–184, Jürgen Kloosterhuis, Amtliche Aktenkunde der Neuzeit. Ein hilfswissenschaftliches Kompendium, in: Archiv für Diplomatik 45 (1999) S. 465–563, und Matthias Thumser, Zehn Thesen zur Edition deutschsprachiger Geschichtsquellen (14.–16. Jahrhun-

der Bearbeitung für die traditionelle Druckfassung. Hypertexte sind bei der Bearbeitung im Internet erwünscht und ggf. in der Einleitung der Druckfassung zu erwähnen. Ausführbarkeit in praktischer und zeitlicher Hinsicht (z.B. Beschränkung des Zeitaufwandes bei Identifizierungen) einerseits und größtmögliche Nutzbarkeit andererseits sollten dabei oberstes Gebot sein.

- 1. Urkunden und Briefe: Die üblicherweise einzeln verzeichneten Urkunden und Briefe bilden in sich abgeschlossene Textkörper.
- a) Eine Sammlung von edierten Stücken wird von daher stets mit 1 ff. durchnummeriert.
- b) Es folgen am rechten oder linken oberen Zeilenende Jahr, Monat, Tag und Ort der Ausstellung.
- c) Das sich darunter anschließende Kopfregest nennt bei Urkunden Aussteller und Verfügung/Dispositio nach dem Muster NN bekennt oder bekundet, dass Bei Briefen sollte stehen: Absender an Empfänger sowie nach Doppelpunkt stichwortartig die wesentlichen Gegenstände der Mitteilung.
- d) Abgesetzt und in kleinerer Schrift folgt die Stückbeschreibung mit
 - der Überlieferungsart (Ausf., verdächtige Ausf., verunechtete Ausf., Entwurf, Abschr. usw., der Begriff ,Original' ist wegen seiner Mehrdeutigkeit zu vermeiden),
 - dem Beschreibstoff (Perg., Pap., Wachstafel usw.),
 - dem Erhaltungszustand unter Angabe von Beschädigungsart und -grad sowie von Restaurierungen (Loch in Faltung, Insektenfraß, Beschriftung teilweise abgeschabt, untere Blatthälfte restauriert usw.),
 - dem Lagerort mit gültiger Signatur (z.B. GStA PK, VII. HA Urkunden ...)
 - den Über- und Untergrößen in Zentimetern (Breite: Höhe),
 - der Sprache (hochdeutsch : niederdeutsch, wenn das Stück aus dem Rahmen des lokalen Gebrauchs fällt)
 - der Beglaubigung (z.B. handgezeichnete, gestempeltes oder gestochenes Notarszeichen, eigenhändige: nichteigenhändige Unterschrift, Eigenhändigkeit, beschriebene(s) Siegel wie rotes, aufgedr. Ausstellersiegel – empfehlenswert ist eine vollständige Siegelbeschreibung im Hypertext –, ggf. in heraldischer Reihenfolge, Chirographierung mit Angabe des Kerbrandes und der -schrift),
 - den Besonderheiten (Rotulus, gedrucktes Formular, Illuminationen, gemaltes Wappen, mehrfache Hände usw.),

dert), in: Editionswissenschaftliche Kolloquien 2005/2007. Methodik-Amtsbücher-Digitale Edition-Projekte, hg. v. Matthias Thumser/Janusz Tandecki unter Mitarb. v. Antje Thumser, Toruń 2008, S. 13–19.

- den nach Doppelpunkt in der Schrift des edierten Textes wiederzugebenden Vermerken (Verm. auf Vorderseite, Rückverm., Verm. auf Umbug usw.),
- den in der Schrift des edierten Textes wiederzugebenden Rubra (= kurze zeitgen. Inhaltsangaben) oder Betreffen,
- der oder den Altsignaturen und
- dem Nachweis des jüngsten Drucks oder Regests.
- 2. Amtsbücher und Rechnungen: Nichtfoliierte, nichtpaginierte oder mehrfach unterschiedlich durchgezählte Amtsbücher und Rechnungen sollten der Verbindlichkeit wegen in eckigen Klammern eine künstliche Foliierung erhalten, wobei im Gegensatz zum Archivgebrauch etwa nichtbeschriftete Blätter wegen der späteren Lagenbestimmung mitzuzählen sind.

Auszüge aus Amtsbüchern oder Rechnung werden wie Aktenschriftstücke behandelt (s. unten I. 3).

Einleitung: Vor der Stückbeschreibung empfiehlt es sich, die historische Bedeutung und den Quellenwert des edierten Amtsbuchs oder der Rechnung unter Angabe von Parallelüberlieferungen, der gültigen Signatur und des Umfanges zu skizzieren.

- a) Äußere Beschreibung: Sie beginnt mit den Maßen des Einbandes oder Umschlages, seiner Materialbeschaffenheit (Papier, mit Leder bespannter Holzdeckel, Pergament usw.), seinem Erhaltungszustand unter Angabe von Restaurierungen und seiner Beschriftung. Es folgt analog die Beschreibung der beschrifteten und unbeschrifteten Blätter, ihre Anordnung (Lagen, die bei schwieriger Zusammensetzung gezählt und skizziert werden sollten) und die ggf. enthaltenen Wasserzeichen, von denen Abbildungen mit den Stegen (bei Fotos zusätzlich Maßband oder -stab) beizufügen sind. Empfehlenswert ist es auch, den Textaufbau zu beschreiben. Schließlich sollen die Schreiberhände Beachtung finden. Die Entscheidungsfreiheit des Bearbeiters kann von der einfachen Angabe des Wechsels der Schreiberhand im Grundtext bis hin zur intensiven Beschreibung der Einzelbuchstaben variieren.
- b) Innere Beschreibung: Sie beginnt mit dem Eintragungsmodus und endet mit der Vorstellung des Inhalts (von allgemeinen zu Einzelbeobachtungen), wobei Besonderheiten hervorzuheben sind.
- 3. Akten: Da Akten mehr oder weniger feste Kompositionseinheiten von zumeist genormten Schriftstücken darstellen, ist die Edition vollständiger Einheiten nur ausnahmsweise sinnvoll. In dem Falle wird die Akte wie ein Amtsbuch behandelt. Die in der Regel zu edierenden Aktenschriftstücke, die sich vor allem aus Urkunden, Briefen und Rechnungen oder aus deren Entstehungsstufen zusammensetzen, werden wie diese bearbeitet. Hierbei ist allerdings auf Stil (Ich-, Wir-, objektiver Stil) und Zweck (Befehl/Weisung/Dekret, Mitteilung,

Supplik/Eingabe/Bericht) zu achten, die ggf. im Kopfregest oder in der Stückbeschreibung kenntlich zu machen sind wie durch Reskript (Befehlsschreiben im Wir-Stil), Hand-Schreiben (Mitteilung im Ich-Stil), Beamten-Schreiben (Mitteilung im Ich-Stil), Kanzlei-Schreiben (Mitteilung im Wir-Stil), Kommunikations-Schreiben (Mitteilung im objektiven Stil) oder Supplik (Bittschrift im Ich-, Wir- oder objektiven Stil).

II. Abschrift

Die Abschrift ist textkritisch, wobei Fußnoten mit Kleinbuchstaben a)–z) (stets mit offener runder Klammer, um eine Verwechselung mit den übergeschriebenen Buchstaben zu vermeiden) und Anmerkungen mit 1 ff. zwei getrennte Apparate bilden. Während der Fußnotenapparat textkritische Äußerungen sammelt, ist der Anmerkungsapparat für Erläuterungen und sachliche Ergänzungen vorgesehen (Lebensdaten können zweckmäßig durch * und † von Amtsdaten oder von solchen des ersten und letzten ermittelten Belegs unterschieden werden). Der Hypertext oder ein prosopographischer Personenweiser bieten hier die Möglichkeit, weiterführende Fundstellen zusammenzutragen.

Das Druckbild sollte die Nachvollziehbarkeit des Textaufbaus gewährleisten (etwa durch Abschnitte).

Gemeinsame Textteile von zweien oder mehreren zeitgenössischen Vorlagen können durch Petit-Druck kenntlich gemacht werden.

Die Abschrift gibt den Buchstabenbestand wieder, mit folgender Ausnahme: Bei zusammengeschriebenem ij wird vor dem Jahr 1500 ii (bei Namen ij!) und danach (auf Grund des geschwundenen Schreiberbewusstseins) y wiedergegeben. Normalisiert werden die vokalisch gebrauchten Konsonanten (v und j zu u und i). Die Normalisierung unterbleibt bei j, wenn das Zeichen als Ziffer der Datumsangabe gebraucht wurde. Sie unterbleibt auch im Falle der Konsonantenhäufung, da diese Ausdruck von zeittypischen oder landschaftlichen Erscheinungsformen sein kann, sowie bei Namen und davon abgeleiteten Adjektiven. Von der Konsonantenhäufung zu unterscheiden ist die zur Anzeige des Großbuchstabens gebrauchte Doppelschäftigkeit. Ein doppelschäftiger Buchstabe ist – auch im Hypertext – grundsätzlich einfach wiederzugeben (nicht *Ffriedrich* oder *ffurst*, nicht *Llorentz* oder *lleben*!).

1. Groß- und Kleinschreibung: Groß wird bei Satzanfängen, bei Namen und bei von ihnen abgeleiteten Adjektiven geschrieben (Rom, Lübisch, sanct Nicolai usw.). Nomina sancta werden klein geschrieben (hergot, heilige gottesmutter usw.). In Zweifelsfällen wie bei Berufsbezeichnungen (bei vorangestelltem Arti-

kel ist häufig der Beruf gemeint, so z.B. *Hans, der bader*: *Hans Bader*) wird klein geschrieben. Der Hypertext bietet Platz für eine zusätzliche zeichengetreue Abschrift.

- 2. Zusammenschreibung: Sinneinheiten werden nach der gültigen modernen Rechtschreiberegel immer dann zusammengeschrieben, wenn der Sinngehalt eindeutig ist. Sonst ist die getrennte Schreibweise beizubehalten.
- 3. Satzzeichensetzung: Die Satzzeichensetzung der Vorlage ist in der Regel eine Orientierungshilfe für das Textverständnis. Sie sollte im Hypertext beibehalten werden. Für die Druckversion sind die Satzzeichen nach der jeweils gültigen modernen Rechtschreiberegel zu setzen.
- 4. Übergeschriebene Zeichen: Darunter fallen übergeschriebene Buchstaben und diakritische Zeichen.
- a) Die als übergeschrieben erkannten Buchstaben werden als solche wiedergegeben.
- b) Eindeutig erkannte diakritische Zeichen (i-Strich, w-Haken, Punkt zwischen den beiden Schäften des y usw.) werden nicht ausgewiesen. Zweifelsfälle wie u-Haken versus o über u sind durch eine allgemeine Fußnote kenntlich zu machen, wie z.B. a) o-artiges Zeichen stets über u oder b) über o stets zwei schräg stehende Punkte.
- 5. Ligaturen und ihre Ersatzzeichen: Ligaturen werden in der Regel kommentarlos aufgelöst und ihre Ersatzzeichen (z.B. e-caudata) mit ausgewiesen. Eine Ausnahme bildet die Verbindung von sz in der Weise, dass s und z immer dann getrennt wiedergegeben werden, wenn die beiden Buchstaben voneinander unterscheidbar sind. Sonst steht β .
- 6. Kürzungen: Eindeutige Kürzungen werden kommentarlos aufgelöst, sonst steht stets die wahrscheinlichste Auflösung in runden Klammern. Die mit Punkt abgekürzten Sinneinheiten werden als Bearbeiterzusätze in eckigen Klammern aufgelöst.
- 7. Verbesserungen: Bei Emendationen durch den Schreiber des Grundtextes (Rasuren, Streichungen, Unterpunktungen usw.) wird die jüngste oder die wahrscheinlichste Version in den zu edierenden Text aufgenommen. Die Varianten werden in einer Fußnote mitgeteilt. Verbesserungen durch den Bearbeiter werden in eckigen Klammern ausgewiesen und ggf. im Fußnotenapparat erläutert. Auf eine ungewöhnliche, nicht verbesserte Schreibweise sollte ein Ausrufezeichen (früher: sic!) in eckigen Klammern hinter der in Frage kommenden Sinneinheit aufmerksam machen.

- 8. Textlücken: Lücken in der Vorlage, sei es durch den Schreiber verursachte Auslassungen, seien es Schäden am Schreib- oder Beschreibstoff, werden durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Innerhalb derselben steht der rekonstruierte Zeichenbestand. Falls die Rekonstruktion nicht möglich ist, sollte die Anzahl der fehlenden Zeichen durch Punkte kenntlich gemacht werden. Die Art der Beschädigung ist in einer Fußnote festzuhalten, wie z.B. Loch durch Mäusefraß, abgeschabte Schrift, durch Stockflecken verderbt usw.
- 9. Glossen: Glossen (nicht Verbesserungen!) oder ihre Ersatzzeichen, wie z.B. die zeigende Hand, sind dem Grundtext gleichwertig zu erachten und entsprechend drucktechnisch umzusetzen.
- 10. Nachträge: Postskripte gehören auf die Ebene des Grundtextes. Sie sind entsprechend drucktechnisch abzusetzen.
- 11. Zahlzeichen: Zahlzeichen sind mit Ausnahme von Datumsangaben, die vorlagengetreu übernommen werden, in arabischen Ziffern wiederzugeben. Kursiv geschriebene Buchstabenziffern sind von Brüchen zu unterscheiden.
- 12. Währungsangaben: Dem modernen Gebrauch folgend, werden Währungsangaben wie Siglen (also ohne Abkürzungspunkt) behandelt, wie z.B. 3 m Rigisch. Das Sigle für Schilling wird vielfachem Gebrauch zum Trotz mit s oder sol (und nicht mit s) wiedergegeben, um eine Verwechselung mit dem Kürzungszeichen für lateinisch sed, oder für die deutschen Silben -sen/-ser zu vermeiden.

III. Erschließung des edierten Textes

1. Monographische Sammlungen von Briefen und Urkunden sind einzuleiten und mit Namen- und Sachweisern zu versehen.

Bei den Einleitungen ist besondere Aufmerksamkeit auf die Überlieferungszusammenhänge und den Quellenwert zu legen.

Auf die Angabe von Lebens- oder Amtsdaten kann im Namenweiser verzichtet werden, falls diese Angaben in den Anmerkungen ausgewiesen sind. Es empfiehlt sich, nicht identifizierte Namen mittels einer anderen Schriftart (z. B. kursiv) kenntlich zu machen.

Der Sachweiser kann moderne und quellensprachliche Sachen und Begriffe enthalten, so dass auf die Erstellung eines eigenständigen Glossars verzichtet werden kann. Quellensprachlichen Sachen und Begriffen kann in runden Klammern die häufigste moderne Bedeutung erklärend beigegeben werden. Die für die alphabetische Reihenfolge maßgebenden Begriffe sollten in einer anderen Schriftart (z.B. kursiv) wiedergegeben werden.

Der Edition ist stets ein Verzeichnis der benutzten Abkürzungen und Siglen beizufügen.

Verzeichnisse der Abbildungen sowie der benutzen Literatur und Quellen sind ebenfalls beizugeben.

2. Editionen in Aufsatzform: Zur Einleitung siehe weiter oben unter I. 2. Namen- und Sachweiser sollten auch den umfangarmen Editionen von Amtsbüchern oder Rechnungen in Aufsatzform folgen. Zu den Weisern siehe weiter oben unter III. 1. Das Verzeichnis der benutzten Abkürzungen und Siglen kann zweckmäßig vor die Fußnoten gestellt werden.

Vertreibung, Aufnahme und Ansiedlung der evangelischen Salzburger Emigranten in Preußen

Von Bernhart Jähnig

Die Frage des Glaubens führte bereits in der Frühzeit der Reformation zu wenigstens indirekten Beziehungen zwischen Salzburg und Preußen. Paul Speratus, der in jungen Jahren einige Zeit als evangelischer Prediger im Salzburgischen gewirkt hatte, ist später auf Empfehlung des Reformators Martin Luther als Hofprediger an den Hof von Herzog Albrecht gekommen und hat seit 1529 als evangelischer Bischof von Pomesanien für Preußen eine große Bedeutung erlangt¹. Zur Sprachregelung sei vorausgeschickt, daß wir mit Salzburg stets das Erzstift meinen, in dem der Erzbischof auch weltlicher Landesherr war, während das Gebiet seiner Erzdiözese erheblich umfangreicher war². Unter Preußen verstehen wir das vormalige Herzogtum Preußen, das seinerseits aus dem Rest der früheren Herrschaft des Deutschen Ordens hervorgegangen und seit 1701 Königreich war³. Der Begriff Ostpreußen entstand erst 1772 nach der Schaffung Westpreußens⁴ und ist daher für den Zeitpunkt der Salzburgereinwanderung, 1732, anachronistisch.

Anhänger der reformatorischen Glaubenslehre hat es in Salzburg, wie mit dem Namen von Paul Speratus bereits angedeutet wurde, schon seit der Reformationszeit gegeben. Sie haben sich bis ins 18. Jahrhundert behaupten können. Die gegenreformatorischen Bemühungen der verschiedenen Erzbischöfe, insbesondere die Bemühungen, die Beschlüsse des Tridentinums durchzusetzen, hat-

- ¹ Erweiterte Fassung des am 19. Oktober 2011 auf der Internationalen Konferenz "Innovationen der Epoche von Chr. Donalitius" des Instituts für Geschichte und Archäologie der Baltischen Region der Universität Klaipėda/Memel gehaltenen Vortrags. Vgl. Robert Stupperich, Dr. Paul Speratus, der "streitbare" Bischof von Marienwerder, in: Beiträge zur Geschichte Westpreußens 8 (1983) S. 159–182.
- ² Kurze Information bei Franz Ortner, Erzbistum Salzburg, in: Die Bistümer des Heiligen Römischen Reiches von ihren Anfängen bis zur Säkularisation, hg. v. Erwin Gatz, Freiburg im Breisgau 2003, S.631–654.
- ³ Vgl. Ernst Opgenoorth, Verfassung, Verwaltung, Recht und Militär im Herzogtum Preußen 1525–1660, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, hg. v. dems., Teil 2/1, Lüneburg 1994, S. 30–50; ders., Verfassung, Verwaltung, Recht, Militär im Herzogtum Preußen/Ostpreußen 1660–1772, ebd., Teil 2/2, Lüneburg 1996, S. 13–23.
- ⁴ Durch Kabinettsordre Friedrichs II. d. Gr. vom 31. Januar 1773. Max Bär, Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Bd. 2: Quellen (Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven. 84), Leipzig 1909, Nr. 113 S. 121, Nr. 171 S. 180.

ten besonders in der Stadt Salzburg Erfolg. Daher waren es vor allem bäuerliche Bewohner der Gebirgsregionen, die dem evangelischen Glauben anhingen. Der Pinzgau und der Pongau waren auch noch 1731/32 die wichtigsten Landschaften. Deren Bewohner waren immer wieder Verfolgungen ausgesetzt. Kirchenvisitationen und Missionsversuche durch verschiedene katholische Mönchsorden waren dazu die eingesetzten Mittel. Anders als den Städtern gelang es den Bauern besser, ihre Glaubenseinstellung zu verheimlichen. Zeitweilig konnte der Eindruck stillschweigender Duldung entstehen, andererseits hat es immer wieder Ausweisungen einzelner Personen gegeben. Aus der Vorgeschichte der uns heute interessierenden Ereignisse sollen nur zwei Vorgänge angesprochen werden, die etwa ein halbes Jahrhundert vorher stattfanden und als Vorläufer anzusehen sind.

In der Nähe der erzbischöflichen Dom- und Residenzstadt Salzburg liegt Dürrnberg mit den auch aus wirtschaftlichen Gründen wichtigen Salzbergwerken. Daß die dort tätigen Knappen dem christlichen Glauben in seiner evangelisch-lutherischen Form zugetan waren, war verhältnismäßig bekannt⁵. Sie wurden in den 1680er Jahren Ziel intensiver Bekehrungsmaßnahmen, jedoch ohne Erfolg. Daher wurden bis 1691 über 60 Personen des Landes verwiesen, wobei aus naheliegenden Gründen die katholische Obrigkeit die Mitnahme der Kinder und auch die Veräußerung des Besitzes verweigerte. Unter den Dürrnbergern war ihr geistlicher Führer Joseph Schaitberger (1658–1733)⁶, der bei den evangelischen Salzburgern durch sein Exulantenlied bekannt ist. Er ging nach Nürnberg und erlebte dort als alter Mann 1732 den großen Durchzug der nunmehr sehr viel zahlreicher vertriebenen Salzburger.

Sehr viel größer als bei den Dürrnbergern war die Zahl der etwa zur gleichen Zeit aus dem Defereggental im heutigen Osttirol Vertriebenen? Während sich die Dürrnberger zumeist nach Sachsen durchschlugen, fanden die Deferegger über Tirol unter auch witterungsmäßig schweren Bedingungen Wege zu den evangelischen Reichsstädten in Oberdeutschland. Schon diese Vorgänge wurden in der Öffentlichkeit des Reichs bekannt, so daß die evangelischen Reichsstände beim Salzburger Erzbischof dagegen protestierten. Dieser erklärte wider besseres Wissen, daß es sich bei den Vertriebenen um Aufrührer und Anhänger einer neuen Sekte handele, die nicht unter dem Schutz des Westfälischen Frie-

⁵ Vgl. Gerhard Florey, Geschichte der Salzburger Protestanten und ihrer Emigration 1731/32, Wien/Köln/Graz 1977, S. 60–63. Das bekannte 'Trostlied eines Exulanten' von Joseph Schaitberger ist hier S. 63 abgedruckt.

⁶ Hans Hohlwein, Schaitberger, Joseph, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Aufl., Bd. 5, Tübingen 1961, Sp. 1382 f.

⁷ Vgl. FLOREY (wie Anm. 5), S. 64–73.

dens von 1648 stünden, obwohl diese selbst sich bei den Verhören eindeutig und auch schriftlich zur Confessio Augustana bekannt hatten.

An dieser Stelle sind einige Aussagen zur reichsrechtlichen Lage zu jener Zeit nötig8. Die Frage, welche christlichen Bekenntnisse im Reich anzuerkennen waren, wurde 1648 im Osnabrücker Friedensschluß entschieden⁹. Über den Augsburger Religionsfrieden von 1555 hinausgehend, waren nun auch die Reformierten anerkannt, die zusammen mit den Lutheranern in der Sprache des Vertrags als Evangelische zusammengefaßt wurden. Das ist wegen seiner großen reichsrechtlichen Bedeutung zu erwähnen, obwohl es für die Verhältnisse in Salzburg nur mittelbare Bedeutung hatte, denn die Evangelischen in Salzburg waren lutherisch. Wie stand es nun mit dem "ius reformandi" und der Duldung andersgläubiger Untertanen? Die nach 1555 populär gewordene Formel "cuius regio eius religio", also das Recht zur Veränderung des Bekenntnisses der Untertanen nach dem Willen ihres Landesherrn, wurde auf den Stand des Jahres 1624 als "Normaljahr" eingeschränkt. Den Landesherren war es jedoch erlaubt, eine nichtöffentliche Religionsausübung andersgläubiger Untertanen etwa durch Hausandachten zu gestatten. Andererseits wurde andersgläubigen Untertanen ein Recht zur Auswanderung gegeben, wobei die Landesherren eine Zeit von drei Jahren zur Vorbereitung einzuräumen hatten. Diese bekamen damit zugleich ein Mittel in die Hand, die Auswanderung zu erzwingen. Daß diese Bestimmungen auch für das Erzstift Salzburg wegen seiner Zugehörigkeit zum Reich galten, steht außer Zweifel.

Die Evangelischen im Erzstift hatten reichsrechtlich eine schwache Stellung, weil ihnen im Normaljahr 1624 keine öffentliche Religionsausübung zugestanden war und sie sich lediglich auf damals übliche private Hausandachten berufen konnten. Es blieb jedoch das Recht zur Auswanderung und zum Verkauf der Immobilien, zur Einhaltung der schon genannten Dreijahresfrist und der Möglichkeit zu wiederholten Besuchen, etwa um noch offene Rechtsfragen klären zu können. Gegen dieses alles ist im Fall der Dürrnberger und der Bewohner des Defereggentales nachhaltig verstoßen worden. Ende des 17. Jahrhunderts bestand politisch keine Möglichkeit, die Ansprüche der Vertriebenen gegen das Erzstift durchzusetzen, daher blieben sie die Leidtragenden. Es stellt

⁸ Diese Frage ist in neuerer Zeit von Gabriele Emrich, Die Emigration der Salzburger Protestanten 1731–1732. Reichsrechtliche und konfessionspolitische Aspekte, Münster 2002 untersucht worden.

⁹ Das Osnabrücker Friedensinstrument ist in folgender Ausgabe abgedruckt: Instrumenta Pacis Westphalicae, bearb. v. Konrad MÜLLER (Quellen zur Neueren Geschichte, Heft 12/13), Bern 2. Aufl. 1966.

sich nun die Frage, wie sich die Verhältnisse in den Jahren 1731–1732 gestaltet haben¹⁰.

Am 4. Oktober 1727 wurde Leopold Freiherr von Firmian zum neuen Erzbischof von Salzburg gewählt¹¹. Er stammte aus Tirol, hatte jedoch vor seiner Wahl verschiedene Ämter in Salzburg versehen. Unter ihm kam es zu dem bekannten religionspolitischen Ausbruch, der seinem Erzstift zu einem zweifelhaften Ruf verholfen hat, ehe besonders eine neuere kulturelle Entwicklung zu Salzburgs heutigem Ansehen geführt hat. Als wichtigsten Helfer für seine harte Konfessionspolitik berief er den aus italienisch Südtirol stammenden Hieronymus Christian von Rall zum Hofkanzler. Konfessionspolitisch schwebte Firmian vor, Verhältnisse wie im Spanien Philipps II. anzustreben. Zur Auseinandersetzung mit den Evangelischen berief er zunächst Jesuiten aus Bayern, die jedoch keine Erfolge erzielten. Die Verfolgung der Evangelischen wurde jedoch bald beim Reichstag in Regensburg ruchbar. Schon 1729 sind die beiden zunächst eingekerkerten, dann des Landes verwiesenen Bauern Forstreuter und Höllensteiner nach Regensburg gelangt und haben dort bei der Vertretung der evangelischen Reichsstände, dem Corpus Evangelicorum, ihre Beschwerden vorgebracht. Diese protestierten daraufhin beim Salzburger Gesandten am Reichstag. Wie im 17. Jahrhundert versuchte auch jetzt die Salzburger Seite, die Evangelischen ihres Landes als Aufrührer und Ketzer hinzustellen. Damit sollte begründet werden, daß diese nicht den Schutz des Westfälischen Friedens genießen könnten, sondern mit aller Brutalität behandelt werden dürften. Die diplomatischen Aktionen des Corpus Evangelicorum ermunterte die evangelischen Salzburger, ihren Glauben offener zu bekennen. Das forderte zunehmende Drangsalierungen der Landesherrschaft heraus, was zu weiteren Beschwerden in Regensburg führte. Die Härte des Erzbischofs zeigt sich darin, daß bei den bis 1731 immer wieder vorgekommenen Landesverweisungen Ehepartner und Kinder nicht mitgenommen werden durften.

Aus der älteren Geschichtsschreibung sei auf die beiden Bücher des Breslauer Kirchenhistorikers Carl Franklin Arnold verwiesen, der unter Benutzung von Archivalien in Salzburg und Wien die Ereignisse von kulturhistorischer und religionsgeschichtlicher Warte aus darstellt: Die Vertreibung der Salzburger Protestanten und ihre Aufnahme bei den Glaubensgenossen, Leipzig 1900; Die Ausrottung des Protestantismus in Salzburg unter Erzbischof Firmian und seinen Nachfolgern (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Heft 67 u. 69), Halle 1900–1901. Die wirtschaftsgeschichtliche Seite berücksichtigt Mack Walker, Der Salzburger Handel. Vertreibung und Errettung der Salzburger Protestanten im 18. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte. 131), Göttingen 1997.

¹¹ Angaben zu Herkunft und Werdegang finden sich u.a. auch bei Florey (wie Anm. 5), S.79; Emrich (wie Anm. 8), S. 15.

Es ist nicht überliefert, wie die evangelischen Salzburger sich organisiert haben, um ihre Klagen gegen die Landesherrschaft vorzubringen. Im Mai 1731 ist es jedoch gelungen, daß die Vertreter aus sieben Pfleggerichten unbemerkt nach Regensburg aufgebrochen sind, um im Namen von 19.000 Glaubensgenossen eine Bittschrift zu überreichen¹². Nach einer Schilderung ihrer Bedrückungen wurden die evangelischen Reichsstände gebeten, sich beim Erzbischof dafür einzusetzen, daß entweder für jedes Pfleggericht die Berufung eines evangelischen Pfarrers oder freier Abzug gemäß dem Westfälischen Frieden gewährt werden möge. Diese Bittschrift löste einige Bewegung aus. Einerseits ging die alternativ erbetene freie Religionsausübung über die Bestimmungen des Westfälischen Friedens hinaus. Andererseits schien die Auswanderung einer so großen Anzahl von Menschen kaum zu bewältigen zu sein, zumal es in Regensburg schon zu diesem frühen Zeitpunkt Klagen über zu viele Glaubensflüchtlinge gab. Salzburg versuchte sich gegen alle Klagen, die ihrem Gesandten übergeben worden waren, mit einer Schrift zu verteidigen, die jedoch keinen diplomatischen Erfolg hatte. Vielmehr wurden durch diese die inquisitorischen Maßnahmen gegen die Evangelischen im Lande geradezu bestätigt.

Im Juli 1731 zog eine erzbischöfliche Kommission unter der Leitung des Hofkanzlers Rall in die evangelischen Gebiete, um für die weiteren Verfolgungen entsprechende Ermittlungen anzustellen. Zugleich traf sich in Schwarzach eine Abordnung der Evangelischen, um über das weitere Verhalten zu beraten und um ein Glaubensbekenntnis zu verabschieden. Die erzbischöfliche Kommission kehrte mit einer Liste von über 20.000 Namen zurück¹³, die sich zum evangelischen Glauben bekannt hatten. Dazu gab es zahlreiche schriftliche Glaubensbekenntnisse einzelner. Die Klagen der Bauern richteten sich meist gegen das Verhalten der katholischen Pfarrer ihres Kirchspiels, gegen zu harte Strafen in Glaubensdingen und andere weltliche Belästigungen. Der Erzbischof traf nun Vorbereitungen, um mit Gewalt die Evangelischen zu unterdrücken. Als er sogar Kaiser Karl VI. um militärische Hilfe bat, brachte er diesen in erhebliche diplomatische Schwierigkeiten¹⁴, denn der Kaiser benötigte zur Durchsetzung der "Pragmatischen Sanktion", also der weiblichen Erbfolge (Maria Theresia), auch die Unterstützung der evangelischen Reichsstände. Als neue Verhöre und Verhaftungen bevorstanden, gelangte wieder eine kleine evangelische Gesandtschaft¹⁵ nach Regensburg, während die Mehrzahl der Gesandten abgefangen und auf der Hohensalzburg eingekerkert wurde. Jene wurde in

¹² Vgl. Florey (wie Anm. 5), S. 85-89; Emrich (wie Anm. 8), S. 20f.

¹³ Die genaue Zahl nennt schon Arnold, Vertreibung (wie Anm. 10), S. 56.

¹⁴ Florey (wie Anm. 5), S. 97.

¹⁵ Peter Höllensteiner aus Werfen, Nikolaus Forstreuter aus St. Johann und Andreas Gapp aus Radstatt, genannt bei Florey (wie Anm. 5), S. 100.

Regensburg vom Corpus Evangelicorum beschieden, daß eine freie Religionsausübung im Heimatland Salzburg nicht erstritten werden könne. Damit war klar, daß nur eine Auswanderung als Lösung infrage käme. Aber wohin?

Im Oktober 1731 wurden die evangelischen Reichsstände in Regensburg aktiv, indem sie an den Kaiser eine Denkschrift richteten¹⁶. Mit dieser beschwerten sie sich darüber, daß die Evangelischen in Salzburg in ihrer Auswanderungsfreiheit behindert würden. Ihr Vorschlag, eine paritätisch besetzte Kommission möge die Verhältnisse in Salzburg untersuchen, um das weitere Vorgehen zu beschließen, kam zu spät. Der Kaiser hatte inzwischen auf Ersuchen des Erzbischofs Truppen ins Erzstift geschickt, auch weil angeblich in den benachbarten habsburgischen Landen Ähnliches drohe. Andererseits suchte der Erzbischof zu verhindern, daß der Kaiser die wahren Verhältnisse im Erzstift erfahre. Ende September kam es dann zu Verhaftungen führender evangelischer Bauern. Ihnen sollten Geständnisse abgepreßt werden, daß sie Aufstände gegen ihren Landesherrn geplant hätten. Dies gelang jedoch nicht. Kaiser Karl VI. gab daher den Rat, die Gefangenen frei zu lassen und nach Abkauf ihrer Güter des Landes zu verweisen. Vielleicht könne danach, etwa durch eine Missionierung durch Kapuziner, mehr erreicht werden. Die evangelischen Reichsfürsten beklagten sich über das Verhalten des Salzburger Gesandten in Regensburg, weil dieser ihre Protestnoten nicht an seinen Herrn weitergeleitet hatte. König Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andere Fürsten drohten mit Bedrückungen ihrer katholischen Untertanen, wenn es dem Kaiser nicht gelinge, den Erzbischof zum Einlenken zu veranlassen.

Am 31. Oktober 1731 unterzeichnete der Erzbischof das sogenannte Emigrationspatent¹⁷, das er erst dann im ganzen Land anschlagen ließ, als er sich sicher fühlte, daß kein allgemeiner Aufruhr entstehen werde. Damit nahm die Vertreibung der evangelischen Salzburger ihren Lauf, ohne daß zu diesem Zeitpunkt im geringsten geklärt war, wohin sich die Tausende von Menschen wenden sollten. In dem Text wurde zunächst weitschweifig dargelegt, wie die evangelischen Untertanen angeblich eine Rebellion geplant hätten. Doch dann wurde zugegeben, daß es um die Anhänger des augsburgischen und reformierten Bekenntnisses gehe, die des Landes verwiesen würden. Es wurden dann die einzelnen sozialen Gruppen mit ihren besonderen Bestimmungen aufgeführt. Die "unangesessenen" Einwohner wie Tagelöhner, Arbeiter und Dienstboten, die über keinerlei Grund und Boden verfügten, sollten innerhalb von acht Tagen mit ge-

¹⁶ Mit wörtlichen Zitaten angeführt bei FLOREY (wie Anm. 5), S. 108.

¹⁷ Vollständiger Text bei Max Beheim-Schwarzbach, Friedrich Wilhelms I. Colonisationswerk in Lithauen, vornehmlich die Salzburger Colonie, Königsberg 1879, S. 358–368; der Inhalt wird ausführlich referiert bei Florey (wie Anm. 5), S. 114–127; vgl. auch Emrich (wie Anm. 8), S. 31–34.

tragenem "Sack und Pack" das Land verlassen. Darunter fielen auch Personen, die im Dienste des Stifts standen. Bürger und Handwerker sollten wegen ihres evangelischen Bekenntnisses als meineidig angesehen werden und hatten ebenfalls das Land zu verlassen. Die "angesessenen" Bewohner sollten nach drei Monaten das Land verlassen, damit sie ihre Güter verkaufen könnten. Das aus dem Lande mitgenommene Vermögen war mit 10% zu versteuern. Alle Auswanderer hatten sich schriftlich abzumelden. Die gegen die Evangelischen erhobenen Anschuldigungen waren so unglaubwürdig, daß sie sogar bei katholischen Stellen im Lande als übertrieben oder unzutreffend angesehen wurden.

Beim Emigrationspatent handelte es sich nicht um ein Zeichen landesherrlicher Milde, wie der Erzbischof behauptete, sondern um einen schweren Verstoß gegen Reichsrecht, wie es in Regensburg gesehen wurde¹⁸, zumal die Auswanderung bei Eis und Schnee im Winter erfolgen sollte. Dem Kaiser schlug der Erzbischof vor, die Auswanderer in Bosnien, Serbien und der Walachei anzusiedeln. Von Wien wurde der Erzbischof ermahnt¹⁹, das Reichsrecht zu beachten und die Dreijahresfrist einzuhalten, weil sonst mit Repressalien zu rechnen sei. Vom Erzbischof wurde ein neues Emigrationspatent erwartet. Dies brachten auch die evangelischen Reichsstände zum Ausdruck. Erreicht wurde jedoch wenig, weil es auch hier keine wirksamen Mittel für eine Reichsexekution gab, wie die folgenden Ereignisse zeigten.

Im November 1731 sollte die Austreibung mit den "Unangesessenen" beginnen². Bis dahin waren noch keine Vorkehrungen getroffen worden, wie die Wanderung durch die katholischen Nachbarländer erfolgen solle. Immerhin ging es um über 4.000 Personen. Die Landesherrschaften in Bayern und Tirol machten erhebliche Schwierigkeiten, die ersten 1.000 Personen über ihre Grenze ziehen zu lassen. Wochenlang hatten die Menschen unter unwürdigen Bedingungen an der Grenze lagern müssen, ehe die Verhandlungen der Beauftragten des Salzburger Erzbischofs in Bayern und Tirol ein Weitergehen ermöglichten. Bayern verlangte von Salzburg, daß die Kosten von dort zu tragen seien. Der ungeordnete Zug war infolge seines überstürzten Aufbruchs in der Heimat ohne Ziel unterwegs. Die Salzburger gelangten schließlich in die Reichsstädte Kaufbeuren, Memmingen und Augsburg. Dort konnte nur ein Teil bleiben, andere zogen über Ulm nach Württemberg. Es war gerade der Zug der Unangesessenen, der Salzburgs Ansehen in dieser Zeit geschadet hat. Die diplomatische Lage war für Salzburg ungünstiger geworden.

Die evangelischen Reichsstände sprachen von Rechtsbruch, zitiert bei Emrich (wie Anm. 8), S. 29 f.

¹⁹ Teilweise wörtlich zitiert bei FLOREY (wie Anm. 5), S. 145.

²⁰ Vgl. Florey (wie Anm. 5), S. 137–144.

Um dem Druck des Kaisers und der Reichsstände zu begegnen, versuchten der Erzbischof und sein Hofkanzler die evangelischen Bauern zu bewegen, von sich aus einen Termin zu erbitten, um auf diese Weise die Dreijahresfrist zu umgehen, doch ohne großen Erfolg. Als im Februar 1732 ein kaiserlicher Gesandter in Salzburg erschien, wiederholte der Erzbischof seine früheren Anschuldigungen gegen die Evangelischen, die jedoch als unbewiesen zurückgewiesen wurden²¹. Zu dieser Zeit wurden Bittschriften der Bauern mit wenigen Unterschriften gefälscht, mit denen angeblich um eine Ausreiseerlaubnis für das Frühjahr (Georgstag) gebeten worden sei. Auch in Wien wurde bekannt, wie diese Bittschriften entstanden waren. Trotz aller Androhungen etwa der Könige von Dänemark und in Preußen, sich an den katholischen Kirchen ihrer Länder zu Gunsten der evangelischen Salzburger schadlos halten zu wollen, gab der Erzbischof seine harte Haltung nicht auf.

Anfang Februar 1732 hatte der Erzbischof den "angesessenen" evangelischen Salzburgern mitteilen lassen, daß sie auf ihre angeblichen Bitten am folgenden Georgstag, dem 24. April, das Land verlassen sollten. Zu diesem Zeitpunkt war das Ziel der Reise genauso unbekannt wie vorher bei den Unangesessenen. Das änderte sich schlagartig, als eben zu dieser Zeit, am 2. Februar, König Friedrich Wilhelm I. in Preußen das bekannte Einladungspatent ausstellte²². Seine Einladung richtete sich an die evangelischen Glaubensgenossen im Erzstift Salzburg, die dort um ihres Glaubens willen verfolgt würden und denen er die Ansiedlung in bestimmten Ämtern seines Königreichs Preußen anbot. Die Anzahl der einwanderungswilligen Salzburger wurde nicht begrenzt. Alle Reichsstände wurden gebeten, ihren Zug ungehindert passieren zu lassen und in christlicher Weise zu unterstützen. Den Salzburgern wurde als künftigen Untertanen zugesagt, daß sie in Regensburg und in Halle (Saale) die übliche finanzielle Unterstützung an Tagegeldern bekommen sollten. In Preußen sollten sie bei ihrer Niederlassung die gewöhnlichen Rechte und Privilegien erhalten. Schließlich wurde ihnen zugesagt, daß sie hinsichtlich ihrer Ansprüche aus ihren früheren Besitzungen im Erzstift mit der Unterstützung des Königs rechnen könnten.

Für die Einladung des Königs gab es neben der bis jetzt vorgestellten Notlage der evangelischen Salzburger zwei Voraussetzungen. Zum einen war es die persönliche Frömmigkeit des Königs, dessen Geisteshaltung stark vom halle-

²¹ Mit Bezug auf die Salzburger Emigrationsakten aus Wien im Salzburger Landesarchiv bei FLOREY (wie Anm. 5), S. 146f.

²² Gedruckt bei Beheim-Schwarzbach (wie Anm. 17), S. 369f.; auch bei Florey (wie Anm. 5), S. 153-155.

schen Pietismus beeinflußt war²³. Das ist zu betonen, weil es Historikern oft schwerfällt, Glaubensfragen einen angemessenen Rang für die Motivation des Verhaltens von Herrschern zuzubilligen. Ein Beleg für die Haltung des Königs war, daß die beiden bereits erwähnten Gesandten der evangelischen Salzburger, die im November 1731 von Regensburg nach Berlin gekommen waren, dort hinsichtlich ihres evangelischen Glaubens examiniert wurden, als die Einladung noch gar nicht zur Rede stand, sondern der König nur seine Rolle als Sprecher der evangelischen Reichsstände überprüfen wollte²⁴.

Zum andern war es die innenpolitische Lage des vorhin genannten Königreichs Preußen. Dieses litt noch immer unter den Folgen der großen Pest der Jahre 1709–1710²⁵, der etwa ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer gefallen war. Davon hauptsächlich betroffen war neben der Residenzstadt Königsberg der Osten des Landes, der wegen der dort besonders zahlreich lebenden Nachfahren litauischer Einwanderer als Preußisch-Litthauen bezeichnet wurde. Die Wiederbesiedlung dieses Landstrichs setzte zwar noch unter König Friedrich I. ein, doch sie wurde das eigentliche Werk Friedrich Wilhelms I. und war nach knapp zwei Jahrzehnten, als die Einladung an die evangelischen Salzburger erging, noch keineswegs abgeschlossen²⁶. Wie wir noch hören werden, war sie jedoch schon so weit fortgeschritten, daß auf die bei Ankunft der Salzburger bereits vorhandenen Alt- und Neusiedler Rücksicht genommen werden mußte.

Trotz der christlichen Begründung für die Einladung des preußischen Königs war diese nicht spontan oder unüberlegt erfolgt. Die eigentliche Anregung für Friedrich Wilhelm I. kam möglicherweise vom kaiserlichen Hof in Wien. Am 4. Januar 1732 bedankte sich der König für diesen Vorschlag und schrieb, daß er jemanden nach Regensburg schicken wolle, um einige Auswanderer als Kolonisten anzuwerben²⁷. Zu diesem Zeitpunkt war noch keineswegs daran gedacht, alle Auswanderer aufzunehmen. Über die Gesamtzahl der betroffenen evange-

- ²³ Im Ganzen unterbewertet bei Peter Baumgart, Friedrich Wilhelm I. (1713–1740), in: Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II., hg.v. Frank-Lothar Kroll, München 2000, S. 134–159; anders die Einschätzung von Carl Hinrichs, Preußentum und Pietismus, Göttingen 1971.
- ²⁴ Herausgestellt bei FLOREY (wie Anm. 5), S. 156.
- ²⁵ Grundlegend und mit Bevölkerungszahlen, die aus den Akten erarbeitet wurden, ist immer noch die Abhandlung von Wilhelm Sahm, Geschichte der Pest in Ostpreußen, Leipzig 1905.
- ²⁶ Auch aus Archivalien erarbeitet wurde die Untersuchung von Fritz Terveen, Gesamtstaat und Retablissement. Der Wiederaufbau des nördlichen Ostpreußen unter Friedrich Wilhelm I. 1714–1740 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft. 16), Göttingen 1954.
- ²⁷ Beide Schreiben zitiert bei ARNOLD, Vertreibung (wie Anm. 10), S. 112 f.; FLOREY (wie Anm. 5), S. 157.

lischen Salzburger hatte man im Winter 1731/32 in Berlin noch keine Vorstellungen, zumal der Gesandte des Salzburger Erzbischofs in Regensburg die Zahl von 19.000, die im Juli 1731 die genannte Bittschrift in Regensburg hatte vorlegen lassen, als weit übertrieben hingestellt hatte.

Wie ließ sich nun das Einladungspatent umsetzen? In Regensburg konnte es erst fünf Wochen später, am 9. März 1732, dem Salzburger Gesandten übergeben werden. Schon vorher, am 30. Januar, hatte der König Johann Göbel als Kommissar nach Regensburg geschickt, der erste Verbindungen mit Auswanderern aufnehmen sollte. Zu dieser Zeit war die Austreibung der Unangesessenen noch nicht abgeschlossen, weil die Hindernisse, die Bavern und Tirol bereiteten, keinen schnelleren Vollzug erlaubt hatten. Deren Wege lagen von Regensburg aus gesehen, wie schon gesagt, weiter westlich. Göbel reiste daher im März nach Donauwörth, um sie mit der Einladung des Königs bekannt zu machen²⁸. Die Auswanderer empfanden diese sie überraschende Wendung als Schickung Gottes, denn ihnen haben die vorausgegangenen und gleichzeitigen diplomatischen Bemühungen nicht bekannt sein können. Mit dem Frühling und den vom König zugesagten Tagegeldern wendete sich die Stimmung der Vertriebenen auf eine erwartungsvolle Zukunft. Da in Berlin auch im Frühjahr 1732 noch nicht bekannt war, wie viele Salzburger Evangelische tatsächlich nach Preußen kommen würden, gab es, als infolge von Überlegungen bei den brandenburg-preußischen Diplomaten das Gerücht von einem Aufnahmestopp umging, zeitweilig einige Verwirrung nicht nur bei den betroffenen Emigranten, sondern auch bei den südwestdeutschen Landesherrschaften, durch deren Gebiete die Salzburger kamen und verpflegt werden mußten. Als wiederholt neue Auswanderertrupps ankamen, traf König Friedrich Wilhelm I. eine Entscheidung zunächst ohne Rücksicht darauf, inwieweit Preußen ohne Schwierigkeiten aufnahmebereit sei, indem er folgende Verfügung traf: "Sehr gut. Gott Lob! Was thut Gott dem Brandenburgischen Hause für Gnade! Denn diese gewiß von Gott herkommt."29

An zahlreichen Orten wurden Kollekten für die nunmehrigen "königlich preußischen Emigranten"30 gesammelt, die sowohl diesem Zug als auch den später noch folgenden zugute kamen. Die durch das Reich ziehenden Salzburger Exulanten sind Gegenstand zahlreicher bildlicher und anderer künstleri-

²⁸ Arnold, Vertreibung (wie Anm. 10), S. 120 beschreibt die Schwierigkeiten, mit denen Göbel allein wegen der Wegeverhältnisse und den vielfältigen Territorialgrenzen zu kämpfen hatte. Vgl. auch FLOREY (wie Anm. 5), S. 159f.

²⁹ Zitiert bei Arnold, Vertreibung (wie Anm. 10), S. 162; Florey (wie Anm. 5), S. 157.

³⁰ Zitiert bei FLOREY (wie Anm. 5), S. 160.

scher Gestaltungen geworden, die in dem schönen Buch betrachtet werden können, das Angelika Marsch vor drei Jahrzehnten veröffentlicht hat³¹.

Dieser Trupp, von dem Johann Göbel nördlich von Donauwörth in Harburg etwa 800 Personen empfangen hatte, brach von dort Ende März 1732 auf. Der Weg³² führte zunächst durch Gebiete der Markgrafen von Ansbach-Bayreuth. Da die Auswanderer in das Hochstift Bamberg nicht hereingelassen wurden, zogen sie weiter über Nürnberg und Erlangen ins Vogtland. Von dort ging es weiter über Gera und Weißenfels nach Halle. Die Führung übernahm nun der Kriegsrat von Herold. Hier wurden sie von der Leitung der Franckeschen Anstalten empfangen. Nachdem sie in deren berühmten Waisenhaus mit Bibeln ausgestattet worden waren, schlossen sich ihnen einige Theologiestudenten als Seelsorger an. Unter diesen war Johann Friedrich Breuer³³, Pfarrerssohn aus Kallinowen, der zunächst in Königsberg, zuletzt in Halle studiert hatte. Im Mai 1732 wurde er in der Berliner Garnisonkirche ordiniert und als Prediger der Salzburger bestallt. In Potsdam wurden die ersten Salzburger von der königlichen Familie empfangen. Hier wird überliefert und oft zitiert, daß der König wiederholt gesagt habe: "Ihr sollt es gut haben, Kinder, ihr sollt es bei mir gut haben." Darin zeigt sich die patriarchalische Fürsorge des Königs, der nicht nur seine berühmten langen Kerls im Kopf hatte. Von Berlin ging die Reise nach Stettin und von dort mit fünf Schiffen auf dem Seeweg nach Königsberg, der für die bisherigen Alpenbewohner ein schreckliches Erlebnis darstellte. Der schon bei diesem Trupp mitreisende Pfarrer Breuer versuche ihnen Mut zuzusprechen. Die Ankunftstage lagen zwischen dem 27. Mai und 11. Juni 1732. Im Ganzen haben in sieben Gruppen insgesamt 4.184 unangesessene evangelische Salzburger zwischen November 1731 und März 1732 ihre Heimat verlassen³⁴. Die Salzburger Überlieferung erlaubt eine Ermittlung genauer Zahlen. Da die weitere Vertreibung unter Bedingungen erfolgte, die mit denen der Flucht im ostpreußischen Winter 1944/45 vergleichbar sind, ist der Verbleib eines Teiles dieser Menschen ungeklärt.

Angelika Marsch, Die Salzburger Emigration in Bildern, Weißenhorn 3. Aufl. 1986. Dort ist nach S. 148 die Karte von Peter Conrad Monath, Nürnberg 1732, mit den verschiedenen Wegen der Auswanderer von Salzburg durch das Reich nach Preußen wiedergegeben.

³² Den Weg dieses Trupps von Harburg bis Berlin beschreibt mit seinen Stationen ARNOLD, Vertreibung (wie Anm. 10), S. 132–142; FLOREY (wie Anm. 5), S. 160–164.

³³ Friedwald Möller, Altpreußisches evangelisches Pfarrerbuch von der Reformation bis zur Vertreibung im Jahre 1945, Biographischer Teil, Nr. 958. Für die Kopie aus dem Ms. gilt der herzliche Dank Herrn Dr. Reinhold Heling (1927–2008), Hamburg.

³⁴ Diese Zahl nennt FLOREY (wie Anm. 5), S. 165.

Die angesessenen evangelischen Salzburger hatten noch bis zuletzt gehofft, daß die Ermahnungen und Proteste sowohl des Kaisers als auch des Corpus Evangelicorum den Erzbischof dazu bewegen könnten, die Dreijahresfrist einzuräumen. Doch das war vergebens, weil Firmian mit aller Brutalität seine konfessionspolitischen Ziele verfolgte³⁵. Am Georgstag begannen daher die Zwangsmaßnahmen, um die Auswanderung zu veranlassen. Nur aus technischen Gründen, weil die Anzahl für eine gemeinsame Wanderung viel zu groß war, wurde der Abmarsch über mehrere Monate verteilt. In 16 Trupps haben vom 6. Mai bis 6. August 1732 über 16.000 Personen das Land verlassen³⁶. Sie kamen aus 16 Pfleggerichten. Am zahlreichsten waren Werfen-Bischofshofen mit fast 4.000, Radstadt mit über 3.000, Goldegg-St. Veit mit über 2.800 und St. Johann im Pongau mit fast 2.300 Personen vertreten. Entsprechend hoch war die Anzahl der verlassenen Höfe, die nun zum Verkauf anstanden, nämlich fast 1.800 für das gesamte Gebiet. Die Gebiete einiger Pfleggerichte waren weitgehend entvölkert. Die Führer der evangelischen Bewegung, die bis kurz vorher in harter Gefangenschaft auf der Hohensalzburg gehalten wurden, waren gleich beim ersten Trupp dabei, darunter der Schmied von Hüttau, Rupert Stulebner.

Abweichend von den Zügen der Unangesessenen vollzog sich der Abmarsch der Angesessenen in geordneter Weise. Die erzbischöfliche Regierung zeigte noch einmal ihre ganze Verlogenheit, indem Hofkanzler Rall beim Abmarsch ieden Trupps einen Aufruf zur Umkehr aussprach³⁷. Die Salzburger Landesgrenze wurde bei Teisendorf überschritten, wo der preußische Kommissar Johann Göbel die Führung übernahm. Nach Erreichen der brandenburg-preußischen Länder lag die weitere Betreuung bis zur Ankunft in Königsberg in den Händen des Kriegsrats von Herold. Den Weg von Brandenburg nach Preußen haben zwei Drittel der Bauern über See gemacht. Nur ein Drittel benutzte den Landweg, wobei auch das Königlich polnische Preußen durchquert werden mußte. Die Grenzregimenter hatten für den Geleitschutz zu sorgen. Auf die freundlichen oder auch weniger freundlichen Reiseerlebnisse kann nicht näher eingegangen werden. Zu erwähnen ist, daß in Leipzig aus diesem Anlaß Johann Sebastian Bach die "Kreuzstab-Sonate" eigens komponiert haben soll³⁸. Nach anderer Zählung³⁹, als eben nach Göcking zitiert, sind bis zum 6. August 1732 14.179 Personen aus angesessenen Bauernfamilien weggezogen. Dazu kamen

³⁵ Vgl. FLOREY (wie Anm. 5), S. 166 ff.

³⁶ Florey bietet die Zahlen nach Gerhard C. G. GÖCKING, Vollkommene Emigrations-Geschichte von denen aus dem Ertz-Bißthum Saltzburg vertriebenen und in dem Königreich Preußen ... aufgenommenen Lutheranern, Frankfurt/Leipzig 1734–1737.

³⁷ Ausführlich zitiert bei FLOREY (wie Anm. 5), S. 167 f.

³⁸ Das erwähnt ohne Quellenangabe FLOREY (wie Anm. 5), S. 168.

³⁹ Diese Zahlen nennt ohne Quellenangabe FLOREY (wie Anm. 5), S. 170.

2.134 Unangesessene, also etwas mehr als die Hälfte der erwähnten Gesamtzahl, die nach ihrem Abmarsch aus Salzburg unterwegs von der Einladung des preußischen Königs gehört und sich dann auf den Weg nach Preußen gemacht hatten. Die Auswanderung forderte neben den seelischen Problemen auch körperliche Anstrengungen, die nicht jeder überstanden hat.

Doch auch die letzte Etappe war anstrengend genug⁴⁰. So starben sowohl bei den Transporten zu Schiff als auch bei denen zu Lande jeweils etwa 5% (805 Personen). Insgesamt erreichten in der Zeit vom 28. Mai bis zum 8. November auf 66 Schiffen in 19 Geleitzügen 10.265 Salzburger lebend die preußische Residenz- und Hafenstadt Königsberg. Auf dem Landwege waren es in der Zeit vom 6. August bis 8. November in elf Partien 5.243 Salzburger. Unter ortskundiger Führung war das königlich polnische Preußen zu durchqueren, ehe in Marienwerder oder Preußisch Holland das Gebiet des vormaligen Herzogtums Preußen erreicht wurde. Für die Organisation des ganzen Transports waren die von Friedrich Wilhelm I. neu geschaffenen Verwaltungseinrichtungen und deren Bediente zuständig. Das war seitens der Zentralgewalt das hauptsächlich für Innen- und Wirtschaftspolitik zuständige General-Oberst-Finanz-Kriegs- und Domänen-Direktorium, kurz Generaldirektorium genannt, das erst 1723 durch die Vereinigung vorher konkurrierender Behörden in Berlin gegründet worden war⁴¹. In Preußen als Zielland der Salzburgerzüge hatte die dem Generaldirektorium nachgeordnete Mittelbehörde, die Kriegs- und Domänenkammer Königsberg⁴², den Empfang und die Weiterleitung zu organisieren. Es verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, daß erst nach der Ankunft der Salzburger und wegen der mit ihrer Ansiedlung zu lösenden Probleme für den östlichen Landesteil Preußens mit Sitz in Gumbinnen eine eigene

- ⁴⁰ Die folgenden Zahlen nennen BEHEIM-SCHWARZBACH (wie Anm. 17), S. 131f. und FLOREY (wie Anm. 5), S. 172.
- ⁴¹ Zur Behördengeschichte vgl. Meta Kohnke, Zur Geschichte des Generaldirektoriums 1712/22–1808, in: Aus der Arbeit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz [Festschrift Werner Vogel], hg. v. Jürgen Kloosterhuis (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte. 1), Berlin 1996, S. 47–73. Die Aktentitel dieses Bestandes, die die Salzburgeransiedlung in Preußen betreffen, sind zusammengestellt bei Norbert Stein, Salzburger Emigration und Salzburger in Ostpreußen. Bestandsübersicht zu den Akten des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, Bielefeld 1997, S. 5–18.
- ⁴² Rita Klauschenz, Die Gründung der ostpreußischen Kriegs- und Domänenkammer zu Königsberg und die Einrichtung einer Kammerdeputation für Gumbinnen, in: Ostdeutsche Gedenktage 1999, Bonn 1998, S. 363–368. Die für die Salzburger einschlägigen Aktentitel der Königsberger Kammer finden sich bei Bernhart Jähnig, Das Historische Staatsarchiv Königsberg als Quelle für Salzburger Personen- und Familienforschung, in: Altpreußische Geschlechterkunde NF. Bd. 21, Jg. 39 (1991) S. 411–422, insbesondere S. 412–416.

Kriegs- und Domänenkammer eingerichtet wurde⁴³. Daher befinden sich die Akten zu den Transporten und der ersten Verteilung der neuen Landeskinder im Archivbestand der Königsberger Kammer.

Die Verwaltung hatte nun viel zu tun, um die Salzburger angemessen anzusiedeln. Etwa 2.000 Personen wurden in den sogenannten deutschen Ämtern untergebracht, also im preußischen Altsiedelland im Westen. Dazu gehörte die Haupt- und Residenzstadt Königsberg selbst. Es dürfte sich vor allem um vormals "unangesessene" Salzburger gehandelt haben, die in abhängigen Dienstverhältnissen untergekommen sind und um deren Versorgung sich daher die Landesherrschaft und deren Behörden weniger zu kümmern hatten.

Anders war es bei den Bauern, die Haus und Hof aufgegeben hatten und denen versprochen worden war, daß sie unter vergleichbaren Bedingungen neu angesiedelt werden sollten. 14.000 Personen gelangten daher nach Preußisch-Litthauen, also dem werdenden Gumbinner Kammer-Department. Eine große Sorge der Verwaltung beruhte auf der Ansicht, daß die neuen Landeskinder aus klimatischen Gründen Schwierigkeiten mit Leben und Arbeit haben würden. Tatsächlich haben etwa 2.000 Salzburger die ersten beiden Jahre nicht überlebt⁴⁴. Die Salzburger erwarteten, daß sie in ihrer neuen Heimat geschlossen angesiedelt würden. Darum hatten sie den König noch in Berlin gebeten. Die Kammerverwaltung erhielt darauf die Anweisung, daß dies so weit wie möglich geschehen solle, jedoch dürften die "alten Untertanen" dadurch keinen Schaden erleiden⁴⁵. Anders als bei früheren bedeutend kleineren Kolonistengruppen, etwa solchen aus der Schweiz⁴⁶, war dies nur noch in begrenztem Ausmaß möglich. Die preußischen Amtsträger untersuchten, wo und inwieweit in den einzelnen Ämtern Siedlungsraum frei war und Platz für die Neusiedler bot. Erfahrungen im Umgang mit früheren Neusiedlern kamen nun den Salzburgern zugute. Dennoch entstanden auch jetzt gelegentlich Mißhelligkeiten zwischen den neuen Bauern und den Unterbeamten. Der König stellte seine fiskalischen Erwartungen zurück. Das Land sollte bevölkert werden, ihren Bewohnern soll-

- ⁴³ Rolf Engels, Die preußische Verwaltung von Kammer und Regierung Gumbinnen (1724-1870) (Studien zur Geschichte Preußens. 20), Köln/Berlin 1974, ist für die Behördengeschichte des 18. Jahrhunderts wegen fehlender Archivbenutzung stark ergänzungsbedürftig.
- ⁴⁴ Bis August 1733 werden 1.286 Erwachsene und 848 Kinder aufgeführt, insbesondere die Beerdigungen auf den Königsberger Friedhöfen. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. HA Historisches Staatsarchiv Königsberg, Rep. 5 Tit. 21, Nr. 12.
- ⁴⁵ Vgl. Beheim-Schwarzbach (wie Anm. 17), S. 136.
- ⁴⁶ Vgl. als Beispiel für die kleine Gruppe aus der Landvogtei Sax-Forsteck die neuere Arbeit von Lothar Berwein, Die Ansiedlung von Schweizer Kolonisten im Rahmen der Repeuplierung Ostpreußens (Sonderschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen. 103), Hamburg 2003.

ten erträgliche Lebens- und Arbeitsbedingungen gewährt werden⁴⁷. Das Eingewöhnen der Salzburger nach ihrer monatelangen Wanderung und die Umstellung auf eine neue Seßhaftigkeit bereiteten Probleme, so daß der König seine Beamten zu Mäßigung und Geduld ermahnen mußte.

Im Ganzen machte die Ansiedlung der Salzburger bald große Fortschritte. Bereits nach zwei Jahren wurde berichtet, wie viele in den Städten und Ämtern des werdenden Gumbinner Kammer-Departments lebten. Von den neun Städten hatte Gumbinnen die meisten Salzburger, nämlich 237. Insgesamt lebten über 1.000 Salzburger in den Städten. Von den alten Hauptämtern lag Insterburg mit 6.778 Salzburgern weit an der Spitze vor Ragnit mit 2.002. In Tilsit und Memel waren es nur noch wenige⁴⁸.

Im Jahre 1736, als die Gumbinner Kriegs- und Domänenkammer selbständig wurde, ist als ein gewisser Abschluß des Wiederbesiedlungsverfahrens eine Generaltabelle⁴⁹ angelegt worden, die die bäuerliche Bevölkerung in den vier alten Hauptämtern Insterburg, Ragnit, Tilsit und Memel erfassen sollte. Dazu hatten alle 50 örtlichen Domänenämter dieses Raumes ihre Berichte nach Gumbinnen einzureichen. Erfaßt wurden 1. Salzburger, 2. Schweizer, Nassauer und andere Deutsche, 3. sogenannte Litauer. Bei letzteren handelte es sich um die Bewohner aus der Zeit vor dem Zuzug der Neusiedler, die mehrheitlich, aber nicht alle litauisch sprachen. Für jede Siedlung wurden die Namen der Haushaltsvorstände niedergeschrieben. Daher ist es möglich, den genauen Bevölkerungsanteil der einzelnen Gruppen in jedem Dorf festzustellen, wenn man vom Gesinde absieht. Dabei ist leicht zu erkennen, inwieweit die Salzburger Familien mit Familien aus anderen Bevölkerungsgruppen zusammenlebten.

Als Beispiel wenden wir uns dem Kirchspiel Tollmingkehmen⁵⁰ mit seinen rund 40 Dörfern zu, in dem Christian Donalitius (1714–1780) bald nach dem Eintreffen der Salzburger 1743 evangelischer Pfarrer geworden ist. Dieses Kirchspiel ist für den Raum des Gumbinner Kammerdepartments insofern nicht typisch, weil hier der Anteil der Salzburger geringer ist als in anderen Bereichen; dennoch lassen sich die Umstände der Ansiedlung erkennen. Die Grenzen der Kirchspiele stimmten nicht mit denen der erwähnten 50 Domänenämter überein, daher verteilten sich zu diesem Zeitpunkt die Dörfer des

⁴⁷ Vgl. Terveen (wie Anm. 26), S. 74 mit Anm. 173.

⁴⁸ Vgl. Beheim-Schwarzbach (wie Anm. 17), S. 165 f.

⁴⁹ Amtsbauern und Kölmer im nördlichen Ostpreußen um 1736, hg. v. Horst Kenkel (Sonderschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen. 23), Hamburg 1972, 2. erg. Aufl. 1981.

⁵⁰ Zur Ortsgeschichte vgl. Wolfgang Rothe, Kirchspiel Tollmingkehmen im Landkreis Goldap in Ostpreußen, o.O. 2005.

Kirchspiels Tollmingkehmen auf die Domänenämter Kiauten, Tollmingkehmen und Waldaukadel. In der genannten Generaltabelle des Jahres 1736 kommen nur in fünf Dörfern dieses Kirchspiels Salzburger Familien vor, nämlich elf Familien in Lenckischken, sieben Familien in Rominten und eine Familie in Texlen, die zum Domänenamt Kiauten gehörten, sowie zwei Familien in Kiaunen und drei Familien in Motzkuhnen, die dem Domänenamt Tollmingkehmen unterstanden⁵¹. Die Tabelle läßt erkennen, daß in Lenckischken und Motzkuhnen die Salzburger zu dieser Zeit die Hälfte, in den anderen Dörfern einen geringeren Anteil an den ortsansässigen Familien stellten. Es soll nun verfolgt werden, wie diese Salzburger Familien, die zu den Kirchspielskindern von Christian Donalitius gehört haben, sich während dessen langer Pfarramtszeit behauptet haben. Sie sind in diesen Dörfern nicht den kölmischen Bauern, sondern den Amts- oder Scharwerksbauern zugeordnet worden, ohne Scharwerk leisten zu müssen. Alle diese Bauern sind mit ihrem Landbesitz und ihren Abgaben in den Rechnungsbüchern der Domänenämter verzeichnet. Da diese Ämter im 18. Jahrhundert alle sechs Jahre verpachtet wurden, wurden jeweils anläßlich der Neuverpachtungen die Abrechnungen der Pächter mit den "Prästationstabellen"52 der Kammer in Gumbinnen zur Prüfung vorgelegt.

Die Salzburger Bauern wurden, wie bei Neusiedlern üblich, nicht sogleich zur Abgabenzahlung verpflichtet. Für die beiden Dörfer des Domänenamtes Tollmingkehmen, Kiaunen und Motzkuhnen, tauchen die Salzburger erst für den Pachtzeitraum 1740-1746 auf⁵³. Bei den Dörfern Lenckischken und Rominten erscheinen elf bzw. zwei Salzburger Familien schon für den Pachtzeitraum 1734-1740, doch hat es bei der Anfertigung dieser Tabelle Schwierigkeiten gegeben, so daß erst die Tabelle für den Zeitraum 1740-1746 vollständiger ist⁵⁴. Diese nennt auch Gerge Langecker in Texlen aus der Kolonistentabelle des Jahres 1736, der aber dann auf Dauer aus der Überlieferung verschwindet, so daß es in Texlen seitdem keine Salzburger gegeben hat. Wenn wir die Prästationstabellen bis zum Pachtzeitraum 1781-1787 für Kiauten sowie 1782-1788 für Tollmingkehmen betrachten, also für das Jahrzehnt nach dem Ableben des Pfarrers Donalitius, zeigt sich, daß sowohl die Anzahl der Salzburger Familien als auch der anderen Amtsbauern sich kaum verändert hat. Nicht bei allen Tabellen sind die Salzburger als solche gekennzeichnet, doch lassen ihre Familiennamen sie erkennen. In den 1780er Jahren werden in Kiaunen und Motzkuhnen die drei bzw. zwei Salzburger ausdrücklich als "Freibauern" von den Scharwerksbauern

⁵¹ Amtsbauern und Kölmer (wie Anm. 49), S. 47 b und 76 a.

⁵² Historisches Staatsarchiv Königsberg (wie Anm. 44), Prästationstabellen (PT).

⁵³ PT Tollmingkehmen 2 (1740/46).

⁵⁴ PT Kiauten 2 (1734/40) und 3 (1740/46).

unterschieden. In Lenckischken und Rominten werden die jeweils neun Salzburger als "Coloniebauern" hervorgehoben⁵⁵.

Die Salzburger hatten auch eigene Einrichtungen bzw. bildeten solche. Der "Sozietäts-Kontrakt" vom 17. September 1736⁵⁶ kann als rechtlicher Abschluß der Ansiedlung angesehen werden. In diesem konnten die Salzburger aushandeln, daß sie gegen andere Abgaben auf Dauer vom Scharwerk, der bäuerlichen Dienstpflicht, befreit blieben. Die Salzburger "Colonie" wurde als solche bezeichnet, obwohl die Salzburger, wie bereits erwähnt, nicht geschlossen eigene Dörfer allein bewohnen konnten. Da die Salzburger wegen ihres evangelischen Glaubens ihre alpine Heimat verlassen hatten und der Einladung König Friedrich Wilhelms gefolgt waren, spielte die geistliche Versorgung eine bedeutende Rolle. Daher sind die eigenen Seelsorger zu erwähnen, die die Salzburger schon unterwegs in Halle bekommen haben. Vier Pfarrer waren ihnen vom König versprochen worden⁵⁷. Ebenfalls sollten Fachwerkkirchen auf Steinfundamenten errichtet werden. Johann Friedrich Breuer und seine Amtsbrüder hatten besonders in den ersten Jahren schwere Arbeit zu verrichten, zumal sie immer wieder den Ort zu wechseln hatten. Breuer hatte auch die Aufgabe, Schulen für die Salzburger Neusiedlungen einzurichten und Lehrer anzustellen. Dazu suchte er sich geeignete Persönlichkeiten unter den Salzburgern aus. Schon 1735 waren 280 Schulen vorhanden, die Lehrer bekamen auch ein kleines Gehalt⁵⁸.

In Gumbinnen wurde eine eigene Kirche errichtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter russischer Hoheit neu entstanden ist. In Gumbinnen, dem Sitz der Kriegs- und Domänenkammer, entstand der Mittelpunkt der ostpreußischen Salzburger. Dazu gehörte das Hospital, das 1739 gegründet werden konnte und aus Kollektengeldern finanziert wurde. Abschließend ist noch darauf einzugehen, daß das Kapital dieser Einrichtung vergrößert werden konnte, weil der preußische Staat tatsächlich dafür gesorgt hat, daß die Ansprüche der ausgewanderten Salzburger an ihre in der alten Heimat verbliebenen Liegenschaften erfolgreich eingefordert wurden. Gesandte des Königs sind dazu nach Salzburg gereist und haben die Liegenschaften der evangelischen Auswanderer verkauft. Da nicht mehr alle früheren Eigentümer am Leben waren, als die Gelder nach Preußen gelangten, wurde der nicht mehr zu verteilende Betrag dem Kapital der Gumbinner Anstalt zugeschlagen⁵⁹. Das war der eigentliche Ab-

⁵⁵ PT Tollingkehmen 8, S. 134f. und 250f.; PT Kiauten 9, S. 470 und 651.

⁵⁶ Text bei Beheim-Schwarzbach (wie Anm. 17), S. 187–189.

⁵⁷ Ausführlichere Schilderungen, auch mit wörtlichen Zitaten bei ARNOLD, Vertreibung (wie Anm. 10), S. 195–210.

⁵⁸ Vgl. Florey (wie Anm. 5), S. 174.

⁵⁹ Vgl. Florey (wie Anm. 5), S. 177–183, wo ein Abriß der Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit gegeben wird.

schluß des logistischen Unternehmens, das Friedrich Wilhelm I. mit großer Energie begonnen und durchgeführt hat. Auch das hat dazu beigetragen, daß die vertriebenen evangelischen Salzburger in Preußen heimisch geworden sind.

Dennoch lassen sich die in ostpreußischen Dörfern angesetzten Salzburger Familien mit Hilfe der Prästationstabellen, die nach den preußischen Reformen zu Anfang des 19. Jahrhunderts von den neugegründeten Landkreisen seit etwa 1815 kirchspielsweise fortgeführt wurden, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgen60. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Salzburger hat lange dazu beigetragen, daß sie ihre mitgebrachte oberdeutsche Mundart gepflegt haben. Erst seit dem späten 19. Jahrhundert haben auch sie sich wie die anderen Einwanderergruppen an die niederpreußische Mundart des sogenannten Ostgebiets assimiliert. Immerhin soll das Oberdeutsche zu dieser Zeit noch innerhalb einzelner Familien gesprochen worden sein. Bei den Erhebungen für den "Deutschen Sprachatlas" 1879 sind jedoch keine der Probesätze auf Salzburgisch wiedergegeben worden, so daß auch in sprachlicher Hinsicht zu dieser Zeit die Nachfahren der Salzburger Einwanderer Ostpreußen geworden waren. Das Niederdeutsche dieser Region unterschied sich von den übrigen niederdeutschen Mundarten Ostpreußens durch seine starken oberdeutschen Einflüsse; weil dies erst in verhältnismäßig später Zeit erfolgt ist, wie wir gesehen haben, ist dafür auch die Bezeichnung "jungpreußisch" benutzt worden⁶¹.

Das wird am Beispiel von vier Dörfern, die zunächst zum Domänenamt Brakupönen, später zum Landkreis Pillkallen gehört haben, gezeigt bei Jähnig (wie Anm. 42), S. 420–422.

Vgl. Otto Natau, Mundart und Siedelung im nordöstlichen Ostpreußen (Schriften der Albertus-Universität. Geisteswiss. Reihe. 4), Königsberg/Berlin 1937, besonders S. 204– 207; Erhard RIEMANN, Die preußische Sprachlandschaft, in: Festschrift für Friedrich von Zahn (Mitteldeutsche Forschungen. 50), Bd. 2, Köln/Wien 1971, S. 1–34, besonders S. 7, 11 f.

Einheit und Vielfalt der Friderizianischen Politik und Regierungspraxis in Westpreußen

Von Stefan Hartmann

Voraussetzungen

Der renommierte Bonner Historiker Walther Hubatsch hat zu Recht festgestellt, dass Friedrich den Großen bei der Erwerbung Westpreußens und des Netzedistrikts 1772 zwei untrennbare Grundprinzipien der Staatslehre und Staatspraxis, das des "Equilibriums", d.h. des politischen Gleichgewichts in der Staatenwelt, und der damit zusammenhängende Grundsatz der "Raison d'Etat" im Sinn des verantwortlichen Handelns hinsichtlich der Balance, Ausgewogenheit und Dauerhaftigkeit der getroffenen Maßnahmen bestimmt haben. Diese sollten sich im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren bewegen¹. Der Petersburger Vertrag vom 5. August 1772 zwischen Russland, Preußen und Österreich bezweckte allerdings keine Teilung Polens, wie oft fälschlich behauptet wird, sondern eine "Dismembration" der Adelsrepublik, die zwar eine Unrechtshandlung war, sich aber im Rahmen der Kabinettspolitik des 18. Jahrhunderts hielt, die große Landgebiete ohne Rücksicht auf den Willen der betroffenen Bevölkerung einem neuen Souverän unterstellte². Preußen erhielt mit rund 36.000 Quadratkilometern und ca. 600.000 Einwohnern zwar den kleinsten Anteil, konnte damit aber die Landbrücke nach Ostpreußen herstellen und den Schutz seiner Nordostflanke gegenüber dem expandierenden Zarenreich, der im Siebenjährigen Krieg gefehlt hatte, erheblich verbessern. Die neue Akquisition umfasste die bisherigen Wojewodschaften Marienburg, Kulm und Pommerellen (ohne Danzig und Thorn), den Netzedistrikt, Stadt und Gebiet Elbing sowie die Bistümer Kulm und Ermland. Anders als nach den beiden folgenden Teilungen von 1793 und 1795 erhob sich im polnischen Volk und in der Bevölkerung der abgetrennten Gebiete nur vereinzelt Widerstand gegen die neuen Machtverhält-

¹ Vgl. Walther Hubatsch, Die Übernahme Westpreußens und des Netzedistrikts durch Preußen im Jahre 1772, in: Die Erste Polnische Teilung 1772 (Studien zum Deutschtum im Osten. 10), Köln u.a. 1974, S.75–95, hier S.75.

² Vgl. Gotthold Rhode, Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. 313–314. Zum Begriff "Dismembration" vgl. Friedrich der Große. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz anlässlich des 200. Todestages König Friedrichs II. von Preußen, bearb. von Friedrich Benninghoven/Helmut Börsch-Supan/Iselin Gundermann, Berlin 1986, S. 257, und Horst Jablonowski, Die erste Teilung Polens, in: Beiträge zur Geschichte Westpreußens 2 (1969), S. 47 ff.

nisse. Auch die Stimmung der öffentlichen Meinung in Europa war unter dem Einfluss der Aufklärung überwiegend positiv, weil Polen nach Ansicht der fortschrittlichen Kräfte wegen seiner anarchischen Zustände und Unterdrückung der Protestanten als rückständiges Land galt. Erst nach der Französischen Revolution, als sich unter Führung Kościuszkos eine polnische Nationalbewegung entwickelte, sollte sich das nachhaltig ändern. Erwähnenswert ist, dass Friedrich die Übernahme der neuen Provinz nicht mit ihrer früheren Zugehörigkeit zum Deutschen Orden begründete, weil dieser unter österreichischer Schirmherrschaft weiter bestand, sondern vielmehr an die alte Zugehörigkeit Pommerellens zu Pommern, askanische Rechte und seine eigene Herrschaft über Pommern anknüpfte³.

Inbesitznahme der neuen Provinz

Die offizielle Besitzergreifung von "Preußen königlichen Anteils" erfolgte durch Patent vom 13. September 1772. Der Vorschlag des Kabinettsministers Friedrich Ewald von Hertzberg⁴, dem das Auswärtige Departement unterstand, künftig die Bezeichnung "Westpreußen" zu verwenden, fand beim König Gehör, während Hertzberg in das Besitznahmepatent die Worte "König von Preußen" aufnahm, ohne dass eine persönliche Entschließung Friedrichs darüber erfolgte⁵. Bereits 14 Tage später fand die Huldigung der Einwohner der annektierten Gebiete in Marienburg statt, wobei die Gedenkmünze bezeichnenderweise die Umschrift "Regno redintegrato" - gemeint war damit, dass das Land, das ehemals dem preußischen Adler entrissen worden war, nunmehr unter seine Flügel zurückkehrte - trug. Wegen der unsicheren Grenz- und Besitzverhältnisse des Netzedistrikts blieb dieser zunächst davon ausgenommen und leistete erst im Mai 1775 in Hohensalza den Huldigungseid. Um außenpolitische Verwicklungen zu vermeiden, verfügte Friedrich, man solle nur von Distrikten an der Netze und nicht von solchen jenseits der Netze, d.h. am linken Ufer des Flusses, sprechen⁶. Hier wird ein Problem erkennbar, das das preußisch-polni-

- ³ Friedrich der Große. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs (wie Anm. 2), S. 258.
- ⁴ Friedrich Ewald von Hertzberg (1725–1785), preußischer Geheimer Kabinettsminister.
- ⁵ Vgl. Max Bär, Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Bd. 1 (Publikationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven. 83), Leipzig 1909, S. 85. Friedrich hatte dazu erklärt: "Westpreußen est fort bon, je ne difficulte jamais pour la forme."
- ⁶ Max Bär, Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Bd. 2 (Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven. 84), Leipzig 1909, Nr. 304, S. 279–281. Bei der Huldigung in Hohensalza sollte "ein Preußischer Commissarius in teutscher Rede den Actum eröffnen, wovon danach eine lateinische oder polnische Übersetzung durch den Secretarium abzulesen ist".

sche Verhältnis längere Zeit erheblich belasten sollte. Der Petersburger Vertrag hatte nur in allgemeinen Ausdrücken Preußen die Besitznahme des Netzedistrikts mit beiden Ufern des Flusses von der Neumark bis zur Weichsel bei Schulitz zugestanden, wodurch die Gebiete um die Städte Deutsch Krone, Camin, Bromberg und Hohensalza/Inowroclaw an den Hohenzollernstaat fielen. Der Geheime Finanzrat Franz Balthasar Schönberg von Brenckenhoff⁷ hatte mit der Grenzfeststellung und Inbesitznahme dieses Distrikts eine schwierige Aufgabe übernommen, die gelegentlich zu Missverständnissen zwischen ihm und seinem König führten. Seine umfassenden Bemühungen zur Erschließung und Kultivierung dieses in weitem Umfang brachliegenden Gebietes durch Meliorationen, Eröffnung neuer Wasserstraßen, u.a. durch den die Netze mit der Weichsel verbindenden Bromberger Kanal⁸, für die Verbesserung des Handels und Verkehrs und die Gewinnung neuer Landflächen waren aber dadurch nicht in Frage gestellt. Friedrich, der sich in allen Handlungen von der Staatsräson leiten ließ, unterstützte zwar Brenckenhoffs Maßnahmen, die auf der Einbeziehung der gesamten Überschwemmungszone der Netze in das preußische Gebiet beruhten, und ließ eine zweimalige, 1773 und 1774 bewirkte Erweiterung der zuerst gezogenen Grenzlinie zu, beschränkte sich aber schließlich auf die ursprünglichen und auch von den Polen gebilligten Grenzverläufe. Gemäß dem Grenzvertrag mit der Adelsrepublik vom 22. August 17769 räumte Preußen den Distrikt auf dem linken Netzeufer, behielt aber die innerhalb des preußischen Gebietes liegenden polnischen Enklaven. Insgesamt wurden etwa 30.000 Quadratmeilen an Polen zurückgegeben, die bei der neuen Grenzziehung von 1815 zum größten Teil nicht wieder zu Preußen kamen. Hier zeigt sich, dass der König keine Einzelgänge ohne Rechtsbegründung wollte und Entscheidungen, die auf Balance und Dauerhaftigkeit beruhten, den Vorzug gab.

Verwaltungsorganisation

Nach der Inbesitznahme Westpreußens folgte unmittelbar die Einrichtung einer Verwaltungsorganisation der neuen Provinz, die Friedrich dem aus dem

- ⁷ Franz Balthasar Schönberg von Brenckenhoff (1723–1780), Wirklicher Geheimer Finanz-, Kriegs- und Domänenrat; August Gottlieb Meissner, Das Leben Franz Balthasar Schönbergks von Brenckenhoff, Leipzig 1782.
- ⁸ Zum Bromberger Kanal vgl. Rita Klauschenz, Der Bau des Bromberger Kanals 1773 bis 1774 und seine Erneuerung nach 1791, in: 650 Jahre Bromberg, hg. v. Bernhart Jähnig / Gerhard Ohlhoff (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreussens. 26), Münster 1995, S. 151–166.
- ⁹ Text des Grenzvertrages zwischen Preußen und Polen bei Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), S. 320–323.

braunschweigischen Harzvorland stammenden Johann Friedrich von Domhardt¹⁰ anvertraute. Dieser hatte durch die Lösung schwieriger Aufgaben, u.a. während der russischen Okkupation Ostpreußens im Siebenjährigen Krieg, als es ihm gelang, die preußischen Interessen erfolgreich zu wahren und die Rückgabe dieser Provinz durch beharrliches Verhandeln Ende 1762 an den Hohenzollernstaat zu erreichen, das Vertrauen des Königs gewonnen¹¹. Friedrich ernannte ihn 1772 zum Oberpräsidenten sämtlicher ost- und westpreußischer Kammern und beauftragte ihn mit der Errichtung einer Kriegs- und Domänenkammer in Marienwerder und der Organisation von Verwaltung, Wirtschaft sowie der Kolonisationsarbeiten. Zum Sprengel der neuen Behörde gehörten neben den neuen Gebieten Elbing, Marienburg, Kulmerland und Pommerellen auch die altpreußischen Ämter Marienwerder, Riesenburg und die Erbämter Schönberg und Deutsch Eylau, während das Ermland der Königsberger Kammer unterstellt wurde. Für den Netzedistrikt war zunächst eine besondere Verwaltung durch den Finanzrat von Brenckenhoff vorgesehen, die nach dessen Erkrankung in der Schaffung einer Kammerkommission – sie erhielt 1775 die Bezeichnung "Kammerdeputation" in Bromberg - ihren Ausdruck fand. Sie ressortierte von der Kriegs- und Domänenkammer in Marienwerder und dokumentierte den gleichen Verwaltungsgang, wie er seinerzeit unter König Friedrich Wilhelm I. bei der anfänglichen Errichtung der Regierung in Gumbinnen schon sichtbar geworden war.

Ein weiteres Beispiel für die Übernahme der Verwaltungspraxis seines Vaters ist der Entschluss Friedrichs des Großen, sich Westpreußen direkt zu unterstellen, ein Verfahren, das bereits bei der Übernahme Schlesiens unter Umgehung des Generaldirektoriums praktiziert worden war. Erst im Januar 1774 wurde diese Zentralbehörde für die Marienwerdersche Kammer zuständig, während es zehn Jahre dauerte, bis der König glaubte, den Zustand des Netzedistrikts auf den gleichen Fuß seiner übrigen Länder gestellt zu haben, und die Ausnahmeregelung aufhob¹². Gleichzeitig mit der Schaffung der Kriegs- und Domänenkammer wurde in Marienwerder ein Oberhof- und Landesgericht errichtet, das wenig später die Bezeichnung "Westpreußische Regierung" erhielt. Nach Max Bär entsprach die Einrichtung der beiden Behörden der Verwaltungs- und Gerichtsorganisation in den übrigen Provinzen der Monarchie. Ihre Kompetenzen

¹⁰ Zu Johann Friedrich von Domhardt (1712–1781) vgl. Erich JOACHIM, Johann Friedrich von Domhardt. Ein Beitrag zur Geschichte von Ost- und Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Berlin 1899.

Stefan HARTMANN, Die Rückgabe Ostpreußens durch die Russen an Preußen im Jahre 1762, in: Zeitschrift für Ostforschung 36 (1987), S. 405–433, hier S. 418.

¹² Vgl. Walther Hubatsch, Friedrich der Große und die preußische Verwaltung (Studien zur Geschichte Preußens. 18), Köln u.a. 1973, S. 183.

waren nicht immer klar voneinander abgegrenzt. Während den Justizbehörden ein erheblicher Teil von Verwaltungsgeschäften mitübertragen war, griffen andererseits die Kriegs- und Domänenkammern in das Gebiet der Rechtsprechung hinüber¹³. Als ausführende Beamte der Marienwerderschen Kriegs- und Domänenkammer wurden die dem Adel angehörenden Landräte in den landrätlichen Kreisen auf dem platten Land und die Steuerräte in den steuerrätlichen Kreisen der Städte berufen, während aus den Starostei- und geistlichen Gütern Ämterbezirke gebildet wurden. Nach den Vorstellungen des Königs sollten die Landräte bei ihrer Ernennung wenigstens 35 Jahre alt sein. "Wenn sie dieses Alter nicht haben, taugen sie nicht dazu, und solch Kinder und junge Naseweise wollen Seine Königliche Majestät nicht zu Landräten angesetzt wissen. Besonders geeignet sind gute Offiziere, die nicht mehr bei der Armee in Diensten sind und den Abschied haben, weil die schon besser verstehen, was zur Ordnung gehöret." ¹⁴

Auch die Verfassung der Städte - Danzig und Thorn, die erst im Zuge der Zweiten Teilung 1793 preußisch wurden, bleiben hier unberücksichtigt - wurde preußischem Muster angepasst. Die Grundlage bildete das "Reglement für die Magistrate der Königlich Westpreußischen Städte" vom 13. September 1773, das für die kleinen Städte und Elbing gesondert erlassen wurde, weil Letzteres als "Stadtrepublik" in polnischer Zeit über weitaus größere Kompetenzen verfügt hatte. Während der "Vereinigte Magistrat" in Elbing vier Departements umfasste und aus einem Oberbürgermeister, einem Polizeidirektor, zwei Justizbürgermeistern und 14 Stadträten bestand, beschränkte man sich in den kleineren Kommunen auf je einen Polizei- und Justizbürgermeister, einen Kämmerer, einen Stadtschreiber und einen oder zwei Ratsherren, die wie die Bürgermeister auf Lebenszeit amtierten. Die Träger dieser Ämter sollten zwar vom Magistrat gewählt werden, bedurften aber der Bestätigung seitens der Obrigkeit, d.h. der Kammer. Zur Kompetenz des gesamten Stadtratskollegiums gehörten alle Aufgaben des Stadtgerichts wie die Zivil- und Kriminalsachen, Testaments-, Hypotheken- und Gesindesachen, die Privilegien-, Polizei-, Kommerzien- und Handwerkssachen, die Aufsicht über die Feueranstalten und sanitären Verhältnisse, die Verantwortung für die ordnungsgemäße Erhebung der Steuern und Kontributionen sowie die Regelung der Einquartierung. Auch das Schul- und Kirchenwesen war dem Magistrat unterstellt¹⁵. Wegen ihrer beschränkten finanziellen Möglichkeiten verfügten kleine Städte wie Neuenburg, Putzig, Schöneck,

¹³ Max Bär, Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit, Danzig 1912, S.88–89.

¹⁴ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 440, S. 376.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, I. HA Geheimer Rat, Rep. 7 B Preußen, Nr. 55 E 1, Fasz. 1, Bd. 2, 21. 9. 1773.

Schlochau, Berent, Hammerstein und Tuchel nur über einen Bürgermeister, der polizeiliche und gerichtliche Funktionen übernehmen musste. Trotz ihrer geringen Bezahlung von 100–150 Reichstalern jährlich waren die Bürgermeister der meisten dieser Kommunen – eine Ausnahme bildete Tuchel – juristisch vorgebildet¹⁶. Hier wird deutlich, dass alle Bereiche der städtischen Verwaltung der Aufsicht des Staates unterstellt wurden. Der Vereinigte Magistrat erhielt den Charakter einer staatlichen Behörde, die Weisungen von oben auszuführen hatte. Von einer kommunalen Selbstverwaltung war man vor Einführung der Stein'schen Städteordnung noch weit entfernt.

Justizwesen

Unmittelbar nach der Besitzergreifung Westpreußens wurden die bisherigen polnischen Gerichte mit wenigen Ausnahmen abgeschafft und das Gerichtswesen auf die Grundlage des Gesamtstaates umgestellt, wobei die Justizverfassung Ostpreußens als Vorbild diente. Maßgebend wurden nun die Hauptgesetze und die Justizverfassung des Königreichs Preußen. Das Ober-Hof- und Landesgericht in Marienwerder wurde die für alle geistlichen und weltlichen Justizangelegenheiten zuständige Behörde, wobei die von den katholischen geistlichen Gerichten zu entscheidenden Sachen ausgeklammert blieben. Verbunden war damit die Aufhebung der Sklaverei und Leibeigenschaft der Domänenbauern, während die Verbesserung der Rechtsstellung der Bauern auf den adligen Gütern nicht so weitgehend war, wobei allerdings die Bestimmung, dass jeder Untertan ohne die Berücksichtigung seiner Grundherrschaft bei den Landesjustizkollegien Recht suchen konnte, ein wichtiger Reformansatz war. Der Marienburger Justizbehörde wurde ein Hofgericht in Bromberg zur Seite gestellt, das für den Netzedistrikt zuständig war. Berufungsinstanzen gegen die Beschlüsse dieser Kollegien waren das Hofgericht in Königsberg und das Obertribunal in Berlin. Als Untergerichte fungierten das Admiralitätsgericht zu Langfuhr, dessen Gerichtsbarkeit sich auf alle Kriminal-Schiffs- und Seehändel erstreckte, das Großwerdervogteigericht, die Landvogteigerichte, die Domänenjustizämter, die Rechtsfragen in den Kommunen regelnden Stadtgerichte, die Patrimonialgerichte und Kreisjustitiariate¹⁷. Großen Anteil an der Verbesserung des Justizwesens in der Gesamtmonarchie hatte der Großkanzler Johann Heinrich Kasi-

Andrzej Groth, Die pommerellischen Kleinstädte in den Jahren 1777–1778, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 54 (2005), S. 350–376, hier S. 351–353.

¹⁷ Zum westpreußischen Gerichtswesen vgl. Bär, Behördenverfassung (wie Anm. 13), S. 99-119.

mir von Carmer¹⁸, der den entscheidenden Schritt zur Kodifikation des Allgemeinen Landrechts vollzog und auch wichtige Anregungen zur Reform des westpreußischen Justizwesens vermittelte. Dessen schlechte Beschaffenheit führte er u.a. auf die Besetzung der Untergerichte mit charakterlich ungeeigneten Leuten zurück, die der Edelmann nach Gutdünken zur Bedrückung seiner Untertanen missbrauche. Um gravierende Mängel zu beseitigen, sei eine gründliche Justizvisitation auf dem platten Land und in den kleinen Städten erforderlich. Vor allem müsse darauf geachtet werden, dass ein Jurisdiktionsinhaber seinen Justitiarius nicht ohne Erkenntnis des Obergerichts absetzen könne. Der König billigte zwar Carmers Vorschläge, forderte ihn aber auf, die Mängel der bisherigen Justizverfassung deutlicher darzustellen. Insbesondere forderte er die namentliche Aufführung aller Justizbedienten, denen es an Geschicklichkeit und Rechtschaffenheit fehlte, um diese zur Verantwortung ziehen zu können¹⁹.

Retablissement

Die hier betrachteten Reformen bildeten die Grundlagen für das friderizianische Retablissement der Provinz Westpreußen, das diese in Form eines "großartigen Rationalisierungsprogramms" mit den Erfahrungen einer gut organisierten und schnell arbeitenden Verwaltung auf den "Fuß" der Nachbargebiete bringen sollte. Die hier ergriffenen Maßnahmen, die in den "Allgemeinen Grundsätzen über die Verwaltung von Westpreußen" skizziert sind, belegen, dass Friedrich der Große sich dabei nicht übereilte, sondern ein Mann der Überlegung und des Maßes blieb. Wie gewaltig diese Aufgabe war, erhellen zeitgenössische Berichte aus der Zeit der Übernahme Westpreußens durch den Hohenzollernstaat, die sich "in Schilderungen arger Verkommenheit und Unkultur" überboten. Darin hieß es, das Land sei wüst und leer. Das Vieh habe schlechte Qualität, die Äcker seien ausgesogen und voller Unkraut und Steine, die Wiesen versumpft, die Wälder unordentlich ausgehauen und gelichtet. Was man an festen Städten oder Schlössern habe, liege in Schutt und Trümmern, ebenso die meisten kleinen Städte und Dörfer. Die Verwaltung und Justizpflege

Johann Heinrich Kasimir von Carmer (1721–1801), preußischer Großkanzler. Zu seinem Anteil an der preußischen Justizreform vgl. Hubatasch, Preußische Verwaltung (wie Anm. 12), S. 219–220.

Carmers Vorschläge zur Verbesserung des Justizwesens in Ost- und Westpreußen vom 28. 10. 1781 und die Reaktion des Königs auf diese bei Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nrn. 540, 541, S. 442–444.

²⁰ Zu den Grundsätzen Friedrichs des Großen über die Verwaltung von Westpreußen vgl. Bär, Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 77–85.

seien in gleicher Weise unzureichend. Es gebe keinen soliden Bauernstand, und ein Bürgerstand existiere gar nicht. Nach Friedrichs Auffassung war dieses Land ebenso kultiviert wie Kanada. Es "besitzt nicht das, was man Freiheit nennt; die Herren üben die grausamste Tyrannei gegen ihre Sklaven aus. Man hat mir ein Stückchen Anarchie gegeben, mit dessen Umwandlung ich mich beschäftigen muss."²¹ Zum Regierungsstil des Königs gehörte, dass er unter Umgehung des Generaldirektoriums direkt seine Anordnungen traf. Das geschah in Form der Kabinettsordres, von denen Max Bär viele im zweiten Band seines grundlegenden Werkes über "Westpreußen unter Friedrich dem Großen" abgedruckt hat. Sie bilden eine wesentliche Grundlage meiner folgenden Betrachtungen.

Zum besseren Verständnis ist ein Blick auf die Form und Funktion dieser Ordres angebracht. Sie waren ein Instrument der Kabinettsregierung des großen Königs, dessen persönliche Regierungsweise von seinem Schreibtisch aus zunehmend den Stil seiner Verwaltung bestimmt hat. Im Gegensatz zu den Nomine Regis durch die Behörden als königliche Amtsträger ausgefertigten Reskripten waren die Kabinettsordres in der Regel in der 1. Person oder im neutralen Stil abgefasst und der "Inbegriff eines Befehls, ebenso klar und bündig in der Sache, wie schlicht und einfach in der Form. Sie konnten aus wenigen Zeilen bestehen, sich aber auch über ganze Seiten ausdehnen." ²² Dass Friedrich in ihnen das zweckmäßigste Mittel im Umgang mit nachgeordneten Behörden und Amtsträgern sah, belegt auch der Umstand, dass er in der zweiten Hälfte seiner Regierung täglich bis zu zwölf, manchmal sogar mehr Kabinettsordres herausgehen ließ.

Zu den vorrangigsten Verwaltungsaufgaben gehörte die Einrichtung einer Klassifikationskommission unter der Leitung des Geheimen Finanzrates Johann Rembert Roden²³. Dieser sollte nach dem Vorbild der Vermessung und Veranlagung Ostpreußens auf Grundlage des Generalhufenschosses für Westpreußen ein Kataster anlegen, um durch die Klassifikation des Grund und Bodens die Voraussetzung für eine gerechte Besteuerung zu schaffen. Dieses Kataster ist eine wichtige Quelle für die Erfassung der Namen der Dörfer und Vorwerke, ihrer Größe, der Zahl der freien Bauern und der Höhe der jährlichen Abgaben. In diesem Zusammenhang ist auch die spätere Dorfordnung für Westpreußen zu sehen, die auf eigenen Beobachtungen des Königs während seiner Reisen

²¹ Rudolph Stadelmann, Preußens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landescultur, T. 2: Friedrich der Große (Publikationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven. 11), Leipzig 1882, S.71–72.

²² Heinrich Otto Meisner, Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918, Göttingen 1969, S. 151.

²³ Johann Rembert Roden (1724–1781), Geheimer preußischer Finanzrat.

durch diese Provinz und den Berichten der dort tätigen Beamten beruhte. Sie regelte in deutscher und polnischer Sprache das Leben und die Tätigkeit der ländlichen Bevölkerung und enthielt Vorschriften über die Verbesserung von Ackerbau und Viehzucht, den Schulbesuch der Kinder, die korrekte Erfassung von Abgaben und das Verhältnis der Dorfbewohner zu den preußischen Behörden²⁴. Durch die Einführung eines "Schutzgeldes" für Personen, die wenig oder kein Land bewirtschafteten, wurden diese vor Erhöhungen ihrer Leistungen an den Fiskus bewahrt. Ein entscheidender Schritt war die Erwerbung umfangreicher polnischer Starosteigüter, deren Inhaber mit Abfindungen oder Staatsrenten befriedigt wurden. So erhielten der Wojewode von Przebendowski für Putzig 10.000 und für Berent 20.000 Taler, Generalmajor von der Goltz für Graudenz 30.000 Taler, der Starost von Unruh für Hammerstein 7.500 Taler, die verwitwete Generalin v. d. Goltz für Tuchel 50.000 und das Fräuleinstift Marienwille in Warschau 47.000 Taler²⁵. Aus den Starosteigütern entstanden 79 Domänenämter, in denen die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben wurde. Diese Reform wurde u.a. durch ein Promemoria des Landvogteigerichtsdirektors von Paulitz aus Kulm angestoßen. Nach seinem Bericht gab es im vormaligen Polnischen Preußen zwei Arten von Bauern, d.h. Freibauern oder Kölmer, die sogenannten "coloni", und als "rustici" bezeichnete simple Bauern oder Untertanen. Wenn sich nicht an einem bestimmten Ort ansässige Personen ein Jahr auf einem adligen Gut aufhielten, wurden sie eo ipso Untertanen des Gutsherrn. Wer von einem Gut flüchtete, durfte weder auf dem Land noch in den Städten aufgenommen werden und war unter Androhung einer Strafe von 200 Mark umgehend an seinen Herrn auszuliefern. Obwohl nach der polnischen Constitutio Regni von 1529 ein Untertan nach fünfjährigem Aufenthalt in einer Stadt frei sein sollte, konnten die kleinen Städte angesichts der Unterdrückung durch den Adel diesem keinen Schutz gewähren. Der Untertan durfte gegen seinen Herrn vor keinem Gericht klagen, und dieser durfte ihn nach Gefallen verschenken oder gegen bares Geld verkaufen. Das habe dazu geführt, dass Untertanen im Wissen, der Herr würde ihnen doch alles wegnehmen, sich dem Trunk und einer liederlichen Lebensart ergäben²⁶. Immer wieder hatte sich Friedrich vehement gegen die Praktizierung der Sklaverei auf den Gütern ausgesprochen, die seinem aufgeklärten Toleranzprinzip widersprach. Die Abschaffung der Leibeigenschaft bedeutete aber nicht die Aufhebung der Zuordnung der Bauern zu den Grundherren oder Domänen, der sogen. "Erbuntertänigkeit", worunter

²⁴ Zur Dorfordnung für Westpreußen vgl. Friedrich der Große. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs (wie Anm. 2), S. 262–264.

²⁵ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 283, S. 265.

²⁶ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 208, S. 207-210.

ihre weiter bestehende Bindung an die Scholle verstanden wurde. Sie blieb bis zum Stein'schen Reformedikt über die Bauernbefreiung 1807 in Kraft²⁷.

Der Grund für Friedrichs zurückhaltendes Taktieren war eine schonende Behandlung des Adels, dem er die Rechte und Befugnisse über seine Untertanen nicht gewaltsam entziehen wollte, brauchte er ihn doch als verlässliche Stütze seines absolutistischen Regierungssystems im Militär und der Verwaltung. Dabei machte er durchaus Unterschiede zwischen dem deutschen und dem polnischen Adel. Im Letzteren sah er kein nützliches Gesellschaftsmitglied seines Staatswesens, da viele in seinen Reihen mit der Adelsrepublik sympathisierten. So verfügte er, dass westpreußische Senatoren nur am Senatsconsilium in Warschau teilnehmen durften, wenn ihre Güter auf dem verbliebenen Territorium des Königs von Polen lagen. Vor allem ärgerte ihn "die alte polnische, höchst schädliche Gewohnheit des reichen Adels, seine westpreußischen Güter auf drei Jahre zu verpachten und sich die ganze Summe voraus bezahlen zu lassen. Mit dieser ansehnlichen Summe gehen sie nach Polen und bringen davon keinen Heller nach Preußen zurück"28, was große Verluste für den Fiskus bedeutete. Um diesem Übel entgegen zu steuern, mussten polnische Edelleute, die Güter in Westpreußen hatten, erklären, ob sie Polen oder Preußen sein wollten. Entschieden sie sich für das Erstere, mussten sie ihren Besitz verkaufen und nach Polen abziehen. Um diesen Prozess zu beschleunigen, gestattete Friedrich sogar Nichtadligen den Kauf derartiger Güter²⁹.

Große Vorbehalte hatte der König auch gegenüber der Ansiedlung von Juden in der neuen Provinz. Maßgebend waren für ihn die Bestimmungen des Generaljudenreglements vom 17. April 1750, die nur den ordentlichen Schutzjuden, die über ein Vermögen von mindestens 1.000 Talern verfügen mussten, den dauernden Aufenthalt in seinen Staaten erlaubte³0. Seine wiederholten Edikte gegen die Entfernung der Kleinhandel betreibenden oder Betteljuden waren nicht von rassistischen oder Glaubensmotiven geprägt, sondern entsprachen fiskalischem Interesse, das gerade die reicheren Juden als ernst zu nehmenden ökonomischen Faktor schützte und privilegierte. Für die unterentwickelte preußische Wirtschaft wollte der Monarch die kaufmännische Geschicklichkeit und den Unternehmergeist der Juden ausnutzen. Bei der Besitzergreifung Westpreußens befanden sich etwa 3.600 Juden in dieser Provinz, davon mehr als ein Drittel in den Danziger Vorstädten Stolzenberg, Langfuhr und Altschottland, d.h. auf

²⁷ Hubatsch, Preußische Verwaltung (wie Anm. 12), S. 185.

²⁸ BÄR, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 474, S. 407.

²⁹ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 497, S. 419-420.

³⁰ Zum Generaljudenreglement vgl. Stefan HARTMANN, Das Generalverzeichnis der Königsberger Juden vom 24. März 1812 als familien- und sozialgeschichtliche Quelle, in: Preußenland 29 (1991), S. 35–42, hier S. 36–37.

starosteilichem und geistlichem Grund im Sprengel des Bistums Leslau. Danzig duldete dagegen keine Juden auf seinem Territorium. Anders als im eigentlichen Westpreußen saßen im Netzedistrikt, der eine erheblich größere Zahl von Juden aufwies, neun Zehntel von ihnen in den Städten. In vielen machten sie ein Drittel, in Flatow und Hohensalza sogar über die Hälfte der Bevölkerung aus. Neben der Ausweisung vieler unbemittelter, vor allem polnischer Juden bewirkten die Maßnahmen des Königs ihre Umsiedlung vom flachen Land in die Städte, was vor allem für die kleineren Kommunen im Südwesten und Südosten der Provinz zutraf. Als Beispiele sind hier Schlochau und Hammerstein zu nennen, wo der jüdische Zuzug vom Lande besonders lebhaft war. Festzuhalten bleibt, dass die Juden in Westpreußen wie in anderen preußischen Provinzen bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Folgezeit eine wichtige Rolle gespielt haben³¹.

Kern des umfassenden friderizianischen Retablissements waren die Kultivierung des in weiten Flächen brachliegenden platten Landes und der Wiederaufbau der zum großen Teil verfallenen Städte. Wie Georg Strobel ausführt, waren dafür nicht nur die nachteiligen Folgen von Kriegen und Seuchen, sondern auch die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft der Adelsrepublik auf Getreideanbau und -export verantwortlich. Diese erlegte den Bauern zunehmende Frondienstleistungen auf, die zu steigenden Wüstungsflächen im landwirtschaftlichen Bereich führten, weil die Bauern in der wenigen ihnen verbleibenden Zeit nicht mehr ihre Felder bestellen konnten. Im Jahr 1771 – d.h. kurz vor der preußischen Annexion Westpreußens - schrieb der polnische König Stanislaus August an Katharina die Große, dem Lande drohe eine Hungersnot, weil ein Drittel aller Felder in den fruchtbarsten Landesteilen unbestellt sei. Die Lockerung des Feudalsystems und die an Bedeutung gewinnende Lohnarbeit begünstigten die Flucht der Fronbauern aus Adels- und Kirchengütern, was Friedrich dem Großen die Beschaffung von polnischen Arbeitskräften für sein Bromberger Kanalprojekt erleichterte. Hier wird deutlich, dass ihm neben der politischen auch die wirtschaftliche Ohnmacht der Adelsrepublik die ungehinderte Durchführung des Retablissements der neuerworbenen polnischen Gebiete ermöglicht hat³².

³¹ Vgl. Hans-Werner RAUTENBERG, Zur Geschichte des Judentums in Pommern und Westpreußen zwischen Emanzipation und Erstem Weltkrieg, in: Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg (Historische und Landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien. 3), Marburg 1989, S. 49–72, hier S. 57–61; dazu Bär, Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 420–439.

³² Vgl. Georg W. Strobel, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Polen am Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Die Erste Polnische Teilung 1772 (wie Anm. 1), S. 49–74, hier S. 50–57.

Wie schlecht der Zustand der landwirtschaftlichen Kultivierung der neuen Akquisition war, verdeutlichen mehrere Immediatberichte der Kriegs- und Domänenkammer Marienwerder und die darauf erfolgten Kabinettsordres des Königs. Bereits im Februar 1773 berichtete Domhardt über die katastrophalen Verhältnisse in dem an Pommern angrenzenden Teil Pommerellens. Wegen des Mangels an Wiesenwachs und des sandigen Getreidebodens fehle es hier an Winterfutter. In den Starosteien Mirchau, Schöneck, Putzig und Berent "befinden sich die Einsassen in trister Situation. Die meisten Bauern sind ohne Brot, leben vom Wurzelwerk und schlechtem Gemüse und verkaufen das wenige Getreide, um die ihnen auferlegten Onera damit zu berichtigen."33 Friedrich sah im Holzschlagen in den Wäldern eine Möglichkeit, Pommerellen wirtschaftlich etwas auf die Beine zu helfen. Um ein Aushauen zu verhindern, sollten die betroffenen Stellen sogleich wieder besät, gegen die Viehtriften verwahrt und so von Jahr zu Jahr fortgefahren werden. Das müsse in allen Starosteiforsten und auch in der Tucheler Heide geschehen. Mit dem gewonnenen Holz sei zuerst der Bedarf der Kammer und der Untertanen zu decken und mit dem, was übrig bleibe, Handel zu treiben. Darüber hinaus sei in Pommerellen der Schafstand zu vermehren und für dessen Futterbedarf Pappelweiden zu pflanzen³⁴. Besonders dringlich erschien dem König, die Leute auf dem platten Land zu mehr Arbeitsamkeit, Reinlichkeit und Ordnung zu bewegen und in den Amtsdörfern bessere Häuser zu erbauen, weil diese zumeist in den schlechtesten Umständen und eher Viehställen ähnlich seien. Ihnen drohe bei dem geringsten Wind der Einfall, weil sie in der bisherigen polnischen Bauart mit Wänden aus Strauchzäunen errichtet seien. Ein Heilmittel sah Friedrich in der Ansetzung fremder Kolonisten in geschlossenen Dörfern unter dem hiesigen Volk, das dadurch aufgemuntert werde, "sich besser zu rühren und was Ordentliches vorzunehmen". Die Erfolge dieser Aktionen waren allerdings beschränkt, weil in friderizianischer Zeit höchstens 12.000 Menschen - fast ein Drittel der Kolonisten kam aus Württemberg – in Westpreußen angesiedelt wurden, was kaum mehr als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Sie erhielten günstige Bedingungen als Erbzinsleute, die von Dienstleistungen weitgehend befreit waren³⁵. Zumindest waren damit die Grundlagen für eine erfolgreiche Kultivierung und Erschließung des Landes in den folgenden Jahrzehnten geschaffen.

Wie beharrlich und zäh der König immer wieder auf die von ihm angesprochenen Probleme zurückkam, erhellt seine Kabinettsordre an den neuen Direktor der Marienwerderschen Kriegs- und Domänenkammer von Korckwitz vom

³³ BÄR, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 177, S. 182-183.

³⁴ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 312, S. 285–287.

³⁵ Hubatsch, Preußische Verwaltung (wie Anm. 12), S. 185.

18. Juni 1780. Darin hieß es wörtlich: "Er soll eine bessere Landwirtschaft einführen, denn die ist in Westpreußen in der größten Bredouille von der Welt. Die besten Teile Westpreußens liegen zwischen Marienwerder und Kulm. Da haben sie nicht viel Dünger nötig und schmeißen deshalb einen solchen größtenteils ins Wasser. Da muss die Anstalt getroffen werden, dass die anderen Leute in der Landwirtschaft, die schlechtes Land haben, sich den Mist abholen und solchen auf ihre Felder bringen."36 Ein weiteres Ärgernis des Monarchen war, dass die Felder in Westpreußen so weitläufig besät waren, dass die Leute nicht einmal das Stroh für ihr Vieh davon gewinnen konnten. Die Kammer sollte die Untertanen belehren, einen kleineren Fleck Land nach dem Verhältnis ihres Viehstandes zu besäen, um so den erforderlichen Dünger zu erhalten. Auf seinen jährlichen Inspektionsreisen – der Anlass war eine Truppenbesichtigung in Mockrau bei Graudenz - verschaffte sich der König einen persönlichen Eindruck von den Zuständen in Westpreußen, der in seine Kabinettsordres einfloss. Als er nach zweijähriger Unterbrechung wegen des Baverischen Erbfolgekrieges 1780 die Provinz wieder besuchte, hielt er mit seinem Unmut über die Marienwerdersche Kammer nicht zurück: "S. K. M. haben bei dero jetzigen Herreise die hiesige Provinz gar nicht in dem Zustande gefunden, wie Höchstdieselben billig erwartet. In drei Jahren sind Sie nicht hier gewesen, und in der Zeit hätte allerdings vieles gebessert sein müssen. Allein die Kammer hat nichts getan, um nichts sich bekümmert, sondern alles so hingehen und einen jeden so hinwirtschaften lassen, wie er gewollt, woraus denn nichts anderes wie die größte Unordnung entstehen können."37 Derartige Erkenntnisse veranlassten den König aber keineswegs zur Resignation, sondern eher zu vermehrter Aktivität. Zu seinen Instruktionen gehörte auch die Förderung der westpreußischen Butter- und Fleischproduktion, um den wachsenden Bedarf anderer Provinzen und vor allem der Residenzstadt Berlin an diesen Artikeln zu befriedigen. Noch wenige Tage vor seinem Tod schärfte er der Marienwerderschen Kammer ein, energisch durch die Trockenlegung der Moräste und Brüche die Urbarmachung des Landes zu betreiben und sich dabei durch mögliche Rückschläge nicht aufhalten zu lassen. Er erwarte, dass sie sich sofort damit beschäftige und ihm darüber sorgfältigen Bericht erstatte³⁸.

Ähnliche Aufmerksamkeit widmete der Monarch dem Retablissement der Städte. So erklärte er im Dezember 1774, für den Wiederaufbau der ruinierten Häuser und wüsten Parzellen 100.000 Taler zur Verfügung stellen zu wollen. An der Spitze der Förderung lagen Kulm, das er als "die delabrirteste Stadt" mit 212 wüstesten Plätzen bezeichnete, und Bromberg, das durch Brenckenhoffs

³⁶ Bär, Bd.2 (wie Anm. 6), Nr. 470, S. 398-405.

³⁷ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 460, S. 388-391.

³⁸ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 665, S. 525.

Initiative Verwaltungssitz des Netzedistrikts geworden war³⁹. In der Belebung der Brahestadt durch die Ansiedlung von Professionisten, Handwerkern und Gewerbetreibenden, die durch den Bau des Bromberger Kanals in nur 18 Monaten besondere Schubkraft erhielt, sah er den Kern eines Retablissements des rückständigen Netzedistrikts, dessen Grenzsicherung gegen Polen in den ersten Jahren seiner Herrschaft über Westpreußen eine der wichtigsten Aufgaben war⁴⁰. Wie behutsam er dabei vorging, zeigt die Beibehaltung der dortigen Maße und Gewichte, die sich von denen im eigentlichen Westpreußen unterschieden. Die Aufhebung dieser Sonderstellung sei ein Fehltritt, weil man dadurch den dortigen Einwohnern die beste Branche ihres Verkehrs, den auswärtigen Debit [d.h. Absatz ihrer Waren], entziehe, was den polnischen Intentionen entgegenkomme⁴¹. Dass sich die Adelsrepublik gerade mit dem Verlust des Netzedistrikts nur schwer abfand, zeigten die häufigen Verletzungen der instabilen Grenze durch den Regimentarius Kraszewski, der zu seinen Übergriffen von Warschau ermutigt wurde, was zur Stationierung preußischer Regimenter in dieser Zone führte. Zur militärischen Sicherung Westpreußens sollte der Bau der Festung Graudenz beitragen, der von Friedrich eifrig betrieben, aber erst nach seinem Tod abgeschlossen wurde. Mehr als einmal sah sich der König zu Klagen über das zu langsame Voranschreiten dieses Projektes veranlasst. In der Kabinettsordre vom 7. Juni 1776 schrieb er, die Leute seien zu träge und faul und hätten keine Lust, etwas zu verdienen. Beim Festungsbau in Schlesien seien dazu die Leute weit williger, weil sie dabei finanzielle Vorteile hätten. Man müsse solches der hiesigen Bevölkerung begreiflich machen und ihnen mehr Lust zur Arbeit beibringen. Dazu könne die Anlage von Arbeitshäusern unter Benutzung der vielen wüsten Schlösser dienen, wobei ihre Insassen mit Hilfe einer in Schweden erfundenen Maschine, die "aus den Knochen die besten Suppen mit gar geringen Kosten und wenig Feuerung" herstelle, preisgünstig zu ernähren seien⁴².

Klar hatte der König erkannt, dass das Retablissement der Städte von der vorherigen Aufstellung eines Plans über die Ansetzung der erforderlichen Handwerker abhängig war, um den konkurrierenden polnischen Handel auszuschalten. Wichtig seien hier Leute, die Waren verfertigten, die die Polen am meisten benötigten, und solche, die mit Materialwaren und Weinen handelten, "umb das Commerce mit den Polen immer mehr in Gang zu bringen". Preußen war auf Getreideeinfuhren aus der Adelsrepublik angewiesen, um seine eigenen Be-

³⁹ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 285, S. 267–268.

⁴⁰ Vgl. Stefan Hartmann, Friedrich der Große und Bromberg, in: 650 Jahre Bromberg (wie Anm. 8), S. 125–150, hier S. 131–132.

⁴¹ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 274, S. 260-261.

⁴² Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 344, S. 309–311. Zur Anlage von Arbeitshäusern Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 197, S. 199–200.

dürfnisse zu decken und an den dem Transithandel auferlegten Zöllen zu verdienen. Mit seinen Maßnahmen wollte Friedrich vor allem das Monopol Danzigs im polnischen Getreideexport brechen, wobei er immer wieder versuchte, sich die Stadt durch Einmischung in ihre inneren Verhältnisse gefügig zu machen. Dazu dienten die Herrschaft über den dortigen Hafen, das sogen. "Westerfahrwasser" – was mit dem Argument begründet wurde, Danzig habe zwar das Land vom Kloster Oliva gepachtet, dem preußischen Monarchen stehe aber als Nachfolger der Herzöge vom Pommerellen die Landeshoheit über dieses Gebiet zu –, die Anlage der aus Danziger Vororten bestehenden Immediatstadt Stolzenberg und die Einschnürung der Stadt durch preußische Zollstationen⁴³.

Große Bedeutung in dieser machtpolitischen Auseinandersetzung hatte für Friedrich die Durchführung einer gezielten Bevölkerungs- und Ansiedlungspolitik, deren Ergebnisse allerdings nicht seinen Erwartungen entsprachen. Als Zeichen dieses Unmutes musste sich die Marienwerdersche Kammer, die die Ansiedlung von ca. 15.000 Familien in Westpreußen angekündigt, aber in dieser Form nicht realisiert hatte, häufiger Vorwürfe über ihr saumseliges und fehlerhaftes Handeln gefallen lassen. So rügte Friedrich an der von ihr eingesandten Populationsliste, es sei "gar nicht natürlich und geschehe in keinem Lande, dass, wenn sonst keine ansteckende Krankheit grassieret, mehr Menschen sterben als geboren werden. Die Listen der Geborenen und Gestorbenen seien falsch und würden nicht mit der gehörigen Akkuratesse und Richtigkeit angefertigt."44 Wie wichtig Friedrich die Behebung der mangelnden Peuplierung war, zeigt seine Bereitschaft, die an der polnischen Grenze befindlichen Tataren ins Land zu ziehen, ihnen Moscheen zu bauen und sie wie seine sonstigen Untertanen zu behandeln. Dazu muss man wissen, dass Tataren bereits seit dem Mittelalter im Großfürstentum Litauen ansässig waren. Sie dienten teilweise im polnischen Heer, waren aber auch als Handwerker und Händler in den Städten tätig. Auch tatarische Fuhrleute und Kaufleute sind häufiger belegt⁴⁵.

Nach Auffassung des großen Königs bildeten die Förderung der Landwirtschaft, die Belebung von Handel und Gewerbe in den Städten und die Ansetzung von Kolonisten auf dem platten Land eine untrennbare Einheit. Alles wurde unter den Gesichtspunkten des Merkantilismus gesehen, der Preußen unabhängig vom Ausland machen sollte. Unwirtschaftliche Projekte wie z.B. die Anlage einer Stärke- und Puderfabrik in Kulm wurden abgelehnt, weil in

⁴³ Zu Friedrichs Rechtsstandpunkten gegenüber Danzig vgl. Bär, Behördenverfassung (wie Anm. 13), S. 145–147, und Bär, Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 66–68.

⁴⁴ BÄR, Bd.2 (wie Anm. 6), Nr. 423, S. 367-368.

⁴⁵ Vgl. Jan Tyszkiewicz, Tatarzy na Litwie i w Polsce. Studia z dziejów XIII–XVIII w. [Die Tataren in Litauen und Polen. Studien zur Geschichte des 13.–18. Jahrhunderts], Warszawa 1989.

Polen die Bevölkerung meistenteils Mützen trage und "diejenigen, die sich deutsch kleiden, so viel nicht gebrauchen"46. Dagegen wurde die Errichtung einer Tuchfabrik und Bierbrauerei in dieser Stadt genehmigt, weil dafür bessere Absatzmöglichkeiten bestanden⁴⁷. Das Gesuch des Salzinspektors v.d. Schulenburg um Erlaubnis zur Anlage einer Maulbeerplantage in Konitz wurde mit dem Argument verworfen, für Maulbeerbäume sei es dort viel zu kalt, die könnten da gar nicht fortkommen. Um zu ermitteln, welche Waren von auswärts ins Land gelangten, die in Preußen ebenso gut produziert werden konnten, mussten von den Zollämtern - besondere Bedeutung hatte hier Fordon -Listen über die Importe erstellt werden, die die Grundlage für die Anlage von Fabriken für solche Artikel bildeten. Dadurch blieb das Geld im Land und wurde von den preußischen Untertanen verdient, was die Aufnahme von mehr Einwohnern, Fabrikanten und Handwerkern in den Städten und den Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in diesen förderte. Auf diese Weise konnten die Städte und das platte Land gemeinsam von merkantilen Maßnahmen profitieren⁴⁸.

Die enge Verklammerung von Stadt und Land erhellt auch die von Friedrich intensiv betriebene Einrichtung von Jahr- und Wochenmärkten. Nach seiner Auffassung konnte der Landmann "nur sukzessive und besonders erst im Herbste, wo er seinen Zuwachs zu versilbern am meisten nötig hat", an feste Markttermine gewöhnt werden. Dass mit der Etablierung eines Jahrmarktes in Bromberg der Anfang gemacht werden sollte, belegt die große handelspolitische Bedeutung dieser Stadt. Bromberg erlangte in den Gedanken des Königs eine Schlüsselstellung, weil es sich wegen seiner Grenznähe zur Getreide produzierenden und exportierenden Adelsrepublik als Umschlagplatz empfahl, der nun dank des fertiggestellten Kanals direkt von Schiffen angelaufen werden konnte⁴⁹. Der wegen der Schnelligkeit seiner Fertigstellung als "Wunderwerk seiner Zeit" bezeichnete Kanalbau war vor allem das Verdienst Brenckenhoffs, der damit die Ausgangsgrundlage für das später an der Brahe entstandene Industrie- und Handelszentrum schuf. Seine im Jahr 1775 erfolgte Entbindung von der Verwaltung des Netzedistrikts ist von gewisser Tragik überschattet, weil ihm Unregelmäßigkeiten in seinen finanziellen Verhältnissen zur Last gelegt wurden, die mit dem Kanalbauprojekt in Verbindung standen. Brenckenhoff empfand das, wie er dem Großkanzler von Fürst mitteilte, als bitteres Un-

⁴⁶ BÄR, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 611, S. 486.

⁴⁷ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 619, S. 496-497.

⁴⁸ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 470, S. 398–405. Zu Fordon vgl. Hans-Joachim Hahn, Fordon, Zollstation im friderizianischen Wirtschaftssystem, in: Bromberg 105 (1994), S. 3–7.

⁴⁹ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 268, S. 251.

recht, weil er viele Ausgaben aus eigenen Mitteln bestritten hatte. Der König plane zwar für die von ihm akquirierten Länder großartige Projekte, lasse es aber in seinem Etat überall an den notwendigsten Einrichtungskosten zu den Bauten, Besoldungen und Diäten fehlen, was er, Brenckenhoff, schmerzlich empfunden habe. Statt den ihm für seine Bemühungen zustehenden Dank zu erhalten, werde nun alles der Marienwerderschen Kammer übergeben⁵⁰. Wenn auch dieses Verhalten seinem treuen Mitarbeiter gegenüber Friedrichs Bild verdunkelt, zeigt doch die Regelung des Bromberger Marktwesens sein pragmatisches Geschick, Probleme unkompliziert zu lösen. So verfügte er die Einteilung der dortigen Märkte in große, die vor allem dem Umschlag von Getreide und Holz dienten, und mittelmäßige, die die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung befriedigten⁵¹. Ein Vergleich der friderizianischen Testamente von 1752 und 1768 belegt, dass handelspolitische Gesichtspunkte im Letzteren breiteren Raum einnahmen. Den höchsten Ertrag erzielte nach Friedrichs Meinung der Verkauf der Waren für Bargeld. Aber auch der Warenaustausch, Transithandel oder das Kommissionsgeschäft konnten Gewinne abwerfen.

Auf Grund seiner Rolle im Bereich von Wirtschaft und Verwaltung blieb Bromberg ein zentraler Gegenstand der friderizianischen Politik. Nach wie vor entfielen große Anteile der vom König jährlich bewilligten Bauhilfsgelder auf die Brahestadt, die nach Kulm die am meisten unterstützte Kommune in den 1772 neuerworbenen Gebieten war. Während die erhebliche Zunahme der Bevölkerungszahl Brombergs in den ersten zehn Jahren der preußischen Herrschaft ein Ergebnis seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen, vor allem des Kanalbaus, war, beurteilt der polnische Historiker Franciszek Mincer die Folgen der preußischen Herrschaftsübernahme eher negativ. Vor 1772 sei Bromberg eine rein polnische Stadt gewesen. Die preußische Annexion des Netzedistrikts habe zur Emigration mancher städtischer Familien in die Adelsrepublik geführt, was den preußischen Behörden die Eindeutschung des Ortes erleichtert habe. Seine Entwicklung zum Mittelpunkt des Netzedistrikts habe den Prozess der Germanisierung beschleunigt, der mit Hilfe dreier Arten von Kolonisten, der Beamten, der Gewerbetreibenden und der Arbeiter, betrieben worden sei. Die preußische Kolonisation habe jedoch in Bromberg keinen Erfolg gehabt, weil sich die Ansiedler dort nur kurz aufgehalten und bald in andere Gegenden begeben hätten⁵². Hier findet sich der von der polnischen Historiografie häufig vertretene Standpunkt, bereits Friedrich II. habe eine Germanisierungspolitik

⁵⁰ Bär, Bd.2 (wie Anm. 6), Nr. 295, S. 271-272.

⁵¹ Hartmann, Friedrich der Große und Bromberg (wie Anm. 40), S. 134.

⁵² Franciszek MINCER, Dzieje Bydgoszczy do roku 1806 [Die Geschichte Brombergs bis zum Jahr 1806], Zielona Góra 1992, S. 317–320 und S. 340–342.

gegenüber den Polen betrieben. In Wirklichkeit ging es dem König um die Konsolidierung und den Ausbau des zur Großmacht gewordenen preußischen Staates, der sich auf eine gut funktionierende Verwaltung, ausgeglichene Finanzen und ein schlagkräftiges Heer stützen konnte. In diesen Gesamtstaat, als dessen "erster Diener" sich der Monarch bezeichnete, sollten alle Schichten der Bevölkerung, ungeachtet ihrer Nationalität und Konfession, einbezogen werden. Nationale Kriterien spielten in der Kabinettspolitik des 18. Jahrhunderts, deren Ziel die Arrondierung des Staatsgebietes durch Annexion oder Austausch von Territorien war, noch keine entscheidende Rolle. Maßgebend waren vielmehr die Prinzipien der Aufklärung, die die Eliten Europas unter dem Aspekt des Rationalismus zu einer grenzüberschreitenden kulturellen Einheit verbanden. Das sollte sich erst nach der Französischen Revolution und vor allem nach den Befreiungskriegen unter dem Einfluss der Romantik ändern, die die Interessen der sich bildenden Nationalstaaten in den Mittelpunkt stellten.

Weitere Kernpunkte des friderizianischen Retablissements in Westpreußen waren der Aufbau eines effektiven gerechten Steuerwesens, das auf dem platten Land eine auf der Klassifikation, d.h. der Bonität des Bodens, beruhende Kontribution und in den Städten die Einrichtung einer indirekten Steuer, der sog. Akzise, vorsah und auch den Adel und die Geistlichkeit in die Steuerleistung einbezog, die in der polnischen Zeit von derartigen Pflichten befreit gewesen waren. Dem Toleranzgedanken, aber auch Integrationszielen des Monarchen entsprach die schonende Behandlung des katholischen Klerus, dessen Kirchengüter zwar in staatliche Verwaltung übernommen, aber nicht säkularisiert wurden⁵³. Auch der von der Kurie verfügten Aufhebung des Jesuitenordens schloss sich Friedrich nicht an und ließ dessen Einrichtungen wie z.B. das Kolleg in Altschottland zunächst weiterbestehen, bevor es 1780 in ein Gymnasium umgewandelt wurde, während das noch zur Adelsrepublik gehörende Danzig den Jesuiten den Aufenthalt in seinen Mauern untersagt hatte⁵⁴. Die Stifte und Klöster in Westpreußen wurden nicht gewaltsam aufgehoben, sondern ihre Selbstauflösung durch "sukzessiven Abgang" ihrer Mitglieder allmählich in die Wege geleitet, ein Prozess, der erst nach 1815 sein Ende fand⁵⁵.

⁵³ Hubatsch, Preußische Verwaltung (wie Anm. 12), S. 187–189.

⁵⁴ Zum Jesuitenkolleg in Altschottland vgl. Sławomir Kościelak, Jesuici w Gdańsku od drugiej połowy XVI do końca XVIII wieku [Die Jesuiten in Danzig von der zweiten Hälfte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts], Gdańsk 2003 und die Rezension von Stefan Hartmann in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 54 (2005), S. 451–453.

⁵⁵ Zur Selbstauflösung der westpreußischen Stifte und Klöster vgl. Stefan HARTMANN, Westpreußen nach 1772. Unbekannte Quellen zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte, in: Westpreußen-Jahrbuch 47 (1997), S. 21–40, hier S. 35–40.

Besondere Bedeutung hatte für Friedrich die Errichtung eines leistungsfähigen Landschulwesens, um den Bildungsstand der bäuerlichen Bevölkerung zu heben. Um die damit verbundenen erheblichen Kosten zu decken, begründete er 1776 einen Schulfonds für Westpreußen, der die Verdoppelung der Schulen im Bereich der Kammer Marienwerder und ihren noch stärkeren Ausbau im rückständigen Netzedistrikt ermöglichte. Wie alle anderen Maßnahmen sah er das unter dem Aspekt des Merkantilismus und Kameralismus, der die Nützlichkeit für die Bedürfnisse des Staates an die erste Stelle rückte⁵⁶. Die Schaffung solider Wirtschaftsverhältnisse war für den König eine wesentliche Voraussetzung für die Eingliederung der neuerworbenen polnischen Gebiete in den absolutistischen preußischen Gesamtstaat. Auf diesem Weg waren zahlreiche Hindernisse zu überwinden, womit nicht nur die Entvölkerung und Verödung weiter Landflächen, sondern auch die Unterschleife mancher Offizianten gemeint sind. Immer wieder musste solche der Monarch auf seinen Inspektionsreisen zu seinem Verdruss zur Kenntnis nehmen. So führte er die Reparaturbedürftigkeit der Schleusen im Bromberger Kanal auf die Vernachlässigung der Pflichten durch die dafür verantwortlichen Beamten zurück. Auch forderte er eine umgehende Untersuchung der Missbräuche preußischer Akzise- und Zolloffizianten, die "die Polen oder andere Leute ungebührlich hart" behandelten⁵⁷. Das dürfte ein Beleg dafür sein, dass Friedrich keine Unterdrückungspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung betrieb - er stellte sogar in einem Generalpardon emigrierten Polen die Rückkehr nach Westpreußen frei -, sondern diese in seinen Staat als gleichberechtigte Untertanen einbeziehen wollte. Sein Zorn richtete sich allein gegen den in Westpreußen begüterten polnischen Adel, der den Ertrag seines Besitzes in Warschau verzehrte und damit den preußischen Fiskus nachhaltig schädigte. Seinen Unmut erweckte auch die Verlegung der Marienwerderschen Garnison nach Bischoffswerder, der, wie er vermutete, in der Absicht geschehen war, "den Kriegsräten bequemere Wohnungen auszumitteln". In seiner dazu formulierten Marginalerklärung hieß es: "Ihr seid alle Narrens. Meinet Ihr, dass ich um einen Krieges-Rath, was eigentlich ein Dieb ist, der mit den Beamten und Defraudeurs unter einer Decke steckt, meinet Ihr, dass ich um solche Schlüngels einen einzigen Dragoner umquartieren sollte, so betriegt Ihr Euch sehr. Unter 100 Kriegsräthen kann man immer mit gutem Ge-

⁵⁶ Zum westpreußischen Landschulwesen vgl. Hubatsch, Preußische Verwaltung (wie Anm. 12), S. 187–189 und 204–208. Die besondere Förderung des Schulwesens im Netzedistrikt behandelt J. Grüner, Das Schulwesen des Netzedistrikts zur Zeit Friedrichs des Großen, Breslau 1904.

⁵⁷ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 613, S. 487-488.

wissen 99 hängen lassen, dann wann einer ein ehrlich Mann ist, so ist es viel, aber ich wollte nicht davor schweren."58

Abschließend bleibt festzustellen, dass das von Friedrich betriebene Retablissement Westpreußens und des Netzedistrikts auf Erkenntnissen fußt, die er bereits in seinem politischen Testament von 1752 geäußert hat: "Die Regierung beruht auf vier Hauptpunkten, die Verwaltung der Rechtspflege, die weise Bewirtschaftung der Finanzen, die straffe Zusammenhaltung der militärischen Disziplin und endlich die Kunst, die richtigen Maßstäbe zur Förderung der Staatsinteressen zu finden, die man Politik nennt."59 An diese Prinzipien, die er schon in den alten Provinzen erfolgreich in die Praxis umgesetzt hatte, konnte er in Westpreußen anknüpfen. In seinen politischen Betrachtungen von 1776, d.h. vier Jahre nach der Annexion Polnisch Preußens, zieht Friedrich ein Resümee seiner bisherigen Regierungserfahrungen und weist darauf hin, dass die Staatseinnahmen durch die Erwerbung Westpreußens um 1,7 Millionen Taler gewachsen seien. Alle erwirtschafteten Mittel sollen vornehmlich zu öffentlichen Zwecken verwendet werden, d.h. für Festungsbauten, Meliorationen, Kanäle, Urbarmachungen und Bauten in den Städten - hier vor allem für die Instandsetzung oder die Wiedererrichtung verfallener Häuser. Der König soll ein sparsamer Landesvater sein, der die größte Ordnung in seinen Angelegenheiten im Blick hat und alle Fäden in der Hand hält, weil ein Staat verloren ist, in dem die Minister nur mit den Einzelheiten ihrer Abteilung befasst sind, ohne dass jemand den Gegenstand ihrer Arbeiten auf einen festen Punkt vereinigt. Der Beruf des Fürsten "erfordert bis ins einzelne gehende Kenntnisse, die man sich durch seinen Fleiß erwirbt; er erfordert Mühen, aber man wird dafür belohnt durch die Vorteile des Staatsinteresses und vor allen Dingen durch den Ruf und das Ansehen, die zu erwerben und zu bewahren ein Fürst sich gar nicht genug bemühen kann"60. Hier haben die Gedanken des "allgegenwärtigen Königs" ihre klarste Ausprägung gefunden. Die Einheit und Vielfalt seiner Politik und Regierungspraxis bildeten ein untrennbares Ganzes, das die große Leistungsfähigkeit des friderizianischen Herrschaftsstils gerade auch in Westpreußen ausmachte. Mit Recht habe man daher - so Walther Hubatsch -, ohne die Verdienste Domhardts und seiner Helfer schmälern zu wollen, Friedrich den Großen schon zu Lebzeiten "den eigentlichen Oberpräsidenten Westpreußens" genannt61.

⁵⁸ Bär, Bd. 2 (wie Anm. 6), Nr. 275, S. 261.

⁵⁹ Die politischen Testamente der Hohenzollern, bearb. von Richard Dietrich (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. 22), Köln u.a. 1986, S. 255.

Vgl. Carl Hinrichs, Der allgegenwärtige König. Friedrich der Große im Kabinett und auf Inspektionsreisen, Berlin 1940, S. 78–80.

⁶¹ Hubatsch, Preußische Verwaltung (wie Anm. 12), S. 189.

Die Entwürfe des Baumeisters Valerian Müller für die Huldigung 1798 zu Königsberg

Von Wulf D. Wagner

In dem Kapitel über die Vorbereitungen zur Huldigung 1798 im zweiten Band der Bau- und Kulturgeschichte des Königsberger Schlosses¹ schrieb ich, dass die Dekorationsentwürfe des Baumeisters Valerian Müller "heute in den Akten nicht mehr" erhalten seien². Im Folgenden sollen anhand zweier weiterer³, nun im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zufällig entdeckter Akten zur Huldigungsfeier in Königsberg – II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132 und Nr. 133 – nicht allein die Planungen für die Gestaltung des Schlosses detaillierter vorgestellt, sondern Müllers bisher nicht publizierte Zeichnungen nachgereicht werden.

Am 16. November 1797 verstarb im Marmorpalais zu Potsdam der preußische König Friedrich Wilhelm II.⁴ Die traurige Nachricht von seinem Tod wurde noch am selben Tag nach Königsberg abgeschickt⁵. Da sich der Sohn Friedrich Wilhelm III., der 27-jährig auf dem Thron folgte, entschloss, wie bei den Regierungswechseln 1713, 1740 und 1786 die Stände zur Huldigung in Königsberg einzuberufen, erging bereits am 17. November aus Berlin, wo Minister Friedrich Leopold Freiherr von Schroetter mit der Organisation hiervon betraut wurde, ein Schreiben an die Ostpreußische Kriegs- und Domänenkammer in Königsberg, das zunächst mit Blick auf die schlechte Jahreszeit vor allem darauf aufmerksam machen wollte, in Zeiten die nötigen Veranstaltungen zu treffen, daß die Wege, welche des Königs Majestät und höchstdero Suite berühren, in guten und fahrbaren Stand gesezt werden.⁶

- ¹ Zur Huldigungsvorbereitung und Huldigung vgl. Wulf D. WAGNER/Heinrich Lange, Das Königsberger Schloss – Eine Bau- und Kulturgeschichte, Band 2, Regensburg 2011, S.117–124.
- ² WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 118.
- ³ Eingesehen wurden für Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), vor allem die Akte Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA, Rep. 36, Nr. 817, deren Aktenstücke teils mit denen in der neu entdeckten identisch sind, aber eben nicht die Dekorationsplanungen enthalten, und XX. HA, EM, 87d, Nr. 112.
- ⁴ Zum Regierungswechsel 1797 vgl. WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 117 ff.
- ⁵ GStA PK, XX. HA, Ostpr. Fol. 14782, Bd. XI: Nr. 129. Eine Abschrift der Kabinettsorder vom 16.11.1797 wurde am 26.11.1797 ins Eingangsbuch der Kriegs- und Domänenkammer eingetragen.
- ⁶ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132, Bl. 2f.

Fünf Tage brauchte die Post von Berlin nach Königsberg. Hier traf die Nachricht vom Thronwechsel erst am 21. November bei dem seit April 1796 an der Spitze der Kriegs- und Domänenkammer stehenden Kammerpräsidenten Anton Ludwig Wagner⁷ ein, der daher in seinem ersten Antwortschreiben vom selben Tag einleitend erklärte: So eben läßt mich der H[err] Gen[eral]lieut[nant Wilhelm Magnus] v. Brünneck wißen, daß er in abgewichener Nacht eine Estaffette mit der Nachricht vom Absterben des Königes erhalten hätte8. - Beide, der Kammerpräsident und der Gouverneur Königsbergs, wohnten im Schloss9. -Wagner machte sich sogleich an erste Vorbereitungen und erhoffte sich im Brief von Minister Schroetter genauere Instruktionen, fragte an, ob die Schloß-Kirche oder ein anderer Ort zur Huldigungsceremonie eingerichtet und ob das Porzellanservice aus Białystok - Teil Preußens seit der dritten Teilung Polens - oder Marienwerder angefordert werden sollte, machte sich vor allem Sorgen, wie aufgrund der schon winterlichen Jahreszeit die notwendigen Viktualien beschafft werden könnten, und bat schließlich darum festzusetzen, ob Lilienthal oder Müller die Anstalten zu Besorgung des Bauweesens [!] behufs der Huldigung machen soll[t]en10. Diese beiden Baubeamten, der mit 73 Jahren nach wie vor noch tätige Oberbaudirektor Kriegsrat Johann Samuel Lilienthal¹¹ und der im Dezember 1795 zum Oberbauinspektor ernannte Valerian Müller¹², unterstanden Wagner in der Kriegs- und Domänenkammer.

Bereits in einem zweiten Brief vom 21. November konnte der Kammerpräsident mitteilen, dass er aufgrund der schlechten Wegeverhältnisse der Provinz eiligst entsprechende Anweisungen an die Landräte und Magistrate jener auf den möglichen Reiserouten liegenden Ortschaften hatte herausgehen lassen.

- ⁷ Zu Kammerpräsident Wagner vgl. Rolf Straubel, Biographisches Handbuch der Preußischen Verwaltungs- und Justizbeamten 1740–1806/15, München 2009, S. 1060.
- ⁸ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 25. Brünneck war von 1793 bis 1805 Gouverneur von Königsberg und lebte im Schloss, in den königlichen Räumen des Ostflügels; vgl. Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 82f.; II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 145v: [...] in dem Flügel des General Lieutenant v. Brünneck, wo auch der König logiren wird [...].
- ⁹ Zur Wohnung Wagners im Schloss vgl. II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 109v: [...] der kleine Gang vom kleinen Thurm nahe an der Praesidenten Wohnhung, nach dem Moscovitschen Saal [...]; 145v: [...] meine [Wagners] Wohnung im Schloss, Anno 1786 logirte daselbst der Minister Gr. Hertzberg; Bl. 285v: Kammerpräsidentenwohnung über der Küche im 1. Obergeschoss des Südflügels.
- Das erste Schreiben vom 21.11.1797 ist in der Akte chronologisch an späterer Stelle eingebunden: GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 25 f.
- ¹¹ Zu Lilienthal vgl. Straubel, Handbuch (wie Anm. 7), Teil 1, S. 576f.; Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 57, 63, 93 ff.
- ¹² Zu Müller vgl. Straubel, Handbuch (wie Anm. 7), Teil 2, S. 667; Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 93 ff.

Außerdem machte er sich Gedanken über die Stätte des geplanten Festaktes, über das Königsberger Schloss und seinen derzeitigen Zustand. Auf dem Schlosshof, in der Schlosskirche und in dem darüber liegenden Moskowitersaal hatten stets die Feierlichkeiten der vorausgegangenen Huldigungen stattgefunden, nun galt es, notwendige Instandsetzungen und Dekorationen einzuleiten. Da Johann Samuel Lilienthal, der schon an den Planungen zur Huldigung Friedrich Wilhelms II. 1786 teilgenommen hatte¹³, Kammerpräsident Wagner gegenüber einen Riss der Königlichen Tribune, der Loge in der Schlosskirche, erwähnte¹⁴, sandte dieser in der Annahme, dass die dekorative Ausgestaltung des Schlosses in Berlin entworfen werden würde, jene Zeichnungen - Seitenansichten und Grundriss (Abb. 1, 2) - ebenfalls am selben Tag zusammen mit Maßangaben zur Schlosskirche nach Berlin. Dabei machte er den Vorschlag - auch dies vermutlich aufgrund der bereits kalten Jahreszeit -, die Loge in der Schlosskirche anstelle eines Thrones, also eines Huldigungsbalkons im Schlosshof, zu nutzen, wodurch ansehnliche Kosten ersparet werden können¹⁵, zumal Lilienthal ausgerechnet hatte, dass in der Kirche insgesamt 4.200 Personen Platz finden könnten.

Nachdem der Kammerpräsident Berlin somit um genauere Instruktionen gebeten hatte, sandte er ungeduldig am folgenden Tag, dem 22. November, ein weiteres Schreiben an Minister Schroetter, in dem er vorsichtig andeutete, dass er aufgrund der Witterung eine Verschiebung der Huldigung in den Mai erhoffte, und zugleich Angaben zum Moskowitersaal nebst einem von Müller gezeichneten Grundriss einreichte. Bei einer Aufhebung von Dielen zur Untersuchung des dortigen Fussbodens zeigte sich, dass in dem großen Saal einige Balken verfault waren und daher neue eingezogen werden mussten, weshalb Wagner – ohne Anweisungen aus Berlin abzuwarten – den Müller äußerst an[trieb], diese Reparatur zu beschleunigen, und fortfährt, er erwarte aber noch Euer Excellenz [Freiherr von Schroetter] Befehl, ob Ofens angebracht werden sollen oder nicht. Außerdem fügte er hinzu: Die Zimmer auf dem Schloße für den König werden zurecht gemacht, ausgeweißt und in Ordnung gesetzt. Wegen der Schloß-Kirche

¹³ Es heißt in GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 16v: Die Bauten behufs des Huldigungstrohnes leistete der Geheime Kriegsrath Lilienthal; die der Königl. Zimmer im Schloße und auf dem Moscoviter Saale, auch was sonst noch im Schloß nothwendig war, so wie die Errichtung des Schranckens [sic!] auf dem inneren Schloßplatz der damahliche Oberbauinspector Lökel, und beyde leisteten alles auf Rechnung.

¹⁴ Zur Loge in der Schlosskirche vgl. ausführlich und mit sieben Abbildungen Wulf D. WAGNER, Das Königsberger Schloss – Eine Bau- und Kulturgeschichte, Band 1, Regensburg 2008, S. 87, 162 (Abb. 154), 291–294; WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 73 (Abb. 49), 412 (Abb. 451).

¹⁵ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 7.

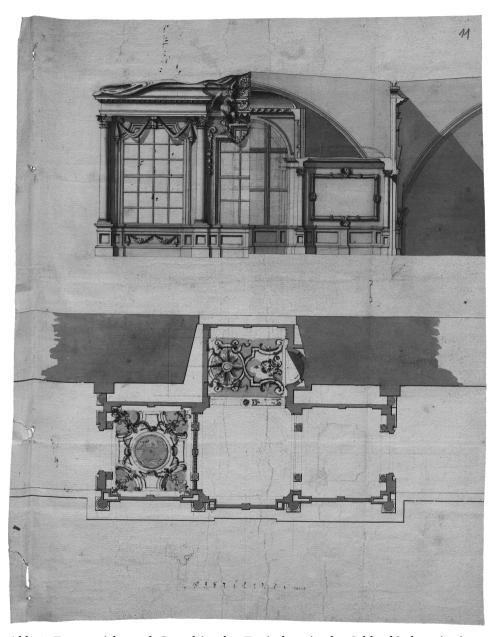


Abb. 1: Frontansicht und Grundriss der Königsloge in der Schlosskirche mit eingezeichneten Deckendekorationen, undatiert, unsigniert; aus GStA PK, II. HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 11

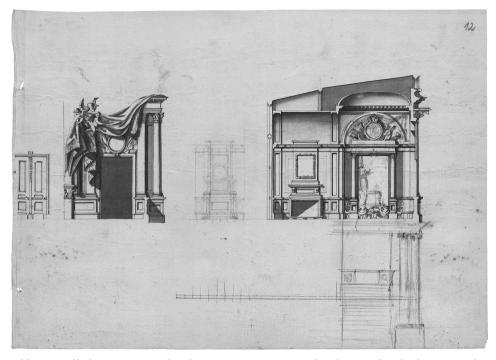


Abb. 2: Südliche Seitenansicht des Logeneingangs und Schnitte durch die Mitte der Königsloge in der Schlosskirche mit Bleistifteintragung Lilienthals, wie der Thron erhöht und mit einem Himmel überdacht aufgestellt werden könnte, undatiert, unsigniert, Eintragungen Lilienthals von 1797; aus GStA PK, II. HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 12

beziehe ich mich auf mein letzteres [Schreiben vom 21. November] und sehe einer nähern Instruction, was vor Einrichtungen wegen der Huldigung getroffen werden sollen, mit Verlangen entgegen¹⁶.

Da die Briefe meist gut fünf Tage unterwegs waren und sich auch während der folgenden Planungen oft auf dem Weg kreuzten, ist nicht mit letzter Gewissheit zu sagen, ob man sich auf Wagners Vorschlag hin in Berlin dazu entschloss, die Huldigungsfeier zunächst in den Mai 1798 zu verlegen. Auf jeden Fall wurde die Königsberger Kammer im Schreiben vom 25. November von einer entsprechenden Entscheidung unterrichtet. Und obgleich es mit den Vorbereitungen jetzt nicht so große Eile hat, erhielt Wagner am 28. November die kurze Mitteilung, dass die Schlosskirche für den Huldigungsakt wohl nicht gebraucht werden würde, und die Aufforderung, dass Bauinspektor Müller für die Reparaturen im Moskowitersaal die erforderlichen Anschläge einreichen

sollte¹⁷. Am selben Tag befasste sich auch Wagner erneut mit dem Saal, teilte nach Berlin mit, wieviele Tafeln und Plätze im Moskowitersaal zur Bewirtung der Deputierten aufgestellt werden könnten, und fügte hinzu: Der Geheime Rath [Daniel Gottlieb] Büttner¹⁸ meynet zwar, daß noch wol ein bis 2 Tafeln mehr würden angebracht werden können, ich traue aber dem Saale nicht, daß er eine größere Last werde tragen können, denn Müller versichert zwar, ihn vor jetzt noch so in den Stand setzen zu wollen, daß er ohne Gefahr gebraucht werden kann, er findet aber alles so schlecht, daß er, wenn der Saal künftig conserviret bleiben sollte, eine Hauptreparatur von einigen tausend Thalern vor nothwendig hällt¹⁹.

Endlich erhielt der Kammerpräsident im Schreiben vom 3. Dezember nicht nur nochmals die Mitteilung von der Verschiebung der Huldigung, sondern auch Antworten auf seine Fragen vom 21. November: Er wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich ein weißes Porzellanservice für 250 Personen, das 1796 in Gumbinnen gebraucht worden war, eigentlich seit Anfang des Jahres in Königsberg beim Kammeraufwärter Lüttermoser²⁰ in der königlichen Gewandkammer in guter Verwahrung befinden müsse. Schließlich erfolgte mit jenem Brief auch die Übertragung der Baumaßnahmen zur Huldigung an Valerian Müller, da der Geheime Kriegsrath Lilienthal als ein alter Mann damit nicht füglich zu belästigen ist²¹. Die Entscheidung war sicherlich auch deshalb für Wagner praktisch, weil Müller in seiner Nähe im Schloss wohnte²², nämlich in der Baudirektorwohnung²³ am Albrechtstor.

Die baulichen Überlegungen konzentrierten sich zunächst auf den Moskowitersaal. Bestimmend für weitere Entscheidungen schien die Art der Aufstellung der Tafeln für die auf mindestens 800 Personen geschätzten Gäste. Büttner und Müller befassten sich gemeinsam damit, gaben Kammerpräsident Wagner einen Bericht mit verschiedenen Varianten zur Tischverteilung im Saal, die dieser am 17. Dezember nach Berlin weiterreichen konnte. Hier fand einer der Vorschläge am 27. Dezember 1797 Zustimmung (Abb. 3); allein von einer Erhöhung des um 6 Zoll niedrigeren südlichen Bereiches des Saalbodens wollte man absehen. Damit aber ruhten die Arbeiten weitgehend bis zum Februar 1798.

¹⁷ Ebd., Bl. 23.

¹⁸ Zu Büttner vgl. Straubel, Handbuch (wie Anm. 7), S. 152; Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 119.

¹⁹ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 26v f.

²⁰ Zum Kastellan Lottermoser vgl. WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), u.a. S. 119.

²¹ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 28 f.

²² Zur Müllerschen Wohnung vgl. ebd., Bl. 145 v f.

²³ Zur Baudirektorwohnung vgl. ausführlich WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 1 (wie Anm. 14), S. 359–362.

Erst am 14. Februar 1798 erbat sich Minister Freiherr von Schroetter von Kammerpräsident Wagner Entwürfe zum Huldigungsbalkon, damit sie in Berlin vom Oberbaurat David Gilly²⁴ revidiert werden könnten²⁵. Auch die Anschläge zur Instandsetzung des Moskowitersaals forderte er an, so ich längst erwartet habe²⁶. Mit gleichem Datum unterrichtete Schroetter den Hofmarschall Valentin von Massow vom Stand der Planungen, um weitere Besorgungen für die Tafeln nunmehr ins Auge zu fassen wie Tischdecken, Servietten, Porzellan, Gläser, Besteck und Silber, wovon manches aus Berlin nach Königsberg gesandt werden sollte, anderes in Königsberg zu mieten war oder aus Novogrod (Nowogród bei Łomża in Neu-Ostpreußen) herbeigebracht werden könne²⁷.

Für die Ausführungen vor Ort war vor allem die Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. vom 28. Februar 1798 von Bedeutung, in der er Schroetter bat, darauf zu achten, dass sich der Aufwand überall in Maßen halte²8: [...] Ich wünschte daher, daß Ihr Gelegenheit fändet, die allgemeine Stimmung unter der Hand dahin zu leiten, daß man mit Entfernung alles Luxus blos auf Anstand und Reinlichkeit Rücksicht nähme, und Mir dadurch die angenehme Ueberzeugung ließe, daß das Andenken der feyerlichen Stunde, die Mich so innig mit einem Volke verbindet, welches Ich glücklich zu machen hoffe, bey niemanden das Mitgefühl irgend einer dadurch veranlaßten Unbequemkichkeit zurücklaßen könne. Der Minister leitete eine Abschrift am 2. März nach Königsberg weiter.

Des Königs Wunsch war auf dem Weg nach Königsberg, da traf in Berlin Valerian Müllers wohl Ende Februar verfasstes *Pro memoria ueber die projectirten und zum Theil schon ausgeführten Bauanstalten zur bevorstehenden Huldigungs-Feyerlichkeit zu Königsberg in Preußen* mit drei aufwendigen Entwürfen für die Dekorationen des Thrones und des Saales bei David Gilly ein. Der Bericht gibt Auskünfte über die Fortschritte der einzelnen Baumaßnahmen, und vor allem erklärt Müller hier die Ideen seiner Entwürfe – der Text wird im Folgenden weitgehend ungekürzt wiedergegeben:

<u>Die Königl. Zimmer auf dem Schloße.</u>

Die hier nöthig gewesene Glaser Arbeit, an den Fenstern u. Thüren, hat 51 rtlr. 85 gr. betragen, und ist bereits von der Huldigungs Casse bezahlt worden.

Die Tapeten in den Zimmern sind zu reparieren, und ein Zimmer ist ganz nothwendig entweder wieder mit Tapeten auszuschlagen oder auszumahlen.

²⁴ Zu Gilly vgl. Marlies Lammert, David Gilly – Ein Baumeister des deutschen Klassizismus, 2. Aufl. Berlin 1981; Straubel, Handbuch (wie Anm. 7), S. 311 f.

²⁵ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 44.

²⁶ Ebd., Bl. 42.

²⁷ Ebd., Bl. 77v, 86. – Weitere Angaben zum Porzellan etc. vgl. I. HA, Rep. 36, Nr. 817.

²⁸ Zur Kabinettsorder vom 28. 2. 1798 vgl. GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/ II, Nr. 132: Bl. 55–57; Kopie in XX. HA, 87d, Nr. 112: Bl. 5, 7.

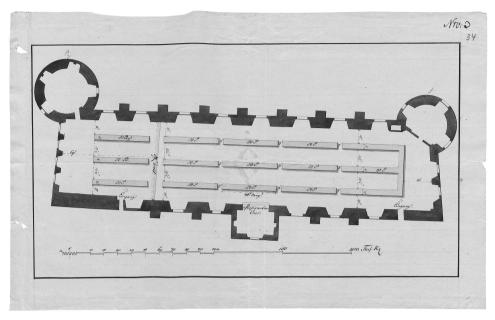


Abb. 3: Grundriss des Moskowitersaals im Westflügel des Königsberger Schlosses mit Eintragungen zur Aufstellung der Tafeln für die Huldigung, gezeichnet von Valerian Müller, Dezember 1797; aus GStA PK, II. HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 34

Der Anschlag A von der so eben gedachten Tapecier Arbeit beträgt 100 rtlr. Sollte aber das Zimmer gemahlt werden, so verlangt der Mahler [Johann Christoph] Huhn²⁹ dafür allein 200 rtlr.

Wenn in diesen Zimmern noch die Fenster und Thüren mit Farben gestrichen werden, so ist hier alles in Ordnung.

Baustelle zum Thron.

Bey der zuletzt hier gehaltenen Huldigungs Feyer war der Thron auf der Seite des Schloß Hofes, wo die Königl. Zimmer liegen [= Ostflügel], erbauet, wozu der daselbst befindliche Balcon von 21 Fuß Länge und 15 Fuß Breite genutzt wurde. Die Façade, an welcher hier der Thron zu stehen kömmt, ist aber die unregelmäßigste und zu diesem behuf unschicklichste des ganzen Schloßes, liegt auch dem Zuschauer der ins große Schloß Thor [= Albrechtstor im Ostflügel] kömmt ganz aus dem Gesichte. Allein, hier kann die Bequemlichkei geschaf[f]t werden, daß S. Majestät der König gleich aus dero Zimmer auf den Thron treten können. Wäre es also erlaubt diese Bequemlichkeit bey Seite zu setzen, so würde die in einem guten gotischen Styl erbaute Facade der Schloß-Kirche die überdem

²⁹ Zu Huhn vgl. Wagner, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 80.

dem großen Schloß Thor gegen über liegt, ohne allen Zweyfel weit beßer zu dieser Feyerlichkeit sich schiken. Hier könnte als dann durch Stufen ein geräumigerer Platz als der auf dem Balcon, zum Throne erhöhet werden, und der Zug den der König mit dem Gefolge aus der gegenüber stehenden Seite des Schloß Flügels bis zum Throne halten würde (allenfals auf einem mit Tuch beschlagenen Wege) trüge gewiß viel zur Pracht der Feyerlichkeit bey. Das beyliegende Projekt zum Thron ist indessen auf die Stelle, wo der Balcon stehet, eingerichtet, welches aber, wenn die Façade der Kirche dazu gewählt werden könnte, bloß dahin abgeändert werden dürfte, daß noch vor dem Piedestal des Thrones, Stufen vorgelegt würden, wodurch überdem die Form des Thrones viel gewinnen würde.

Der Thron. [Abb. 4]

Der ganze Thron Deckel nebst Wappen ist von Bildhauerarbeit in Holz mit Metall Gold verguldet und en quatre coleur laßiret. Die Himmel Decke, hinter Wand und Fuß Decke ist von purpur rothem Tuche, worauf die in der Zeichnung angegebene Verziehrungen mit Leonur³⁰ Waffen weiß und gelb ausgelegt sind. Der durch drey Stufen erhöhte Thron Sessel wird von zwey Löwen getragen, auf dessen Lehnen der Königliche Adler mit vorgestreckten Flügeln sitzt. Die Löwen; einige Verziehrungen von der weiß lakirten Lehne und von dem schwarz lakirten Adler, sind glanz und matt [...] verguldet. Der Sitz selbst ist mit purpur rothem Sammet, der noch mit goldnen Fransen besetzt werden kann, beschlagen.

Bey dieser Angabe des Thron Sessels, kann man sich folgende allegorische Vorstellung machen:

Der Adler, welcher den König in seine Flügel zu nehmen scheint, deutet auf die Liebe des Preußen Volks zu seinem Könige, und die den Sessel tragenden Löwen, auf die innere Stärke des Staats. Liebe des Volks und Stärke des Staats bilden also hier allegorisch den Thron.

Hinter dem Stuhl ist der Eingang [aus dem Ostflügel] auf den Balcon.

Der Schranken für die Landstände, auf dem Schloß Hofe vor dem Throne.

Durch eine mit purpur rothem Tuche behangene Barriere wird ein Quarre von 100 Fuß Länge und 80 Fuß Breite gebildet. In jeder der vier Ecken des Schrankes [!] erhebt sich ein Obelisk, der mit Guirlanden umwunden und oben mit einer Trophee der vier Haupt Stände, als Adel, Geistlichkeit, Bürger und Cöllmer geziehrt ist. Zwischen die beyden Obelisken zunächst dem Thron, stehet etwas erhöhet die Redner Bühne.

³⁰ Vermutlich von leonisch = mit Metallfäden umwickelt.

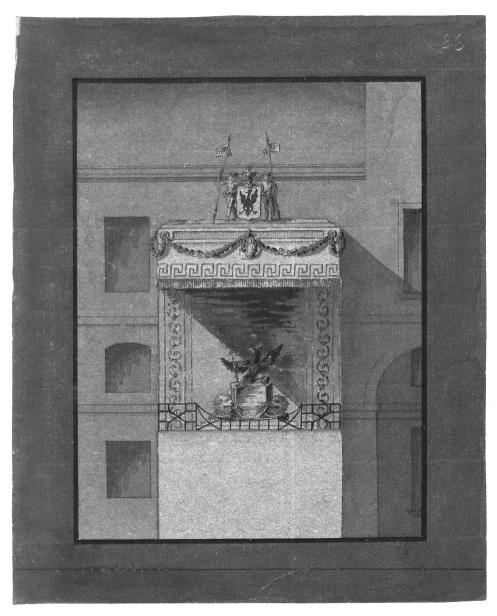


Abb. 4: Entwurf für den Huldigungsbalkon und den Thron vor dem Ostflügel im Schlosshof, gezeichnet von Müller, Februar/März 1798; aus GStA PK, II. HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 66

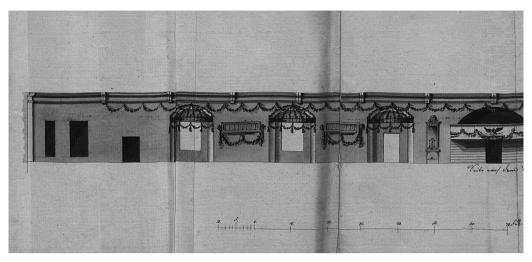


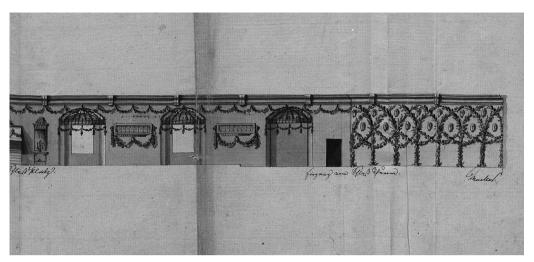
Abb. 5: Entwurf für die Dekoration der Ostwand des Moskowitersaals, gezeichnet von

Der Moskowitter Saal.

Nach der jetzt auf Rechnung mit einem Kostenaufwande von 208 rtlr. 18 gr. ausgeführten Instandsetzung des Fußbodens, unter welchem die Balken an einigen Stellen so verfault waren, daß ein Theil des Fußbodens, seine eigene Last nicht mehr tragen konnte, sondern über dem Eingange nach dem Orgel Chor der Schloß Kirche einstürzte, ist der Moskowitter Saal wieder in Ansehung des Fußbodens mit Sicherheit zu gebrauchen. Da aber das Dach über demselben so schadhaft ist, daß bey jedem Regen, das Waßer wie ein Strohm herin stürzt, und hiedurch nicht allein das Holzwerk in Fäulniß setzt, sondern auch dem schönen Decken Gewölbe der Schloß Kirche sehr schädlich wird, auch der Moskowitter Sall [!] bey diesem Zustande des Daches bey keiner regnerischen Witterung zu einer Feyerlichkeit zu gebrauchen ist, so wird die Reparatur desselben hier als ganz nothwendig vorausgesetzt. Die nothwendigste Instandsetzung des so eben gedachten Daches habe ich in dem Anschlage B auf 1.573 rtlr. 87 gr. Baukosten berechnet.

Da die kleinen Fenster Scheiben im Saal durch die Sonne dermaßen verbrandt sind, daß man keinen Gegenstand deutlich dadurch mehr erkennen kann, so wäre eine neue Verglasung wohl nicht unnöthig. Ich habe zu diesem behuf den Anschlag C angefertigt, nach welchem diese Fenster Reparatur incl. der noch nöthigen Anfertigung einiger Thüren 229 rtlr. 42 gr. beträgt.

Sollte der Moskowitter Sall [!] nach der Huldigung behufs eines Balles einen Abend erleuchtet werden, so könnte mann sämtliche Wände, da Malerey auf dieselben anzubringen sehr kostbar seyn würde, und wegen der durch das Einregnung, der Mauer mitgetheilten Näß doch immer schlecht ausfallen würde,



Valerian Müller, 1798; aus GStA PK, II.HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 71

hell gelb mit Kalk abputzen; an des Decken Gesims, welches nebst der Decke weiß gestrichen werden müste, Festons von Tanger [= Tannen] hängen und die Pfeiler verziehrte Blacker anbringen [Abb. 5]; die Nischen oben mit illuminirten Krohnen schließen; ein paar große Spiegel schiklich aufhängen; die Mitte des Saals durch acht Glaß Krohnen erleuchten; die eine quer Seite könnte einen heiligen Hain vorstellen [Abb. 6], der durch Spiegelblacker erleuchtet würde, und in dessen drey Bögen, in der Mitte die Königl. Namenschiffer mit couleurten Lampen erleuchtet wäre und in den zwei Seiten Bögen Spiritus in zwey antiken Opfer Gefäßen brennen könnten; auf der andern quer Seite des Saals, könnte eine preusche Gegend transparent gemahlt werden, in deren Hintergrund die Sonne aufgehet. Das Opfer im Hain würde durch eine passende Inschrift auf den Dank des Volks für den guten König führen, und die aufgehende Sonne, welche überdem durch eine starke Erleuchtung einen herlichen Effekt nicht verfehlen kann, ein Bild von dem Anfange der neuen Regirung seyn.

Die bisher von Müller berechneten Baukosten betrugen 2.163 Rtlr., während die Aufwendungen für den Thron, die Schranken und die Dekorationen des Saales noch fehlten. Insgesamt hoffte Müller *mit einer dazu ausgesetzten Summe von 4.000 rtlr.* auszukommen³¹.

Das Pro memoria versah Oberbaurat David Gilly am 4. März mit einigen wenigen Randbemerkungen für Minister Schroetter, nachdem er sich auch mit

Jundatiertes Pro memoria von Müller vgl. GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 65–73.

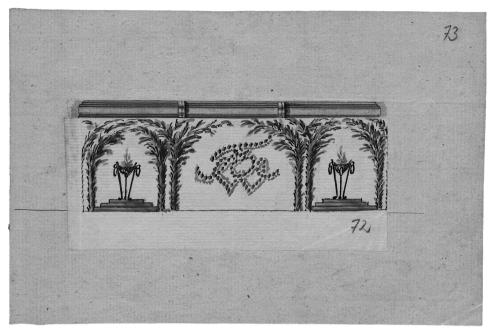


Abb. 6: Entwurf für die Dekoration der Südseite des Moskowitersaals, gezeichnet von Valerian Müller, Februar/März 1798; aus GStA PK, II. HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 72/73

dem Hofmarschall besprochen hatte: Der Huldigungsbalkon solle wie in alter Zeit an der Ostseite des Schlosshofes bleiben, gegen die projectirte Decoratur in Absicht des darauf zu errichtenden Throns ist nichts zu erinnern gefunden worden; nur muß zugleich für gehörige Befestigung gesorgt werden. [...]

Die für den Moskoviter Saal projectirte Veranstaltung an den Wänden zur Erleuchtung sind von dem Herrn Hofmarschall v. Massow genehmiget, dahingegen sollen die Spiegel, die hintere Verzierungen mit den Bäumen, wie auch die Königl. Nahmens Chiffer wegbleiben, und dagegen noch mehr Erleuchtung an den Wänden in der vorgedachten Art angebracht werden. Eben so soll das Music Chor wegfallen u. in die vermutlich biß unten herabgehende Bogen Öfnung mit einer Ballustrade geschlossen u. hinter derselben eine Estrade von 4.[-]5. Stufen für die Musicanten angebracht werden. Die Guirlanden werden H[err] Hofmarschall v. Massow selbst bei Ihrer Anwesenheit besorgen.

Der Vorschlag, die Wände gelb zu färben, wird acceptirt, nur muß die Farbe etwas stark seyn, weil das Gelbe beym Lichte viel bleicher erscheint.

Wenn mehr als 8 Krohen Leuchter, deren H. Müller gedenkt, verschafft u. angebracht werden könnten, dürfte es wohl nicht schaden, wenn selbige auch nicht

alle von gleicher Form wären, so könnten sie doch symmetrisch aufgehängt werden, nemlich die größten in die Mitte u.s.f.

Herr Ober Bauinspector Müller wird übrigends wohl dafür seyn, daß die länglichen Gestelle, worauf die Lichter zu stehen kommen, nach einer goustomischen³² Form und mit Consols angefertigt werden, wodurch selbigen sogleich die gehörige Festigkeit gegeben werden kann³³.

Am 6. März sandte Schroetter unter Zusammenfassung von Gillys Anmerkungen die Anschläge an Müller zurück, sprach sich für eine Tapezierung der Zimmer aus und stellte klar: Die starke Reparatur des Schloßkirchen-Dachs gehört eigentlich gar nicht zu den Huldigungs-Bauten, denn das Dach kann auch ohne Huldigung nicht einstürzen und es ist unrecht genug, daß nicht danach gesehen worden und man es so weit hat kommen laßen; indessen ist sie nothwendig und muß gemacht werden laßen³⁴. Mit gleichem Datum erhielt auch der Kammerpräsident Wagner ein Schreiben Schroetters, in dem angeordnet wurde, dass für den Moskowitersaal anstelle von Stühlen bequeme, mit Tuch beschlagene Bänke für fünf bis sechs Personen gefertigt werden sollten, während breite Tische zu mieten waren³⁵.

Derweil waren Lilienthal, Müller und der Königsberger Stadtbaumeister Ble(e)ck am 3. März 1798 neuerlich damit beauftragt worden, die Sicherheit des Moskowitersaals zu überprüfen. Zusammen mit dem Schlosszimmermeister Gottlieb Tomasky³⁶ und weiteren Handwerkern untersuchten sie ihn am 10. März daher nochmals sorgfältig³⁷. Festgestellt wurde, dass man sich nach Müllers Austausch einiger Balken im nördlichen Bodenbereich um die Belastbarkeit keine Sorgen mehr zu machen brauchte, aber der Boden unter dem nördlichen Rundturm verstärkt und der Schornstein, der von unten aus der Stube der Landarmen-Versorgungs-Kommission hinaufführte, repariert werden musste. Vor allem schlugen die drei Baumeister eine neue Decke und neues Fensterglas vor, weil beides sehr schlecht war und ein übeles Ansehen gab. Da der Austausch der äußerst kleinen Rautenfenster für 140 Rtlr. bereits genehmigt war, ging es nur noch um die Frage, auf welche Art und Weise die gut 200 Jahre alte, schmutzige, 15.444 Quadratfuß große Renaissancedecke zu verschönern

³² Vermutlich von Gout = Geschmack, oder vielleicht von Goutonen = Goten, also gotisch.

³³ Randbemerkung Gillys vgl. GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 66f.

³⁴ Ebd., Bl. 74.

³⁵ Zu den Tischen vgl. auch I. HA, Rep. 36, Nr. 817: Bl. 39ff.

³⁶ Zu T(h)omasky vgl. WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 83, 127.

³⁷ Bericht zur Schlosskirche und dem Moskowitersaal vom 10. 3. 1798 vgl. GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 107–109v.

sei. Die Deckenfüllungen zwischen den starken Balken konnten unschwer durch etwa 900 einzöllige Dielen ersetzt werden, was jedoch Kosten von 500 Rtlr. verursachen würde - beziehungsweise laut Müllers Nachtrag vom 13. März mit neuem Anschlag sogar von 987 Rtlr. Eine kostengünstigere Idee Müllers bestand daher in der Tapezierung mit Papier und einem weißen Leimfarbenanstrich für rund 200 Rtlr., während der dritte Vorschlag eine Bespannung aus Leinwand vorsah, die ebenfalls weiß zu streichen war, zwar 400 Rtlr. kosten, dafür aber dauerhafter als Papier sein werde. Im Bericht vom 14. März an das Berliner Ministerium konnte mitgeteilt werden, dass die Bildhauerarbeiten für den Thron in Auftrag gegeben waren; da Müller wegen der Farbe des Tuches Zweifel hatte, sandte man zwei kleine Proben mit³⁸. Am 18. März fasste Wagner den Stand der Dinge kurz zusammen: Der Ober Bau Inspector Müller ist mit allen seinerseits zu machenden Veranstaltungen in voller Arbeit und es wird auch schon an die [!] so äußerst nöthige Reparatur des Daches gearbeitet, wovon ich jedoch eine separate Rechnung führen, und die Kosten dazu aus der Haupt-Bau-Casse nehmen laße³⁹.

Am 24. März ging aus Berlin die Entscheidung zur Decke des Moskowitersaales ab: Zum Zweck des guten Ansehens [würde es] schon hinreichend seyn [...], wenn man mit einem scharfen Schrubber den alten Schmutz dergestalt abzustoßen versuchet, daß die Dekke die neue Leim-Farbe, ein Paar male aufgetragen, gut annimmt⁴⁰. Gelinge dies nicht, so solle man mit Papier tapezieren und streichen. Die eingesandten Tuchproben fanden als zu dunkel und finster keinen Beifall in Berlin, und da der Königsberger Kaufmann das Tuch aus Berlin bezog, hatte man hier unter Umgehung eines Zwischenhändlers am 23. März einen Vertrag mit der Witwe Lauch geschlossen, welche die Lieferung von hellroter Frisade per Post übernehmen sollte⁴¹; nach der Huldigung gedachte man, den Stoff wieder zu verkaufen. Für die Schranken, die auf dem Schlosshof ein großes Rechteck für die nebeneinander stehenden Deputierten der vier Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Südpreußen und Neuostpreußen bildeten⁴², wurde roter Boy vorgeschlagen.

Während das Schreiben vom 24. seinen Weg nach Königsberg nahm, hatte man sich hier schon selbst ähnliche Gedanken zur Saaldecke gemacht, und Kammerpräsident Wagner schrieb am 25. März: Inzwischen habe ich die Sachen mit dem Geheimen Rath Lilienthal sowohl als dem Oberbau Inspector Müller

³⁸ Ebd., Bl. 122, mit zwei im Bericht vom 14.3. 1798 eingeklebten roten Tuchproben.

³⁹ Ebd., Bl. 145 f.

⁴⁰ Ebd., Bl. 126.

⁴¹ Ebd., Bl. 125.

⁴² Ebd., Bl. 274 f., mit Skizze der Aufstellung. Die Abteilungen sollten so breit sein, dass vorne für 15 bis 18 Personen je Block Platz war.

nochmals überlegt, ob es nicht thunlich seyn mögte, die Dekke dieses Saals bloß mit weißer Leimfarbe zu bemahlen, und der p. Müller hat sogleich einen kleinen Versuch damit gemacht, welcher denn dahin ausgefallen, daß die auf der Dekke befindlichen alten Farben, durch eine weiße Leimfarbe zwar gedeckt werden kann, daß aber dabey der Uebelstand vorkommt, daß da zwischen den Brettern der Dekke, durch das Eintrocknen, ein Spalium [= Fuge] eines fingerbreits entstanden, diese Spalia schwarz bleiben, und man sogar an einigen Stellen durchsehen kann, und dann kostet doch dieses Anstrengen auch 171 rtlr. Auf diese Informationen hin erging am 2. April nochmals aus Berlin die Aufforderung, die Decke mit Papier zu versehen; allerdings schrieb wiederum Wagner am selben Tag aus Königsberg, dass er nunmehr nach dem mittlerweile eingegangenen Befehl vom 24. die Malereien fortsetzen lasse.

Während sich also hier einmal wieder Briefe zu den Baumaßnahmen kreuzten, galt es die übrigen Aufgaben nicht aus den Augen zu verlieren, die Einladungen der Deputierten, die Quartierbeschaffung für Hof und Gäste in der Stadt oder die Reparatur des Straßenpflasters auf den Hauptstraßen Königsbergs. Überlegungen zur Sicherheit des Schlosses und Vorkehrungen zum Brandschutz mussten getroffen werden, Anweisungen zur Beschaffung von Viktualien waren an Händler und Gärtner zu erteilen, der Druck der Einladungen und Entrée-Billets zu veranlassen und nicht zuletzt war der Huldigungsablauf festzulegen. Wie, bis in letzte Details gehend, die Akten diese Planungen wiedergeben, zeigt beispielhaft die folgende Zeichnung: Da dem schon genannten Geheimen Kriegsrat und Generalproviantmeister Büttner⁴⁴ die Aufsicht über die zur Huldigungsfeier vorgesehenen Veranstaltungen und die Leitung der Geschäfte in Königsberg übertragen worden waren, forderte Schroetter von ihm am 26. März einen Plan, wie es mit der Bedienung der Tafeln im Moscoviter Saal einzurichten seyn wird. Büttner reichte Zeichnungen zur Verteilung der Essensschüsseln auf den Tafeln im Moskowitersaal ein (Abb. 7)45. Während auf den Tischen der Kölmer etwas weniger reichlich gedeckt werden sollte, entschied man sich in Berlin auf die Frage, ob alle Deputierten - auch die Kölmer - silberne Löffel oder zinnerne erhalten sollten, für Ersteres.

Am 27. März ging ein weiteres Schreiben aus Berlin mit der Nachricht ab, dass auch Königin Luise beabsichtigte, nach Königsberg zu kommen, und daher für sie, die Oberhofmeisterin von Voß, eine Hofdame, eine Kammerfrau,

⁴³ Ebd., Bl. 172.

⁴⁴ Büttner erhielt für seine Arbeit und die Zusammenkünfte mit seinen Mitarbeitern ein Zimmer des Magazin-Direktoriums im Schloss; vgl. ebd., Bl. 145.

⁴⁵ Zeichnungen vgl. ebd., Bl. 189v/190, 192v/193, weitere Angaben und Planungen vgl. Bl. 284 ff.

eine Garderobenjungfer, noch eine Frau, einen Kammerdiener sowie einige Jungfern der Oberhofmeisterin und der Hofdame im Schloss Räume eingerichtet werden müssten: Die Königin Maiestät werden Sich mit einem Schlaf-Zimmer und einem Garderoben-Zimmer behelfen⁴⁶. Hoffte man bisher, dass der Gouverneur von Brünneck im Schloss wohnen bleiben könnte, so sollte er nun doch wie sein Vorgänger zur Huldigung 1786 seine Zimmer für die Königin räumen⁴⁷.

Endlich konnten am 9. April die 400 Ellen roter *Frisade* für den Thron nach Königsberg abgesandt werden. Der Hofmarschall von Massow hatte alles geprüft; die Kosten von 183 Rtlr. waren zunächst von der Neuostpreußischen Extraordinarienkasse zu übernehmen, sollten jedoch von der in Königsberg eingerichteten Huldigungskasse, deren Fonds 4.000 Rtlr. betrug⁴⁸, erstattet werden⁴⁹.

So rückte der Huldigungstag immer näher, und schließlich trafen die ersten Berliner in Königsberg ein. Um sich ein eigenes Bild von allem zu verschaffen und die letzten Dekorationen selbst in die Hand zu nehmen, wurde für den 20. Mai der Hofmarschall von Massow in Königsberg erwartet. Auch der Oberbaurat David Gilly reiste zur Huldigung an und erhielt eine Unterkunft beim Gerichtsassessor Sturm im Haus Nr. 22 in der Straße "Hinter der Münze" 50. Schließlich wurde Oberbauinspektor Valerian Müller gegen Ende Mai noch mit Kleinigkeiten für den Huldigungsablauf betraut: Eine Tafel mit schwarzem Grund *und in die Augen fallend mit Farbe* geschriebener Inschrift "Süd- und Neu-Ost-Preußische Huldigungs-Canzlei" in polnischer Sprache – die Übersetzung hatte Müller von dem polnischen Prediger Ollech zu erfragen – war für den Eingang zum Ost- und Westpreußischen Magazin-Direktorium zu beschaffen die Schlosskirche zu fertigen mit den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen mit den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für die Schlosskirche zu fertigen den vier Provinznamen in beiden Sprachen für den vier Provi

Unterdessen brach das Herrscherpaar zu seiner mehrtägigen Reise von Berlin nach Königsberg auf. Am 3. Juni gelangte man in der zweiten Haupt- und Residenzstadt glücklich an. Am Morgen des 5. Juni 1798 läuteten die Kirchen- und die Schlossturmglocken den großen Tag der Huldigung ein. – Oberbauinspektor Müller erhielt als Dank für seine Mühen bei den Vorbereitungen eine der

⁴⁶ Ebd., Bl. 148v.

⁴⁷ Ebd., Bl. 184 f.

⁴⁸ Zum Fonds vgl. u.a. I. HA, Rep. 36, Nr. 817: Bl. 38.

⁴⁹ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 222 f.

⁵⁰ Ebd., Bl. 283. – I. HA, Rep. 36, Nr. 817: Bl. 237 v f.

⁵¹ GStA PK, II. HA Generaldirektorium, Abt. 6/II, Nr. 133: Bl. 7, 67.

⁵² Ebd., Bl. 49.

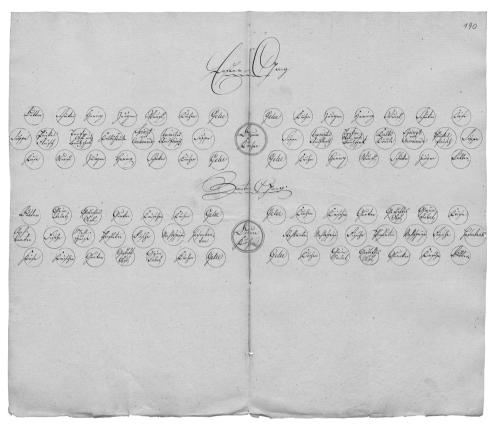


Abb. 7: Anordnung der Schüsseln auf den Tafeln im Moskowitersaal für Adlige, Geistliche und Deputierte der Städte für den 1. und 2. Gang, in der Mitte je ein Baumkuchen, März/April 1798; aus GStA PK, II. HA, Abt. 6/II, Nr. 132: Bl. 189v/190

Huldigungsmedaillen, die vom Hofmedailleur Loos gefertig worden waren⁵³, und blieb noch – am 6. Januar 1800 als Nachfolger Lilienthals zum Oberbaudirektor befördert – bis zu seinem Tod am 15. Juni 1839 im Amt.

⁵³ Ebd., Bl. 289, 306; WAGNER, Königsberger Schloss, Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 123 (Abb. 85).

Ein Leben zwischen Kulmerland, Lemberg und Grüssau – Sr. Josepha Jettka OSB (1901–1981)

Von Inge Steinsträßer

"Mit großem Leid und schwerem Herzen teile ich Ihnen die traurige Nachricht mit, dass am 29. 1. 1981 unsere liebe und gute Sr. Jòzefa in ihrem 80-ten Lebensjahre und nach 55-jähriger Profess uns verlassen hat, sie folgte mit Lächeln auf den Lippen dem Rufe Gottes", lautete im Februar 1981 eine kurze Mitteilung der Äbtissin von Grüssau/Krzeszów an die Benediktinerinnenabtei Frauenwörth im Chiemsee. Wer sich des Lebensweges der Benediktinerin Josepha Jettka OSB² annimmt, wird sich zwangsläufig mit den politischen Umständen und Wirrnissen ihrer Zeit beschäftigen müssen. Jettka, Konventualin der Allerheiligenabtei Lemberg/Lwów, war nach der Aussiedlung des Konvents aus Galizien 1946 nach Grüssau/Niederschlesien gekommen. Ihre großen Verdienste zum Gelingen des schwierigen Übergangs von der deutschen Benediktinerabtei Grüssau zum polnischen Frauenkloster Krzeszów sind nicht zuletzt ihrer Herkunft aus dem Kulmerland geschuldet. In Jettkas Biografie spiegeln sich die Chancen und Konflikte des Grenzlandes, aber auch die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wider. Anhand ihres persönlichen Schicksals können geschichtliche Inhalte veranschaulicht und über das Moment des Personalen hinaus in den historischen Kontext gestellt werden3.

¹ Privatsammlung Domitilla Veith OSB (PrDV), Brief Äbtissin Alojza Dobek OSB, Krzeszów, 7. Februar 1981 an Äbtissin Domitilla Veith OSB, Abtei Frauenwörth im Chiemsee/Oberbayern. Domitilla Veith, gebürtig aus Striegau/Niederschlesien, war als junge Frau als Oblatin der Abtei Grüssau eng verbunden und stand mit Sr. Josepha Jettka über viele Jahre in gutem Kontakt. – Für Mithilfe bei den polnischen Übersetzungen ist Brigitte Wystrach, Bonn, zu danken.

² OSB = Ordo Sancti Benedicti.

³ S. Olaf Hähner, Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert. III. Die Grundformen historischer Biographik. Syntagmatisches und paradigmatisches Verhältnis (Europäische Hochschulschriften, Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. 829), Frankfurt a.M. 1999, S. 259.



Abb. 1: Grab auf dem Klosterfriedhof Grüssau (Foto: Dr. Inge Steinsträßer, Bonn)

Herkunft aus dem Kulmerland - jahrhundertealte Grenzregion

Ein Blick auf die wechselvolle Geschichte des Kulmerlandes macht deutlich, wie die historische Region östlich der Weichsel, begrenzt von den Flüssen Drewenz im Süden und Ossa im Norden, im Laufe der Jahrhunderte immer wieder zum Spielball deutscher und polnischer Besitzansprüche wurde. Nach der Ersten Teilung Polens 1772 war das Kulmerland in die Provinz Westpreußen des Königreiches Preußen eingegliedert worden. 1807, nach der Niederlage Preußens gegen Frankreich, kam es an das Herzogtum Warschau. Nach den Befreiungskriegen fiel das Land 1815 wieder an Preußen zurück und gehörte bis 1920 zum Regierungsbezirk Marienwerder in der Provinz Westpreußen. Als Polen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 zur staatlichen Souveränität zurückkehrte, wurde das Kulmerland durch den Friedensvertrag von Versailles wiederum dem neuen polnischen Staat zugeschlagen. Nach dem Überfall auf Polen im September 1939 gliederten es die Nationalsozialisten dem Deutschen

Reich an, die polnische Bevölkerung wurde unterdrückt und teilweise in das Generalgouvernement abgeschoben. Nach der Kapitulation Deutschlands 1945 fiel das Kulmerland auf Grund der alliierten Beschlüsse wieder an Polen. Die deutsche Bevölkerung erlitt das Schicksal der Vertreibung.

Die wechsel- und leidvolle Geschichte des Landes war allerdings nicht nur von den Gegensätzen der großen Politik bestimmt, sondern von vielen Menschen geprägt, die beide Nationalitäten in sich vereinigten, deutsch wie polnisch perfekt beherrschten und mit den Mentalitäten beider Volksgruppen vertraut waren. Es gab durchaus tragfähige familiäre Bindungen, Freundschaften und anderweitige gut nachbarschaftliche Kontakte zwischen Deutschen und Polen. Unter den bekannten Persönlichkeiten des Kulmerlandes ragt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als wichtiger deutscher Repräsentant u.a. der SPD-Politiker Kurt Schumacher⁴ hervor. Als Protagonisten für die polnische Seite wären exemplarisch die Brüder Franciszek, Leon und Maksymilian Raszeja zu nennen⁵.

Alle vier Genannten waren gleichen Alters wie Jadwiga (Hedwig) Jettka, geboren am 2. Mai 1901 in Zembrze, Kreis Strasburg im Kulmerland/Ziemia chełmińska⁶. Ihr Lebensweg wird sich vermutlich an keiner Stelle mit dem ihrer

- ⁴ Kurt Schumacher, geb. 13. Oktober 1895 in Kulm, Westpreußen, gest. 20. August 1952 in Bonn. Parteivorsitzender der SPD von 1946 bis 1952 und SPD-Fraktionsvorsitzender sowie Oppositionsführer im ersten Deutschen Bundestag von 1949 bis 1952. Schumacher war maßgeblich am Wiederaufbau der SPD in Westdeutschland beteiligt. Er gehörte zu den Gründervätern der Bundesrepublik Deutschland, s. http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/SchumacherKurt/index.html (Stand: 08. 07. 2012); Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995.
- ⁵ Franciszek Raszeja, geb. 2. April 1896 in Kulm an der Weichsel/Chełmno nad Wisłą, mit Kurt Schumacher während der gemeinsamen Gymnasialzeit gut befreundet. Mediziner und Hochschullehrer, Arzt in Posen, Habilitation 1931, 1939 Arzt in Warschau, organisierte im Warschauer Ghetto einen Blutspendedienst für die jüdische Bevölkerung, am 21. Juli 1942 in der Wohnung eines Patienten von der Gestapo erschossen. Leon Raszeja, geb. 26. Juni 1901 in Kulm, Jurist, 1936–1939 Stadtpräsident von Toruń/Thorn, starb während des deutschen Überfalls auf Polen am 9. September 1939 bei einem Bombenangriff auf Lublin. Maksymilian Raszeja, geb.10. März 1889 in Kulm, katholischer Theologe, Professor am Pelpliner Priesterseminar, Domkapitular, nach dem deutschen Überfall auf Polen am 12. September 1939 verhaftet und am 20. Oktober 1939 in Dirschau/Weichsel/Tczew nad Wisłą erschossen, s. http://www.chelmno.info/franciszek-maksymilian-und-leon-raszeja/ (Stand: 08.07.2012).
- ⁶ Nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 gehörte der Kreis Strasburg in Westpreußen als Powiat Brodnicki (Kreis Brodnica) dem neuen polnischen Staat an. Nach der deutschen Besetzung infolge des Polenfeldzuges wurde zum 26. November 1939 der Kreis Brodnica als Landkreis Strasburg i. Westpr. Teil des neu gebildeten Reichsgaus Westpreußen später Danzig-Westpreußen im Regierungsbezirk Marienwerder. Seit dem 25. Juni 1942 trug der Landkreis den Namen Strasburg

prominenteren Altersgenossen gekreuzt haben, ist aber in ähnlicher Weise geprägt von den ethnischen und politischen Gegebenheiten der ehemaligen preußischen Provinz Westpreußen.

Kindheit und Jugendzeit in Zembrze und Graudenz, 1901-1919

Die am 7. Mai 1901 in Zembrze in deutscher Sprache ausgestellte Geburtsurkunde weist als Vornamen des Kindes den Namen "Hedwig" aus? Sie gibt auch Auskunft über den Beruf des Vaters, eines gebürtigen Deutschen. Franz Jettka unterrichtete als ausgebildeter Lehrer und Schulleiter an der Volksschule in Zembrze und stand damit im preußischen Staatsdienst. Die Mutter, Marianna Jettka, geb. Grabowski, war polnischer Herkunft⁸. Beide Eltern gehörten der römisch-katholischen Konfession an. Hedwig wurde am 7. Mai 1901 in der Pfarrkirche von Radosk/Radoszki⁹, ebenfalls Landkreis Strasburg, getauft. Während die deutsche Bevölkerung mehrheitlich dem Protestantismus angehörte, bekannten sich die Polen fast durchweg zum katholischen Glauben. Sie besaßen ein ausgeprägtes polnisches Nationalbewusstsein. Die katholische Religion stand für Identifikation mit dem Polentum, in Abgrenzung zu den orthodoxen Russen und den protestantischen Preußen.

Hedwig wurde mit 7 Jahren eingeschult und besuchte zunächst die Volksschule in Neu Swierczyn/Nowe Świerczyny, einem Ortsteil von Zembrze. 1911 wechselte sie zu einer privaten Schule in Jablonowo, einer Kleinstadt im Landkreis Strasburg/Jabłonowo Pomorskie¹⁰. Von 1914 bis 1919 besuchte sie die Vik-

- (Westpr.). Von den im Jahre 1900 gezählten 57.000 Einwohnern waren etwa 19.000 Deutsche und 37.000 Polen, s. http://www.territorial.de/dawp/strasbg/landkrs.htm (Stand: 08.07.2012).
- Archiv der Allerheiligenabtei Lemberg-Grüssau/Lwów-Krzeszów, (ArL/K), Personal-akte Jòzefa Jadwiga Jettka (J. J.) OSB.
- ⁸ Weitere Angaben zu den Eltern ließen sich nicht ermitteln.
- 9 1942–1945 erhielt der Ort während des Anschlusses an das Deutsche Reich den Namen Radebusch.
- ArL/K (wie Anm. 7), handschriftlicher Lebenslauf, Przemyśl, 22. 2. 1937. Bei der Ersten Teilung Polens 1772 wurde Jablonowo Teil Preußens. 1807 bis 1815 war der Ort Teil des Herzogtums Warschau und fiel danach zurück an Preußen. Das heutige Jabłonowo Pomorskie entstand 1903 aus dem Zusammenschluss der beiden Gemeinden Jablonowo und Sadlinken/Sadlinki, die neue Gemeinde wurde nach dem kurz zuvor verstorbenen Oberpräsidenten Gustav von Goßler (1838–1902) in Goßlershausen umbenannt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Jabłonowo Pomorskie 1920 Teil des wiederentstandenen Polen. Das erste Schulgebäude der Stadt stammt aus dem Jahr 1900, s. www.verwaltungsgeschichte.de/dan_strasburg.html (Stand: 08.07.2012); www.johanneshuenig.de/Files/Gosslershausen.pdf (Stand: 08.07.2012).

toriaschule, ein deutsches Lyzeum mit Oberlyzeum in Graudenz/Grudziądz. Als Wohnort der Familie ist Piecewo bei Jablonowo angegeben. Ob Hedwig in ihrer fünfjährigen Schulzeit das Los einer Fahrschülerin auf sich nehmen musste oder während der Unterrichtszeit in Graudenz als "Pensionsschülerin" verblieb, ist nicht zu ermitteln. Es zeugt vom Weitblick der Eltern Jettka, ihren Kindern den Besuch einer weiterführenden Schule ermöglicht zu haben. Für die Denkweise der damaligen Zeit war dies nicht selbstverständlich, Mädchen wurden eher auf ihre künftige Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereitet. Auch die drei anderen Töchter, Felicja, Aurelia und Ksaweria¹¹, scheinen eine qualifiziertere Schulausbildung genossen zu haben, was ihre stilistisch gut abgefassten Korrespondenzen unter Beweis stellen. Der ältere Bruder Alfons konnte später sein Medizinstudium abschließen und arbeitete als praktischer Arzt in Thorn¹². Belegt ist, dass sich die Geschwister Jettka hervorragend in der deutschen und polnischen Sprache auszudrücken wussten¹³.

Hedwigs Zeugnisse weisen gute Ergebnisse aus, mit einer auffälligen Begabung der Schülerin für Naturwissenschaften und Mathematik. Im April 1919 verließ sie das Lyzeum mit dem Abschlusszeugnis, verbunden mit den besten Wünschen des Lehrkörpers für ihre persönliche und berufliche Zukunft. Die Zeugnisnoten weisen allerdings, gemessen an den Vorjahren, auf einen starken Leistungsabfall hin. Obwohl Westpreußen im Gegensatz zu Ostpreußen im Ersten Weltkrieg nicht Kriegsschauplatz gewesen ist, mögen sich im Frühjahr 1919 die politischen Veränderungen und die ungewisse Zukunft der ethnisch gemischten Region auch auf die Befindlichkeit der nunmehr achtzehnjährigen Hedwig Jettka ausgewirkt haben.

- Felicja Jettka, geb. 1897, war lange Jahre bei der polnischen Post beschäftigt. Als Pensionärin half sie im Pfarrbüro in Dirschau/Tczew aus. Aurelia Jettka, geb. 26.09.1906, lebte nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer Schwester Ksaweria in einer gemeinsamen Wohnung in Stettin/Szczecin. Zu Ksaweria Jettka sind keine weiteren Daten zu ermitteln.
- ¹² Über die Lebensdaten Alfons Jettkas und eines zweiten jüngeren Bruders, gest. 1982, sind keine weiteren Angaben zu ermitteln.
- Der preußische Staat hatte durch die Einrichtung von Simultanschulen versucht, die künftigen Untertanen in seinem Sinne zu erziehen und dauerhaft an sich zu binden. Deutsche und polnische Schüler, Protestanten und Katholiken sollten einander näher gebracht werden. Alle polnischen und kaschubischen Kinder mussten die deutsche Sprache erlernen. Diese Maßnahme eröffnete vielen Polen den Weg in höhere Schulen und Universitäten. Viele studierten auf Grund ihrer Sprachkenntnisse an deutschen Universitäten, s. Erich HOFFMANN, Theodor von Schön und die Gestaltung der Schule in Westpreußen, Marburg 1965.

Familie Jettka im polnisch gewordenen Thorn/Tórun, 1920

Als das Kulmerland nach dem Ersten Weltkrieg an Polen fiel, bekannte sich die Familie zum Polentum. Vater Jettka war 1919 zum Schulleiter in Thorn/Torún berufen worden. Aus Franz Jettka wurde Franciszek, aus Hedwig Jadwiga und aus Felicitas Felicja. Jadwiga wechselte vom deutschen Lyzeum in Graudenz zum polnischen humanistischen Gymnasium in Thorn (Gimnazjum Państwowe w Toruniu), einer Schule mit langer Tradition¹⁴. Hätte Familie Jettka bei den polnischen Behörden um die deutsche Staatsbürgerschaft nachgesucht, wäre Hedwig/Jadwiga vermutlich in die deutsche Filiale des Gymnasiums aufgenommen worden.

Der Bevölkerung, soweit sie vor 1908 in den bis dahin preußischen Provinzen Westpreußen und Posen ansässig war, blieb es anheimgestellt, sich innerhalb von zwei Jahren durch Option für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden, anderenfalls wurde ihr automatisch die polnische Staatsbürgerschaft zugesprochen¹⁵. Für Franciszek Jettka stand die deutsche Staatsangehörigkeit jedoch nicht zur Diskussion, da er in diesem Falle die Schulleitung aufgeben und aus dem Staatsdienst hätte ausscheiden müssen. Auf Grund der ethnisch gemischten Familiensituation und der Existenzsicherung war die Entscheidung für die polnische Staatsangehörigkeit folgerichtig und nachvollziehbar. Über die politische Motivation Jettkas ist weiter nichts bekannt. Jedoch sprechen alle Anzeichen dafür, dass sein Bekenntnis zur polnischen Seite nicht nur beruflichen Zwecken entsprang, sondern auch seiner Grundüberzeugung entsprach.

Jadwigas Lebenslauf ist zu entnehmen, dass sie das polnische Gymnasium auch nutzen wollte, um ihre schriftlichen Polnischkenntnisse zu verbessern¹⁶. Während der Jahre im Graudenzer Lyzeum hatte sich die Schülerin ausschließlich im deutschen Sprachumfeld bewegt. Offenbar wurde auch in der Familie bisher überwiegend deutsch gesprochen. Alle schriftlichen Zeugnisse der nach-

Die Anfänge des Gymnasiums reichen bis ins 16. Jhdt. zurück. Seit dem Mittelalter oblag die akademische Schulbildung in Thorn dem Franziskanerkloster. Dort soll Nikolaus Kopernikus seinen ersten Lateinunterricht erhalten haben. Nach der Reformation 1568 wurde ein evangelisch-akademisches Gymnasium gegründet. 1855 kam es zum stattlichen Neubau in der Strobandstraße, nunmehr Kopernikus-Gymnasium. Die Schule wurde seit 1920 als polnische Lehranstalt fortgeführt und besaß bis 1939 als einziges staatliches Gymnasium in den damaligen Wojewodschaften Posen und Pommerellen eine achtklassige deutsche Abteilung, s. Thea Wohlgemuth, Das deutsche Gymnasium in Thorn zwischen den beiden Weltkriegen, in: Kirchendienst Ost, Berlin 1963, S.2f.

¹⁵ Ebd., S. 3.

¹⁶ ArL/K (wie Anm. 7), handschriftlicher Lebenslauf.

maligen Ordensfrau Josepha Jettka lassen auf eine erste Sozialisation in der deutschen Sprache schließen. Jadwigas letztes Zeugnis vom 20. Juni 1921 weist ein gutes Ergebnis auf. Keine Note fiel schlechter als befriedigend (dostateczny) aus. Etliche Fächer wurden mit sehr gut (bardzo dobry) bewertet. Latein, als unabdingbare Grundlage im Lehrplan eines humanistischen Gymnasiums, hatte sie privat erlernt. Im Abgangszeugnis ist ausdrücklich vermerkt, dass es sich bei Jadwiga Jettka um eine außergewöhnliche Schülerin handele¹⁷. Die Versetzung in die 8. Klasse und damit die Aussicht, in einem Jahr das Abitur ablegen zu können, nahm sie jedoch nicht wahr. Sie verließ die Schule, um sich einer praktischen Tätigkeit zuzuwenden. In ihrem Lebenslauf aus dem Jahre 1937 geht sie kurz auf die Gründe ein. Sie führt finanzielle Schwierigkeiten des Elternhauses an, die es ihr nicht mehr möglich machten, die Gymnasiallaufbahn fortzusetzen¹⁸. Die dienstlichen Bezüge Franciszek Jettkas schienen im polnischen Staatsdienst geringer dotiert gewesen zu sein als zuvor unter preußischen Bedingungen. Neben den Lebenshaltungskosten waren vom Gehalt des Vaters auch die Ausbildungskosten für sechs Kinder zu bestreiten.

Von Juli 1921 bis August 1922 absolvierte Jadwiga eine buchhalterische Ausbildung bei der Bank Pomorski in Thorn¹⁹. Eine anschließende berufliche Betätigung im Bankwesen ist wahrscheinlich, jedoch durch keine der zur Verfügung stehenden Quellenangaben zu belegen.

Die Wohnung der Familie Jettka befand sich in der Neustadt in der Jakobstr. 15, unmittelbar neben der Jakobuskirche²⁰. Beide Eltern fühlten sich dem katholischen Glauben tief verbunden und ließen ihren Kindern eine fundierte religiöse Erziehung zuteil werden. Weitere Einflüsse auf die religiöse Haltung Jadwigas mögen im schulischen Bereich gelegen haben. Die Noten im Fach Religion sind in allen Zeugnissen mindestens gut bis sehr gut, ein Zeichen für das rege Interesse der Schülerin.

¹⁷ ArL/K (wie Anm. 7), Abgangszeugnis des Humanistischen Gymnasiums Tórun vom 29. Juni 1921.

¹⁸ Ebd., handschriftlicher Lebenslauf.

¹⁹ Ebd., Zeugnis der Bank Pomorski für Jadwiga Jettka, Tórun, 31. Juni 1922.

Die St. Jakobuskirche, eine von drei gotischen Kirchen in der Stadt, die bis in unsere Zeit erhalten blieben, wurde 1309 als Pfarrkirche der Neustadt errichtet und 1997 zusammen mit der Altstadt in die Liste des Welterbes der UNESCO aufgenommen. Vom hohen Mittelalter an, bis auf einige Jahrzehnte der Unterbrechung durch die Reformation, gehörten Kirche und Konventsgebäude zum Besitz einer Benediktinerinnenkommunität. 1833 wurde das Kloster unter preußischer Herrschaft aufgelöst, s. Anna Ziemłewska/Andrzej Skoroński: Thorn – unter den Flügeln des Engels, Toruń 2010, S.52 ff.

Eintritt in die Allerheiligenabtei Lemberg, 1924

Am 4. Juli 1924 trat Jadwiga Jettka als Postulantin²¹ in die Allerheiligenabtei²² der Benediktinerinnen in Lemberg/Galizien ein²³. Zwischen Thorn und Lemberg liegt eine räumliche Distanz von etwa 650 km. Es erhebt sich die Frage, warum Jadwiga Jettka sich ausgerechnet zum Eintritt in ein solch weit entferntes Kloster entschlossen hat. Aus ihren schriftlichen Aufzeichnungen und Briefen ergeben sich dafür keine Anhaltspunkte. Es ist davon auszugehen, dass sie sich ganz bewusst für Lemberg entschied, um Abstand von zu Hause zu gewinnen. Dies dürfte weniger in einem Generationenkonflikt zwischen Eltern und Tochter begründet gewesen sein als vielmehr aus dem Bewusstsein heraus, sich aus der Ferne besser lösen zu können, um sich ganz auf ihren Weg als Ordensfrau zu konzentrieren²⁴.

Aus allen späteren Verlautbarungen Jettkas geht hervor, dass sie ihren Ordensberuf sehr ernst nahm und ihren Klostereintritt als gottgewollten Akt ansah. Bei der Aufnahme ins Noviziat im Juni 1925 erhielt sie den Ordensnamen Josepha/Jòzefa. 1926 legte sie ihre zeitliche, auf drei Jahre begrenzte Profess ab, der 1929 die ewige Profess folgte, mit welcher sie sich endgültig an die Allerheiligenabtei band²⁵.

- Postulantin = Anwärterin, Kandidatin. Die Zeit des Postulates ist eine Phase des Prüfens und Suchens. Hier erhält die Kandidatin eine Einführung in die klösterlichen Gewohnheiten und in monastische Spiritualität, in: Der Benediktinerorden, Gott suchen in Gebet und Arbeit, hg. von Christian Schütz/Philippa RATH, Mainz 1994, S. 213.
- Allerheiligenabtei der Benediktinerinnen in Lemberg, 1596 als Stiftung des polnischen Adeligen Adam Szaporowski nach lateinischem Ritus gegründet, orientierte sich am Vorbild der Benediktinerinnenabtei Staniatki in der Erzdiözese Krakau. Staniatki, 1216 gegründet, wurde im Laufe der Jahrhunderte mehrfach zerstört, jedoch nie aufgehoben, selbst nicht während der Zugehörigkeit zum Generalgouvernement 1939–1945, s. Władysław Szołdrski, C.SS.R.: Z dziejów opactwa benedyktynek łacińskich we Lwowie 1595–1945 i w Krzeszowie 1945–1970 [Zur Geschichte der lateinischen Benediktinerinnenabtei in Lemberg 1595–1945 und Grüssau 1945–1970] (Diplomarbeit d. Päpstlich-Theol. Fakultät Breslau), maschinengeschriebenes Manuskript, Wrocław 1971.
- Lemberg/Lwów, ukrainisch Lviv = Löwe, wurde 1256 erstmals erwähnt. Im 14. Jhdt. fiel die Stadt an Polen und gehörte jahrhundertelang zur polnisch-litauischen Adelsrepublik. Nach der ersten polnischen Teilung kam Lemberg 1772 an Österreich und nach dem Ersten Weltkrieg wieder an Polen. Unter der Herrschaft der Habsburger war die Stadt Verwaltungszentrum der Region Galizien. Seit 1945 gehörte sie zur UdSSR und ist seit 1991 ukrainisch. Das historische Zentrum von Lemberg wurde 1998 in das Weltkulturerbe der UNESCO aufgenommen.
- ²⁴ Auskunft Äbtissin em. Domitilla Veith OSB an die Verfasserin am 13. August 2008.
- ²⁵ Profess, öffentliches Ablegen und feierliches Versprechen nach der Regel Benedikts in dieser Gemeinschaft zu leben, s. Schütz/Rath (wie Anm. 21), S. 213.

In der Äbtissin Maria Izydora Kaliska²⁶ fand Sr. Josepha eine überaus gebildete, sprachbegabte und belesene Vorgesetzte. Sie abonnierte für die junge Novizin deutsche monastische Zeitschriften, damit diese ihre deutschen Sprachkenntnisse nicht verlor. Kaliska baute die bereits seit 150 Jahren in der Trägerschaft des Klosters befindliche Volksschule in ein sich gut entwickelndes Gymnasium aus, an welchem sie selbst das Fach Deutsch unterrichtete. Das jüdische Leben in Lemberg hatte von der 1867 erfolgten rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Bürger, die damit Zugang zu allen Bildungseinrichtungen gewannen, profitiert. Die habsburgische Regierung erhoffte sich von einer gebildeten jüdischen Bevölkerung eine Stärkung der deutschen Sprache und Kultur gegenüber dem voranschreitenden Trend zur Polonisierung Galiziens²⁷.

Lemberg war in den frühen Zwanzigerjahren noch stark von der hundertfünfzigjährigen habsburgischen Herrschaft geprägt. In die zweite polnische Republik eingegliedert, bekannten sich im Jahre 1931 von 310.000 Einwohnern etwa die Hälfte zur polnischen Nationalität, ein Drittel waren Juden, 15 % Ukrainer, dazu Deutsche und katholische Armenier²⁸. In den Zwischenkriegsjahren galt die Stadt sowohl als eine Hochburg polnischer Kultur als auch als ein Brennpunkt ukrainischen Nationalgefühls. Im Hintergrund blieb jedoch auch die habsburgische Identität präsent. Die meisten Konventualinnen der Allerheiligenabtei waren Polinnen. Nur einige wenige Deutsche fanden den Weg in die Kommunität. Josepha Jettka lebte also im Umfeld ethnisch gemischter Nationalitäten, mit einem ähnlich gelagerten Konfliktpotenzial wie in Westpreußen.

Eines der wichtigsten Ereignisse der Zwischenkriegszeit war für die Lemberger Benediktinerinnen die seit langem erwartete neue Konstitution für die polnische "Kongregation der Benediktinerinnen der Unbefleckten Empfängnis der Allerseligsten Jungfrau" durch Papst Pius XI. am 21. Juni 1932²⁹. Zum Visitator

- ²⁶ Elźbieta Cohn (1870–1935), in Lemberg geboren als Tochter jüdischer Eltern. Ihr Vater Izydor Cohn war im Bankwesen tätig. Elźbieta ließ sich 1890 taufen und trat 1894 als Sr. Maria Izydora in die Allerheiligenabtei ein. Nach der Wahl zur Äbtissin, 1922, änderte sie ihren Namen in Kaliski: ArL/K, Kronika Sióstr Benedyktynek, [Chronik der Benediktinerinnen], 1922 r.
- ²⁷ S. Lemberg wird Metropole, in: Lemberg eine Reise nach Europa, hg. von Hermann SIMON / Irene STRATHENWERTH / Ronald HINRICHS, Berlin 2007, S. 27; vgl. Martin POLLAK: Eine Reise durch die verschwundene Welt Ostgaliziens und der Bukowina, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 42 ff.
- ²⁸ Angaben nach Simon/Strathenwerth/Hinrichs (wie Anm. 27), S. 42.
- ²⁹ Kongregation = Zusammenschluss mehrerer selbstständiger Klöster zu einem Verband. Eine Verbindung der Klöster wird durch die gemeinsamen Konstitutionen, durch das Generalkapitel und die Kongregationsleitung hergestellt, wobei jedes Kloster sein eigenes Profil einbringen kann, s. www.orden-online.de/wissen/k/kongregation (Stand 2012); ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1932 r.



Abb. 2: Allerheiligenabtei Lemberg (Klosterarchiv Krzeszów/Grüssau)

wurde Abt Ernst Vykoukal³⁰ von Emaus/Prag ernannt³¹. Zur Kongregation gehörten neben Lemberg die Abteien Staniatki bei Krakau, Przemysl/Przemyśl, Wilna/Wilno, Lomza/Łomża und Nieswiez. Zum Zeitpunkt des Eintritts Jettkas hatte sich die wirtschaftliche Situation in Lemberg kontinuierlich verschlechtert. Nachdem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Stadt durch Erdölfunde im nahen Borysław³² zu wirtschaftlichem Aufschwung gelangt war, stieg als Folge der Weltwirtschaftskrise in den späten Zwanzigerjahren die Zahl der Arbeitslosen. Die Industrie stagnierte, in der Fabrikation war Kurzarbeit an der Tagesordnung. Die allgemeine schlechte Lage ging auch an der Allerheili-

- ³⁰ Ernst (Arnošt) Vykoukal OSB (1879–1942), von 1925 bis 1942 Abt des Klosters Emaus in Prag, 1942 umgekommen im KZ Dachau.
- ³¹ Emaus, Benediktinerabtei in der Prager Neustadt, gegründet 1347 von Kaiser Karl IV. für den slawischen Ritus, 1880 mit Mönchen aus Beuron neu besiedelt. 1941 von den Nationalsozialisten aufgelöst, nach Kriegsende Wiederaufbau, 1950 von den Kommunisten wiederum aufgehoben, 1995 Wiederaufnahme des klösterlichen Lebens mit Unterstützung der Abtei Břevnov, Prag, s. Stefan Petzold, Art. Emaus, in: Lexikon für Theologie und Kirche (LThK), 3. Aufl., Bd. 3, Sonderausgabe, Freiburg 2006, Sp. 621.
- 32 Stadt im Karpatenvorland, südlich der Bezirkshauptstadt Lemberg, eines der damals weltweit bedeutendsten Zentren der Erdölförderung.

genabtei nicht spurlos vorüber. Die staatliche Schulbehörde hatte den Neubau eines Gymnasiums verlangt und drohte dem Orden bei Nichterfüllung mit dem Entzug der Trägerschaft. Den Benediktinerinnen fehlte jedoch das Geld, so dass sie nur unter Aufbietung aller Kräfte der Aufforderung der Behörde nachkommen konnten. Der Schulneubau wurde am 5. März 1935 eingeweiht³³. Wenige Wochen später verstarb Äbtissin Kaliska. Zur Nachfolgerin wurde im August 1935 die bisherige Priorin Frau Janina Szymańska³⁴ gewählt. Der Konvent zählte zu dieser Zeit 17 Chorschwestern, 22 Konversen, eine Novizin und eine Postulantin³⁵.

Sr. Josepha Jettka hatte von 1926 bis 1934 in der Kanzlei des Klosters gearbeitet, wo sie ihre in Thorn erworbenen buchhalterischen Kenntnisse effektiv einsetzen konnte. In der schwierigen wirtschaftlichen Phase zeigten sich ihre organisatorischen Fähigkeiten und ihre Begabung, mit Zahlen umzugehen. Offenbar besaß sie aber neben ihrer Kompetenz in Verwaltungsaufgaben auch noch fundierte theologische und monastische Kenntnisse sowie ein Gespür für die Belange des Ordensnachwuchses. Anderenfalls wäre sie 1934 nicht zur Novizenmeisterin ernannt worden. Sie übte dieses Amt bis zum Kriegsausbruch 1939 aus.

Offenbar hatte sie sich während der Jahre ihrer Zugehörigkeit zum Lemberger Konvent schon länger mit dem Gedanken getragen, doch noch den Gymnasialabschluss zu erlangen, der ihr in Thorn versagt geblieben war. Eine Gelegenheit zur Erfüllung ihres Wunsches ergab sich, als die junge Postulantin Bronisława Orłowska³⁶ 1936 ihre Schulausbildung am Gymnasium der Benediktinerinnen in Przemyśl fortsetzen sollte. Mit Genehmigung der Äbtissin Janina übersiedelten beide Frauen in den Benediktinerinnenkonvent Przemyśl und besuchten von hier aus das Klostergymnasium. Josepha Jettka, bereits im 35. Lebensjahr, nahm zunächst den Status einer Gasthörerin ein. In ihrer Personalakte befindet sich der handschriftliche Entwurf eines Antrages des Konvents der Benediktinerinnen in Lemberg an das Ministerium für Religion und Kultur

³³ ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1935 r.

Ebd.: Szymańska, Janina (Stanisława) OSB, geb. 11. Juni 1889 in Lemberg, 1915 Profess, 1935 zur Äbtissin geweiht durch Erzbischof Twardowski, gest. 21. Oktober 1978 in Grüssau. – Twardowski, Bolesław (1864–1944), geb. in Lemberg, ab 1918 Weihbischof in Lemberg, 1923–1944 Erzbischof von Lemberg, s. http://www.apostolischenachfolge.de/ernennung_1923.htm (Stand: 08.07.2012).

³⁵ ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1935 r.

³⁶ Bronisława Orłowska, (1919–2004), als Sr. Ewangelista Benediktinerin der Allerheiligenabtei Lemberg, Profess 1938. Sie kam 1946 mit dem Konvent nach Grüssau und versah hier über viele Jahre das Amt der Sakristanin, s. Inge Steinsträsser, Wanderer zwischen den politischen Mächten – P. Nikolaus von Lutterotti OSB (1892–1955) und die Abtei Grüssau in Niederschlesien, Köln u. a. 2009, S. 41.



Abb. 3: Allerheiligenabtei Lemberg (Klosterarchiv Krzeszów/Grüssau)

in Warschau, mit der Bitte, Jadwiga Jettka am Gymnasium der Benediktinerinnen in Przemyśl zum Besuch der 8. Klasse zuzulassen³⁷. Die schulischen Voraussetzungen unterschieden sich jedoch gravierend von denen in Thorn unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. In Jettkas Lebenslauf vom Februar 1937, der dem Antrag an das Ministerium ergänzend hinzugefügt werden sollte, weist sie nochmals ausdrücklich darauf hin, dass sie den größten Teil ihrer vorhergehenden Schulzeit in der deutschen Unterrichtssprache absolviert hatte³⁸. Letztlich war sie den Anforderungen der neuen polnischen Lehrpläne nicht gewachsen und musste auf eine Fortsetzung ihrer schulischen Ausbildung verzichten. Der Direktor des Gymnasiums in Przemyśl attestierte ihr lediglich den erfolgreichen Besuch eines Kurses in Philosophie und Ethik³⁹. Am 20. April 1937 kehrte sie in die klösterliche Gemeinschaft nach Lemberg zurück.

³⁷ ArL/K (wie Anm.7) handschriftlicher Entwurf eines Antrages des Konvents der Benediktinerinnen in Lemberg an das Ministerium für Religion und Kultur in Warschau, 1937, ohne Tag und Monat. Der Antrag wurde offiziell nie gestellt.

³⁸ Ebd., handschriftlicher Lebenslauf.

³⁹ Ebd., s. Anm. 37.

Kriegsausbruch 1939, Rückkehr ins Elternhaus nach Thorn

Nach der sowietischen Besetzung Ostpolens war Lemberg von 1939 bis 1941 in die Ukrainische Sowjetrepublik eingegliedert worden. Nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde Lemberg Hauptstadt des Distrikts Galizien als Teil des deutschen Generalgouvernements. Die Bevölkerung litt unter beiden Besatzungen schwer. Verhaftungen, Gewaltakte und Deportationen waren an der Tagesordnung. Der Konvent erlebte drangvoll den mehrfachen Wechsel von der deutschen zur sowjetischen Besetzung⁴⁰. Äbtissin Janina griff in der Not zu einer außergewöhnlichen Maßnahme. Sie schickte auf Anraten des nachmaligen Erzbischofs von Lemberg Eugeniusz Baziak⁴¹ einen großen Teil der jüngeren Konventualinnen in ihre Heimatorte zurück, um sie vor den täglich drohenden Gefahren zu schützen. Ein kleinerer Teil der Schwestern verblieb mit der Äbtissin in Lemberg. Etliche Schwestern wichen in die Abteien Staniatki und Przemyśl aus⁴². In den Konventsgebäuden wurde ein Altersheim untergebracht. Einige Konventualinnen übernahmen dabei die Betreuung der alten Menschen, andere wurden dienstverpflichtet und mussten unter harten Bedingungen die Wäsche des Militärs besorgen. Dies sicherte nicht nur einen notdürftigen Lebensunterhalt, sondern ermöglichte auch die Erlaubnis zum weiteren Aufenthalt in der Abtei.

Josepha Jettka kehrte Anfang November 1939 in ihre Heimatstadt Thorn zurück. Im Auftrag der Äbtissin Janina führte sie während der gesamten Kriegszeit eine Korrespondenz mit Abtprimas Fidelis von Stotzingen OSB in Rom⁴³, um ihn über die Lage des Lemberger Konvents sowie über die allgemeine Situation in Polen zu unterrichten. Vom deutsch besetzten Thorn war der Briefverkehr mit Rom unkomplizierter als von Galizien, zumindest so lange Italien politischer Bündnispartner des Deutschen Reiches blieb⁴⁴. Gleichwohl unterlagen

- ⁴⁰ Zu den Kriegsgeschehnissen, vgl. Szołdrsky (wie Anm. 22), S. 45–53.
- Eugeniusz Baziak (1890–1962), geb. in Tarnopol, Priesterweihe 1912, 1933 Weihbischof in Lemberg, 1944 Koadjutor Erzbischof Twardowskis, 1945 Erzbischof von Lemberg. Nach der Vertreibung aus Lemberg 1946 Amtssitz in Lubaszów, von dort Verwaltung des bei Polen verbliebenen kleinen Restteils der Erzdiözese Lemberg, 1951 Apostolischer Administrator von Krakau, unter Beibehaltung der Funktion eines Erzbischofs von Lemberg. Baziak erteilte u.a. Karol Wojtyła, dem späteren Papst Johannes Paul II., die Priesterweihe, s. www.lwow.com.pl/naszdziennik/baziak.html (Stand: 08.07.2012).
- 42 S. ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1940 r.
- ⁴³ Fidelis Freiherr von Stotzingen, OSB (1871–1947), 1901–1913 Abt von Maria Laach, 1913–1947 Abtprimas der Benediktinischen Konföderation.
- ⁴⁴ Im Herbst 1943 schied Italien aus dem Verbund der Achsenmächte aus, schloss sich den Alliierten an und erklärte Deutschland den Krieg.



Abb.4: Abtprimas Fidelis von Stotzingen OSB (Fotosammlung Klosterarchiv Maria Laach)

die Informationen einer gewissen Geheimhaltung. Bei Entdeckung durch die allgegenwärtige Gestapo hätte Jettka mit unliebsamen Folgen rechnen müssen. Im ersten Brief vom Januar 1940 berichtete sie, dass sich bei ihrer Abreise noch etwa die Hälfte der Klosterfrauen in der Abtei befunden hätten, jedoch täglich mit ihrem Exodus rechnen mussten: "Auch ich wollte zu den Letzten gehören, aber die russische Grenze war nur auf einige Tage geöffnet, und ich musste aus Gehorsam die Gelegenheit ausnutzen, um sicher nach Pommerellen zu meinen Eltern zu gelangen." ⁴⁵ Obwohl sie sich über die Begegnung mit Eltern und Geschwistern freute, fiel ihr der Abschied aus der klösterlichen Gemeinschaft nicht leicht. "Es ist schwer, nach so vielen Jahren sich wieder in die Welt hineinzuleben, aber der Wille Gottes muss erfüllt werden." ⁴⁶ Ein halbes Jahr später nach der Ankunft in Thorn traf die Familie ein erster schwerer Schicksalsschlag. Mutter Jettka verstarb plötzlich und wurde von allen sehr betrauert.

46 Ebd.

⁴⁵ Archiv Abtprimas (AAbtpr), Collegio San Anselmo, Roma, Akte Tyniec-Maredsous, Brief J.J. an Abtprimas Fidelis von Stotzingen OSB, Thorn, 15. Januar 1940.

Unter deutscher Besatzung 1940-1945

Die Familie bekam alsbald die Folgen der deutschen Besatzungspolitik zu spüren. Das besondere Augenmerk der Nationalsozialisten galt zunächst der "Ausrottung" der polnischen Bildungsschicht. Josepha, die seit ihrer Rückkehr nach Thorn amtlich wieder ihren deutschen Vornamen Hedwig tragen musste⁴⁷, hatte zunächst als Assistentin in der ärztlichen Ambulanz ihres Bruders Alfons ausgeholfen. Als dieser im Mai 1940 ohne Angabe von Gründen verhaftet und ins Konzentrationslager Hamburg-Neuengamme⁴⁸ deportiert wurde, wo er am 31. Januar 1941 verstarb, fand Jettka im Oktober 1940 eine Arbeit als Buchhalterin in Thorn⁴⁹. Bis zu seiner Verhaftung war Alfons der einzige Ernährer der Familie gewesen. Nun musste Josepha den Unterhalt der Familie bestreiten, welche noch aus dem Vater, den drei Schwestern und einem weiteren jüngeren Bruder bestand. Dieser wurde schließlich auch verhaftet, konnte jedoch dem Schicksal des älteren Bruders entgehen⁵⁰. Auch Felicja Jettka war für eine gewisse Zeit in einem Konzentrationslager inhaftiert⁵¹.

Die Arbeit im Büro sagte Josepha Jettka im Prinzip zu. Eine Rückkehr nach Lemberg, die sie sich sehnlichst wünschte, war jedoch unmöglich. "Meine Beschäftigung ist sehr angenehm, und die Zeit verläuft einem sehr schnell, aber dennoch sehne ich mich immer mehr nach meinem früheren Leben. Niemand und nichts kann uns das, noch was man vermisst, ersetzen, und wenn es uns auch so gut geht. Am liebsten möchte ich in mein liebes Kl[oster] nach L[em-

- ⁴⁷ ArL/K (wie Anm. 7), Ausweiskarte der Stadt Thorn vom 31. Dezember 1939.
- Das Konzentrationslager Neuengamme wurde 1938 zunächst als Außenlager des KZ Sachsenhausen errichtet und seit 1940 als selbstständiges Konzentrationslager geführt. Die Häftlinge mussten Zwangsarbeit für die auf dem Gelände befindliche Ziegelei, in der Rüstungsindustrie und beim Bau militärischer Anlagen leisten. Von den bis 1945 dort gefangen gehaltenen ca. 100.000 Menschen aus Deutschland (9%) und den besetzten Ländern (91%) verloren mindestens 50.000 in der Folge der unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und durch direkte Morde ihr Leben, s. www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de (Stand: 08.07.2012).
- ⁴⁹ ArAbtpr. (wie Anm. 45), Brief J. J. an Abtprimas, Thorn, Advent 1940.
- ⁵⁰ ArAbtpr. (wie Anm. 45), Brief J. J. an Abtprimas, Tettenweis, 21. Juli 1943.
- 51 Während der Periode des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen 1981–1983 (poln. Stan Wojenny) äußerte Felicja sich zu ihrem KZ-Aufenthalt anlässlich der Briefzensur: "Cenzoriwano, fühle mich beschränkt in meiner Persönlichkeit. Erinnere mich an die Zeit im KZ. Man ist machtlos und muss cich osein." (poln. cicho byc = still sein), Privatsammlung Abt em. Dr. Adalbert Kurzeja OSB, Maria Laach (PKur), Mappe Korrespondenzen, Adalbert Kurzeja-J. J., 1956–1979, darin: Korrespondenzen P. Adalbert Kurzeja mit Felicja und Aurelia Jettka, 1958–1982, Brief Felicja Jettka an Kurzeja, Grüssau/Krzeszów, 27. Juli 1982.



Abb.5: Abtprimas Fidelis von Stotzingen OSB (Fotosammlung Klosterarchiv Maria Laach)

berg]⁵² zurück, aber daran kann ich vorläufig nicht denken. Ich will nicht klagen, den hl. Willen Gottes will ich immer und überall erfüllen (...)" ⁵³. Neben der Büroarbeit erteilte Jettka im Verborgenen Religionsunterricht für polnische Kinder. Angesichts der deutschen Besatzungspolitik und des Versuchs, neben der allgemeinen Bildung auch die religiöse Unterweisung der polnischen Kinder einzuschränken, ist dieses Engagement nicht hoch genug anzuerkennen. Dem Zeugnis ihrer Schwester Felicja ist zu entnehmen, dass Josephas praktische Ausrichtung sich auch in der politisch heiklen Situation in Thorn bewies: "Als sie während der Kriegszeit zu Hause, in Thorn war – sie erteilte Religionsunterricht und jeden Groschen sparte sie, kaufte einen Reisekorb und später praktische Gegenstände für die Wirtschaft mit dem Gedanken, dass das Kloster später mal alles gebrauchen würde, jede Sache die sie bekam, packte sie in den Korb, den sie später auch mitnahm." ⁵⁴

⁵² Klammern von der Verfasserin eingefügt.

⁵³ ArAbtpr. (wie Anm. 45), Brief J. J. an Abtprimas, Thorn, 15. März 1940.

⁵⁴ PKur (wie Anm. 51), Brief Felicja Jettka an Kurzeja, Tczew, 30. März 1981.

Durch Vermittlung eines zur Wehrmacht eingezogenen Ordensgeistlichen⁵⁵ aus der Abtei Gerleve⁵⁶ und über P. Stephan Kainz OSB⁵⁷ aus der Abtei Scheyern/ Obb⁵⁸. konnte Sr. Josepha insgesamt vier mehrwöchige Ferien- und Erholungsaufenthalte in der Benediktinerinnenabtei St. Gertrud, Tettenweis/Ndb.59 verbringen, und zwar in den Monaten August 1941 und 1942 sowie im Juli 1943 und 194460. Sie fand dort gastliche Aufnahme und setzte auch von hier aus ihre Korrespondenz mit Abtprimas Fidelis fort. Die Klosterchronik von Tettenweis macht unter dem 16. August 1941 auf die schwierige persönliche Situation des Gastes aufmerksam: "Sr. Josefa ist seit zwei Jahren exclausuriert, mußte als Deutsche in den Kriegsjahren das Kloster verlassen und auf Anraten des Bischofs und ihrer Fr. Äbtissin flüchten auf unbestimmte Zeiten. Fr. Josefa, im weltlichen Kleid die große Sehnsucht nach dem Kloster im Herzen tragend (...), machte im Chor begeistert mit, erzählte in den Rekreationen viel Liebes und Schönes aus ihrer Abtei und auch viel Schreckliches aus der Kriegszeit. Lemberg war ja schwer mitgenommen worden⁶¹." Beim vorletzten Aufenthalt, im Juli 1943, äußerte sie dem Abtprimas gegenüber ihren letztlich unerfüllbaren Wunsch, für die Dauer des Krieges ganz in Tettenweis bleiben zu dürfen.

Die Nachrichten aus Lemberg flossen nur spärlich und waren gekennzeichnet von der Last des Kriegsalltages sowie der Sorge um den in alle Winde zerstreuten Konvent. Gegen Ende des Krieges brach auch der Briefverkehr mit Rom ab. Eine letzte Information über das weitere Schicksal Jettkas ist einer

- ⁵⁵ Hierbei könnte es sich um P. Bernhard Dicks OSB gehandelt haben, der sich als Soldat für geraume Zeit in Allenstein aufhielt und möglicherweise in Thorn mit der Familie Jettka in Berührung gekommen war; Auskunft von P. Bartholomäus Denz OSB, Archivar der Abtei Gerleve, am 28. März 2012.
- ⁵⁶ Benediktinerabtei Gerleve bei Billerbeck/Westfalen, gegr. 1899 von der Erzabtei Beuron, seit 1904 selbstständige Abtei.
- ⁵⁷ P. Stephan Kainz OSB (1874–1954), Benediktiner der Abtei Scheyern, Profess 1898, Priesterweihe 1902, Subprior, Eleemosynarius (Almosner), Lehrer am Stiftsgymnasium, s. Catalogus Monachorum der Bayerischen Benediktinerkongregation von 1954 und 1955, Abtei Scheyern.
- ⁵⁸ Benediktinerabtei Maria Himmelfahrt und zum Heiligen Kreuz Scheyern, Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm, Erzdiözese München und Freising, gegr. um 1077, Hauskloster der Wittelsbacher, 1803 aufgehoben, Wiederbegründung als Propstei 1838, seit 1842 Abtei.
- ⁵⁹ Benediktinerinnenabtei St. Gertrud Tettenweis/Niederbayern, eine Neugründung der Abtei Frauenwörth/Chiemsee, 1899. Das Kloster wurde unter das Patronat der Hl. Gertrud von Helfta gestellt.
- 60 S. Archiv der Benediktinerinnenabtei St. Gertrud Tettenweis (ArT), Auszüge aus den Jahreschroniken vom 16. August 1941, August 1942, 10. Juli 1943, 14. Juli 1944, mit freundlicher Genehmigung der Archivarin Sr. Teresa Böcker OSB am 2. März 2012.
- ⁶¹ ArT (wie Anm. 60), Jahreschronik 1941.

Notiz der Tettenweiser Chronik vom 28. Juli 1944 zu entnehmen: "An diesem Tage nahm Fr. Josefa Abschied, um in ein ungewisses Dunkel hineinzufahren. Waren doch die Russen so nahe gerückt." 62 Die Einnahme der Stadt Thorn durch die Rote Armee im Januar 1945, Kriegsende und Zusammenbruch des Deutschen Reiches sowie die Wiedereingliederung der Region in den polnischen Staat im März 1945, jetzt Woiwodschaft Großpommern/Województwo Wielkopomorskie, erlebte Josepha Jettka bei ihrer Familie in Thorn. Nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerungsgruppe kam das jahrhundertelange deutsch-polnische Zusammenleben in der Stadt unwiderruflich zum Erliegen 63.

Von Lemberg über Lubin/Posen nach Grüssau/Niederschlesien 1945–1946

Wann in diesen Monaten eine Kontaktaufnahme mit der Äbtissin in Lemberg erfolgt war, ist nicht zu ermitteln. Im August 1945 kehrte Jettka in das Allerheiligenkloster nach Lemberg zurück. Die Sowjetisierung der Stadt war in vollem Gange. Stalin hatte bei den Verbündeten seine Interessen durchgesetzt und beanspruchte weiterhin die im Geheimen Zusatzprotokoll des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes festgelegten Gebietszuwächse im östlichen Europa⁶⁴. Im Laufe des Jahres 1945 kristallisierte es sich heraus, dass ein weiterer Verbleib in der Stadt für den Konvent unmöglich wurde, da ein polnisches Benediktinerinnenkloster in der kommunistischen Sowjetunion keine Überlebenschance besessen hätte. Im Januar 1946 ließen sich die Schwestern der Allerheiligenabtei daher auf Rat Erzbischof Baziaks zur Ausreise registrieren. Konventualinnen, die sich nicht vormerken lassen wollten, mussten mit ihrem Abtransport in ein sowjetisches Lager rechnen⁶⁵. Für die Überführung in die Oder-Neiße-Gebiete

- 62 ArT (wie Anm. 60), Jahreschronik 1944.
- ⁶³ Unter den vertriebenen bzw. spät ausgesiedelten Deutschen befanden sich auch Verwandte des Vaters Jettka, s. PrDV, Mappe Korrespondenzen Domitilla Veith-Josepha, Felicja und Aurelia Jettka, Brief Aurelia Jettka an Isabella Knips, Postulantin in Frauenwörth, Szczecin, 27. Juni 1981.
- ⁶⁴ Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt, Vertragsabschluss am 24. August 1939 in Moskau. "Geheimes Zusatzprotokoll": Aufteilung Polens (vierte Teilung) längs der Flüsse Narew, Weichsel und San; Finnland, Lettland und Estland werden der sowjetischen, Litauen der deutschen Einflusszone zugerechnet; Bessarabien wird dem Interessensgebiet der Sowjets zugeschrieben, s. www.ns-archiv.de/krieg/sowjetunion/vertrag/nichtangriffspakt.php (Stand: 08.07.2012).
- 65 ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1946 r. (ab Jahrgang 1946 niedergelegt in Grüssau), S. 53, s. Adam Zagajewski, Der Osten im Westen, in: Simon/Strathenwerth/Hin-RICHS (wie Anm. 27), S. 84–91.

erfanden die polnischen Kommunisten den Begriff "Repatriierung", d.h. Heimkehr ins Vaterland. Aus nationalpolnischer Sicht durften die neu gewonnenen Regionen im Westen ausdrücklich nicht als Kompensation für die verlorenen im Osten betrachtet werden, sondern sie wurden als "wiedergewonnene", urpolnische Gebiete dargestellt. Schon in der Zwischenkriegszeit hatte diese Vorstellung Eingang in die Zielvorstellungen vieler polnischer politischer Gruppierungen gefunden⁶⁶.

Die Lemberger Benediktinerinnen interessierten sich zunächst für das ehemalige Benediktinerinnenkloster Jarosław im Karpatenvorland⁶⁷. Als sich dieser Plan nicht verwirklichen ließ, fassten sie das Priorat Lubin im Posener Land ins Auge, das seit Kriegsende leer stand⁶⁸. Ein Neubeginn in Lubin schien dem Lemberger Konvent aussichtsreich. Zunächst wurden im März 1946 zwei Konventualinnen zur Erkundung ausgesandt. Die Benediktinerinnen strebten eine rasche Wiederbelebung des monastischen Lebens an und hofften, vor Ort ein ähnliches Betätigungsfeld wie in Lemberg aufbauen zu können⁶⁹. Nach und nach trafen in kleinen Gruppen weitere Schwestern in Lubin ein und begannen mit der Aufbauarbeit. Chorfrau Josepha Jettka befand sich bereits seit Dezember 1945 vor Ort und widmete sich tatkräftig der Gründung einer Kindestagesstätte und einer Haushaltungsschule⁷⁰. Obwohl sie in Lubin hervorragende Vorarbeit geleistet hatte, erwiesen sich die dortigen Lebensbedingungen auf Dauer als ungeeignet für den großen Konvent⁷¹.

Die Räumlichkeiten waren zu klein und zu eng und die wirtschaftliche Perspektive ungewiss. In Absprache mit dem Visitator für die polnischen Benedik-

- Ger Ministerpräsident im Exil, Władysław Sikorski, forderte unter Berufung auf historisches polnisches Recht, dass die polnischen Streitkräfte mit neuen Waffen Danzig, Ostpreußen und die deutschen Teile Oberschlesiens unter Austreibung der Deutschen auf wirksamste Weise erobern sollten, dabei sollte die Oder neue Westgrenze Polens werden. Sikorski erarbeitete gemeinsam mit Edward Beneš den Plan einer Konföderation mit Großbritannien als Schutzmacht. Er beanspruchte dabei im Osten die polnischen Vorkriegsgrenzen, vgl. Eugeniusz Duraczyński, Rząd Polski na uchodźtwie 1939–1945 (Die polnische Regierung in der Emigration 1939–1944), Warszawa 1993, S. 291; Mieczysław Tomala, Deutschland von Polen gesehen, zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990, Marburg 2000, S. 36–51.
- ⁶⁷ Jarosław, polnisches Benediktinerkloster im Karpatenvorland/Województwo Podkarpackie, aufgehoben durch Kaiser Joseph II.
- ⁶⁸ Das Benediktinerpriorat "Mariä Geburt" Lubin bei Posen wurde 1926 von der Abtei Emaus gegründet. Bis auf einen Mönch waren alle Konventualen dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen bzw. durch Kriegshandlungen ums Leben gekommen, s. STEINSTRÄSSER (wie Anm. 36), S. 276.
- 69 ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1946 r., S. 272.
- ⁷⁰ Ebd.
- ⁷¹ Vgl. Szołdrski (wie Anm. 22), S. 55.

tinerinnen, dem Belgier P. Karl van Oost OSB⁷², Prior der Abtei Tyniec⁷³, und Kardinal August Hlond⁷⁴ wurde nun im Frühjahr 1946 die Abtei Grüssau in Niederschlesien⁷⁵ ins Auge gefasst⁷⁶. Die Nonnen erfuhren allerdings erst am Zielort Lubin von ihrem neuen Aufenthaltsort und waren völlig überrascht⁷⁷.

Zusammenarbeit mit dem kleinen deutschen Restkonvent der Benediktiner in Grüssau 1946–1954

Der bisherige deutsche Benediktinerkonvent in Grüssau stand kurz vor der Ausweisung und stimmte einer Aufnahme der Mitschwestern ausdrücklich zu⁷⁸. Nach dem Exodus der deutschen Mönche am 12. Mai 1946 durften in Grüssau

- ⁷² P. Karl van Oost, OSB (1890–1986), Benediktiner der Abtei St. André-lez-Bruges, Belgien, Prior von Tyniec, Apostolischer Visitator für die polnischen Benediktinerinnen 1946–1953.
- Penediktinerabtei Tyniec b. Krakau, gegr. um 1044 von Piastenherzog Kasimir I., dem Erneuerer, Sohn des Königs Mieszko II. und der Königin Richeza. Tyniec wurde erstmals besiedelt mit Benediktinermönchen aus Brauweiler b. Köln, 1816 aufgehoben. 1939 Neugründung als Priorat der Benediktinerabtei St. André-lez-Bruges (Brügge), Belgien, 1940–1945 von den Nationalsozialisten aufgehoben, nach 1945 Wiederaufbau, 1968 Erhebung in den Rang einer Abtei, s. http://www.tyniec.benedyktyni.pl/de/geschichte (Stand:08.07.2012).
- August Hlond (1881–1948), SDB, Dr. theol., geb. in Brzentskowitz/OS, 1905 Priesterweihe in Krakau, Auslandsaufenthalte in Wien und Rom, 1922 Apostolischer Administrator für das polnisch gewordene Ostoberschlesien in Kattowitz, 1925 Bischof von Kattowitz, 1926 Erzbischof von Posen und Gnesen und Berufung zum Primas von Polen, 1927 Kardinal, 1939 Flucht über Rumänien nach Rom, 1940–1944 Aufenthalt in Frankreich, Verhaftung durch die Gestapo, Internierung in Wiedenbrück, 1945 Befreiung durch die Amerikaner, April Juli 1945 Aufenthalt in Rom, Rückkehr nach Posen, Reorganisation der Seelsorge in Polen und für die besetzten deutschen Gebiete. 1948 Tod in Warschau, s. Franz Scholz, Zwischen Staatsräson und Evangelium, Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen, Frankfurt a. M., 1989, S.221 ff.
- Kloster Grüssau, 1242 bzw. 1292 gegründet, war bis zur Säkularisation 1810 eine Zisterzienserniederlassung. 1919 von deutschen Benediktinern aus der Abtei Emaus/Prag (Beuroner Kongregation) wiederbesiedelt, unter Abt Albert Schmitt OSB (1894–1970) im Jahre 1924 zur selbstständigen Abtei erhoben, s. Ambrosius Rose, Kloster Grüssau, Stuttgart u. a. 1974; Steinsträsser (wie Anm. 36), S. 108ff.
- ⁷⁶ ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1946 r., S. 383.
- ⁷⁷ Ebd.
- "Dies ist uns ein gewisser Trost. Wissen wir damit das Haus doch in guten Händen," schrieb Abt Schmitt im Juli 1946 an Abtprimas von Stotzingen. Klosterarchiv Wimpfen (AW), Akten Abt Albert, Briefe nach 1946, Brief Schmitt an Stotzingen, Eibingen, 24. Juli 1946.

nur vier Konventualen anderer Nationalität zurückbleiben, vor allem der Prior P. Nikolaus von Lutterotti OSB, ein gebürtiger Südtiroler mit italienischem Pass⁷⁹. Am 31. Mai 1946, sechzehn Tage nach der Vertreibung der deutschen Benediktiner, zog der Lemberger Konvent in die verlassenen Grüssauer Klostergebäude ein. Damit blieb die monastische Kontinuität innerhalb derselben Ordensgemeinschaft gewahrt.

Die Klosterchronik berichtet vom überaus gastfreundlichen und wohlwollenden Empfang durch Lutterotti, der den Nonnen jegliche Hilfe zuteil werden ließ, sie vor allem mit Mobiliar und Hausrat ausstattete und dem großen Konvent ausreichenden Klausurraum zuwies⁸⁰. Aufschlussreich ist Lutterottis Anmerkung wenige Wochen nach der Ankunft der Nonnen: "Im Kloster sind nun 42 Benediktinerinnen aus Lemberg mit ihrer Äbtissin. Recht liebe Leute, gegen mich rücksichtsvoll und freundlich, sehr demütig und gefällig (...). Sie haben in Lemberg alles verloren, hatten 4 große Dominien, wurden zuerst 1939 von den Russen, dann 1940-45 von der SS und jetzt wieder von den Russen völlig ausgepowert. Sie sind froh, hier eine Unterkunft gefunden zu haben und fühlen sich nur als Treuhänderinnen. Sie möchten lieber heute als morgen nach Lemberg zurück und hoffen auch darauf, wenn auch nicht sofort⁸¹." Lutterotti übernahm sofort in Absprache mit van Oost die Funktion eines Spirituals für die Benediktinerinnen. Er setzte sich in den folgenden Jahren tatkräftig für die Frauen ein, gewann bald das Vertrauen der Äbtissin Janina und arbeitete besonders kooperativ mit Josepha Jettka zusammen. Felicja Jettka würdigte deren großen Verdienste um den Neubeginn in Grüssau. "Sie war das Herz und Seele dieses großen Hauses. Herr Prior von Lutterotti wußte sie zu schätzen⁸²."

Das Miteinander des kleinen deutschen Restkonvents und der Klosterfrauen gestaltete sich positiver, als man anfangs zu hoffen gewagt hatte. Die Klosterchronik nennt eine Zahl von etwa zwölf Konventualinnen, welche die deutsche Sprache beherrschten. Lutterotti arbeitete seine Vorträge für die Konferenzen in deutscher Fassung aus. Er übergab das Manuskript Sr. Josepha, welche die Texte

P. Nikolaus (Marco) von Lutterotti OSB, geb. 22. Juli 1892 in Kaltern/Südtirol, 1910–1912 Theologiestudium an der Universität Innsbruck, 1912 Eintritt in die Abtei Emaus, 1913 Profess, 1915–1917 geistlicher Sanitätshelfer in der k.u.k. Armee, mehrere Aufenthalte auf dem Kriegsschauplatz Galizien, 1920 Wechsel nach Grüssau, Priesterweihe 1920, Archivar, Klosterhistoriker, Brüderinstruktor, Beauftragter für die Weltoblaten, 1943 Prior, 1946 Spiritual der Lemberger Benediktinerinnen, Deutschenseelsorger in den Kreisen Landeshut und Waldenburg von 1946–1954, Ausreise im November 1954, gest. 28. August 1955 in Stuttgart, s. Steinsträßer (wie Anm. 36).

⁸⁰ Vgl. ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1946 r., S. 386.

⁸¹ Privatsammlung Miriam Poklekowski, Dresden (PMPok), Brief Nikolaus von Lutterotti an Paul Poklekowski, Grüssau, Krasobór, 21. Juni 1946.

⁸² PKur (wie Anm. 51), Brief Felicja Jettka an Kurzeja, Grüssau, 9. Februar 1981.



Abb. 6: Abteikirche Grüssau (Foto: Dr. Inge Steinsträßer, Bonn)

für ihre Mitschwestern ins Polnische übersetzte. Josepha Jettka wurde in Grüssau zum wichtigsten Bindeglied zwischen Polen und Deutschen. Sie setzte sich trotz der anfangs feindseligen Haltung vieler polnischer Gläubigen für die deutsche Restbevölkerung in der Region ein. Sie half den deutschen Mitbrüdern bei der Überwindung mancher sprachlicher Probleme, übersetzte unzählige Texte vom Polnischen ins Deutsche und umgekehrt und bemühte sich, den schwierigen Übergang für alle Beteiligten erträglicher und lebenswerter zu gestalten.

Klosterämter in schwierigen Zeiten - als Cellerarin und Priorin

Für die Frauen war der Wechsel von ihrer bisher städtisch geprägten Lebenswelt in die Stille des Ziedertales ein großer Kontrast. Hier in Grüssau eröffnete sich ihnen allerdings ein neues, reiches Betätigungsfeld. Sie kannten bisher keine Gemeindearbeit und assistierten nun dem Ortspfarrer, P. Mateusz Skibnieweski⁸³, bei der Betreuung der Kinder, u.a. bei der Vorbereitung auf die Erstkommunion, übernahmen die Leitung des Kirchenchors und unterstützten die örtliche Caritasarbeit. Mehrere Konventualinnen, darunter auch Josepha Jettka, wurden im Sanitätsdienst ausgebildet und wirkten als Gemeindeschwestern im Ort⁸⁴.

Jettka arbeitete von 1946 bis 1949 als Helferin in der Sanitätsstelle Klein Hennersdorf und konnte hier an ihre Thorner Erfahrungen aus der Arztpraxis ihres Bruders anknüpfen⁸⁵. Darüber hinaus erteilte sie an der neu gegründeten polnischen Schule in Grüssau den Kindern Religionsunterricht⁸⁶. Auch ihre Schwestern Felicja und Aurelia waren in den Konvent der Benediktinerinnen und in die Kooperation mit Lutterotti eingebunden. Sie setzten sich zeitlebens für Grüssau ein und erledigten u.a. deutsche Korrespondenzen, Buchführungsund Wirtschaftsaufgaben sowie die Erstellung von Jahresbilanzen, auch nach dem Tode ihrer Schwester.

Josepha Jettka übernahm von 1946 bis 1952 als Verwalterin die Verantwortung für den "Benediktushof" in Klein Hennersdorf/Jawiszów, die klostereigene Ökonomie, welche von den deutschen Benediktinern übernommen worden war⁸⁷. Hier konnte sie ihre organisatorischen und ökonomischen Fähigkeiten nochmals voll entfalten. Die Übergabe des Benediktushofes an die Nonnen war eine notwendige Maßnahme, da der Hof die wesentliche Versorgungsquelle der Klosterbewohner aller Nationalitäten bildete. Auf dem Hof waren unter der Leitung von Sr. Josepha auch einige deutsche Jugendliche als Landarbeitergehil-

- P. Mateusz Skibniewski OSB (1912–2001), Benediktiner der Abtei Tyniec, später im Priorat Lubin, zeitweise Prior von Tyniec und Lubin, von 1946–1952 verantwortlich für die Seelsorge der katholischen Polen in Grüssau, Pfarrer von Grüssau, arbeitete eng mit den Benediktinerinnen und mit Lutterotti zusammen, s. Steinsträsser (wie Anm. 36), S. 222 ff.
- ⁸⁴ Vgl. Szołdrski, (wie Anm. 22), S. 55 f.
- 85 ArL/K (wie Anm. 7), Zertifikat über Sanitätsausbildung, Polnisches Rotes Kreuz, Landeshut, 13. März 1947.
- 86 Ebd., Urkunde Missio canonica, ausgestellt vom Apostolischen Administrator für Niederschlesien, Ks. Dr. Karol Milik, Breslau, 12. September 1946.
- 87 Klein Hennersdorf/Jawiszów, ca. 2 km von Grüssau entfernt, Standort der klostereigenen Ökonomie "Benediktushof". Der Hof wurde 1952 durch die kommunistische Regierung Polens in die Kolchose einbezogen, s. STEINSTRÄSSER (wie Anm. 36), S. 291 ff.



Abb. 7: Konvent in Krzeszów (Klosterarchiv Krzeszów/Grüssau)

fen beschäftigt, denen es wegen der politischen Umstände sonst nicht möglich gewesen wäre, Arbeit zu finden oder gar eine Berufsausbildung anzustreben. Übereinstimmend bestätigten sie das gute Einvernehmen mit den Klosterfrauen: "Die Nonnen waren zu uns gütig. Wir waren ja erst 13 bis 14 Jahre alt (...). Für mich als Berufsanfänger aus behütetem Elternhaus, waren manche Erfahrungen wie ein Schock. Aber am Ende meines Berufslebens kann ich feststellen, dass es eine der fairsten Arbeitsstellen meines Lebens war⁸⁸."

Nach der zwangsweisen Überführung des Benediktushofes in die Kolchose übernahm Sr. Josepha 1952 das Amt der Cellerarin⁸⁹ im Kloster⁹⁰. Als Ersatz für den großen Klosterhof hatten die Benediktinerinnen einige wenige, von der

- Aussage Bernhard Artelt, geb. 1935 in Gottesberg/Niederschlesien, lebt heute in Germersheim/Rheinland-Pfalz, s. Stefanie Artelt, Die Geschichte des Klosters Grüssau und sein Schicksal in der Nachkriegszeit, Befragung eines Zeitzeugen: Bernhard Artelt. (Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen, Universität Koblenz-Landau, Abtlg. Landau), 1996.
- 89 Der Cellerar/die Cellerarin ist nach der Benediktusregel der/die vom Abt/der Äbtissin eingesetzte Wirtschaftsverwalter/in des Klosters, s. Johanna Lanczowski, Kleines Lexikon des Mönchstums und der Orden, Stuttgart 1993, S.75.
- ⁹⁰ Zur Kollektivierungspolitik in der polnischen Landwirtschaft vgl. Andreas R. Hof-MANN, Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945–1948 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 30), Köln u.a. 2000, S.181–186.

Bodenbeschaffenheit her erheblich schlechtere Flächen zugewiesen bekommen. Diese Reduzierung schwächte die wirtschaftliche Kraft des Konvents enorm. Man hatte dem Kloster eine weit über die Ernteerträge hinausgehende hohe Abgabenlast auferlegt, so dass fast nichts zum Leben blieb⁹¹. Sr. Josepha hatte sich wiederholt an die Behörden gewandt, um die Versorgung der Gemeinschaft abzusichern. Dabei beantragte sie u.a. geeigneten Dünger zur Bestellung der Äcker sowie Kohle zum Heizen. Die Engpässe konnten trotz erheblichen Kraftaufwandes nicht vollständig überwunden werden⁹². Die Aufgabe als Cellerarin erforderte nicht nur betriebswirtschaftliche Kenntnisse, sondern auch Einblick in die politischen Vorgaben sowie Durchhaltevermögen gegen alle Widerstände bei ungerechtfertigten Forderungen der kommunistischen Behörden.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechterten sich von Jahr zu Jahr. So wurde den Benediktinerinnen Mitte September 1951 mitgeteilt, sie dürften den Kindergarten in Grüssau nicht mehr betreuen, da das sozialistische Polen eine pädagogische Einrichtung in privater Trägerschaft nicht mehr gestatte. Eine Abordnung der Schwestern begab sich daher nach Breslau, um die Angelegenheit zu klären, allerdings erfolglos⁹³. Nach dem politischen Tauwetter von 1956 und der Übernahme der Regierung durch Władysław Gomułka⁹⁴ flammte nochmals neue Hoffnung auf Rückgabe des Klosterhofes auf. Die Rückgabe hätte zwar jetzt mit behördlicher Genehmigung erfolgen können, jedoch verzichteten die Benediktinerinnen darauf, da die Hofgebäude mittlerweile derart verwahrlost waren, dass sich die Renovierungskosten auf eine Viertelmillion Złoty belaufen hätten. Der Konvent bewirtschaftete Ende der Fünfzigerjahre nur noch etwa zwanzig Hektar Ackerland. Sr. Josepha Jettka klagte im Frühjahr 1957 über schwierige Wirtschaftsbedingungen⁹⁵.

Im Jahre 1957 war Jettka bei der Erneuerung der Klosterämter zur Priorin⁹⁶ ernannt worden. Diese verantwortungsvolle Aufgabe übte sie über ein Jahrzehnt unter Beibehaltung der Cellerarin-Funktion aus. Mit fortschreitendem Alter gab sie das Priorinnenamt 1969 auf und war bis zu ihrem Tode 1981, auch unter der neuen Äbtissin Alojza Dobek OSB⁹⁷, nur noch als Cellerarin tätig.

⁹¹ Vgl. Szołdrski, (wie Anm. 22), S. 59.

⁹² ArL/K, Kronika (wie Anm. 26), 1952 r.

⁹³ Ebd., 1951 r.

⁹⁴ Władysław Gomułka (1905–1982), Vertreter eines nationalkommunistischen Kurses, Parteichef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR = Polska Zjednoczona Partia Robotnicza), unterzeichnete 1970 den deutsch-polnischen Grundlagenvertrag.

⁹⁵ PKur (wie Anm. 51), Brief J. J. an Kurzeja, Krzeszów, 8. April 1957.

⁹⁶ In monastischen Orden der/die Vertreter(in) des Abtes/der Äbtissin, www.orden-online.de/wissen/p/prior, (Stand: 08.07.2012).

⁹⁷ Alojza Dobek OSB, geb. 1937, Äbtissin in Grüssau von 1973–2007, s. Catalogus Congregatio Immaculatae Conceptionis B.M.V. in Polonia, 2005, S. 390.



Abb. 8: Sr. Josepha Jettka OSB (Klosterarchiv Krzeszów/Grüssau)

Der Gesundheitszustand vieler Schwestern hatte durch die Entbehrungen der Kriegsjahre sehr gelitten. Die meisten Konventualinnen waren geschwächt, etliche ernsthaft erkrankt. Hilfe zu bekommen war schwierig, ebenso fehlte das Geld, um die Hilfe zu entlohnen. Die arbeitsfähigen Schwestern nutzten daher jede Gelegenheit, um einen Beitrag für den Unterhalt der Gemeinschaft zu verdienen Haupterwerbsquelle war dabei die Hostienbäckerei. Auch Jettka musste sich mit gesundheitlichen Problemen auseinandersetzen. Sie laborierte zeitlebens an einem Venenleiden und litt unter Herzschwäche. Trotzdem schonte sie sich nicht, sondern setzte ihre Kräfte weit über Gebühr zum Wohle des Klosters ein.

⁹⁸ Vgl. Szołdrski (wie Anm. 22), S. 56.

Unter benediktinischem Dach - hilfreiche Westkontakte

Ohne Unterstützung aus dem Westen wäre das Überleben freilich erheblich schwieriger geworden. P. Ambrosius Rose⁹⁹ rief Anfang der Sechzigerjahre die so genannte "Grüssau-Hilfe" ins Leben, ein Fond, der durch Spenden der vertriebenen deutschen Ortsgemeinde ständig anwuchs. Über Jahrzehnte wurden große Geldsummen nach Grüssau transferiert¹⁰⁰.

Auf diesem Wege konnten auch notwendige Reparaturen an den Kirchen und am Konventsgebäude in Grüssau durchgeführt werden. Grüssau kam darüber hinaus auch in den Genuss von Zuwendungen des Deutschen Caritasverbandes und des Europäischen Hilfsfond der Bischofskonferenzen in Wien¹⁰¹. An den Westkontakten war Sr. Josepha Jettka auf Grund ihrer Zweisprachigkeit entscheidend beteiligt. Sie führte über Jahre eine rege Korrespondenz mit P. Ambrosius Rose OSB, mit Abt Adalbert Kurzeja OSB¹⁰², Abtei Maria Laach, mit den Mitbrüdern in der Neugründung Wimpfen sowie mit Äbtissin Domitilla Veith OSB, Frauenwörth. Durch Vermittlung von Kurzeja gelang es ihr, angesichts fehlenden Ackergerätes und mangelnder Arbeitskräfte über den Deutschen Caritasverband Freiburg einen Traktor für die Klosterökonomie zu organisieren. Dies bedeutete für den Konvent eine erhebliche Arbeitserleichterung. Darüber hinaus besorgte sie für mehrere Jahre eine beträchtliche Menge der im Kloster dringend benötigten Kohlevorräte. "Ja, überall ist es schrecklich kalt. In den Cellen der älteren Schwestern und Kranken ist höchstens 12° – fast alle Öfen sind durchgebrannt - wollte einige in Ordnung bringen lassen, da braucht man aber Schamottziegeln, welche für private Leute nicht aufzubringen sind. (...) Jüngere Schwestern heizen gar nicht, sparen, damit Vorrat für die Kranken bleibt" 103.

- ⁹⁹ Ambrosius (Georg) Rose OSB, Dr. theol. (1911–2002), Benediktiner der Abtei Grüssau, 1945–1946 Pfarrverweser der Pfarrei Grüssau, nach der Vertreibung langjähriger Prior in der Neugründung Bad Wimpfen am Neckar, 1970–2001 Spiritual in der Benediktinerinnenabtei St. Erentraud, Kellenried/Oberschwaben.
- Vgl. Ambrosius Rose: Grüssau Begegnungsstätte der Versöhnung, Grüssau-Hilfe 1976, in: Schlesischer Gebirgsbote, Sonderdruck, Wolfenbüttel, Februar 1976, S. 2.
- Vgl. AW, Nachlass Rose, Mappe Korrespondenzen Rose-Kurzeja, Brief Rose an Kurzeja, Kellenried, 22. Oktober 1979.
- Adalbert (Franz) Kurzeja OSB, Dr. theol., geb. 1920 in Ratiborhammer/Kużnia Raciborska, Oberschlesien, Konventuale der Abtei Maria Laach, Abt von 1977–1990. Kurzeja erhielt 1956 als erster deutscher Benediktiner nach Kriegsende aus familiären Gründen die Genehmigung zur Einreise nach Polen und nahm sofort Kontakt zu den Benediktinerinnen in Grüssau auf. Seine Korrespondenz mit dem Breslauer Administrator und späteren Bischof Bolesław Kominek hatte vorbereitende Funktion für den so bedeutsamen Briefwechsel zwischen dem polnischen und deutschen Episkopat 1965.
- ¹⁰³ PKur (wie Anm. 51), Brief J. J. an Kurzeja, Grüssau, 15. November 1956.

Die Wege für solche Transaktionen unterlagen vielfach wegen der politischen Situation in Polen einer gewissen Geheimhaltung. Sr. Josepha wusste sich aber auch hier zu helfen und nutzte zur Tarnung verschiedene Deckadressen¹⁰⁴. Benediktinische und christliche Prinzipien nahmen für sie stets oberste Priorität ein. Dadurch traten nationale Gedanken in den Hintergrund. Immer wieder klingen diese Grundsätze in ihren Korrespondenzen an, vor allem auch, wenn es um die vertriebenen Mitbrüder in Wimpfen ging: "Zusehen wie allmählich [in Grüssau] abgebaut wird, das wäre für uns das Schmerzlichste, das ginge über unsere Kräfte (...) Es sind ja Heiligtümer unserer Patres O.S.B. - es ist unsere heilige Pflicht, diese zu schützen und gewissenhaft zu betreuen." 105 Neben der Regelung praktischer Angelegenheiten war sie auch auf die geistliche Vertiefung und Fortbildung der Kommunität bedacht. Die Nonnen fühlten sich nach dem Weggang von P. Lutterotti im November 1954 monastisch gesehen vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Vor allem durch Kurzejas Vermittlung erhielten sie geistliche Literatur aus den Abteien Maria Laach und Herstelle an der Weser¹⁰⁶.

Als zwischen 1950 und 1959 der größte Teil der in Niederschlesien zurückgehaltenen deutschen Restbevölkerung im Zuge der Familienzusammenführung in den Westen ausreisen durfte, verließen auch viele, dem Kloster verbundene Menschen den Kreis Landeshut und das Waldenburger Bergland¹⁰⁷. Jettka trug dafür Sorge, dass verschiedene Ausstattungsstücke aus dem Besitz des deutschen Benediktinerkonvents im Aussiedlergepäck nach Bad Wimpfen verbracht werden konnten. So gelangte u.a. der große Pontifikalteppich, den Grüssauer

¹⁰⁴ AW, NL Rose (wie Anm. 101), Bad Wimpfen, 13. Mai 1960.

¹⁰⁵ PKur (wie Anm. 51), Brief J. J. an Kurzeja, Krzeszów, 9. Januar 1958.

PKur, Mappe Korrespondenzen Kurzeja-Rose, 1957 – 1983, Brief Kurzeja an Abt Albert Schmitt, Maria Laach, 10. August 1956; PKur (wie Anm. 51), Brief Kurzeja an Dr. Hans Lukaschek, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Maria Laach, 25. Oktober 1956; Brief J. J. an Kurzeja, Krzeszów, 15. November 1956; Brief J. J. an Kurzeja, Krzeszów, 9. Januar 1958. – Benediktinerinnenabtei zum Heiligen Kreuz Beverungen-Herstelle, Kreis Höxter/Weser, gegr. 1899, Aufnahme in die Beuroner Kongregation 1922.

Landeshut/Kamienna Góra, Kreisstadt in einer Mulde zwischen dem Riesengebirge und Waldenburger Bergland, Stadtgründung Mitte des 13. Jahrhunderts, bedeutende Textilindustrie, insbesondere Leinenherstellung. Waldenburg/Wałbrzych, Kreisstadt im gleichnamigen Bergland, zwischen Eulengebirge und Riesengebirge, gegründet etwa 1290, Bergbau seit dem Mittelalter, bedeutender Leinenhandel, Steinkohlenbergbau, chemische Industrie, bekannte Porzellanindustrie, 1939 110.000 Einwohner, größter Industriebezirk in Niederschlesien. Die industrielle Entwicklung setzte sich unter polnischer Herrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg fort, seit den Neunzigerjahren Einstellung der Montanindustrie, seit 1975 Sitz einer Woiwodschaft, s. Klaus Ullmann, Schlesien-Lexikon, Geografie, Geschichte, Kultur, Augsburg 1999, S. 177 u. S. 313.

Oblaten 1939 anlässlich des silbernen Professjubiläums von Abt Albert Schmitt gearbeitet hatten, nach Wimpfen¹⁰⁸. Auch der literarische Nachlass von P. Nikolaus von Lutterotti, den dieser vor seiner Ausreise bei einem befreundeten Gutsbesitzer in der Nähe von Grüssau deponiert hatte, konnte mit Jettkas Hilfe nach Kaltern und Wimpfen gerettet werden¹⁰⁹. Während des Kriegszustandes in Polen war die umfangreiche Hilfe aus dem Westen in Form von Kleidung, Lebensmitteln und Geldspenden dem Konvent besonders willkommen. Ohne diese Unterstützung hätten die Schwestern kaum zurechtkommen können.

In der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche

In den frühen Fünfzigerjahren hatte sich der Gegensatz zwischen Staat und Kirche in Polen dramatisch verschärft. Auch an den Benediktinerinnen in Grüssau gingen die Auseinandersetzungen nicht spurlos vorüber. Auf dem Höhepunkt der politisch gelenkten Maßnahmen des polnischen Staates gegen die katholische Kirche, vor allem während des heftigen Konfliktes zwischen P. Nikolaus von Lutterotti und dem polnischen Kapitularvikar Kazimierz Lagosz in Breslau, ergriff Jettka engagiert Partei für Recht und Gerechtigkeit¹¹⁰. Sie nahm entschieden gegen das kommunistische Regime Stellung und unterstützte Lutterotti in seinem Kampf um die 1953 von der Geheimen Sicherheitspolizei UB¹¹¹ widerrechtlich entfernten wertvollen Kulturgüter der Abtei¹¹². Als er auf Anordnung der bischöflichen Behörde in Breslau ein Examen in der polnischen Sprache ablegen musste – im Verweigerungsfalle hätte ihm der Entzug der Jurisdiktion gedroht¹¹³, war es Jettka, die Lutterotti über die Dauer mehre-

- ¹⁰⁸ PKur (wie Anm. 106), Brief Rose an Kurzeja, Bad Wimpfen, 3. Mai 1957.
- 109 Ebd., Brief Kurzeja an Rose, Maria Laach, 22. November 1957.
- 110 S. ArL/K, Kronyka (wie Anm. 26), 1953 r., S. 77 f.; Szołdrski (wie Anm. 22), S. 59 f.
- ¹¹¹ Urzad Bezpieczeństwa (Amt für öffentliche Sicherheit).
- Lutterotti wurde vorgeworfen, Spionage für den Vatikan zu betreiben, die Matrikelbücher der Pfarrei Grüssau nicht sorgfältig zu führen, die Kunstschätze des Klosters nicht genügend geschützt zu haben, diese ins Ausland transferieren zu wollen sowie "verlassenes und aufgegebenes" deutsches Eigentum nicht deklariert zu haben. Nach polnischem Recht galt dies seit dem 8. Mai 1945 als Besitz des Staates. Im Oktober 1953 wurde die Abtei 17 Tage lang von der Geheimen Sicherheitspolizei durchsucht, Bibliothek, Archiv, Paramente, Kultgeräte und Kunstsammlungen, teilweise noch aus der Zisterzienserzeit, wurden von der UB, im Verbund mit Lagosz, nach Breslau abtransportiert, s. Steinsträsser (wie Anm. 36), S. 410ff.
- Jurisdiktion "usque ad revocationem" = Erteilung der Beichtvollmacht durch den Ortsbischof bis auf ausdrücklichen Widerruf. Über die Vorgänge im Herbst 1953 in Grüssau, s. STEINSTRÄSSER (wie Anm. 36), S. 407 ff.



Abb. 9: Sr. Josepha Jettka OSB (Fotosammlung Äbtissin em. Domitilla Veith OSB)

rer Monate Polnischunterricht erteilte. Letztlich konnte er dadurch die Prüfung mit Erfolg ablegen¹¹⁴. Seine unter politischem Zwang erfolgte Ausreise nach Südtirol ließ sich jedoch nicht verhindern.

Schlussbemerkung

Wie ein roter Faden durchzieht die deutsch-polnische Geschichte des 20. Jahrhunderts in ihrer gesamten Tragik das Leben der aus dem Kulmerland stammenden Ordensfrau Josepha Jettka.

Als Konventualin, Cellerarin und Priorin der Allerheiligenabtei Lemberg/Grüssau war sie an tages- und ordenspolitischen Entscheidungen von überregionaler Tragweite nicht beteiligt und auch keine Repräsentantin des öffentlichen Lebens. Sie bewährte sich vielmehr in einer Fülle von Aufgaben und Herausforderungen, die ihr die monastische Lebensform als Ordensfrau zuwies.

Die Auseinandersetzung mit ihrer Biografie stellt ein wichtiges Element zur Erfassung der historischen Wirklichkeit der zeitgeschichtlichen Epochen dar, in denen sich ihr Leben vollzog. Diese umfassten mehrere für Polen, Deutschland

¹¹⁴ ArL/K, Kronyka (wie Anm. 26), 1953 r., S. 77.

und Europa wesentliche Ereignisse, beginnend mit der Endphase der preußischen Provinz Westpreußen vor dem Ersten Weltkrieg. Es folgten die Wiederherstellung des polnischen Staates 1918/19 und die Zwischenkriegszeit im galizischen Lemberg. Der Zweite Weltkrieg unter sowjetischer und deutscher Besatzung, sowie der Neubeginn nach 1945 in der Abtei Grüssau/Niederschlesien stellten Jettka vor nahezu unlösbare Aufgaben, die sie jedoch mit der ihr eigenen Kreativität und Energie zu bewältigen wusste. Auch in ihren letzten Lebensjahren, trotz ihrer bereits geschwächten Gesundheit, ließ Jettka in ihrem Engagement für ihr Kloster nicht nach. Mehrere Reisen führten sie in die Bundesrepublik Deutschland und nach Österreich. Auch die Abtei Tettenweis war nochmals ein Ziel¹¹⁵. Überall nutzte sie ihre gutes mitmenschliches und monastisches Kontaktnetz, um die Lebensverhältnisse ihrer Klostergemeinschaft zu verbessern, sowohl in materieller als auch in spiritueller Hinsicht. Dabei blieb sie für sich selbst bescheiden und ihren Ordensgrundlagen verpflichtet¹¹⁶. Betrachtet man die Kontinuitätsbrüche in ihrem Leben, so stellte sie sich allen Veränderungen und behielt stets ihre persönlichen Prinzipien bei. Ihr ausgeprägtes lebenspraktisches Talent sowie die Kenntnis der polnischen und deutschen Sprache bewährten sich in allen Lebensabschnitten und befähigte sie, Brücken über die aufgeworfenen Gräben der beiden verfeindeteten Nationalitäten zu bauen. Jettka setzte sichtbare Zeichen zur Verständigung und Versöhnung und schaffte damit nicht zuletzt die Voraussetzung für den unumgänglichen Wandel von der deutschen zur polnischen Realität in Grüssau.

Neben ihrem persönlichen Einsatz ist festzuhalten, dass während zweier Diktaturen die Verbindungen der beteiligten Benediktinerklöster in Ost und West untereinander erfolgreich funktionierten. Vor allem die gute Zusammenarbeit unter benediktinischem Dach in der Nachkriegszeit in Grüssau dürfte als untypisch für diese problembeladene Zeitepoche gelten.

- Die Klosterchronik von 1978 vermerkt über den Besuch: "Ganz überraschend kam auch Frau Josefa Jettka, OSB, früher in Lemberg/Galizien, jetzt Grüssau/Schlesien, jetzt Polen. Sie war auf Bettelreise nach Deutschland gekommen und wurde auch von uns reich bedacht, mit Sachen wie Stoffe etc., Medikamenten und auch 1000,00 DM in bar. Sie hielt sich nicht lange auf und ist schon wieder fort." ArT, Chronik 1978, 1. Juni 1978.
- Abtissin em. Domitilla Veith berichtet, dass Sr. Josepha selbst während der Bahnfahrt entlang des Mittelrheins im Herbst 1977 lieber das Brevier gebetet habe, statt die landschaftlich reizvolle Rheinstrecke zu betrachten. Darauf angesprochen, antwortete sie mit dem Zitat "Psalterium meum gaudium meum". ("Mein Psalmenbuch ist meine Freude"), Information an die Verfasserin vom 26. März 2012, Zitat s. Kurt Flasch/Burkhard Mojsisch, Aurelius Augustinus: Bekenntnisse (Confessiones), Lateinisch-Deutsch, Buch 10, Leipzig 2009.

Zeitzeugen bezeichnen Sr. Josepha Jettka als eine liebenwürdige und vorbildliche Klosterfrau, die sich klug und umsichtig aller ihr anvertrauten Angelegenheiten annahm. Auf sie könnte biblisch ausgedrückt der Spruch zutreffen: "Eine starke Frau – wer wird sie finden?" ¹¹⁷

Das goldene ABC der tüchtigen Hausfrau, Buch der Sprüche, 31, 10–31, in: Das Alte Testament – Heilsweg und Heilskraft in der Offenbarung des Alten Bundes, hg. von Eugen Henne/Osmund Gräff, Paderborn 1938, S. 714f. Charakterisierung und biblische Einschätzung von Sr. Nikola (Elisabeth) Richter OSB, Cella St. Benedikt, Ostrach-Einhart, geb. 1937 in Waldenburg/Niederschlesien. Sie arbeitete als Jugendliche 1951/52 unter Josepha Jettkas Leitung auf dem Benediktushof. Auskunft an die Verfasserin am 27. März 2012.

Ein Massengrab gibt zu denken* Marienburg 1939 – 1945 Malbork

Von Rainer Zacharias

In memoriam derer, die die Toten würdig bestattet haben, namentlich Frau Felske und Konrad Will

Die letzten Tage von Marienburg

Wer mit einem solchen Topos beginnt, provoziert die Assoziation zum Buch "Die letzten Tage von Pompeji". Der Roman schildert den Ausbruch des Vesuvs am 24. August 79 n. Chr., der alles Leben in den Wohnplätzen der Bergregion vernichtet hat. Diese überdimensionale Eruption erfaßte mit entsetzlicher Grausamkeit den Alltag der Bevölkerung und löschte Tausenden von Menschen und Tieren das Leben aus. Ausgrabungen bis heute hin haben die Verhältnisse von damals genau untersucht, so daß Archäologen und Historiker aus deren Ergebnissen in einem Museumsareal rekonstruieren konnten, wie sich der Untergang vollzogen hat². Bulwer-Lytton läßt die Leserinnen und Leser an den

- * Die vorliegende Darstellung ist nicht zu denken ohne die Impulse, die aus der Beschäftigung mit den durch Krieg und Vertreibung entstandenen Formen von Traumatisierung hervorgegangen sind. Auch wäre die Arbeit nicht zustande gekommen ohne die begleitende Mithilfe einiger dem Verfasser freundschaftlich verbundener Mitdenker. Hierfür danke ich in erster Linie Mgr. Marek Dziedzic in Malbork/Marienburg, der insbesondere die polnisch verfaßten Texte beschafft und übersetzt hat. Er ist mir ein sehr wichtiger Begleiter in dem Bemühen um Einbindung der Quellenberichte in die heutige Stadt an der Nogat gewesen. Sprachgestalt und Intention der Abhandlung sind in Kiel mit Dr. Erhard Dorn (geb. 1937 in Königsberg) und Reinhard Kricke (geb. 1941 in Thorn) auf ihre Klärungs- und Vermittlungsfähigkeit des komplizierten und bedrückenden Sachverhaltes im Blick auf die Angehörigen beider benachbarten Nationen eingehend reflektiert worden. Bodo Rückert als dem Heimatkreisvertreter für den Kreis Marienburg danke ich für seine beharrliche Verbindung mit der Generation der Marienburgerinnen und Marienburger von einst. Sehr intensiv fühle ich mich dem Augenzeugen Karl Heinz Markowz bei der behutsamen Suche nach der "Wahrheit" verbunden. Und ich danke schließlich meiner Frau von Herzen für die gemeinsame Ausleuchtung der Tiefenschichten in diesem Abschnitt meiner eigenen Geschichte.
- ¹ Edward George Bulwer-Lytton (1803–73), Die letzten Tage von Pompeji, London 1834, dt. Stuttgart 1841, noch dtv München 2000.
- ² Wie sehr es nahe liegen kann, im vorliegenden Zusammenhang einen Vergleich mit Pompeji zu bemühen, wird aus einer polnischen Veröffentlichung deutlich, die der

Lebensverhältnissen vor der Katastrophe, vor allem aber an den – in "großen" Bildern ausgestalteten – Erscheinungsformen ihres Vollzuges teilhaben. Dabei entsteht aus der Beschaulichkeit eines ungestörten Lebens heraus unvermittelt das beklemmende Szenario eines überwältigenden Schreckens. Verzweiflung und ungezähltes Sterben beherrschen alle Regungen. Leiden überwiegt, Rettung ist selten. Die Menschen waren auf ein solches Ereignis nicht vorbereitet, da der Vulkan als erloschen galt. Nur Teile der Bevölkerung konnten sich durch die Flucht retten. Allein wer in den Außenbezirken der Wohnflächen lebte, hatte eine Chance zu entkommen.

Was hat diese antike Naturkatastrophe mit der westpreußischen Stadt Marienburg an der Nogat – dem heutigen Malbork – zu tun? Der Ort ist so wie viele andere in den Wirren der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges entvölkert und ruiniert worden. Über diesem traurigen Ereignis sind inzwischen mehr als sechs Jahrzehnte vergangen, und längst haben dort neue Verhältnisse Platz gegriffen. Nun wirbelte vor drei Jahren eine Sensationsmeldung aus der Stadt die Medien auf: "Massengrab entdeckt!" Wochenlang blieb das Thema auf den Seiten der Zeitungen und in vielerlei Bildberichten des Fernsehens präsent. Das Internet zeugt bis heute von diesem Aufschrei.

Geburtsstunde eines Mythos?

Worum ging es? Bauarbeiter machten in Marienburg, dem heutigen Ort des Weltkulturerbes mit der größten Burganlage des europäischen Mittelalters, einen Aufsehen erregenden, schrecklichen Fund. Bei Ausschachtungsarbeiten für den Neubau eines "Luxus"-Hotelkomplexes unmittelbar vor den östlichen Mauern der einstigen Residenz des Deutschen Ordens war man am 28. 10. 2008 auf eine Ansammlung menschlicher Gebeine gestoßen. Große Beunruhigung machte sich in der Stadt an der Nogat breit, als sich deren Zahl ständig erhöhte. Wohl noch tiefer erschraken die ehemaligen deutschen Bewohnerinnen und Bewohner. Und die Bilder der Katastrophe vom Winter und Frühjahr 1945 rückten vehement und schmerzend in die Erinnerung sehr vieler Menschen. Alte Wunden rissen auf, Verdächtigungen traten in ungewohnter Heftigkeit hervor, und überwunden geglaubte Töne machten sich bemerkbar. Diese Einfärbung spiegelten

Oderstadt Küstrin gewidmet ist: Kostrzyńskie Pompeje [Pompeji in Küstrin], hg. v. Marek Czaplicki, Text v. Krystyna Kaminska, Bydgoszcz/Bromberg 2000. Der Band stellt die 1945 erschlagene und verschüttete Stadt in den bis jetzt ausgegrabenen Resten wie ein "modernes" Pompeji dem Gedenken der gegenwärtigen Generation vor Augen. Den Hinweis auf diese Veröffentlichung verdanke ich Reinhard Kricke.

vor allem Äußerungen im Internet. Gut 63 Jahre nach dem Ende der Kämpfe um Marienburg zwischen deutschen und sowjetischen Truppen stieg die Vergangenheit in Gestalt eines inzwischen fast vergessenen Geschehens ans Tageslicht. Es war, als hätten Ausgräber eine verschüttete Welt berührt und zeigten der verstörten Gegenwart die Zeugnisse früheren Schreckens. Menschliche und tierische Gebeine – durcheinander geschichtet – ließen Grausamkeiten ahnen und unaufgeklärte Situationen befürchten. Die Benutzer der täglichen Medien sahen sich in einer panikartigen Bestürzung, weil ein altes Grauen sein Haupt zu erheben schien. Wurde der Blick auf eine Darstellung von mythischer Größe freigeräumt?

Das Schicksal von Pompeji ging aus einer furchtbaren Naturkatastrophe hervor, der Fall Marienburgs war die Folge eines von Menschen gemachten Kriegsereignisses. Natürlich unterscheiden sich die realen Verhältnisse in Malbork/ Marienburg von denen des Vesuvausbruches. Aber die bei der Bergung der Knochen an der Nogat auftauchenden Interpretationen und die darin eingebundenen Andeutungen sowie die heraufbeschworenen Geheimnisse und Ungeklärtheiten bedienten sich zum Teil einer Sprache, die in ihrer Akzentuierung sehr weit zurückreichte und spürbar mehr an Mystifizierungen Interesse zeigte als an Bemühungen um die Wahrheitsfindung. Nicht eingehaltene öffentliche Versprechungen und die von manchem Einwohner in Malbork geargwöhnten Verschleierungen aus Politik und Wirtschaft riefen Mutmaßungen und verbale Vorwürfe hervor, die ebenso von Massenmord sprachen wie von Hinrichtungen etwa im Vergleich mit Katyn. Viele Gefühlsregungen präsentierten im plötzlich grell beleuchteten Untergang einer ganzen Lebenswelt das Fluidum von "letzten Tagen", zumal das Inferno damals eine Bevölkerung getroffen hatte, die bis zum 25. Januar 1945 nur relativ wenig Verheerendes erlebt hatte. Die Zahl der Entronnenen war in Marienburg prozentual höher als in Pompeji. Aber die individuellen und kollektiven menschlichen Tragödien, Turbulenzen und Vernichtungen dürften in jeder Hinsicht miteinander vergleichbar gewesen sein.

In der Tat verschwand in jenen Tagen die Altstadt Marienburgs innerhalb der Grenzen ihrer mittelalterlichen Ausdehnung bis auf wenige "Einzelstücke" von der Bildfläche. In diesem Quartier überstand kein einziges Wohnhaus das Inferno. Selbst deren Ziegelsteine wurden später – wie etliche dokumentarische Fotos belegen – unter der Parole "Das ganze Volk baut seine Hauptstadt auf" zur Wiedererrichtung der Altstadt Warschaus abtransportiert. Die Bezeichnung "Marienburg" ging auf vielen Landkarten verloren, sogar der Marienname wur-

³ Wiesław Jedliński, Malbork. Dzieje Miasta [Geschichte der Stadt Marienburg], Malbork/Marienburg 2000, S. 247: "Cały naród buduje swoją stolicę." So besteht also eine Reihe von Warschauer Neubauten aus Marienburger Spolien.

de in "Malbork" getilgt⁴. Und jetzt – 2008 – brachten Ausgräber aus Schutt und zertrümmerten Fundamenten kleinerer Bürgerhäuser Mengen menschlicher Gebeine zutage, die der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges zugerechnet werden mußten. Überrollte so der Krieg in einer erneuten Aufwallung der Bilder und Gefühle den inzwischen wiedergewonnenen Frieden?

Der Verfasser dieser Darstellung gibt sich als ein 1935 in Marienburg Geborener zu erkennen, der selbst und über seine engste Verwandtschaft mit dem Ort vielfach verbunden war und ist. So führt ihm das Interesse an seiner Heimatstadt ebenso die Feder wie die Absicht, als Historiker Licht in die Dunkelheiten der Überlieferung und Forschung zu bringen. Er wird sich mit einer Reihe eigener Schilderungen einfügen, um einen möglichst hohen Grad von Erfahrung aus der Familie und dem näheren Lebenskreis in die Annäherung an den Gegenstand einfließen zu lassen. Selbstverständlich sind die erreichbaren Quellen sorgfältig durchgesehen worden, um einem verläßlichen und differenzierten Ergebnis den Boden zu bereiten. Dabei haben sich immer wieder Lücken aufgetan und Unüberbrückbarkeiten eingestellt. Eindeutigkeiten zu erwarten, heißt die meisten Quellen zu überfordern, weil etliches nicht mit Sicherheit geklärt werden konnte. Im folgenden wollen die Ergebnisse einer Forschungsaufgabe vorgestellt und soll der Versuch unternommen werden, eine größere Klarheit als bisher zu vermitteln. Zu einem Mythos gibt es in keiner Weise Anlaß.

Kriegsjahre (1. September 1939 bis 24. Januar 1945)

Die vorliegende Betrachtung muß mit den Morgenstunden des 1. September 1939 beginnen und in einem konzentrierten Anfangsteil aufzeigen, wie der Zweite Weltkrieg in dieser Region anfing und sich schließlich bis zu der Situation entwickelte, die ein Massengrab wie das zu beschreibende überhaupt möglich machen konnte. Der Kriegsausbruch wurde an diesem Tage unüberhörbar nur etwa 50 Kilometer von Marienburg entfesselt⁵. Die Stadt war seit 1919 Grenzstadt geworden, rechtsseitig an der Nogat gelegen. Straße und Eisenbahn

- ⁴ Bis heute übrig geblieben sind die genuin mittelalterlichen Restbestände der Altstadt: die katholische St.-Johannes-Pfarrkirche, das Alte Rathaus, das Marien- und das Töpfer-(Heilig-Geist-)tor, die Untergeschosse der Lateinschule sowie einige Meter der aufgehenden Stadtmauer an unterschiedlichen Stellen.
- ⁵ Es ist bemerkenswert, wie ein Junge doppelt so alt wie der Autor damals diese ersten Stunden erlebt hat: Erhard John Bekusch, Erinnerungen an den September 1939. Ein neunjähriger Junge erlebt den Angriff auf die Westerplatte, in: Der Westpreusse 59 (2007) Nr. 10, S. 15 f.

aus Ostpreußen hatten hier ihren Übergang in die Freie Stadt Danzig, so daß Zollabfertigung und Paßkontrolle den Alltag bestimmten. Das Geburtshaus des Verfassers lag keine 50 Meter von dieser Nogatgrenze landeinwärts. Auf diese Weise wuchs bereits dem Kind das Gespür für eine besondere geopolitische Situation zu. Aus Vorsorge war die Familie für die ersten Septembertage mit Mutter und drei Kindern, darunter dem am 23. August jüngstgeborenen Sohn, Großmutter und Tanten und deren Töchtern zwölf Kilometer weiter östlich nach Jordanken in den Kreis Stuhm zu Verwandten evakuiert worden. Darin zeigte der Krieg seine erste deutliche Spur. Die Erwachsenen berichteten vom fernher grollenden Geschützfeuer in Danzig und dem Lärm nach Norden gestarteter Kampfflugzeuge.

Wenn man Informationen im Internet und andere spezielle Quellen zurate zieht, ist der Zweite Weltkrieg de facto nicht vor der Westerplatte und auch nicht in erster Linie durch den fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz begonnen worden, sondern einerseits mit dem Bombenangriff auf die polnische Stadt Welun/Wielun (etwa 120 km östlich von Breslau) und andererseits durch die provozierenden Aktivitäten in der Südregion der Freien Stadt Danzig und von Marienburg aus⁶. Die für den deutschen Zugriff auf die Weichselübergänge bei Dirschau ermittelten Uhrzeiten ergeben, daß am 1. September um ca. 4.25 Uhr ein "leerer" Güterzug die Nogat in Richtung Simonsdorf-Dirschau überquert hat? Die Passage dieses Zuges mußte nach den geltenden Bestimmungen der polnischen Eisenbahnverwaltung angezeigt werden, was auch "ganz normal" geschehen ist. Er war allerdings in Marienburg widerrechtlich mit deutschem Personal in polnischen Uniformen und deutschen Pionieren besetzt worden; ihm folgte mit Abstand ein Panzerzug. Bis zum etwa 7 km nördlich entfernten Simonsdorf, wo ein planmäßiger Halt vorgesehen war, klappte das

- ⁶ Der Zeitpunkt in Gleiwitz wird mit etwa 22.30 Uhr des 31. 8. 1939 angegeben. Der Bombenangriff auf Wielun ging von Oppeln aus und ist nach polnischen Aussagen um 4.35 Uhr des 1. Septembers, nach deutschen um 5.40 Uhr über der Stadt ausgelöst worden. Vgl. dazu die Stichworte "Gleiwitz" und "Wielun" im Internet: de.wikipedia.org/wiki/Überfall_auf_den_Sender_Gleiwitz (Stand: 22. 7. 2010) und de.wikipedia.org/wiki/Wieluń (Stand: 22. 7. 2010).
- ⁷ Herbert Schindler, Mosty und Dirschau 1939. Zwei Handstreiche der Wehrmacht vor Beginn des Polenfeldzuges, Freiburg 1971, S. 148. Adolf Hitler ist an den detaillierten Planungen für den Kriegsbeginn persönlich beteiligt gewesen und hat den Termin für das Dirschauer Kommandounternehmen ausdrücklich gebilligt, ebd. S. 111f. Die Beschießung der Westerplatte sollte auf keinen Fall vor der deutschen Inbesitznahme der unversehrten Weichselbrücken begonnen werden, s. ebd. S. 106. Vgl. auch Hermann Pölking, Ostpreussen. Biographie einer Provinz, Berlin 2011, S. 613–615 mit teilweise anders lautenden Einzelheiten.

Unternehmen. Dann bemerkten die Polen den Überfall. Es kam beim Bahnhof des Dorfes zu einem Gefecht, in dem 20 polnische Eisenbahner und Zöllner fielen. Auch in Ließau unmittelbar an der Weichsel gab es Kämpfe⁸.

Inzwischen hatten drei von Elbing kommende deutsche Junkers-87b-Kampfflugzeuge⁹ um 4.34 Uhr die bereits montierten Zündkabel an der Dirschauer Eisenbahnbrücke zerstören können, so daß die vom polnischen Militär vorgesehene Sprengung zunächst nicht durchgeführt werden konnte. Sie erfolgte dann zwischen 6.10 Uhr und 6.40 Uhr, weil die Deutschen durch das geschlossene und mit Stahlträgern verrammelte Brückentor auf dem Ließauer Weichselufer nicht bis an die Brücke selbst heranzukommen vermochten. Die Einheit der Wehrmacht, die also noch vor dem offiziellen Kriegsbeginn diesen mißlungenen Überraschungsangriff ausgeführt hat, stand unter dem Kommando des Pionier-Obersten Gerhard Medem und gehörte dem I. Armeekorps in Königsberg an¹⁰. Die Marienburger Garnison war an der Aktion nicht beteiligt, denn das dortige Infanterie-Regiment 45 überschritt an anderer Stelle die Grenze nach Polen und war an der Ossa und am Narew eingesetzt.

Wie krisenhaft es in der gesamten Region an der Nogat zuging, zeigen die Ereignisse, die sich – Marienburg gegenüber – im Dorf Kalthof auf der Seite der Freien Stadt Danzig seit dem Frühjahr 1939 abgespielt haben. Am 19. Mai kam es zu einem Überfall auf die Angehörigen der von polnischen Zöllnern geführten Station an der Grenze zur Freien Stadt Danzig. Aufgestachelte und fanatisierte Deutsche aus dem zum Freistaat gehörenden Kalthof und aus Marienburg gingen mit Steinen und Feuerwerkskörpern gegen die polnische Mannschaft vor, die sich nur unter großer Mühe zum Bahnhof nach Simonsdorf retten konnte. Das Kalthöfer Stationsgebäude wurde angezündet. In diesen Auseinandersetzungen wurde der Führer der dortigen NSDAP-Ortsgruppe getötet, was

⁸ Die Zahlen der bei Simonsdorf getöteten Polen schwanken: Bei Schindler (wie Anm. 7), S. 120, werden 20 Tote und 15 Gefangene, darunter 6 Verwundete, erwähnt, S. 124 steht: über 20 Tote. Zu Simonsdorf/Szymankowo vgl. de.wikipedia.org/wiki/Szymankowo (Stand: 22. 7. 2010): "Als Vergeltungsmaßnahme wurden alle in Simonsdorf lebenden Polen (21 Eisenbahner und Zollbeamte – darunter zwei Frauen, die sich schützend vor die Männer stellten – und etwa 20 Mitglieder ihrer Familien) erschossen." – Zum Dorf Ließau: Kurt Possekel, Mißlungener Handstreich zur Eroberung der Dirschauer Brücke, in: Neuteichbrief (2001) S. 151–153, sowie persönlicher Bericht von Franz-Rudi Neumann (Lübeck). – Auch auf deutscher Seite gab es Tote und Verwundete.

Gustav Fieguth, Marienburg 1945. Kampf um Stadt und Burg. Zeitzeugen – Berichte, München 1985, S. 34 schreibt, daß die Maschinen für diesen Einsatz auch vom Marienburger Militärflugplatz Königsdorf aus gestartet seien.

¹⁰ Vgl. Schindler (wie Anm. 7), S. 115.

die Situation deutlich verschärfte¹¹. Am späten Abend des 31. August operierten Deutsche (als Angehörige sogenannter Kampf- und Sabotage-Organisationen) an der Bahnlinie zwischen den Haltepunkten Kalthof und Ließau auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, um dann ab etwa 3.00 Uhr des 1. September den Gleiskörper, die Signal- und Bahnanlagen sowie die Halteplätze unter ihre Kontrolle zu bringen. Das gelang in Kalthof, nicht aber in Simonsdorf und Ließau¹².

"Normalität" des Alltages

Die Nachrichten von solchen politischen Ereignissen erreichten damals gar nicht oder nur sehr ausschnittsweise die Marienburger Bevölkerung. Ein klares Bild davon hatte kaum jemand in der Stadt. Das gewöhnliche Leben nach diesen Geschehnissen ging "normal" weiter, und der vor Kriegsbeginn geläufige Alltag stellte sich bald wieder ein. Anfangs nahezu unmerklich veränderte der Ort sein Gesicht. An den Fenstern wurden - wie überall in Deutschland - Verdunklungen montiert, in den Fluren der Häuser waren Sandkisten, Schaufeln, Feuerpatschen und Löscheimer mit Wasser vorgeschrieben. Außen angebrachte Lampen und die Scheinwerfer der Autos wurden stark gedämpft. Das Heulen der Sirenen gehörte zunehmend zur Normalität, wenn auch in Marienburg selten und zumeist aus Übungsgründen. Die Eingänge zu den Luftschutzräumen und die Ausstiegsorte aus den Kellern wurden hier und da (z.B. am Alten Rathaus in der Innenstadt) mit auffälligen weißen Hinweispfeilen an den Hauswänden gekennzeichnet. Geschäfte standen geschlossen da, weil deren Inhaber zum Militär eingezogen waren, der Vorrat an kaufbaren Gegenständen schrumpfte kontinuierlich. Amtliche Bezugsscheine und Lebensmittelmarken mit immer weniger Wert prägten den Warenverkehr in den meisten Branchen. Allerdings blieb die gewöhnliche Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und Heizmaterialien gesichert. Beschlagnahmungen (etwa von Automobilen) und zunehmen-

¹¹ Diesem Konflikt widmet Jedliński (wie Anm. 3), S. 193–196 ein eigenes Kapitel mit vielen Einzelheiten und Namen, Foto der NSDAP-Abteilung "Großer Werder" S. 194.

¹² Vgl. Schindler (wie Anm. 7), S. 148 Anlage 3. – In diesem Zusammenhang berichtet Possekel (wie Anm. 8), S. 152 von einem deutschen Kommando "Post", das bei Letzkau über die Weichsel setzte und im Umkreis von Neuteich Infiltration betrieb. – Nicht zuletzt diese spürbar aufgeheizte Lage in der Grenzregion dürfte unsere Marienburger Verwandtschaft und meine Mutter dazu bewogen haben, uns in die Obhut des ländlichen Teils der Familie im Kreis Stuhm zu begeben, zumal mein Vater und mein Onkel zur Flugabwehr ins anhaltinische Leuna beordert waren.

de Luftschutzübungen griffen in das Leben ein¹³. Eintopfessen, Spendenaufrufe für das Winterhilfswerk, Altmaterialsammlungen, "Tage der Wehrmacht" erinnerten an den Kriegsalltag und die damit verbundenen Einschränkungen. Verwundete Soldaten tauchten ebenso in den Straßen auf wie Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter¹⁴. Rote Kreuze auf weißem Grund markierten auffällig die Dächer der Krankenanstalten.

Der Nationalsozialismus und das Militär drückten der Stadt durch zahlreiche Veranstaltungen, darunter auch eine Reihe spektakulärer Ereignisse, den Stempel auf. Am 19. Mai 1940 gab es eine groß angelegte Propaganda-Feierstunde, als aus dem Krakauer Wawel die Nachbildungen der Ordensfahnen von der verlorenen Schlacht bei Tannenberg 1410 auf die Marienburg überführt wurden¹⁵. Ebenso herausgehoben gestaltete sich der überraschende Besuch Adolf Hitlers mit seinem ungarischen Staatsgast Admiral Horthy am 10. September 1941 auf der Marienburg¹⁶. Weitere Veranstaltungen dieser Art bezogen sich auf die feierlichen Vereidigungen von Soldaten der Garnison und die Verpflichtungen der jährlich neuen Jahrgänge für die Hitlerjugend, wofür das Alte Rathaus und die Burg die überragenden Kulissen abgaben¹⁷. Im März 1944 präsentierte sich die

- Sehr detaillierte Angaben zu solchen kriegsbedingten Einwirkungen enthalten die persönlichen Notizen, die Oberbaurat Bernhard Schmid (1872–1947) hinterlassen hat. Dazu: Rainer Zacharias, Kriegsalltag 1942–1945. Aus den Tagebuchaufzeichnungen des Konservators der Marienburg Bernhard Schmid, in: Westpreußen-Jahrbuch 51 (2001) S.71–99, bes. S. 83–86 über die Bemühungen der Schloßbauverwaltung, die Burganlage z.B. durch den Einbau von Wasserleitungen auf Luftangriffe vorzubereiten.
- Die Sanitätsoffiziere und Pfarrer der alliierten Kriegsgefangenen konnten sich in Uniform frei in der Stadt bewegen. Die englischen, kanadischen und französischen Kriegsgefangenen, die etwa zu meinem Vater zur Zahnbehandlung kamen, wurden von deutschen Wehrmachtsangehörigen in ihrer Uniform unter Gewehr begleitet. Dies habe ich mehrfach beobachtet, Zwangsarbeiter und Häftlinge stehen mir nicht vor Augen. Aus Thorn wird berichtet, daß eine schottische Kapelle auf einem städtischen Platz öffentlich konzertiert hat.
- 15 19. Mai 1940 Marienburg. Feier der Einholung der Fahnen des Deutschen Ritterordens von der Burg in Krakau dem Sitz des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete in die Marienburg im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Programm und Beiträge mit 28 Seiten. Jedliński (wie Anm. 3), S. 201. Zuletzt: Tomasz Torbus, Uroczysty powrót szandarów z Wawelu do Malborka [Feierlichkeiten aus Anlaß der Rückkehr der Fahnen vom Wawel nach Marienburg], Illustrierter Katalog einer Ausstellung, Kraków/Krakau 2010, S. 208–220.
- Helmut Freiwald, Erinnerungen an Bernhard Schmid und an den Tag, an dem Horthy und Hitler kamen, in: Marienburger Zeitung Nr. 500 (Nov. 1989). Georg Neumann, Mittwoch, 10. September 1941, in: Gemeinschaft Marienburger Schulen, Rundbrief Nr. 18 Dezember 2001, S. 3–7. Ich habe "den Führer" am Neuen Weg gesehen.
- ¹⁷ Rainer ZACHARIAS, Kindheit in Marienburg 1935–1945. Prägungen vor den Fassaden der Macht, in: Westpreußen-Jahrbuch 54 (2004) S. 145–172.

Wehrmacht mit einer Ausstellung "Unser Heer" im Schloß, um Nachwuchs für ihre Gliederungen zu werben.

Marienburg war ab 1900 schrittweise zu einer Garnisonstadt eingerichtet worden, sehr wohl auch mit lebhafter Förderung durch die Kommunalgemeinde, die sich am Bau der erforderlichen Kasernen finanziell beteiligte. Vom 1. Oktober 1906 bis zum Ende Januar 1945 lagen an der Nogat kontinuierlich verschiedene Truppenteile¹⁸. Nicht nur Soldaten prägten in diesen Jahren das Gesicht der Stadt, sondern auch entsprechende militärische Einrichtungen und Bauwerke, die dem Stadtbild markante Akzente zufügten. Ein solcher wehrbezogener Eindruck ging zunächst allein von der Tatsache aus, daß die Marienburg am Ufer der Nogat als ehemalige Ordensresidenz eine überdimensionale historische Festungsanlage mit Mauern, Türmen, Gräben und Wällen bildete. Diesem Burgenkomplex integriert waren bis zum Kriegsende 1945 die Reste einer Festungskonzeption aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zum militärischen Schutz der ab 1857 vorhandenen Eisenbahn- und Straßenbrücken. Vom Jahre 1905 an erhielt Marienburg die erwähnten Kasernenbauten, die im Stil mittelalterlicher Ordensarchitektur gehalten waren, so daß sich die denkmalgepflegte Burg optisch in den Rüstungsbauten des beginnenden 20. Jahrhunderts "verdoppelte"19. Etwas später verstärkten moderne Kasernements im Ortsteil Sandhof den militärisch durchzogenen Charakter der Stadt.

Zwischen 1901 und 1903 erhielt Marienburg zum Schutz gegen mögliche Überfälle auf die Brücken einen im Gelände kaum auffallenden, östlich vorgelagerten Verteidigungsgürtel mit Infanterie- und später auch mit Artilleriewerken. Er erstreckte sich von der Schönauer Nogatschleuse bis zur Schleuse am Galgenberg im Halbkreis südlich um die Stadt herum. Im Ersten Weltkrieg wurde Marienburg zur aktiven Festung erklärt und dementsprechend armiert²⁰.

- Es waren dies das Deutsch-Ordens-Regiment 152, italienische Soldaten während der entmilitarisierten Abstimmungszeit 1920 und das Infanterie-Regiment 45. Eine Aufstellung aller während des Zweiten Weltkrieges in Marienburg stationierten Truppenteile und Dienststellen findet sich unter: www.lexikon-der-wehrmacht.de/.../KasernenMarienburg-R.htm (Stand: 29.7.2010).
- Gerhard PASCHKE, Marienburg als Garnisonstadt, in: Neues Marienburger Heimatbuch, hg. von Rainer Zacharias, Herford 1967, S. 527. Eine heutige Burgführerin erzählte mir, sie habe als junges Mädchen, als sie aus der Richtung von Stuhm zum ersten Mal nach Malbork gekommen sei, das hohenzollernsche Kasernement mit seinen heute noch vorhandenen bunten und goldfarbenen Dachziegeln tatsächlich für das Schloß gehalten.
- ²⁰ Rainer Zacharias, Die Marienburg. Festung unter dem Kreuz, behütet von der Jungfrau Maria, geschützt von Kanonen. Eine Reihe von Anfragen an die deutsche Denkmalpflege, in: Spotkania Malborskie im. Macieja Kilarskiego [Marienburger Gespräche im Gedenken an Maciej Kilarski], Teile 1–3, Malbork/Marienburg 2010, S. 199–211, bes. S. 204 f.

Der Festungsrayon blieb danach bis mindestens 1927 bestehen. Ab Juni 1944, in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges, wurde Marienburg noch einmal als Festung ausgerufen. Die militärischen Anlagen zwischen Willenberg und Sandhof mit ihren Wegen, Unterständen, Laufgräben, Batterieständen und Munitionsdepots entlang der sogenannten Ringchaussee erfuhren eine Wiederbelebung. Darüber hinaus legten aufgrund des sogenannten Schanzbefehls Tausende von zivilen und militärischen Arbeitskräften (Männern und Frauen) in einem etwa 15 km langen Bogen vor diesen Sperrwerken einen gewaltigen Panzergraben zur Abwehr sowjetischer Kettenfahrzeuge an²¹.

Zwei Luftangriffe auf Königsdorf

Einen direkten Luftangriff hat die Stadt Marienburg nicht erlebt. Alarm wurde immer dann gegeben, wenn feindliche Flugzeuge von weiter her im Anflug waren. Das galt vor allem bei Angriffen auf Danzig und Königsberg²². Dann fanden sich die Hausbewohner in den Kellern ihrer Häuser wieder, die nicht eigens für diesen Zweck ausgebaut waren. Zumeist gab es Sitz- und Liegemöglichkeiten, Beleuchtung, Decken und Lebensmittel und an vielen Stellen ein Rundfunkgerät, um Lagemeldungen hören zu können. Öffentliche Bunker oder Schutzräume hatte Marienburg nicht. Von den wachsenden Auswirkungen der Bombenangriffe in anderen Regionen Deutschlands erfuhren die Bewohner ungeschminkt dadurch, daß eine erhebliche Anzahl von bombengeschädigten Familien ("Ausgebombte") in der Stadt Aufnahme gefunden hatte und sich deren Schicksal bedrückend herumsprach²³. Der Autor lernte beim Spielen einige von ihnen kennen, ältere Hamburger Jungen, die ausführlich von ihren Erlebnissen berichteten und zu seinem überraschten Erschrecken freimütig systemkritische und deutlich abfällige Aussagen über die gegenwärtige Situation einfließen ließen.

- ²¹ FIEGUTH (wie Anm. 9), S. 48 ff. Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011³, hebt S. 157 f. hervor, daß die Verteidigungsanlagen besonders in Ostpreußen mit aller Entschiedenheit und Härte von der NSDAP vorangetrieben wurden. Flucht aus diesem Einsatz und Zuwiderhandlungen aller Art wurden streng geahndet.
- Es gab zwischen 1942 und dem Januar 1945 nach den persönlichen Tagebucheintragungen Bernhard Schmids 36 dokumentierte Luftalarme, vgl. Zacharias, Kriegsalltag (wie Anm. 13), S. 86. Die schwere Bombardierung Danzigs in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli 1942 konnten wir vom hohen Nogatufer in Marienburg über das Große Werder hinweg gut beobachten, vgl. Schmids Tagebuch S. 25. Darin finden sich auch Hinweise darauf, welche Kulturgüter von Marienburg ausgelagert wurden.
- ²³ Jedliński (wie Anm. 3), S. 205 hält fest, daß die "Bombenkinder" (wie er auf Deutsch sagt) aus Hamburg, Leipzig, Essen, Duisburg und Berlin stammten.

Das große Entsetzen überfiel Marienburg, als am Samstag, dem 9. Oktober 1943 der nur wenige Kilometer östlich gelegene Flugplatz Königsdorf mit seinem Focke-Wulf-Werk von amerikanischen "Fliegenden Festungen" am helllichten Tage angegriffen wurde. Ihr Ziel war der wichtige kriegswirtschaftliche Betrieb, in dem Jagdflugzeuge des Typs FW 190 produziert wurden. Die Bomber entluden ihre Last aus einer Höhe von 3.600 bis 4.000 Metern und waren von der vorhandenen schwachen Flugabwehr (Flak) nicht erreichbar²⁴. Sie zerstörten das Werksgelände fast ganz und rissen viele Menschen, die dort arbeiteten, in den Tod. Die amerikanische Luftwaffe qualifizierte später diesen Angriff als "Bombardierung des Jahres"25. Der Autor erinnert sich lebhaft daran, auf dem Kindersitz des Fahrrades seines Vaters am darauffolgenden Tage mitgenommen worden zu sein, als es möglich war, vom Nachbarort Liebenthal in die Nähe des Flugplatzes zu gelangen. Da waren die rauchenden Trümmer zu sehen, und etliche Bombenkrater demonstrierten das Ausmaß der Zerstörung. Am 13. Oktober nahm er als Achtjähriger an der beeindruckenden öffentlichen Trauerfeier auf dem Danziger Platz vor dem Neuen Rathaus teil. Dort standen die über 100 mit der Hakenkreuzfahne umhüllten Särge, die in einer militärisch gehaltenen Zeremonie auf den St.-Jerusalem-Friedhof verabschiedet wurden. An dieser Stelle pflegte die Stadt Marienburg auf einem Teil des evangelischen Gemeindekirchhofs bereits seit den Tagen des Ersten Weltkrieges eine Ruheund Gedächtnisstätte für Soldaten.

Auf Flugblättern, die über dem Zielgebiet abgeworfen worden waren, fand sich die Ankündigung, daß die Bomber nach einem halben Jahr wiederkommen würden. Ob es wirklich diese Drohung war oder ganz normale militärische Schutzüberlegungen dazu führten, mag dahingestellt bleiben: Jedenfalls erhielt der Flugplatz mit seiner Fabrikationsstätte zwei eigene Flugabwehrbatterien. Die westliche wurde in drei Kilometern Entfernung unmittelbar neben dem Marienburger Stadtteil Tessensdorf, die östliche bei Pruppendorf installiert, in einem Abstand von 4 km zum Flugfeld. Diese Stellungen wurden mit je 6 Geschützen des Kalibers 8,8 armiert. Den Dienst daran leisteten zum großen Teil

Nach meinen Erinnerungen gab es in der Stadt nur eine Batterie der leichten Flak, die auf einem der östlichen Türme der Eisenbahnbrücke von 1857 eingerichtet worden war. Ein Foto zeigt die dafür gebaute hölzerne Konstruktion, die einem Geschütz Platz geboten hat. Die Mannschaften waren in Baracken auf dem städtischen Brückenkopf zwischen der Vollbahn und der Kleinbahn untergebracht. Mein Vater leistete als "unabkömmlich" (uk-) gestellter Zahnarzt dort in der sog. Heimatflak bis zum Kriegsende seinen Einsatz vor allem an Wochenenden.

Vgl. Rainer Zacharias, Aus dunklen Tagen, in: Marienburger Erinnerungsblätter 1920. 1925. 1930. 1945. 1980, Hamburg 1980, S. 64–67. – Horst Biesler, Erinnerungen und Erlebnisse an die Zeit in der St.-Johannis-Schule in Marienburg/Wpr., in: Gemeinschaft Marienburger Schulen, Rundbrief Nr. 15 April 1998, S. 54f.

Gymnasiasten der Jahrgänge 1927 und 1928, also Jungen im Alter von 16 oder 17 Jahren. Sie hatten Schulunterricht und wurden gleichzeitig als Flaksoldaten ausgebildet²⁶.

Auf den Tag genau ein halbes Jahr später, am Ostersonntag, dem 9. April 1944, erschien zur Mittagszeit tatsächlich eine amerikanische Luftflotte, die den zweiten Angriff auf den Flugplatz führte. Die Tessendorfer Batterie gab Sperrfeuer, konnte aber die Bomber nicht erreichen, so daß deren Ladungen das angesteuerte Ziel vollkommen zerstören konnten²? Auch diesmal blieben Burg und Stadt verschont. Der Schaden in Königsdorf war gleichermaßen hoch wie beim ersten Mal, hatte aber nicht so gravierende Ausmaße, weil Teile der Produktion inzwischen verlagert worden waren. Die Zahl der Toten der ersten Bombardierung ist in den Quellen unterschiedlich hoch angegeben worden. An einer Stelle werden 105 Tote genannt, an einer anderen 120. Beim zweiten Angriff war nur ein Toter zu beklagen, weil offenbar das Vorwarnsystem besser funktionierte und es Feiertag war. Wie sich später herausstellte, waren in den Zahlen jeweils nur die deutschen Opfer erfaßt, während die Kriegsgefangenen, Fremdund Zwangsarbeiter sowie etwaige KZ-Häftlinge nicht eingerechnet wurden²8.

Die Kriegsgefangenen

Marienburg besaß noch eine weitere vom Militär geprägte große Einrichtung: das zwischen dem 16. 12. 1939 und dem 23. 1. 1945 bestehende Lager für Kriegsgefangene, genannt STALAG (Stammlager) XX B. Seine Insassen lebten in Baracken hinter Stacheldraht – im Hauptlager Willenberg waren es Franzosen,

- ²⁶ Horst Deutschendorf, Als Luftwaffenhelfer im Einsatz, in: Marienburger Zeitung Nr. 556/557 (Jul./Aug. 1994); Wiesław Jedliński, Marienburger Chronik des 20. Jahrhunderts 1901 2000, Malbork/Marienburg 2004, S. 239, Foto von der Tessendorfer Anlage mit Flakhelfern.
- ²⁷ FIEGUTH (wie Anm. 9), S. 29–32, mit einem Bericht des damaligen Schülers Horst Kremin. BIESLER (wie Anm. 25); Gerd NEUMANN, Das Ende unserer Schulzeit in der Winrich-von-Kniprode-Schule 1945, in: Gemeinschaft Marienburger Schulen, Rundbrief Nr. 19 Dezember 2002, S. 77–84, und ebd. Rundbrief Nr. 20, Dezember 2003, S. 83–90 ("Luftwaffenhelfer im Großen Werder 1945").
- Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 164 und 175. Günter ROHDE, Sollte/darf man vergessen? Gegen das Vergessen, Damme 1996, S. 15f. Tessensdorfer Geschichten, Rosengarten 1999, darin: Lotte Strufe, Wie ich den ersten Bombenangriff erlebte, S. 3, und Gerhard Tietz, Der Tag, an dem die Bomber kamen, S. 14–16. Mir sind nur zwei vage Quellen zur Zahl der am Flugplatz getöteten Zwangsarbeiter bekannt geworden: Nach polskaweb.eu/massengrab-marienburg-4367757.html (Stand: 28.3.2011) waren es 115, nach polskaweb.eu/die-moerder-von-marienburg-467774.html (Stand: 5.7.2010) "über 200".

Italiener, Briten und Angehörige des Commonwealth sowie Serben. Für sowjetische Soldaten und sowjetische Frauen existierten sehr viel schlechtere Nebenlager mit katastrophalen Verhältnissen²⁹. Zum Stichtag des 1.7. 1944 befanden sich 10.577 Franzosen, 9.324 Briten und Angehörige des Empire, 6.081 Italiener, 5.708 Sowjets, 470 Belgier, 315 Serben/Jugoslawen und 2 Polen in diesem Gewahrsam. Von ihnen war eine erhebliche Anzahl in der Umgebung Marienburgs und im Kreis Stuhm untergebracht, wo sie fast ohne jede Bewachung in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt wurden³⁰. Die zentrale Verwaltung des STALAG, das seit Juni 1942 unter der Leitung von Oberst, später Generalmajor Theodor Tafel stand, befand sich an der Straße Welscher Garten im ehemaligen Hotel "Ordenshof"³¹.

Die bislang dargestellten Marienburger Phänomene zur Verdeutlichung der Situation in den Kriegsjahren bis zum Januar 1945 waren mit den Augen wahrzunehmen. Andere gelangten hinter vorgehaltener Hand und über die Ohren zu den Zeitgenossen. Der in jenen Tagen acht- und neunjährige Autor dieses Aufsatzes lebte im Zentrum der Altstadt Marienburgs gegenüber dem Alten Rathaus. Somit kam er fast jeden Tag an diesem Ehrfurcht gebietenden Gebäude vorbei. Dabei nahm er einige Male zu seinem Entsetzen aus den Kellerräumen Stimmen und Schreie wahr, die offenbar Gehör zu finden hofften. Die Antworten der damals befragten Erwachsenen gingen dahin, daß es sich wohl um Strafgefangene handeln müsse, denn in den Räumen des Rathauses residierte die städtische Polizeibehörde. Eigene Recherchen nach dem Krieg ermöglichten, die Ereignisse genauer zu beleuchten.

Den Besorgnis erregenden Anlaß dazu gab die in der Literatur aufgefundene Aussage des polnischen Historikers Karol Górski³²: "Die Arrestierten wurden

²⁹ JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 207–210.

Diese Kriegsgefangenen leisteten besonders in der Landwirtschaft hervorragende Dienste und führten zum großen Teil die Höfe neben den Bäuerinnen eigenständig. Ich habe dies mehrfach als Feriengast bei den Verwandten beobachten können.

JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 207–210. – Rainer Zacharias, Aus Kriegstagen, in: Marienburger Zeitung Nr. 559 (Okt. 1994), dort auch ein Foto des Verwaltungsgebäudes. – Ders., Arzt hinter Stacheldraht, in: Marienburger Zeitung Nr. 640 (Apr. 2001), Nr. 641 (Mai 2001), Nr. 642 (Jun. 2001) und Nr. 643 (Jul./Aug. 2001). Darin wird das Phänomen des STALAG XX B erläutert. – Das Lager kommt auch in zwei englischen Darstellungen zur Sprache: Ivan Gandy, Through the wires, Braunton 1992, und in: Barbed-Wire Doctor. Memoirs of Brigadier Crook, One Doctor's War, Edinburgh u.a. 1996. – Rainer Zacharias, Einweihung eines Denkmals in Willenberg, in: Marienburger Zeitung Nr. 739 (Nov. 2009).

³² Karol Górski, Dzieje Malborka [Geschichte Marienburgs], Gdańsk/Danzig ²1973, S. 245, wo es heißt, daß sich während der Nazi-Zeit im Alten Rathaus ein Untersuchungsgefängnis [więzienie śledcze] der Gestapo befunden habe.

hier 3 bis 4 Tage festgehalten, danach wurden sie am Galgen, der sich im zweiten Stock des Gebäudes befand, gehenkt oder zur Guillotine nach Königsberg gebracht."³³ Man habe die Gefangenen im Wasser stehen lassen und gefoltert. Dabei seien etwa 3.000 Menschen ums Leben gekommen; allein im Jahre 1944 seien es 200 Tote gewesen. Ihre Beerdigung habe im Marienburger Stadtteil Sandhof und im nahe gelegenen Dorf Braunswalde stattgefunden³⁴. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den Rathauskellern Menschen gefangen gehalten worden sind; denn auf Nachfragen des Autors im Jahre 1973 bei ehemaligen Einwohnern Marienburgs hat er seine damaligen Erfahrungen bestätigt bekommen, darunter von einer Frau, die aus ihrem Haus in der neben dem Rathaus liegenden Bechlergasse den An- und Abtransport der Häftlinge genau hat wahrnehmen können.

Die Befragung von zwei ehemaligen städtischen Polizeibeamten im Jahre 1973 ergab, daß es sich bei den Gefangenen um Menschen gehandelt habe, die sich im sogenannten Umschlußverfahren befunden hätten. Das bedeutete, daß sie aus Gefängnissen und Lagern des deutschen Herrschaftsbereichs kamen, um ins Konzentrationslager Stutthof oder von dort her woanders hin verlegt zu werden. Sie seien immer nur für einen oder zwei Tage in Marienburg gewesen³⁵. Die befragten Sicherheitspolizisten, die nicht zur Gestapo gehörten, beteuerten 1973, von den bei Górski genannten Ermordungen nichts gewußt zu haben. Wiesław Jedliński bestätigt in seiner Stadtgeschichte auf S. 201 die Tatsache, daß polnische Menschen aus Marienburg gleich nach Ausbruch des Krieges nach Stutthof und ins Alte Rathaus verbracht worden seien, wiederholt aber die Darstellung Górskis nicht. Dem entspricht die schriftliche Information des Bundesarchivs in Ludwigsburg³⁶: "Hinweise auf eine 'Aussonderung' von Kriegsgefangenen, geschweige denn auf Massentötungen in Marienburg ließen

- ³³ Als Quelle dafür wird herangezogen: J. MATYNIA, Na szlakach walki i męczeństwa województwa gdańskiego w latach 1939–1945 [Von den Spuren des Kampfes und der Opfer in der Danziger Wojewodschaft der Jahre 1939–1945], Gdynia 1967.
- ³⁴ Im heutigen Malbork gibt es keinerlei Erinnerung an diese Toten, was für eine polnische Stadt undenkbar ist, wenn damals wirklich diese Hinrichtungen vollzogen worden wären.
- Diese Vorgänge lassen sich über den Internationalen Suchdienst in Arolsen erschließen: www.its-arolsen.org/ Stichwort "von Marienburg nach Stutthof" Nr. 16 und 32 (Stand: 5.9.2011). Gerhard Tietz (Rosengarten) berichtet, daß sein Vater als damaliger Polizeibeamter mit zwei Gefangenentransporten von Marienburg nach Stutthof zur Bewachung kommandiert wurde. Erschüttert habe er von den Verhältnissen im KZ berichtet.
- Schreiben vom 3.12.2008 (Az.08-D/Zacharias) auf die Anfrage vom 2.12.2008, ob es in Marienburg Massentötungen von Kriegsgefangenen im Zusammenhang des STALAG XX B gegeben habe.

sich durch die Ermittlungen der Zentralen Stelle ... nicht gewinnen. Weitere Verfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen in Marienburg sind ausweislich der Findhilfsmittel hier nicht aktenkundig geworden."

Das Vorhandensein der erwähnten von der Polizei in Gewahrsam gehaltenen Menschen ist also bestätigt, während ihre Existenz damals in Marienburg weitgehend geheim gehalten worden ist. Nur zufällig kam im Alltag des kleinen Jungen ans Ohr, daß es neben den im Stadtbereich sichtbaren Kriegsgefangenen noch weitere verfolgte Personen gegeben hat³⁷. Ebenso wenig hat die übergroße Mehrzahl der Einwohnerinnen und Einwohner davon Kenntnis gehabt, daß unter den in einigen Betrieben beschäftigten polnischen Zwangsarbeitern verdeckte Gruppen existierten, die eine Reihe von Widerstandsaktivitäten entfaltet haben. Bei Karol Górski und Wiesław Jedliński finden sich dafür die entsprechenden Hinweise³⁸. Der Zusammenschluß "Młody Las" ("Junger Wald") wurde am 5. Mai 1941 während einer konspirativen Versammlung in einem Hinterhaus der Steingasse (heute ul. M. Kopernika) ins Leben gerufen. Im selben Monat legte die Gruppe auf eine der im Vorjahr in den Hochmeisterpalast überbrachten Tannenberg-Fahnen einen Treueschwur mit folgendem Wortlaut ab: "Auf die Fahne, erobert bei Grunwald durch das polnische Militär, schwöre ich dir, Vaterland Polen, dass ich kämpfen werde, um die Freiheit überall, damit du Vaterland frei sein mögest. Ich werde die Anordnungen des Jungen Waldes entsprechend der militärischen Ordnung einhalten."39 Die Dazugehörenden verstanden sich als oppositionelle Patrioten, die einander intensiv unterstützten. Sie verbreiteten vor allem die Nachrichten des britischen Rundfunks und verübten in der Gegend auch Sabotageakte, bis es der deutschen Abwehr gelang, sie daran zu hindern.

Während des gesamten Jahres 1944 spielte sich der Krieg noch "weit entfernt" von Marienburg ab. Das Attentat des 20. Juli brachte eine durchaus erkennbare Erschütterung in die Bevölkerung, ereignete es sich doch kaum 150 km entfernt in der "Wolfsschanze" bei Rastenburg⁴⁰. Die Front selbst aber blieb bei aller

³⁷ Rainer ZACHARIAS, Vor dreißig Jahren, in: Marienburger Zeitung Nr. 323 (Feb. 1975). Der Beitrag öffnete erst in diesem Jahr vielen Marienburgerinnen und Marienburgern die Augen für das Thema.

³⁸ Bei Górski (wie Anm. 32), S. 245 ff., bei Jedliński (wie Anm. 3), S. 204 f.

³⁹ JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 204, hier der polnische Text. – Edwin Eggert (Bad Bevensen) bestätigt aus damaliger Kenntnis diesen Schwur. Er hatte Kontakt zu Polen als (Zwangs-)Arbeitskräften in deutschen Betrieben, z. B. bei Radio-Bär und in einer Drogerie. Diese Menschen mußten in Brusthöhe ein aufgenähtes quadratisches Zeichen mit auf der Spitze stehendem blauem P auf weißem, blau umrandetem Grund tragen.

Der Autor kann sich noch sehr lebhaft an die Rundfunkdurchsage dieses Tages erinnern, die er auf dem Lande bei Verwandten in Jordanken gehört hat. Bei Marianne Peyinghaus, Stille Jahre in Gertlauken. Erinnerungen aus Ostpreußen, Berlin 1985, 5. Aufl., S. 180 heißt es: "Wir waren fassungslos."

realen Bedrohung für die meisten Menschen weiterhin jenseits ihrer Vorstellungskraft.

Das KZ Stutthof – eingebettet in eine kiefernbewachsene Gegend mit nahe gelegener, lebhaft besuchter Sommerfrische – befand sich gut 50 km nördlich von Marienburg. Das Areal wurde im August 1939 dafür ausgesucht und sofort am 2. September von dem Danziger "Wachsturmbann Ehmann" mit den ersten 150 inhaftierten Polen in Betrieb genommen. Es ist vielen politischen Gegnern, Juden, Polen und Russen zum Zwangsaufenthalt und Todesort geworden. In aller Eile wurde das Lager am 25. Januar 1945 aufgelöst⁴¹.

Evakuierung und Flucht der Bevölkerung aus der Stadt und dem Kreis Marienburg

Einzelne Menschen scheinen Marienburg auch schon "auf eigene Faust" verlassen zu haben, obwohl dies, wenn es der Flucht dienen sollte, verboten war und hart geahndet werden konnte. Bernhard Schmid stellt in einer Eintragung seines Tagebuchs zum 6. August 1944 fest, daß er vergeblich eine Bekannte habe besuchen wollen, "die nach Frankfurt geflüchtet" sei. Es hat in Ostpreußen ab dem 17. Juli 1944 sogar ein offizielles Reiseverbot gegeben, wie Marianne Peyinghaus schreibt, "so daß ich nicht nach Köln kommen kann"⁴². Ob sich viele Menschen privat aus Marienburg "abgesetzt" haben, läßt sich nicht feststellen; jedenfalls ist eine größere Abreisewelle nirgends dokumentiert. Lediglich die Ausgebombten aus den westdeutschen Großstädten wurden zurückbeordert.

Allen Durchhalteparolen zum Trotz wurden anders als in der Provinz Ostpreußen für den östlich der Weichsel gelegenen Teil des Reichsgaus Danzig-Westpreußen vom Sommer 1944 an detaillierte Pläne erarbeitet, die eine Evakuierung der Zivilbevölkerung auf die linke Flußseite vorsahen. Diese Vorkehrungen ge-

- Unsere erweiterte Familie verbrachte im benachbarten Steegen Jahr für Jahr den Seeurlaub. Meine älteste Cousine absolvierte bei Bauern der dortigen Umgebung ihr landwirtschaftliches Pflichtjahr. Sie hat unter dem Siegel der Verschwiegenheit ihren Eltern Berichte über ihre Beobachtungen gegeben. Vgl. auch Günther KLEMPNAUER, Als die Russen kamen. Lebensgeschichten, Holzgerlingen 2002. Auf S. 33 erinnert er unter der Überschrift "Jüdische Kinder im Schatten des Todes" an die makabre Nähe, in der sich die Erholungsuchenden in Steegen und Stutthof zu diesem Ort des Grauens damals befunden haben. Die Schließung des Lagers beschreibt KERSHAW (wie Anm. 21) S. 333 f. Dazu widersprüchlich gibt er S. 266 den Zeitpunkt mit dem 20./21. Januar an.
- ⁴² Bernhard Schmid in: ZACHARIAS, Kriegsalltag (wie Anm. 13), S. 90. Vgl. PEYINGHAUS (wie Anm. 40), S. 175 und 180. Gauleiter Erich Koch betrieb eine ganz eigene Politik, um die nach Ostpreußen evakuierten Bombengeschädigten nicht ins Reich zurückreisen zu lassen, vgl. Kershaw, (wie Anm. 21) S. 45.

schahen zwar im Verborgenen, gelangten aber über viele Beteiligte – z.B. durch die mit der Durchführung betrauten sogenannten Zellenleiter der NSDAP – zur Kenntnis der Bevölkerung. Schließlich wurden sie etwa ab Dezember in ihren Einzelheiten bekannt und in den Familien realisiert. Ob der Text als ganzer zu deutscher Zeit veröffentlicht wurde, ist unklar⁴³. Vielleicht hat sich die Partei darin die ideologische Blöße einer Absetzbewegung nicht geben, vielleicht aber auch den zu erwartenden Einspruch des benachbarten ostpreußischen Gauleiters Erich Koch zum Durchhalten vermeiden wollen.

Die Ausführungen des Räumungsplanes beschreiben umfassend, welche Maßnahmen für eine vorübergehende Entleerung der Region um Marienburg getroffen werden sollten⁴⁴. Diesen Angaben ist klar zu entnehmen, welche Vorstellungen die regionale Parteileitung und die Verwaltungsdienststellen von dem Abtransport der Zivilbevölkerung und dem Verbleib der für den Notbetrieb der Stadt erforderlichen Kräfte gehabt haben. Aus dem Plan geht unzweideutig hervor, daß nicht etwa die gesamte Stadt preisgegeben werden sollte, sondern eine "vorübergehende Räumung des östlichen Weichselufers" das Ziel war⁴⁵. Er stellte sich als kollektive, vorsorgliche Maßnahme dar, um die Bevölkerung aus der zu erwartenden Kampfzone herauszubringen, ehe eine deutsche Auffangstellung an der Weichsel noch einmal eine positive Wendung des Krieges herbeiführen und dann die Rückkehr der Evakuierten einleiten sollte. Natürlich hat sich niemand vorstellen können, daß das Zentrum der Stadt bei den gedachten Kämpfen unbewohnbar werden würde. Sehr viele Bewohner folgten den erteilten Anweisungen exakt und fühlten sich von den Parteigremien fürsorglich

- ⁴³ Er ist in deutscher Sprache überliefert in: Kazimierz Golczewski, Przymusowa ewakuacja z Prowincji Nadbałtyckich III. Rzeszy (1943–1945) [Zwangsevakuierung in den Ostseeprovinzen des Dritten Reiches], Pozńan/Posen 1971, S. 240 ff., in Auszügen in: Zacharias, Aus dunklen Tagen (wie Anm. 25), S. 70–86.
- ⁴⁴ Aus einem langen, faktenreichen Erinnerungsgespräch mit Luise und Reinhold Bressau im November 1979 in Kiel weiß ich, wie minutiös diese Planungen angelegt waren. Das Ehepaar war seinerzeit in die praktische Durchführung der Abläufe involviert und erklärte die Plausibilität der Evakuierungsvorbereitungen mit dem Eingeständnis der Verantwortlichen, daß damit den temporären Schwierigkeiten der Kriegslage entsprochen werden sollte.
- ⁴⁵ GOLCZEWSKI (wie Anm. 43), S. 253. Auf dieser Seite findet sich auch der Name meines Vaters, der mit seiner Zahnarztpraxis zu der Gruppe derer gehörte, die für den Notbetrieb der Stadt vorgesehen war und in der Stadt zurückbleiben sollte. In unserer Wohnung standen gepackte und adressierte Utensilien bereit, die die NSDAP wie für alle Einwohnerinnen und Einwohner Marienburgs in die sog. Auffangräume links der Weichsel transportieren wollte. Als ganze Familie haben wir uns seit Mitte Dezember 1944 mit dem notwendigsten Fluchtgepäck in selbst hergestellten Rucksäcken ausstafiert und warteten auf das allgemeine Kommando zum Aufbruch nach Westen. Vgl. auch Fieguth (wie Anm. 9), S. 86 f. zu dieser Aktion.

betreut. Diese relativ lange bekannten Vorkehrungen führten dazu, daß die Menschen nicht "aus allen Wolken fielen", als es mit dem Verlassen der Stadt Ernst wurde.

Der "Aufbruch" wurde vorstellbar, als der Großdeutsche Rundfunk am 13. Januar 1945 den Durchbruch der Roten Armee tags zuvor von allen Abschnitten der Ostfront meldete. In den nächsten Tagen blieb es daraufhin jedoch bemerkenswert ruhig in der Stadt. Ein allgemeiner Räumungsbefehl ist nicht verkündet worden. Erst am Montag, dem 22. Januar, muß das Signal ergangen sein. In der Mittagszeit machte sich ein Teil unserer Familie bei eisigem Frost, scharfem Wind und großen Mengen Schnee zusammen mit einer ständig wachsenden Anzahl weiterer Flüchtlinge auf den Weg zum Reichsbahnhof. Mein Vater löste Rückfahrkarten nach Stargard/Pommern für uns46, ehe er seine Flakbatterie zum Erdkampf gegen sowjetische Panzer aufsuchte. Offenbar machte sich jeder, der es konnte oder wollte, auf die Beine. Wir alle trugen unsere vorbereiteten Rucksäcke und kleines Gepäck. Abwechselnd zogen wir den Schlitten, auf dem unsere Großmutter saß. Er sollte uns im Viehwagen noch von erheblichem Nutzen sein, weil wir dann neben ihr umschichtig Sitzpausen einlegen konnten. Stundenlanges Warten und Betreuung durch die NSV folgten, bis uns ein Güterzug mit geschlossenen Wagen aufnahm und uns in Richtung Dirschau und Danzig abtransportierte. Das hohle Poltergeräusch während der Querung der Marienburger Nogatbrücke sowie der Weichselbrücke bei Dirschau vermittelte - ebenso wie später beim Übergang über die Oder - allen Mitfahrenden das Gefühl großer Erleichterung. Eine andere Tante von mir floh mit ihren drei Töchtern am 23. Januar in einem Zug über Schneidemühl. Dieser ging dort durch sowjetischen Beschuß in Flammen auf, so daß die Insassen unter Zurücklassung aller Habseligkeiten nur ihr Leben retten konnten.

Innerhalb von gut drei Tagen war Marienburg vom größten Teil seiner Bevölkerung geräumt. Die meisten fuhren in Güterzügen der Eisenbahn, etliche mit Pferd und Wagen, die wenigsten mit Autos, am ehesten wurden sie zusammen mit verwundeten Soldaten durch Verkehrsmittel der Wehrmacht mitgenommen. Viele machten sich bei aller Kälte zu Fuß über die Nogatbrücken auf den Weg und hofften auf den Weitertransport mit der Eisenbahn jenseits der Nogat. Die

Diese Karten sind noch im Familienbesitz. Sie sind auf zwei Ausstellungen gezeigt worden, um zu dokumentieren, daß ursprünglich keine endgültige Fluchtabsicht mit der Ausreise nach Pommern verbunden war: Vor 50 Jahren 1945. Flucht – Vertreibung – Kriegsende. Ausstellung vom 25. März bis 19. November 1995 in Münster-Wolbeck, Katalog S. 26, Exponate B 61–B 63. Ebenso: B 1 Transit Brügge – Novgorod. Eine Straße durch die europäische Geschichte. Ausstellung vom 15. Mai bis 21. September 1997 in Essen, Katalog S. 598, Exponat VIII/89. Vgl. auch: Rainer Zacharias, Flucht aus Marienburg, in: Marienburger Zeitung Nr. 563 (Feb. 1995).

Straßen waren immer wieder verstopft, weil in der Menge der militärischen Fahrzeuge die Tausenden von bespannten Fluchtwagen der ländlichen Bewohner aus den Kreisen Elbing, Stuhm und Marienburg steckten. Von dieser Masse haben die allermeisten Menschen mit ihren Pferden relativ unbeschadet das linke Ufer der Weichsel erreicht. Diesen Flüchtlingsstrom verdichtete zusätzlich die Einwohnerschaft des Großen Marienburger Werders, die vor allem durch das Nadelöhr der Dirschauer Brücken nach Westen drängte. Viele von ihnen blieben um Danzig in den zugewiesenen Evakuierungsräumen, nicht zuletzt weil sie der Zusage vertrauten, daß die deutsche Front an der Weichsel neu aufgebaut werden könne. Diese Menschenströme wurden sehr häufig von der Roten Armee überrollt und in die Heimat zurückbeordert. Ganz vielen blieb am Ende nur der Weg über die Ostsee. Am weitesten kamen diejenigen, die sich wie wir der Eisenbahn anvertraut hatten und sehr bald die Oder bei Stettin überschreiten konnten.

Das Drama der Flucht ist sehr vielschichtig und mit reichlichem Belegmaterial dokumentiert worden, sowohl was die Wege über die Landstraßen und die Eisenbahn als auch die Fahrten über See anlangt. Marienburg und Dirschau tauchen als Knotenpunkte immer wieder in den unterschiedlichsten Berichten auf, weil sich hier die beiden großen nördlichen Flußquerungen von Straße und Eisenbahn befanden, die die Flüchtlinge aus den östlichen Landesteilen hinter sich bringen mußten⁴⁷.

⁴⁷ Grundlegende Literatur: Eva HAHN/Hans Henning HAHN, Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010, passim; Theodor Schieder u.a. (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, München 2004, passim. - Regionaldarstellungen: Jürgen Thorwald (Heinz Bongartz), Es begann an der Weichsel, München/Zürich 1965, S. 221ff.; Egbert Kieser, Danziger Bucht, Gütersloh 1978, S. 17f., und 58ff. Wer von Süden her die Marienburger Brücke scheute, bog zum Frischen Haff ab, vgl. Heinrich Eichen, Flucht und Zuflucht. Ein Schicksal aus dem Jahre 1945 in Westpreußen, in: Westpreußen-Jahrbuch 33 (1983) S. 139-146. - Für die Marienburger Region: Hans Jürgen von WILCKENS, Die große Not. Danzig-Westpreussen 1945, Sarstedt 1957, S. 69-76, 157-162, 432-436; Otto HÖPFNER, 1945–1951. Sechs Jahre Flüchtlingselend. Von Marienburg über Dänemark in den südlichen Schwarzwald, bearb. v. Barbara Kiehl/Rainer Zacharias, in: Westpreußen-Jahrbuch 55 (2005) S. 101-132; Dietrich Oswald, Vor 60 Jahren: 24. Januar 1945, in: Marienburger Zeitung Nr. 682 (Jan. 2005), der bereits erste Artillerieeinschläge erlebt hat. Sehr zu Herzen gehend ist die kurze Szene auf der Marienburger Nogatbrücke, die Marion Gräfin DÖNHOFF, Namen, die keiner mehr nennt, Düsseldorf/ Köln 1962, S. 7f., festhält. Dieser Augenblick ist aufgenommen bei KLEMPNAUER (wie Anm. 41), S. 150ff. In einem Bericht der Marienburger Zeitung Nr. 4 (Jan. 1948) heißt es: "24. 1. 45: Gegen Nachmittag verlassen die letzten Flüchtlingstrosse über die Galgenberger Schleuse Marienburg." Dies war bereits ein beschwerliches Schlupfloch ins Große Werder, weil die regulären Brücken inzwischen unter ständigem sowjetischen

Wie viele Einwohner in und um Marienburg zurückblieben, ist dokumentarisch nicht verläßlich erfaßt worden, was bei den herrschenden chaotischen Verhältnissen nicht verwunderlich sein kann. Es gibt im Malborker städtischen Archiv Statistiken, nach denen sich zwischen Juni und November 1945 noch eine erhebliche Menge Deutscher im Kreisgebiet aufgehalten hat⁴⁸.

Es existiert eine verläßliche Berichterstattung darüber, wie die Mehrzahl der alliierten Kriegsgefangenen aus dem STALAG nach Westen verlegt worden ist. Dazu zählten auch diejenigen, die in der Umgebung Marienburgs dezentral auf den Bauernhöfen untergebracht waren. Der relativ gut organisierte Exodus zu Fuß bei schneidender Kälte begann in der Nacht vom 22. auf den 23. Januar und führte über Bütow und Berent bis nach Fallingbostel, wo die deutlich reduzierte Kolonne zwischen dem 26. März und 15. April 1945 eintraf. Die sowjetischen Truppen erreichten in den Abendstunden des 24. Januar das Willenberger Kriegsgefangenenlager, fanden aber keine Insassen mehr vor⁴⁹.

Die "Marienburger Zeitung", die einzige Tageszeitung am Ort, erschien am 24. Januar 1945 mit ihrer letzten Ausgabe⁵⁰. Sie machte auf der Titelseite mit drei Überschriften deutlich, was die Stunde geschlagen hatte: "Erbitterte Kämpfe im Osten", "Großkampf in Ostpreußen" und "Die Stunde der Bewährung ist da". Das Desaster des Exodus aus der Stadt wurde natürlicherweise nicht mehr

- Beschuß lagen. Vgl. die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema neuerdings: Ausstellungskatalog "Tür an Tür", hg. von Małgorzata Omilanowska und Tomasz Torbusz, Köln 2011, darin: Stefan Troebst, "Aussiedlung" und "Vertreibung": Zwangsumsiedlung und ethnische Säuberung von Polen und Deutschen 1938–1948 (S. 626–631) sowie Hubert Orłowski, "Flucht und Vertreibung" versus "Deprivation" im Schatten von Auschwitz (S. 632–635).
- ⁴⁸ JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 268. Zum 1. Juni waren es 2.050, zum 1. Juli erhöhte sich die Zahl auf 3.500, zum 24. Juli auf 4.424, zum 4. August stieg sie auf 4.534 an, am 30. November erreicht sie 5.865. GROEGER (wie Anm. 72) überliefert für den Sommer 1945 andere Zahlen: "Zurückgekehrt waren 1.125 Deutsche, davon waren noch am 3. September, als wir unsere Ausweisung bekamen, ungefähr 200 da. Viele sind auch dort den Hungertod gestorben."
- ⁴⁹ Fieguth (wie Anm. 9), S. 86 und 88. Gandy (wie Anm. 31), S. 37 ff., Crook (wie Anm. 31), S. 84 ff. und bes. S. 95 ff.; Zacharias, Arzt hinter Stacheldraht, in: Marienburger Zeitung Nr. 642 (Jun. 2001). Die bei den einzelnen Landwirten lebenden Gefangenen wurden in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar nach Marienburg in das STALAG überstellt, vgl. Der Westpreusse 17 (1982) S. 10 im Beitrag "Gottes Lob auf Englisch", worin aus dem Sommer 1944 von einem Sing-Gottesdienst für die Kriegsgefangenen in der Kirche von Losendorf berichtet wird. Die Sowjets griffen an dieser Stelle ihrer ersten Berührung mit dem Stadtgebiet die deutschen Verteidiger besonders vehement an, zumal sie keine Rücksicht mehr auf die alliierten Kampfgefährten nehmen mußten, Fieguth (wie Anm. 9), S. 111.
- Die Originale der letzten drei Ausgaben des 118. Jahrganges vom 22. bis 24. 1. 1945 in den Nummern 18–20 befinden sich im Marienburg-Archiv, Hamburg, Angerstraße 3.

kommentiert, sehr wohl aber noch zum Schluß die von der NSDAP verbreitete Hoffnung ausgestreut, daß eine neue "geschlossene Frontlinie" aufgebaut und "die operativen Reserven" zum Einsatz gebracht werden würden. Danach setzte der direkte Angriff der Roten Armee auf die Stadt ein.

Das Ringen um Burg und Stadt vom 24.1. bis zum 9.3.1945

Die Kampfhandlungen um Marienburg sind von deutscher Seite erschöpfend und sehr nuancenreich dargestellt worden, vor allem deswegen, weil neben den offiziellen Verlautbarungen eine große Fülle von persönlichen Schilderungen beteiligter Soldaten überliefert worden ist. Sie haben in einem eigens darüber veröffentlichten Buch sowie in vielen verstreuten Einzelberichten eine große Verbreitung erfahren⁵¹. Die Darstellung des Kampfes soll deswegen hier nicht wiederholt, sondern lediglich um wenige, bislang nicht bekannt gewordene Details angereichert werden.

⁵¹ Im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1944–1945 Teilband II, hg. v. Percy E. Schramm, München 1982, S. 1038 erscheint Marienburgs Name zum ersten Mal im Lagebuch des 25.1.1945: "Der Feind ist im Vorgehen über Marienwerder auf die Marienburg." Es ist bezeichnend, daß weniger die Stadt als mehrheitlich die Burg in diesen Aufzeichnungen Erwähnung findet. Das zeigt so etwas wie die Stilisierung des Kampfes auf eine historische Tiefendimension an, wie sie z.B. die Kriegsberichterstattung im Dritten Reich verfolgte. Am 8.3. erscheint der Name zum letzten Mal: "Heute früh trat der Feind an dem Ostverteidigungsring von Danzig auf. Ferner hat er südlich der Marienburg den Übergang über die Nogat vollzogen und ist in die Niederung eingebrochen": S. 1157. - Willy Asch, Im Kreis Großes Werder Anfang 1945, in: Westpreußen-Jahrbuch 44 (1994) S. 37-42; Gerhard HALFPAP, Ein Kriegsende in Danzig-Westpreußen, in: ebd. S. 43-47; Horst GERLACH, Der Kampf um Ost- und Westpreußen 1944/45. Friedrich Hoßbach als Oberbefehlshaber der 4. Armee, in: Westpreußen-Jahrbuch 45 (1995) S. 5–21; Ian Kershaw (wie Anm. 21): Die sowjetische Offensive vom 13. Januar 1945 zielte mit der 3. Weißrussischen und der 1. Baltischen Front "auf die stark befestigte Bastion Königsberg" (S. 246, 252 ff.). - Fieguth (wie Anm. 9) hat eine ausführliche Darstellung der Kampfhandlungen um Marienburg vorgelegt. Wichtige Einzeldarstellungen sind die in der Marienburger Zeitung seit September 1947 erschienenen Augenzeugenberichte von Paul Hans Fetzer, Rudolf NATH, Erich Neubohm, Georg Sanders, Werner Schütze und Richard Weiser. An anderen Stellen finden sich: Ernst Flier, Der Kampf um Marienburg, in: von Wilckens, Die Große Not, Sarstedt 1957 (wie Anm. 47), S. 286-291, und Gotthard MARKWARD, Die letzten Kriegstage in der Marienburg, in: Elbing-Kreis Heft 7 (Dez. 1961) S. 20-22. -Eine besondere Bedeutung besitzt die Darstellung von Gert HERBIG, Deutsche Flieger kämpfen in Westpreußen (Typoskript vom Jahreswechsel 1945/46), weil sie in kürzestem Abstand zu den Ereignissen verfaßt worden ist.

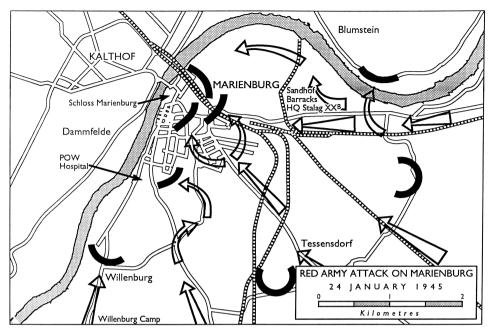
Die Einschnürung des Brückenkopfes an der Nogatquerung neben der Marienburg durch die Rote Armee geschah vom Abend des 24. Januar an durch Artillerie und Panzer sowie einen erbitterten Straßenkampf, besonders im Bereich der Altstadt [Skizze 1]. Die sowjetischen Einheiten hatten den südlichen Vorort Willenberg erreicht und pressten von dort und östlich von Sandhof her den deutschen Verteidigungsring sehr rasch in Richtung auf das Zentrum der Stadt zusammen. "Das Tor "Nogatbrücken Marienburg", als vermeintlicher Weg in die Freiheit für Zehntausende, war endgültig zugeschlagen!"52 Die deutsche Wehrmacht zog sich sehr schnell auf die Innenstadt und die alte Ordensburg zurück. Die aus vielen unterschiedlichen Einheiten zusammengesetzten Kampfgruppen⁵³ hielten zuletzt nur noch den Straßenzug "Unter den Hohen Lauben" und die Burg besetzt. Sie verteidigten ihre Stellungen zäh und leisteten auch durch Ausfälle aus der Festung Marienburg hinhaltenden Widerstand, so daß sowohl die Brücken bis zum 9. März 1945 intakt blieben als auch das Große Marienburger Werder von der Roten Armee bis dahin nicht eingenommen werden konnte⁵⁴. Dadurch war es großen Teilen der Zivilbevölkerung möglich, nach Norden auszuweichen und später über die Ostsee abtransportiert zu werden.

Zwischen den kämpfenden Fronten lebten immer auch noch verbliebene einheimische Zivilisten, irrten Flüchtlinge umher und bewegten sich viele versprengte deutsche Soldaten. Mitten unter ihnen dürften sich auch nicht wenige ehemalige russische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter befunden haben, die

FIEGUTH (wie Anm. 9), S. 111. – Die erste sowjetische Granate, die die Innenstadt erreichte, schlug am 24.1.45 "Unter den Niederen Lauben" 36 im Haus des Schneiders Friedrich Ehmann ein: Erinnerung von Gerhard Tietz (Rosengarten), der sich zu diesem Zeitpunkt an der Nogatbrücke aufhielt.

⁵³ Fieguth (wie Anm. 9), S. 147.

Vgl. dazu: "Rettung von Hunderttausenden durch die Verteidigung der Marienburg 1945", in: Elbing-Kreis (wie Anm. 51), S. 22–27. – Wie sehr der politischen Führung daran lag, die Burg möglichst lange als Abwehrsymbol in der Hand zu behalten, geht z.B. daraus hervor, daß der Besatzung am 10.2. im Keller des Mittelschlosses der Film "Kolberg" gezeigt wurde, vgl. Werner Schütze in: Marienburger Zeitung Nr. 4 (Jan. 1948). Zur Wirkung dieser Propagandaproduktion zitiert Kershaw (wie Anm. 21) S. 217 f. die Behauptung des Reichsministers Joseph Goebbels aus seinem Tagebuch, der Film gebe "Antwort auf all die Fragen, die augenblicklich das deutsche Volk bewegen." Das "Meisterwerk" sei "für die Stimmung des deutschen Volkes von heute einer gewonnenen Schlacht gleichzusetzen." – Kopien des Films sind zu seiner Uraufführung über den eingeschlossenen Festungen Lorient, Brest und La Rochelle in Frankreich abgeworfen worden. In Königsberg lief der Film tagelang, wie Hans Graf von Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch, München 1961, S. 45 überliefert hat. Diesen Hinweis verdanke ich Erhard Dorn.



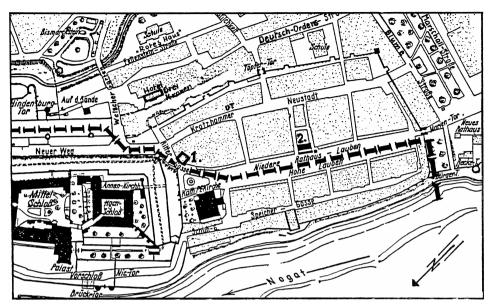
Skizze 1: Situation zwischen dem 24. und 26. 1. 1945. Die leicht befestigten Stellungen zwischen Willenberg (!), Tessensdorf und Sandhof entlang der sog. Ringchaussee und dem Panzergraben fielen am 24. 1. in die Hände der Sowjets. Die Sperrgürtel stadteinwärts (schwarz eingezeichnet) gingen am 26. 1. fast ganz verloren. Rückzug der Wehrmacht auf "Schloß Marienburg" und Hohe Lauben. Das Lazarett für die Kriegsgefangenen befand sich im kath. Marienkrankenhaus (einige Tage zwischen den Fronten). Quelle: A. Crook, One Doctor's War, 1996, S. 105.

nach Öffnung der Lager sich selbst überlassen worden waren⁵⁵. Viele Flüchtlingstrecks waren wegen der Kämpfe um die Marienburger Brücken an anderen Stellen über die Weichsel und Nogat sowie nördlich über das Frische Haff gezogen. Oder sie waren inzwischen längst von der sowjetischen Front überrollt und in ihre Heimatdörfer zurück verwiesen worden.

Der Frontabschnitt, der weiter unten in dieser Betrachtung wegen des dort aufgefundenen Massengrabes eine hervorgehobene Rolle einnehmen wird, ist im Ringen mit dem Feind ein besonders umkämpftes Terrain gewesen⁵⁶. An dieser Stelle der Nikolaus-Fellenstein-Straße und des sogenannten Binnenwalls reichte die städtische Bebauung mit dem hohen und sehr massiven Gebäude der

Über ihr Schicksal ist wenig bekannt. Bei Fieguth (wie Anm. 9), S. 88 findet sich – fast in einem Nebensatz – die Beobachtung zum 23. Januar: "Auf dem Hof waren kurz vorher noch etwa 50 russische Kriegsgefangene mit zwei bis drei müden Bewachern eingetroffen – hämisch grinsend, aufsässig" (Gedächtnisprotokoll von Manfred Störmer).

⁵⁶ Fieguth (wie Anm. 9), S. 147.



Skizze 2: Situation am Schloß und den Hohen Lauben bis zum 9.3. 1945, quer durch das Bild die Hauptkampflinie. Nr. 1: das sog. Geisterhaus, Nr. 2: das Alte Rathaus (beide Gebäude durch gedeckte Gänge unter dem Marktplatz erreichbar. UT: Kino (Unions-Theater). Massengrab: zwischen "Drei Kronen" und Fellensteinstraße. Quelle: G. Fieguth, Marienburg 1945. Kampf um Stadt und Burg, 1985, S. 132.

Hindenburgschule (Landwirtschaftsschule) relativ dicht an den Komplex der Ordensburg heran. Es wurde von den Sowjets zur Gefechtszentrale und für Scharfschützen eingerichtet; deswegen hieß es bei den Deutschen "Das Rote Haus". "Hier sitzen die Sowjets besonders massiert, und in dieser Gegend müssen auch die Granatwerfer stehen." ⁵⁷ Mit diesen Waffen rief die sowjetische Artillerie die größten Schäden auf der Burg hervor, weil sie die Funktion von Haubitzen mit kurzer Reichweite ausüben konnten. Zwischen dieser Schule und den Burgmauern standen niedrige Häuser mit verschachtelten Höfen und Stallgebäuden in einer leichten Bodensenke vor den Resten der ehemaligen mittelalterlichen Stadtmauer. Dort hatte auch das Hotel "Drei Kronen" (das später sogenannte Polnische Haus) seinen Platz. Von diesem Haus ging am 2. Februar deutlich erkennbar "das Abwehrfeuer des Feindes aus." ⁵⁸ Und etwas weiter südwestlich zum Altstadtzentrum hin befanden sich die ersten Häuser der Marktstraße "Unter den Niederen Lauben". [Skizze 2]

⁵⁷ Herbig (Typoskript) (wie Anm. 51), S. 11.

⁵⁸ SCHÜTZE (wie Anm. 54).



Foto 1: Blick nach Süden aus dem Hochschloß der Marienburg auf den nördl. Teil der Niederen Lauben bis 9.3.45. Links das "Gespensterhaus" (bereits an der Rittergasse), vorne der mittelalterl. Friedhof mit dem Abstimmungsdenkmal von 1922, davor die Zickzackgräben, hinten rechts das Alte Rathaus. Foto: Georg Sanders. Quelle: G. Fieguth, Marienburg 1945, S.309.

Hier unmittelbar vor dem Schloß konnte die deutsche Burgbesatzung – eingefügt in die sowjetische Kampflinie – wochenlang das Eckhaus behaupten, das nur durch verdeckte Gräben unter dem Straßenbelag zu erreichen war. Es bekam die Bezeichnung "Gespensterhaus", weil es gegen allen Anschein immer wieder von Deutschen belebt war, ohne daß die Sowjets seine Versorgung mit Nachschub verhindern konnten. Es ermöglichte den Blick und die Einwirkung auf das "Rote Haus" der Russen. Dadurch ging von ihm eine permanente Störung des Gegners aus. Aus dieser Ecke startete einerseits die sowjetische Infanterie den einzigen direkten Nahangriff auf die Burg, der jedoch abgewehrt werden konnte. Und auf denselben Punkt hin richtete andererseits die Burgbesatzung Anfang Februar ein massives Stoßtruppunternehmen, um den Gefechtsstand des Gegners auszuschalten. Auch diese Aktion brachte – bei starken deutschen Verlusten – keinen Erfolg, so daß der Verlauf der Front blieb, wie er war. So viel ist sicher, daß dieses Areal im Bewußtsein beider Seiten einen besonders hohen Stellenwert eingenommen haben dürfte. [Foto 1]

In der Literatur über den Kampf um Marienburg werden einige persönliche Beobachtungen überliefert, die von besonderer Bedeutung sind. Sie stammen auch aus nicht-deutscher Feder und sind darum von ganz besonderem Wert. Dem Bericht des englischen Arztes Dr. Crook ist zu entnehmen, daß häufig deutsche Soldaten von hinter den sowjetischen Linien durch die Front zum deutschen Brückenkopf an der Burg hindurchgefunden hätten. Plötzlich seien sie im zurückgelassenen Lazarett für die alliierten Kriegsgefangenen im St. Marienkrankenhaus aufgetaucht und leise wieder verschwunden⁵⁹.

Es existiert auch ein ausführlicher Bericht über den Einsatz der gegnerischen Kräfte. Darin wird aus sowjetischer Perspektive beschrieben, wie schwer die Kämpfe um jedes Haus gewesen seien. Als besonders hartnäckig habe sich der Widerstand der Burgbesatzung erwiesen, so daß sich die Sowjets gezwungen gesehen hätten, schwere 152-er Haubitzen aufzufahren. Selbst die aber hätten den mittelalterlichen Mauern nur unwesentlich schaden können. Auch mit später eingesetzter Artillerie von erheblich größerem Kaliber habe sich die Burg nicht einnehmen lassen. Da die Sturmangriffe der eigenen Infanterie keine Erfolge gebracht hätten, habe die Rote Armee kurz nach dem 1. Februar die Erstürmung der Marienburg zu einer zweitrangigen Aufgabe heruntergestuft und den Kampf an diesem Frontabschnitt reduziert. "Wie schon der Infanterie-Angriff in den Morgenstunden des 27. Januar 1945, so wurde auch dieser Angriff für uns zum Mißerfolg." Es blieb nur noch die Einwirkung der Artillerie: "Die Burg lag unter ständigem Feuer aus Geschützen aller Kaliber." 60

Requiem für Burg und Stadt?

Wenn die deutsche Berichterstattung dem Kampfgeschehen um Marienburg über die Schilderung der todbringenden und materiellen Zerstörung hinaus ein besonderes Gewicht geben wollte, ist an ihr eine Einfärbung zu beobachten, die auf starke Empfindungen zielt. Diese Beobachtung läßt sich z.B. den Worten eines Hauptmanns entnehmen, der sich mit seinem Ausbildungsbataillon von 17- bis 18jährigen Offiziersbewerbern der Luftwaffe, die keine infanteristische Fronterfahrung besaßen, am 28. oder 29. Januar auf dem Kalthöfer Ufer der Nogat – gegenüber von Burg und Stadt Marienburg – in den von der Bevölkerung verlassenen Gehöften zum Einsatz eingerichtet hat. "Jeder Blick nach vorn auf die Burg mahnt … an unsere Aufgabe, nun die Verantwortung für ihr Schicksal zu tragen. So wird uns die Marienburg zum Symbol unseres

⁵⁹ Crook (wie Anm. 31), S. 109.

⁶⁰ Aus der Darstellung des späteren sowjetischen Marschalls der Artillerie K. P. KAZAκοw, Feuerwall der Offensive, Moskau 1986, (nach einer Übersetzung ins Deutsche, Maschinenschrift aus dem Besitz von Richard Weiser) S.1 und 3.

Einsatzes, bevor wir noch selbst durch unseren Kampf und unser Opfer für diese Ordensburg selber in ihre jahrhundertealte Geschichte eintreten werden."61 Während eines nächtlichen Ausfalls dieser Kampfgruppe Anfang Februar hält der Hauptmann den Eindruck fest, daß die brennenden Häuser die Mauern und Türme der Burg "im Scheine roter, tanzender Lohe" besonders herausgehoben hätten. "Und jetzt sieht man auch in der Chorrundung der Burgkapelle das Bildnis der Jungfrau Maria erstrahlen, deren Namen die Burg trägt seit 700 Jahren."62 Dieses Stoßtruppunternehmen mißlingt, Abbruch und Rückzug werden unabwendbar. "Der Blick umfasst noch einmal dieses Bild, das keiner von uns vergessen wird: noch immer lodert heller Feuerschein aus dem brennenden Haus und erleuchtet Strasse, Graben, die Burgfront und in ihr das Marienbild. Und hier liegen junge Flieger tot auf gefrorener Erde. Wo werden sie ein Grab finden, ein Holzkreuz, das ihren Namen trägt?"63

Gab es während der Kämpfe wirklich derartige Gedanken und Formulierungen? Oder spiegeln solche Sätze nachträglich ordnende Sinngebungsversuche, spätere ideologische Überhöhungen oder auch erfundene Mystifizierungen? Es gibt zur Gewichtung solcher Fragen den sehr anrührenden Beitrag eines Zeitzeugen, der an diesem Ausfallkommando aus der Burg beteiligt gewesen ist und als einer der beiden Überlebenden (von etwas mehr als 100 Angehörigen seiner Kompanie) am Telefon sagte, er habe von dem allen, was sein Einsatzführer aufgeschrieben habe, weder etwas gesehen noch etwas darüber empfunden, was um ihn herum geschehen sei⁶⁴. Es habe ihn und alle seine blutjungen Flieger-

⁶¹ HERBIG (Typoskript) (wie Anm. 51), S. 6.

⁶² Ebd. S. 18.

⁶³ Ebd. S. 20. – Es ist im Nachhinein zu fragen, ob nicht erst die Intentionen des draufgängerischen Burgkommandanten Majors Mickley dazu geführt haben, überflüssige Unternehmungen wie die des Hauptmanns Herbig zu riskieren. Bezeichnend für den Major scheint gewesen zu sein, daß er Anordnungen erteilte, deren Tragweite er nicht genügend übersah. FIEGUTH (wie Anm. 9), S. 138 hält fest: "Einige Herren im Gefechtsstand, die die Straßen auch kannten, konnten ihm diesen Befehl ausreden." Solche Gefechte erbrachten keinerlei Vorteile. "Was wäre für die Verteidiger der Burg ... gewonnen, wenn die jungen Flieger einige Häuser ... vorübergehend besetzt und gehalten hätten? Die Eroberung der stark befestigten Handelsschule (Rotes Haus) und des Hotels 'Drei Kronen' ... mit einer Handvoll kriegsunerfahrener, junger Soldaten und einer völlig unzureichenden Bewaffnung gegen einen Feind, dem Granatwerfer aller Kaliber, Artillerie, Panzer und Pak zur Verfügung standen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt": Fieguth (wie Anm. 9), S. 161. – Die im Kampf um die Burg gefallenen deutschen Soldaten wurden zunächst im Hof des Mittelschlosses begraben, später, weil die Sowjets diese Stelle stark unter Feuer nehmen konnten, neben der Fassade des Großen Remters nahe der Nogat.

⁶⁴ Telefongespräch mit dem Tübinger Professor Reinhold Mayer (geb. 1926). Diese Verbindung ist dankenswerterweise durch Reinhold Kricke zustande gekommen.

kameraden nur ein einziger Gedanke umgetrieben, nämlich der, aus diesem Inferno lebend hervorzugehen. Sie hätten keine heroisierenden Verklärungen oder idealisierten Ziele vor Augen gehabt. Sie seien in ihrer Unerfahrenheit angsterfüllt gewesen und hätten wie in einer betäubten oder benebelten Welt agiert, der sie zu entgehen hofften⁶⁵. Sahen die Befehlsgeber ihre Soldaten auf einer standfesteren Ebene und nahmen gar nicht wahr, in welchem Zustand sich die ihnen Anvertrauten wirklich befanden? Überformte die herrschende Ideologie nicht nur die allgemeine Gesellschaft, sondern auch diejenigen, die die illusionslose Realität des Kampfes zu gestalten hatten?

Zur "psychologischen" Steuerung dieses mentalen Sektors gab es im Dritten Reich das spezifische Organ der Kriegsberichterstattung. Wie zur Anschauung ist ein Beitrag aus jenen Tagen erhalten geblieben, der sich direkt auf die Marienburg bezieht und am 31. Januar 1945 in der NS-Tageszeitung "Danziger Vorposten" zu lesen war. Darin heißt es unter anderem: "Von irgendwoher, aus einer Mulde im leichenblassen Schneefeld, das die Stadt umgab, polterte ein grobes, ungeschlachtes Dröhnen, dann ein kurzer, blaffender Laut von bellenden Höllenhunden. Es waren die sowjetischen Salvengeschütze. Und die Richtung ihrer Rohre war die Burg. (...) Das berühmte Bildnis der Madonna, die der Ordensfeste einst den Namen gegeben, nun zugleich umflossen vom gespenstisch-fahlen Glanz des Mondes und umzuckt vom grellen Aufblitzen der explodierenden Granaten, hatte auch in diesem Augenblick nichts von der Anmut und holden Güte verloren. Aber die Granaten fegten über Mariens Haupt und schlugen krachend irgendwo am Dachfirst des ehrwürdigen Gebäudes ein. (...) Als die Sowjetpanzer sich durch den Schnee herangewälzt hatten, (...) wurde die Marienburg wieder, was sie ehedem gewesen: Hort und Schirm. Sie wurde wieder Burg." Plötzlich waren Verteidiger zur Stelle, "daß man sich fragen mochte, woher sie gekommen. Auch war ihre Kampfgemeinde zum Teil so

Das ganz Besondere an der telefonischen Unterredung des 5. März 2011 war die Information darüber, daß die deutschen Verteidiger während dieser Wochen einem erheblichen Konflikt ausgesetzt gewesen seien. In ihre Reihen hatten sich – natürlich in deutscher Uniform – Angehörige des "Nationalkomitees Freies Deutschland" eingeschleust. Sie verbreiteten aus ihren Stalingraderfahrungen abgeleitete "Propaganda" der Sowjets, verübten Spionage und waren daran interessiert, die Wehrkraft auf deutscher Seite herabzusetzen. Um "Freund" und Feind auf der Burg zu unterscheiden, erhielt jedes Mitglied der Kampfgruppen täglich einen farbigen Ärmelstreifen zu seiner Identifizierung. Wer nicht eine solche schmale Binde trug, sei standrechtlich erschossen worden. Solche Hinrichtungen seien vielfach vor aller Augen auf der Burg geschehen und hätten dazu beigetragen, die hoch angespannte Situation vollends unerträglich zu machen. – Dieser Zusammenhang ist bisher an keiner Stelle der bekannten Marienburg-Literatur zur Sprache gebracht worden. Es blitzt lediglich hier und da die Vermutung auf, es seien Aktionen der Verteidiger verraten worden.

unterschiedlich zusammengesetzt, daß man nahe daran war, gerade in dieser Tatsache ein Symbol (...) zu sehen. (...) Und diese Gemeinschaft war stark. In frostiger Nacht legten sie ihre Leiber schützend vor die Burg, von der sie wußten, daß sie das steinerne Herz des westpreußischen Landes war."66

Ob ähnliche Einschätzungen - mit umgekehrten Vorzeichen - auch bei den feindlichen Angreifern eine Rolle gespielt haben? Solche Vermutung legt sich nahe, wenn in einer Darstellung aus dem Jahr 1967 zu lesen ist: "Am 26. Januar begann der Feind vom Hotel "König von Preußen" aus die Burg unter Panzerund leichten Artilleriebeschuß zu nehmen, ehe von deutscher Seite ein Schuß von der Burg herab, etwa zur Flankenverteidigung der Brücken, abgefeuert worden war. Die ersten Granaten trafen das Mosaikbildnis der Muttergottes mit dem Kinde an der Ostseite der Schloßseite, die sich mit ihrem blauen Schimmer im Fernglas als markantes Ziel vor den Backsteinfronten des Hochschlosses abgehoben haben dürfte. Offensichtlich hat die Marienstatue unzählige Male als Zielscheibe gedient, denn an keiner Stelle ist die Ostfront der Burg so stark zerstört wie über der St.-Annen-Kapelle, von wo aus die Statue weit über das Land nach Osten blickte."67 Eine vergleichbare Formulierung findet sich in einem Bericht aus dem Jahre 1961: "Etwa am 3. Februar erscheinen früh um 7 Uhr bei aufgehender Sonne drei [sowjetische] Panzer im Schrebergartengelände und eröffnen das Feuer auf das Marienbildnis und die Schloßkirche." Deutsche Abwehrgeschütze greifen ein und können die Beschießung unterbrechen. "Die Sowiets schalten den Rückwärtsgang ein und verschwinden. Aber die Kirche und das Muttergottesbild sind zerstört. (...) Wahrscheinlich mußten Sowjetpanzer erst das Bild zerstören, weil Polen, die in die russische Armee geprest waren, sich weigerten, eine von der Maria geschützte Burg anzugreifen. "68

Sollten solche Visionen zu Handlungen geführt haben? Suchten sowjetische oder polnische Menschen, die nationalsozialistische Verbrechen hatten erleiden

⁶⁶ Jupp Müller-Marein, Die Stunde der Marienburg, in: Danziger Vorposten Nr. 26 vom 31.1.1945, S. 3. – In ähnlicher Weise artikulierte sich am 16.3.1945 in Bild und Ton "Die Deutsche Wochenschau" Nr. 754, vgl. Fieguth (wie Anm. 9), S. 324ff. – Das Phänomen der Überhöhung der Marienburg ist in der deutschen Publizistik und Geschichtsschreibung an nicht wenigen Beiträgen ablesbar. Vgl. die Darstellung dieses bereits aus dem Mittelalter bekannten Gedankens bei Rainer Zacharias, Symbol Marienburg. Überformungen eines mittelalterlichen Bauwerks, in: Preußische Landesgeschichte. Festschrift für Bernhart Jähnig zum 60. Geburtstag, Marburg 2001, S. 513–528.

⁶⁷ Richard Breyer, Das Schicksal der Marienburg im Jahre 1945 unter polnischer Verwaltung, in: Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 610. – Es dürfte eher ein golden glänzender Eindruck gewesen sein, den die Sowjets vor sich hatten, denn optisch überwog die Vergoldung alle anderen Farbschattierungen.

⁶⁸ Elbing-Kreis (wie Anm. 51), S. 25. – Es darf gefragt werden, welchen Wahrheitsgehalt eine solche Formulierung beanspruchen kann.

müssen, symbolische Vergeltung über die Marienburg? Ließe sich in einem solchen Akt das Wesen deutscher Vernichtungstätigkeit im Kern treffen? Könnte dem Feind in der Zerstörung der Marienfigur die Schutzmantelmadonna geraubt werden? Vielleicht hatte sogar jemand "Die Stunde der Marienburg" am 31. Januar gelesen, um nun seinerseits wenig später vor eben dieser Marienburg die Leiber des Gegners in einem Massengrab aufzuhäufen?

Am 9. März 1945 um etwa 21.45 Uhr wurden die Marienburger Brücken gesprengt, nachdem sich die Schloßbesatzung auf das Kalthöfer Ufer der Nogat abgesetzt hatte und sich in Richtung auf Dirschau bewegte. Den Verteidigern blieb das Gefühl, daß die alte Ordensburg vom Feind nicht hatte erobert werden können und daß diese wochenlange und verlustreiche Aktion zur Rettung vieler Flüchtlinge sinnvoll gewesen sein mochte. Die weitgehende Demolierung des weltberühmten Kulturdenkmals mußte demnach hingenommen werden, wenn die Not eines Krieges den Museumsbau wieder hatte zur aktiven Festung werden lassen⁶⁹.

Die Quellen über die Zeit nach dem Ende der Kämpfe

Was aus deutscher Sicht von der Zeit unmittelbar nach dem Abschluß der militärischen Auseinandersetzungen über die Stadt Marienburg und ihren Umkreis bekannt geworden ist, läßt sich wie ein verwischtes Mosaik verstehen. Es setzt sich aus verschiedensten Steinchen zusammen, die sich aus einer relativ geringen Anzahl persönlich eingebrachter Momentaufnahmen und einer Reihe genereller Schlußfolgerungen gewinnen lassen⁷⁰. Diese Informationen sind aus den mündlich überlieferten Erlebnissen einzelner Zeitzeugen abgeleitet oder aus schriftlichen Quellen entlehnt worden, die sich an weit verstreuten Stellen erhalten haben. Es gibt bis jetzt keine Gesamtdarstellung der Situation, und es existiert auch keine systematische Sammlung von Dokumenten dieser Zeit. Die

- ⁶⁹ Der langjährige Konservator der Marienburg, Bernhard Schmid, kommentierte aus tief verwundeter Seele am 21. 3. 1946 die Zerstörung seines Lebenswerkes mit dem Satz: "Es war Wahnsinn, die Marienburg zur Festung zu erklären, dafür haben Schön, Steinbrecht und ich sie nicht wieder aufgebaut." Vgl. dazu: Rainer Zacharias, Bernhard Schmid (1872–1947). Preußischer Landeskonservator und Baumeister der Marienburg, in: Das Preußenland als Forschungsaufgabe. Festschrift für Udo Arnold zum 60. Geburtstag, Lüneburg 2000, S. 689ff.
- ⁷⁰ Zur Stützung dieser Eindrücke können erfreulicherweise einige Fotografien herangezogen werden, die den Zustand während der Kämpfe oder kurz danach dokumentieren. Vgl. Fieguth (wie Anm. 9), S. 308 mit dem Blick auf das Areal des Binnenwalls und S. 309, worauf links das "Gespensterhaus" zu sehen ist; Jedliński (wie Anm. 3), S. 238 und Jedliński, Chronik (wie Anm. 26), S. 239 und 240 oben.

relativ geringen Kenntnisse haben sich eher zufällig gewinnen lassen, auch stehen sie nicht alle in einem gesicherten zeitlichen oder logischen Verhältnis zueinander.

Alle vorhandenen oder mühsam recherchierten Informationen bieten Lücken und Möglichkeiten für Irrtümer. Die zusammengestellten Nachrichten geben punktuell erfahrene Erlebniswerte wieder und sind ausschließlich der Rückerinnerung Einzelner zu verdanken. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß die heutigen Auskunftspersonen damals Kinder zwischen 13 und 8 Jahren waren. Sie können nur einen eingeschränkten Ausschnitt wahrgenommen und keinen reflektierten Überblick über die herrschenden Verhältnisse gehabt haben. Höchstwahrscheinlich hat es auch über die Erlebnisse keinen Abgleich mit Buch- oder Geschichtswissen und wohl auch wenig bewußten Austausch in Gemeinschaften der von demselben Erlebnis Betroffenen gegeben. Die in der jüngsten Zeit über Telefongespräche oder Briefe gewonnenen Auskünfte ließen sich nicht immer in einem weiterführenden Gedankenaustausch vertiefen oder erweitern, weil die Bewahrung der Ereignisse vor allem situationsgebunden gespeichert worden ist. Auch gab es nach so langer Zeit Gedächtnisschwächen. Darüber hinaus hat es den Anschein, als seien die Einzelheiten vielfach in einem quasi luftleeren Raum angesiedelt worden, weil seinerzeit die gesellschaftliche Zuordnung z.B. zu genauen Daten, Kalender- oder Festtagen sowie konstanten Personen oder Ereignissen in der Öffentlichkeit nicht möglich war. Da die leidvollen Jahre nach dem Kriegsende in der Heimat eine Phase der extremen Selbstbehauptung darstellten, gab es so gut wie keine Mußezeiten, die der Vergewisserung oder einer irgendwie gearteten kulturellen Auswertung hätten dienen können. Die heutigen Informationen entspringen persönlich überlieferten Erfahrungen; sie stellen keine "Untersuchungsergebnisse" dar⁷¹.

Nur einige wenige in der Heimat zurückgebliebene Landsleute konnten 1945/46 – höchstwahrscheinlich zensierte – Briefe in den Westen schreiben. Solche oder ähnliche Erlebnisdarstellungen sind heute kaum vorhanden und existieren weder im Archiv des Westpreußischen Landesmuseums in Münster (Auskunft Dr. Martin Steinkühler) noch in Lüneburg, dort weder im Ostpreußischen Lan-

Man wird an den Rat Herders erinnert, den Fritz GAUSE als Motto dem Band 1 seiner "Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen" (3. Aufl. 1996) vorangestellt hat: "Halten Sie sich an gute Partikulargeschichte. Im Besonderen und Einzelnen ist überall die beste, nahrhafteste und bestimmteste Belehrung." (32. Brief zum Studium der Theologie) – Natürlich darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Augenzeugen selbst in der Zeit des Nationalsozialismus sozialisiert worden sind und Teile ihrer Sprachund Bilderwelt in entsprechender Prägung aufgenommen haben, vgl. HAHN/HAHN (wie Anm. 47), S. 21 f.

desmuseum (Auskunft Dr. Christoph Hinkelmann) noch im Nordost-Institut (Auskunft Dr. Joachim Tauber). Leider bewahrt auch das Ostpreußische Kulturzentrum Ellingen keine derartigen Unterlagen (Auskunft Wolfgang Freyberg). Zum Schaden der Forschung ist der Nachlaß Hubert Dettmeyers, des Gründers und Editors der Marienburger Zeitung (September 1947), bei seinem Tode im Jahre 1962 aufgelöst worden. Einzig das Marienburg-Archiv in Hamburg besitzt einige Schilderungen von Menschen, die relativ früh im Westen angekommen sind und andere Familien mit Nachrichten von Flucht und Vertreibung versorgt haben (Auskunft Barbara Kiehl)⁷². Hin und wieder berichteten Menschen, die freiwillig aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ausgereist oder in Sammeltransporten ausgewiesen worden waren. Deren Berichte sind vor allem in offiziellen Sammelbänden wie etwa bei Theodor Schieder berücksichtigt worden⁷³. Sie bildeten die Basis für Dokumentationen und Nachrichten aus der Heimat (z.B. in der Marienburger Zeitung), kamen aber offiziell kaum wörtlich oder in größerem Umfang zur Geltung⁷⁴.

Vielleicht gibt es dafür plausible Erklärungen. Es könnte sein, daß sich z.B. der genannte Hubert Dettmeyer für seine "Marienburger Zeitung" eine selbst auferlegte Zensur verordnet hat, weil die britischen Besatzungsbehörden eine solche Beschränkung wünschten, um keine "Aufstände" hervorzurufen⁷⁵. Oder könnten solche Darstellungen, die ja starke Emotionen freigesetzt hätten, politisch nicht willkommen gewesen sein, weil sie den Aufbauwillen der Vertriebenen in den neuen Lebensbereichen behindert hätten? Schämte man sich eventuell dieser Erfahrungen und wollte niemanden so tief in das eigene Erleben von Demütigung und Entmenschlichung blicken lassen? Es ist aber wohl auch so gewesen, daß die Erlebnisgeneration selbst nicht fortwährend an all das Grauen erinnert werden und nicht darüber sprechen wollte. Vielleicht fürchtete sie sich sogar davor, nicht die angemessene Artikulation finden zu können. Da solcher Verlust und solche innere Verletzung nicht "objektiviert" als Themen der Geschichte behandelt werden konnten, wurde höchstwahrscheinlich lieber geschwiegen.

- Sehr informativ sind die in Hamburg einzusehenden Briefe von Lilly Groeger, besonders der am 27.10.1946 an Familie Decker gerichtete. Vgl. unten Anm. 82, 84, 91, 94 und 153. Die Verfasserin erweist sich in der Nennung der zahlreichen authentischen Marienburger Familiennamen, die sie erwähnt, als gute Kennerin der städtischen Einwohnerschaft.
- ⁷³ S. oben Anm. 47.
- ⁷⁴ Es bildete wohl die Ausnahme, daß der katholische Pfarrer Konrad WILL so bereitwillig und umfassend von seinen Erlebnissen berichtet hat, vgl. unten Anm. 93.
- ⁷⁵ In der Marienburger Zeitung Nr. 4 (Jan. 1948) setzt er einem Kriegs-Erlebnisbericht den Satz voran: "Ich habe aus besonderen Gründen einige Striche vornehmen müssen", und in Nr. 6 (Mrz./Apr. 1948) teilt er etwas kryptisch mit: "ich weiß, was ich darf".

"Objektiv" gewonnene Mitteilungen über die Zustände in der verlassenen Heimat wurden erst publiziert, als es nach 1955 möglich war, Reisen in die Region um Marienburg zu unternehmen⁷⁶. Solche Reportagen entstanden mehr als zehn Jahre nach dem Inferno und dienten vornehmlich dem Wiedersehen sowie der Bestandsaufnahme ehemaligen Besitzes und der Beschreibung bekannter öffentlicher Gebäude oder Areale. Sie fingen auch nur einen Blick von außen ein und spiegelten keinesfalls die inneren Vorgänge derer, die die Nachkriegszeit mit ihren Drangsalen in der Heimat erlebt hatten. Besuche in Polen während der 60er und 70er Jahre ermöglichten dann langsam eine tiefer greifende Ergründung der Zustände in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg und des Schicksals der in der Heimat verbliebenen Menschen.

Die Situation nach dem Ende der Kämpfe

Was also läßt sich mit einiger Sicherheit von den Verhältnissen der Monate unmittelbar nach der Beendigung der Kampfhandlungen in Marienburg sagen? Die Gefechte um die Burg waren seit dem 9. März 1945 sinnlos geworden, weil die Rote Armee an anderen Stellen über die Nogat in Richtung auf Danzig vorangestürmt war und das deutsche Militär nicht eingeschlossen werden wollte. Die Innenstadt lag total in Trümmern, die weiter außen gelegenen Bezirke zeigten teils starke Beschädigungen, teils aber auch völlige Unberührtheit. Überall gab es Tote. Straßen, Plätze und Gärten wiesen im Frost erstarrte umgewühlte Erde auf. Überall Panzerwracks, zurückgelassene Gegenstände aller Art, Waffen und Gerät, Straßenbarrikaden aus Fahrzeugen und Sperrgut. Dazwischen plündernde sowjetische Soldaten, die sich aus den Wohnungen und Kellern bedienten. Sie organisierten den Abtransport des Beutegutes, wie der englische Arzt Dr. Crook beobachtet hat⁷⁷. Dazwischen, weil es sehr gefährlich war, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, nur einige wenige herumirrende Zivilpersonen, die aus den Trümmern und Kellern auftauchten. Auch sie nahmen sich aus den Wohnungen, was sie gebrauchen konnten. Vor allem waren sie auf der Suche nach Nahrung. Sie hielten sich tagsüber zumeist verborgen - so gut es möglich war. Raub, Totschläge, Vergewaltigungen, Verfolgungen und Torturen waren an der Tagesordnung. Es gab keine öffentliche Ordnung. Sowjeti-

⁷⁶ Z.B. der aus Katznase bei Marienburg stammende Axel ZIMMERMANN, "Als ich wiederkam!" und "Das Töpfertor, ein "Tor zum Friedhof" in: Marienburger Zeitung (Jan. u. Feb. 1959).

⁷⁷ CROOK (wie Anm. 31), S. 113 nennt den Vorgang eine systematische Plünderung: "looting". Will berichtet im Neuen Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 373 vom Abtransport der "maschinkas", vgl. auch Jedliński (wie Anm. 3), S. 249–252.

sche Soldaten, deutsche einheimische Menschen, Kranke, Verwundete, von der Front Überrollte, zurückkehrende Einwohner, von Russen zur Rückkehr gezwungene Marienburger Bürgerinnen und Bürger, ehemalige polnische Zwangsarbeiter und der Rest der alliierten Gefangenen aus dem STALAG, "der junge Wald", polnische Milizionäre, Kinder und Frauen bildeten ein großes Durcheinander, gefährdetes Leben aller zwischen allen Fronten.

Die ersten Rotarmisten sickerten in der Nacht zwischen dem 24. und 25. Januar in die Grundstücke und Häuser der südlichen Teile der Stadt ein. Die meisten Wohnungen waren von ihren Bewohnern bis zum Mittwochabend des 24. Januar verlassen worden. Allerdings war eine Reihe von Menschen nicht auf die Flucht gegangen wie etwa Kranke und solche, die sich von ihrem Zuhause und den Tieren nicht trennen wollten. Insbesondere alte Menschen gerieten in hohe Bedrängnis. "Als Schwester Helene, die Leiterin des Marienburger Altersheimes, am 24. Januar sich auf die NSV-Hilfsstelle begab, um die dortigen Parteivertreter daran zu erinnern, daß sie auch dem Altersheim den Abtransport zugesichert hätten, fand sie die Türen dort bereits geschlossen. Auch bei der Polizei konnte sie keine Hilfe finden. Sie und viele Insassen ihres Heimes haben dieses Versagen der zuständigen Stellen mit dem Leben bezahlen müssen."78 Andere mögen der Ansicht gewesen sein, ihnen werde - zum Beispiel als ehemaligen Mitgliedern der SPD oder der Kommunisten – nichts Schlimmes passieren. Und nicht wenige standen auf dem Standpunkt, daß man seine Heimat, sein Land und sein Besitztum, auch die Gräber der Toten nicht einfach verlassen dürfe. Einer mußte doch nach dem Rechten sehen! Und den Gedanken, daß eine Vertreibung der gesamten deutschen Bevölkerung des Ostens geplant sein könnte, hatte die Mehrheit nicht. Es bestand eine fest eingewurzelte Furcht vor "dem Russen", die von den Nationalsozialisten in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg nachhaltig gestärkt worden war, aber einen Bevölkerungsaustausch sahen die wenigsten voraus⁷⁹.

Die Zurückgebliebenen hatten sich zu kleineren oder größeren Gemeinschaften zusammengeschlossen und mit Lebensmitteln sowie dem Nötigsten in

⁷⁸ In der Marienburger Zeitung Nr. 6 (Mrz./Apr. 1948) wird berichtet, daß in dem genannten Heim an der Steingasse eine Reihe von Bewohnerinnen und Bewohnern den Krieg überlebt habe. Es sei dort jetzt Fleischermeister Josef Nadolni Hausmeister geworden. In Nr. 12 (Dez. 1948) ist die Frage abgedruckt: "Wer weiß etwas über das Schicksal der Insassen des Jerusalem-Hospitals?" In Nr. 34 (Jan. 1951) heißt es, daß noch mindestens fünf deutsche Marienburger im Heim versorgt würden. – Der wörtlich zitierte Text steht bei Martin Deppe, in: Die Große Not (wie Anm. 47), S. 71.

⁷⁹ Ein beeindruckendes Beispiel dafür bietet die Veröffentlichung von Deppe, Große Not (wie Anm. 47), S. 432 ff. – Aus dem erheblich östlicher gelegenen Gertlauken/Nehme hatte Peyinghaus (wie Anm. 40), S. 182 ihren Eltern am 5. 8. 1944 geschrieben: "Die Angst vor den Russen nimmt hier täglich zu."

die Keller verkrochen. Dort war es dunkel und zumeist eiskalt; es gab keinen elektrischen Strom und kein Wasser. In den nächsten Tagen wogte der Kampf in den Straßen bedrohlich hin und her, nachdem es den Sowjets sehr zügig gelungen war, sowohl den Panzergraben als auch die schwachen Verteidigungsanlagen bei Braunswalde und Willenberg zu überwinden. Die deutschen Kräfte zogen sich in hinhaltendem Widerstand auf die Kasernen und wenig später dann in die Innenstadt zurück. Schließlich hielten sie nur noch den Straßenzug der Hohen Lauben, das gegenüber in den Niederen Lauben befindliche Alte Rathaus und einzelne Wohnhäuser daneben sowie die gesamte alte Ordensburg in Besitz.

Hannelore Irmsch⁸⁰ lebte in der Wilhelmistraße 21. Ihre Mutter hatte angesichts der Mengen flüchtender Menschen und der bereitgestellten ungeschütztoffenen Güterwaggons, die sie auf dem Bahnhof gesehen hatte, die Entscheidung getroffen, nicht auf die Flucht zu gehen. Sie kehrte in die Straße zurück und zog mit ihrer Familie und Nachbarn bei der Familie G. in die Kellerwohnung des Hauses Nr. 23 nahe der Mennonitenkirche zusammen. Dort waren sie 30 Erwachsene (darunter ein Franziskanerpater) und 9 Kinder. Am Tage erschienen die sowjetischen Soldaten, drangsalierten sie und vergewaltigten die Frauen. "Drei junge Frauen von uns wurden verschleppt, darunter auch meine Tante Luise, und der Pater."81 Die Kinder seien unter den Kartoffeln im Keller versteckt worden. In der Nacht kamen deutsche Soldaten und brachten ihnen Eßwaren aus der Burg und Schnee zum Auftauen, damit Wasser vorhanden war. Das ging etwa 14 Tage so. Danach wurde die Gruppe von den Russen nach Altmark geschickt, um sie aus der unmittelbaren Schußlinie herauszubringen. Dort im Nachbarort hätten ihnen polnische Partisanen weitergeholfen. Nach etwa drei Wochen - dem Ende der Kampfhandlungen - seien sie wieder nach Marienburg zurückgebracht worden⁸².

- 80 Dem Verfasser aus zwei Telefongesprächen, einem schriftlichen Textabgleich und ihren Aussagen im Internet bekannt, geb. 1935 in Marienburg.
- ⁸¹ Zum Kloster "Residenz zum Heiligen Geist" vgl. Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 353. Dort auch die Namen aller in der Einrichtung tätig gewesenen Patres.
- Lilly Groeger schreibt in dem in Anm. 72 erwähnten Brief: "Die alten Leute, die in Marienburg geblieben waren, hat der Russe während der Kampfhandlungen alle nach Altmark gebracht. Einen Teil hat er auch erschossen." Die Verschiebung in die nähere Umgebung wird auch durch die Aussage von Ruth Kos (in einem Gespräch mit mir am 16. 6. 2001 in Malbork) bestätigt. Sie war als junge Frau in das Dorf Deutsch Damerau ausgewichen und hat dort zu ihrem persönlichen Schutz einen polnischen Mann geheiratet. Ebenso berichtet Karl Heinz Markowz (vgl. unten), daß seine Verwandten im Ulmenweg am 27. Januar in einen ersten Kontakt mit Rotarmisten gekommen seien. Diese hätten sie am nächsten Tag aus der Kampfzone in die benachbarten

Die sowietische Militärkommandantur hatte die Innenstadt zur verbotenen Stadt erklärt und ihr Betreten durch Hinweise auf Schildern untersagt⁸³. Daran hielten sich viele Menschen, besonders die Kinder nicht. Frau Irmsch hat erzählt, daß sie überall in die Keller gekrochen seien, um nach Eßbarem zu fahnden. Und das war in der ersten Zeit erfreulicherweise nicht selten erfolgreich: In einer Fleischerei entdeckten sie Räucherschinken und ein halbes Schwein, an anderer Stelle Puddingpulver, Sauerkraut, auch Weckgläser mit Eingemachtem. Später, als die Not sehr viel höher stieg, waren die Kinder dazu gezwungen, sich z.B. aus der Tranktonne neben der russischen Soldatenküche in der Wilhelmistraße mithilfe von abgeknickten Zweigen, die wie Widerhaken wirkten, etwas Eßbares herauszufischen. Diese Brot- oder Fleischreste wurden mit Wasser abgespült und gegessen. Die schrecklichsten Erlebnisse für sie damals waren die Greueltaten, die die sowjetischen Soldaten verübten und an denen die Kinder teilnehmen mußten, etwa wenn gefangene deutsche Soldaten aufgehängt oder Frauen auf offener Straße vergewaltigt wurden. Viele Deutsche seien nach Rußland verschleppt worden⁸⁴. "Wir sind an vielen Stellen in der Stadt über Tote gestiegen. Sie lagen überall, vor allem im Mühlengraben, - wie die Ölsardinen und massiert in der Nähe des zerstörten Klostergebäudes. Sie wurden aus den Schrebergärten und aus der Stadt zusammengetragen. Sie wurden in das Loch an der Birkgasse (ul. Jagiellońska) geschmissen. Aus der Zuckerfabrik wurde

Dörfer Altfelde und Königsdorf kommandiert und in leer stehenden Scheunen untergebracht. Von dort seien sie nach vier bis sechs Wochen aufgrund eigener Entscheidung nach Marienburg zurückgekehrt. Markowz mußte mit der Familie nach Thiergart im Kleinen Marienburger Werder übersiedeln, weil er ohne die vorgeschriebene Armbinde mit dem großen "N" (Niemiec) angetroffen wurde. – Die sowjetische Armee organisierte neben der Umsiedlung von Zivilpersonen zwischen dem 1.2. 1945 und dem 10.2. 1946 in der Region anfangs zahlreiche, später weniger sog. Kriegsgefangenensammelpunkte für deutsche Wehrmachtsangehörige und mit ihnen verbündete Soldaten, außer in Marienburg auch in Alt-Christburg, Elbing, Marienwerder, Schwetz und mit deutlichem Schwerpunkt in Dirschau. Vgl. die Zusammenstellungen in: Orte des Gewahrsams von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Findbuch, Dresden u.a., 2010, S. 376, 401, 458, 489f., 519f. und 523.

- Bernard Jesionowski präzisierte am 7. 9. 2010 allerdings, der Befehl habe nur bis zum 12. März gegolten. Tatsächlich muß das Verbot jedoch länger bestanden haben, da die Bergung der Leichen ja noch etliche Wochen angedauert hat.
- Bei Groeger (wie Anm. 72) findet sich die Notiz: "Mitte Juni 1945 ereilte meinen Mann das Schicksal. Er wurde von der russ. G.P.U. zusammen mit Herrn G. und L. abgeholt, es wurde uns gesagt, zur Vernehmung, und seit dem Tage weiß ich nichts mehr von ihm. Man sagte mir später, er wäre mit zur Arbeit nach Rußland genommen. ... Die Russen holten fast jeden Mann, der in Mbg ankam, ab. Die Alten über 60 Jahre kamen dann nach ungefähr 6 Wochen wieder zurück, aber von den Jüngeren ist niemand zurückgekommen."

Kalk herbeigeschafft, den man über die Leichen streute. Dieses Grab wurde nicht zugeschüttet und blieb offen. Ich kann nicht beschwören, was mit ihm später geschah. In dieser Zeit sind noch Schüsse gehört worden." Von dem Massengrab an der Nikolaus-Fellenstein-Straße und dem Binnenwall (ul. Solna) habe sie nichts erfahren.

Gerhard M.85 erzählte, daß er für zwei Tage bei seinen Verwandten im März 1945 zu Besuch gewesen sei. Sie hätten in einem Haus mit Gastwirtschaft nahe der Nogat (Nr. 31 in einer ihm nicht mehr erinnerlichen Straße) gelebt. Er habe die Kuhle am Binnenwall, die eher nur eine Vertiefung, kein ausgehobenes Grab gewesen sei, gesehen. Alle Toten seien nackt gewesen, die Russen seien mit Panzern über die Leichen gefahren. Er habe auch gesehen und gehört, wie die Sowiets Frauen am Straßenrand vergewaltigt hätten, denn sie hätten drei freie Tage bekommen, an denen jeder Soldat das hätte tun und lassen können, was er gewollt habe. Es sei geplündert, ausgeraubt, erschossen und erschlagen worden. Es habe das Kommando "ausziehen" gegeben, so daß die Menschen einfach nackt gewesen seien, bei der Kälte damals. Seinem Eindruck nach seien die Menschen weniger erfroren und verhungert oder dem Typhus zum Opfer gefallen, sondern zumeist beim Raub ihrer Sachen umgebracht worden. Die Toten seien Marienburgerinnen und Marienburger gewesen, zusammen mit Flüchtlingen aus Ostpreußen, die nicht mehr über die Nogat herübergefunden hätten⁸⁶. Etliche seien beim Versuch, durch die Nogat ins Werder zu gelangen, im kalten Wasser zugrunde gegangen. Gerhard M. habe eine Erschießung am Schloß erlebt. Dabei seien auch polnische Menschen, die sich zwischen die Deutschen gestellt hätten, mit erschossen worden. Polen seien schon sehr früh in Marienburg aufgetaucht, wenigstens lange vor der offiziell angegebenen Zeit im April oder Mai 1945. Es hätte auch Polen in der Roten Armee gegeben, die sich an den Übergriffen der Sieger beteiligt hätten. Die Leichen seien gefleddert worden, und die Sowiets hätten Kleidung und Wertsachen säckeweise in ihre Heimat geschafft⁸⁷. Die Deutschen, die zwangsweise zur Beseitigung der Leichen bestimmt wurden, seien danach erschossen worden. Herr M. habe später zwischen 1948 und 1958 selbst in Marienburg gelebt. Während dieser Zeit habe er

⁸⁵ Er gehört zum Jahrgang 1936. Der Autor hat zu ihm Verbindung über eine Zeitung erhalten. Es ergaben sich mehrere Telefongespräche und ein Schriftwechsel mit einem Stadtplan, in den einige Bestattungsplätze von 1945 eingetragen sind.

⁸⁶ Karl Heinz Markowz überliefert, daß in den Wochen nach dem Abzug der deutschen Truppen sehr viele Menschen unterschiedlichster Art und Herkunft, besonders aus den umliegenden Dörfern, nach Marienburg geströmt seien.

⁸⁷ Bei Lucy Falk, Ich blieb in Königsberg, München 1961, S. 17 heißt es analog: "7. Mai 1945 Unsere [sowjetischen] Soldaten im Hause packen große Gepäckstücke, die sie fest in Leinwand einnähen. Ein jeder darf mehrere davon in seine Heimat senden."

1956 an anderer Stelle ein Grab entdeckt, in dem die Toten nur etwa einen halben Meter unter der Oberfläche gelegen hätten.

In Reaktion auf die Berichte über das Marienburger Massengrab vom Ende 2008 in den Medien, die unten behandelt werden, haben sich noch weitere Zeugen namentlich gemeldet, die sich im März und April 1945 in der Nähe von Marienburg und in der Stadt selbst befunden haben. Gerhard Hinz erzählt, daß er gesehen habe, "wie die Leute von Soldaten auf Lastwagen verladen wurden [und in] Richtung Marienburg fuhren" 88. Rosemarie Busche (Jahrgang 1936) wird im Internet-Leserforum der "Preußischen Allgemeinen Zeitung" mit folgenden Sätzen zitiert: "Zwischen dem 10. und 18. April 1945 wurden wir von polnischen Soldaten in der Stadt Marienburg von der Straße aus mit sehr barschem Ton in ein sehr großes Haus unweit der Marienburg – oder waren es Räumlichkeiten, die dazu gehörten, das wissen wir heute nicht mehr genau – befehligt. (...) Es war eine schreckliche, angstvolle Atmosphäre in diesem völlig leeren, nackten Raum. Meine Mutter bedeutete uns kopfnickend den Raum leise zu verlassen. Wir sind ganz schnell durch mehrere Gäßchen und Ecken wortlos gegangen, eher gelaufen, bis wir in "Sicherheit", außer Reichweite waren." 89

Die wohl genauesten und umfassendsten Anteile zur Schilderung der Situation jener Nachkriegsmonate in Marienburg hat Karl Heinz Markowz beigesteuert⁹⁰. Er gehörte zu den Menschen, die – von der Roten Armee überrollt – wieder nach Hause beordert worden waren. Von Pommern ist er mit seiner Mutter, seiner Schwester und seinem Großvater in elf Tagesmärschen Ende Juni/Anfang Juli 1945 in Marienburg eingetroffen. Die Familie habe mit einem Boot nahe der zerstörten Holzbrücke die Nogat gequert. Dann seien sie links um die Burg herum gegangen und hätten auf dem Neuen Weg in den Trümmern die drei dort abgeschossenen sowjetischen Panzer passiert. Ihr Ziel sei die elterliche Wohnung im Ahornweg des Stadtteils Sandhof gewesen, wo sie hofften, den Vater anzutreffen. Über die Brücke des Mühlengrabens und den Welschen Garten seien sie durch die Langgasse nach Hause gegangen. In ihrem Haus befanden sich Polen. Draußen auf der Straße lagen oder standen Möbel. Die Verwandten hätten sie dort nicht angetroffen, danach aber in der Fleischergasse aufgetan; da seien auch sie untergekommen⁹¹.

⁸⁸ Die Bild-Zeitung vom 13.1.2009.

⁸⁹ Preußische Allgemeine Zeitung Nr. 22 vom 30. 5. 2009.

Er gehört dem Jahrgang 1932 an und steht mit dem Autor über eine Reihe von Telefonaten und über zwei Textabgleiche sowie eine umfassende Korrespondenz in Verbindung.

⁹¹ GROEGER (wie Anm. 72) erinnert sich: "Wir als Deutsche durften doch nicht in unseren Wohnungen wohnen, für uns war die Ziegelgasse und Fleischergasse bestimmt, damit uns die polnische Polizei jederzeit holen konnte."

Beim Passieren der seit dem Oktober 2008 durch die Medien so bekannt gewordenen Stelle an der Straße Binnenwall sei ihm nichts aufgefallen, was auf ein Massengrab hätte schließen lassen können. Den Platz habe er erst später in Augenschein nehmen können, als er in den Trümmern herumgestreift sei, um Eßbares zu finden. Das Areal sei eine freie Fläche gewesen, auf der ein Haufen von Schutt gelegen habe, der dem Material nach nicht zur Umgebung gepaßt habe. Es könne gut möglich gewesen sein, daß es zur Verfüllung des Grabes gedient habe. Die Knocheneinlagerungen an dieser Stelle dürften nur zwischen dem 10. März, als die Sowjets nach Abzug der Deutschen die freie Verfügung über den Platz gewonnen hatten, und dem April/Mai durchgeführt worden sein; denn Karl Heinz Markowz habe Ende Juni/Anfang Juli dort bereits den Bewuchs von Unkraut festgestellt. Das Foto von S. 308 bei Gustav Fieguth, das von Georg Sanders nur bis zum 9. März – dem Tag des Abzuges der Deutschen - von der Burg aus aufgenommen worden sein kann, erlaubt tatsächlich die Vermutung, daß es hinter den Trümmern der zerschossenen Häuser am Binnenwall und neben den Ruinen des Hotels "Drei Kronen" die bezeichnete freie Fläche gegeben habe. Das Fotodokument ist der einzige bekannte Beleg für den damaligen Zustand der Umgebung der großen Grabstätte. [Foto 2]

Im Juli und August habe Markowz die Gegend der Altstadt mit ihren Häusern und Kellern, die fast ausschließlich Ruinen gewesen seien, intensiv durchstreift, immer auf der Suche nach Eßbarem oder nutzbaren Gegenständen, die für weitere "Geschäfte" dienlich waren. Er habe so gut wie jeden Keller und iede Ruine gekannt. Reguläres Leben gab es darin nicht. Dabei sei er auf die Leichen vieler deutscher Soldaten gestoßen. Er könne sich daran erinnern, daß Tote aus Wohnungen und Kellern zusammengetragen und sowohl auf dem St. Georgenfriedhof als auch hinter dem St. Jerusalemfriedhof an der Straße "Alte Reihe" bestattet worden seien. Die Sowjets hätten wegen der Seuchengefahr Angst vor diesen Leichen gehabt. Unter dem Marktplatz habe er einen Stollen zwischen dem Straßenzug der Hohen und der Niederen Lauben aufgespürt. Trotz seines geringen Querschnitts sei er dort hindurchgekrochen. Bei solcher Gelegenheit habe er auf der Suche nach Nahrung in einem Keller der Straße Kratzhammer (gegenüber dem UT-Kino) zwischen dem Verlagshaus Halb der "Marienburger Zeitung" und der Ecke Schmiedegasse vier tote deutsche Soldaten aus der Zeit des Häuserkampfes in einer Mauernische gefunden. Sie waren bekleidet, aber gefleddert und auf Brauchbares hin auseinandergerissen worden. Er habe auch einzelne Tote in leeren, nicht zerschossenen Wohnungen gefunden, die ebenfalls angezogen da lagen, allerdings eher nur mehr in Unterkleidung. Als die Außentemperaturen angestiegen waren, dürfte sich niemand mehr an den Leichen zu schaffen gemacht haben, weil die Ansteckungsgefahr zu groß geworden sei.



Foto 2: Blick aus dem Hochschloß der Marienburg nach Südosten auf die Straße Welscher Garten. Ganz vorne ein abgeschossener sowj. Panzer, dahinter rechts Eingang in die Straße Binnenwall, danach rechts zur Nikolaus-Fellenstein-Straße. Oben rechts am Bildrand angeschnitten der Nordflügel der Landwirtschaftsschule. Foto: Georg Sanders. Quelle: G. Fieguth, Marienburg 1945, S. 308.

Eines Tages sei er von den Russen aufgegriffen und zum Schloß kommandiert worden. An der Stelle auf dem Mittelschloßhof, wo sich heute die vier Hochmeisterfiguren des ehemaligen Friedrich-Denkmals erheben, habe ein LKW gestanden, auf den er nach Anordnung der Aufseher wertvolle Dinge geladen habe. Nach drei Tagen sei er aus dieser Arbeit entlassen worden⁹². Durch einen Freund habe er später eine Beschäftigung im Wasserwerk erhalten. Er habe sich sehr anstellig gezeigt und konnte schnell in die dort anfallenden Arbeiten eingewiesen werden. Er fand zu der Belegschaft (Polen und Deutschen) guten Kontakt. Es ergaben sich recht intensive und verständnisvolle Gespräche über die für alle Beteiligten ähnlichen Probleme. In bescheidenem Maß ent-

⁹² Auf die Ausräumung des Schloßbezirks macht WILL, Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 375 aufmerksam: "Die wertvollsten Kunstwerke waren längst fortgeschafft."

wickelte sich zwischen Deutschen und Polen eine gewisse Solidarität, und man teilte sogar das wenige Brot miteinander. Er habe auch im städtischen Gefängnis gearbeitet, weil dort Rohrarbeiten erforderlich waren.

Die wichtigste gedruckte Darstellung der Ereignisse während der unmittelbar ersten Zeit nach dem Ende der Kampfhandlungen hat der katholische Pfarrer Konrad Will hinterlassen. Nach seiner sehr späten Übersiedlung Ende Januar 1957 berichtete er zum ersten Mal in der Marienburger Zeitung vom November desselben Jahres davon⁹³: "Von den vielen Toten, die damals im Kampfe fielen, kam kaum jemand auf die Friedhöfe. Marienburger Frauen mußten unter Aufsicht russischer Soldaten die Gefallenen auf dem "Galgenberg" und auf den Feldern ringsum beerdigen⁹⁴. (...) Als ich selbst am 20. April 1945 das russische Arbeitslager in Marienburg verlassen durfte, erhielt ich auch den Auftrag, für die Bestattung der noch unbeerdigten Kriegsopfer Sorge zu tragen; einige alte Männer – Marienburg hatte damals etwa 300 Bewohner – wurden mir zur Hilfe gegeben. Wir spürten immer wieder noch Tote auf, in den Kellern, auf den Höfen, im Schutt zerstörter Häuser. Wenn es noch möglich war, begruben wir sie auf dem nächsten Friedhof. (...) Vom Mai bis zum Ende des Jahres 1945 haben wir 273 Personen begraben; oft mußten wir mehrere Tote zusammenlegen, da wir außerstande waren, Einzelgräber zu schaffen. So liegen z.B. auf dem Jerusalemfriedhof in der Nähe des Heldenfriedhofes 27 Personen in einem Massengrab: Erwachsene, Kinder, Männer, Frauen, ohne Unterschied der Religionszugehörigkeit; wir beerdigten sie, wie es angängig war. (...) Die Gräber

- Unter dem Titel "Zum Toten-Gedächtnis". Alle folgenden wörtlichen Zitate stammen aus diesem Beitrag. Einen weiteren Bericht steuerte er dem Neuen Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 372–377 unter "Marienburg 1945–1957" bei. Konrad Will ist am 17. 12. 1900 im ostpreußischen Bischofsburg geboren worden und verstarb am 20. 4. 1987 in Köln. Meine Familie und ich haben ihn am 24. 7. 1973 in seinem Wirkungsort Poppenroth/Bad Kissingen besuchen können. Bei dieser Gelegenheit überreichte er mir für meine weiteren Forschungen einen aus den Trümmern Marienburgs geborgenen Band von Bernhard Schmid, Die Bau- und Kunstdenkmäler des Kreises Marienburg, Danzig 1919 (mit einem Ex-Libris von Hugo Panske), den ich in hohem Angedenken halte und sehr häufig nutze.
- ⁹⁴ Es ist dankenswerterweise sogar einer der Namen von den Frauen überliefert, die damals die Toten bestatten mußten. Lilly Groeger hat ihn behalten: "Frau Felske war schon Ende April nach Marienburg zurückgekommen. Sie war beim Totengräberkommando und mußte alle Leichen von der Straße begraben." Karl Heinz Markowz kann sich an den Namen erinnern (Telefongespräch am 18.5.2011). Bei den Aufräumarbeiten ging es aber wohl nicht nur um gefallene Soldaten, sondern auch um tote Zivilisten, die sich an vielen Stellen im Stadtgebiet fanden. Oblt. Hermann Treidel schreibt in seinem Tagebuch: "Ein Spähtrupp, der vom Bataillon in die Häuser gegenüber der Schleuse Galgenberg geschickt wird, findet in einem Stall mit dem Beil erschlagene ältere Frauen", vgl. Fieguth (wie Anm. 9), S. 137.

der im Stadtgebiet auf beiden Seiten Gefallenen und die in der Zeit vom Ende Januar bis Mitte März gewaltsam ums Leben gekommenen deutschen Menschen haben wir nicht angetastet; so fand ich Gräber in den Schrebergärten an der Gasanstalt und am Bäckerberg, ein Grab gegenüber der Bäckerei Schwandt, einige Gräber an der Ruine der ehem. Winrich-von-Kniprode-Schule und noch an vielen anderen Orten."

In diesem Bericht ist von der Anlage des Massengrabes an Binnenwall und Nikolaus-Fellenstein-Straße nicht die Rede. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß Konrad Will das Ereignis nicht erlebt hat. Er wurde zwischen dem 15. März und dem 2. April mit anderen Gefangenen (etwa 200) zu einem Marsch gezwungen, der ihn über Stuhm, Marienwerder, Mewe, Pr. Stargard bis nach Gr. Montau und von dort wieder zurück nach Marienburg geführt hat. Dann saß er im Lager auf dem Gelände des Hartwich-Platzes, aus dem er am 20. April wieder entlassen wurde⁹⁵. An diesem Tage erfolgte seine offizielle Beauftragung mit der Bestattung der noch vorhandenen Leichen und der Fürsorge für die verbliebenen Deutschen.

Aus der Zeit dieses Amtes hat Konrad Will bis zu seiner Ausreise im Januar 1957 nicht über irgendeinen Vorgang berichtet, der das Ausmaß des riesigen Grabes am Binnenwall gehabt hätte. So kann dessen Anlage nur in der Zeit seiner Abwesenheit stattgefunden haben. Da er allgemein sehr genau informiert war und "dienstlichen" Umgang mit den sowjetischen und polnischen Administratoren gehabt hat, wäre ihm das Massengrab nicht entgangen. Dieses gewichtige Ereignis vergessen zu haben, kann man sich bei der sonstigen Klarheit seiner Darstellung nicht vorstellen. Also darf angenommen werden, daß die Massenbestattung zwischen dem 10. März und dem 19. April durchgeführt worden ist. Während dieser Tage müssen beim Abschmelzen des Schnees und nach dem Auftauen des Bodens im Stadtgebiet und in den Gärten so viele Leichen offenbar geworden sein, daß sie vordringlich und sehr schnell fortgeschafft werden mußten. Auch ist anzunehmen, daß sehr viele Tote – vor allem kleine Kinder –, die im Januar und Februar an den Fluchtwegen abgelegt werden mußten, im Umkreis von Marienburg zu Tage gekommen sind⁹⁶.

- ⁹⁵ Aus amtlichen sowjetischen Unterlagen geht hervor, daß es für deutsche Soldaten (also nicht Zivilpersonen) zwischen dem 16. und 19.5.1945 in Marienburg einen Kriegsgefangenensammelpunkt gegeben hat, vgl. Orte des Gewahrsams (wie Anm. 82), S. 518. Leider finden sich an der Stelle keine Angaben zur Lage und dem Umfang dieses Platzes.
- Fritz Mordau, Im Januar 1945 in der Heimat, in: Marienburger Zeitung Nr. 334 (Jan. 1976) hält fest: "Am 24.1.1945 (morgens) zog ich mit meinem Handschlitten Richtung Dirschau ... Links und rechts der Straße sah man die Leichen von erfrorenen Kindern und alten Leuten, die den Elendsmarsch nicht überlebten." Bei Arno Surminski, Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?, Hamburg 1976,

Zur Erklärung für die Einrichtung des Massengrabes trägt auch die folgende Information aus einer russischen Darstellung unserer Tage bei: "Zu dieser Zeit bereitete die Evakuierung der Kriegsgefangenen ins Hinterland erhebliche Probleme, da kaum Transportmöglichkeiten für so große Kontingente zur Verfügung standen. Um die Frontabteilungen des NKVD bei ihren Bemühungen um den Erhalt der physischen Kräfte der Kriegsgefangenen zu unterstützen, entsandte man im Februar 1945 Sonderbevollmächtigte der GUPVI an alle Fronten. Kategorisch untersagt war der Abtransport von kranken und erschöpften Gefangenen sowie von Menschen ohne saisongerechte Kleidung ins Hinterland."97 Diese Aussage bedeutet im Klartext, daß die Sowjets das Interesse verfolgt haben, möglichst viele arbeitsfähige Menschen abzutransportieren, schwache, angeschlagene und überflüssige dagegen als unbequem auszusondern. Das konnte ihre Liquidierung bedeuten. Wenn eine solche Anordnung bestanden hat und der kämpfenden russischen Truppe bekannt war, haben wir einen Schlüssel für die Vermutung in der Hand, daß nicht wenige aus dem Personenkreis der Überrollten - auf welchem Wege immer - in die Leichenablage am Binnenwall geraten sind.

Von Zeitzeugen ist immer wieder zu hören, wie sehr sich die Sowjets vor Seuchen gefürchtet haben. Somit wird plausibel, daß die zusammengeworfenen Toten des Massengrabes aus dieser ersten großen Aufräumtätigkeit hervorgegangen sind, die bereits vor dem 20. April abgeschlossen war. Dazu paßt dann auch die Beobachtung von Karl Heinz Markowz, daß die Fläche am Binnenwall bei seiner ersten Begegnung mit dem Platz bereits mit Unkraut überzogen gewesen sei. Der Auftrag an Pfarrer Will und seine Hilfsmannschaft ist dann offenbar eine zweite Aktion gewesen, die dazu gedient hat, die vielen "verborgenen" Toten in den Trümmern aufzuspüren und so etwas wie eine Zusammenlegung verstreuter Einzelgräber zu erreichen⁹⁸.

- S. 257 findet sich die Bemerkung, Leichen seien überall gewesen: "Da gab es genug von. In jedem Chausseegraben ließ sich mühelos eine auftreiben."
- ⁹⁷ Vgl. Vladimir KOROTAJEV, Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR, in: Orte des Gewahrsams (wie Anm. 82), S. XX. (NKVD = Volkskommissariat des Inneren, GUPVI = Verwaltung Kriegsgefangene und Internierte). Für diesen wichtigen Hinweis aus der Literatur danke ich Reinhard Wenzel.
- Surminski (geb. 1934) hat in "Jokehnen" eine Darstellung der damaligen Verhältnisse "bei den Russen" in ihrer ganzen Komplexität als authentische Kindheitserfahrung vorgelegt. Er bringt sehr viele der für Marienburg beobachteten Phänomene präzise zur Sprache: den vielfachen Raub und Abtransport von wertvollen Gebrauchsgütern und Viehherden in die Sowjetunion, die allgegenwärtigen Leichen mit ihrem lähmenden Gestank, die Furcht der Deutschen davor, zu deren Beerdigung herangezogen zu werden, die Bestattung eines Säuglings am Straßenrand, die bittere Hungersnot, die Verführung zur Leichenfledderei, die vielfachen großenteils unmotivierten Erschießungen und Brandstiftungen. Vgl. SURMINSKI (wie Anm. 96), S. 206 f., 223, 226, 245, 249–252, 256 f. u. 264.



Foto 3: Von derselben Stelle wie Foto Nr. 2 aufgenommen, Mitte der 50-er Jahre: das sog. polnische Haus (Kino) mit einer Parkanlage. Das Massengrab verbirgt sich hinter dem Haus und vor den beiden größeren Bäumen an der ul. Solna. Quelle. Schloßmuseum Malbork. Der Park zeigt sich auf einem Foto aus der Mitte der 60-er Jahre sehr gepflegt (mit Sitzbänken), vgl. M. Kilarski, Odbudowa i Konserwacja Zespołu Zamkowego w Malborku w latach 1945–2000, 2007, S. 88.

Aus polnischer Sicht hat Wiesław Jedliński zusammengestellt, was er über die Zeit unmittelbar nach dem Abschluß der Kämpfe ermittelt hat. "Nach Beendigung des Krieges boten sowohl die Stadt als auch die historische Burg einen tragischen Anblick. (...) Aus den Ruinen stieg Rauch hoch, und die Straßen waren voller gefallener Soldaten, zertrümmerter Dachpfannen, Balken, Glas und Schutt. Die Stadt war menschenleer, und Brandgeruch lag in der Luft. In den Gassen der zerstörten Stadt konnte man halbverwilderte Hunde und Katzen sowie vorbeihuschende Ratten und Mäuse antreffen⁹⁹. (...) Die Einwohner von Malbork fürchteten sich nicht nur vor dem Abtransport nach Sibirien, sondern sie bangten auch um ihr Leben. Eine Zeit lang gab es täglich Vergewaltigungen (des öfteren gruppenweise) durch demoralisierte Soldaten, besonders im Stadtteil Sandhof." Immer wieder waren Schießereien zu hören oder zu sehen. "Auf diese Art und Weise kam (...) die Familie Olsen (Mutter mit zwei

⁹⁹ JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 246.

Kindern) um. Auch Polen wurden erschossen: Stanisław Urbański und der Aktivist der Gruppe "Junger Wald" Roman Dzierbicki." Die Anlage des Massengrabes an der nunmehr ul. Solna bezeichneten Nikolaus-Fellenstein-Straße/Binnenwall erwähnt Jedliński in seiner Darstellung nicht. Er wohnte 1945/46 nicht in Malbork, so daß ihm die Ereignisse nicht aus eigenem Erleben bekannt waren.

Das Umfeld des Platzes ist relativ bald nach dem Krieg gärtnerisch gestaltet und als Parkanlage eingerichtet worden. [Foto 3] Es standen dort noch bis etwa 2006 einige Häuser, darunter das als "polnisches Haus" wiederhergestellte ehemalige Hotel "Drei Kronen". Heute weist lediglich eine Plakette an der Nordwand des Alten Rathauses auf das verschwundene Gebäude hin. Der größte Teil der Fläche ist bis zur Gegenwart unbebaut geblieben und beherbergte über viele Jahrzehnte die Stände fliegender Händler; das Areal hatte im Volksmund den Namen "Russenmarkt". Es war tagsüber sehr belebt, von Einheimischen und Touristen. Von dem, was darunter lag, ahnte so gut wie niemand etwas.

Die sowjetische Militärverwaltung

Die Rote Armee richtete nach der weitgehenden Zerstörung und der darauf folgenden Einnahme des Ortes sofort nach dem 9. März 1945 in Gebäuden an der Junkergasse – gegenüber den Kasernen – eine Kriegskommandatur unter der Leitung des Oberstleutnants Aleksiej Denisow ein, dem das Militär und die Zivilbevölkerung unterstellt wurden 100. Altes und Neues Rathaus waren unbenutzbar, selbst für Gefängniszwecke. Denisow bildete eine kommunale Selbstverwaltung aus verbliebenen Deutschen und Polen, die hier während des Krieges zur Zwangsarbeit verpflichtet gewesen waren. In der Stadt wurde sehr viel sowjetisches Militär stationiert, so daß die dringende Notwendigkeit bestand, umgehend Ordnung herzustellen, um zur Verminderung von Raub und Totschlag die siegreiche Rote Armee von den in Marienburg noch vorhandenen und recht bald von überall her einziehenden Zivilpersonen zu trennen.

Diese waren Teile der verbliebenen deutschen Einwohnerschaft und der bäuerlichen Bevölkerung aus der Umgebung. Hinzu kamen Flüchtlinge, die vom sowjetischen Militär z.B. aus Pommern, aus dem Evakuierungskreis Berent oder aus der Tucheler Heide nach Marienburg zurückbeordert worden waren¹⁰¹. Auch solche von weiter her, die hier mit ihren Treckwagen strandeten, aber

Zum ganzen vgl. Ernst Bahr, Der Kreis Marienburg nach 1945, in: Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 223–233.

Hinweis z.B. von Gertrud Musch zum Zeitraum Mai 1945 bis August 1947, in: Marien-burger Zeitung Nr. 26 (Apr. 1950).

auch Polen, die Zwangsarbeiter gewesen waren. Und dann erschienen nach und nach die aus den östlichen Gebieten vertriebenen und nun individuell zuwandernden Polen oder solche, die in das Land eingewiesen wurden. In der Stadt stellten sie sich bereits vom Februar/März 1945 an ein, höchstwahrscheinlich weil sie sich dort größere Möglichkeiten des Überlebens erhofften. Aufs Land kamen diese Zuwanderer erst ab dem Frühjahr 1946¹⁰², nicht zuletzt wohl auch aus dem Grund, weil weite Flächenanteile beider Werder von der Wehrmacht durch Überflutung unbrauchbar gemacht worden waren, besonders in den Depressionsgebieten am Drausensee und im Großen Werder in den niedriger gelegenen Regionen. Die Deutschen wurden zur Arbeit verpflichtet, Frauen, Männer und größere Kinder. Die Stadt lag in Trümmern, wertvolle Gegenstände (Maschinen, Mobiliar, Vorräte und Viehherden) wurden in großer Menge in die Sowjetunion verbracht. Es wurde aber auch daran gearbeitet, Wasser, Strom und Gas zu liefern und vorrangig Betriebe zur Versorgung der Soldaten und der Zivilbevölkerung wieder zu beleben. Im April 1945 übernahmen polnische Arbeitskräfte das Wasserwerk und den Eisenbahndienst, im Juni begann das Gaswerk zu produzieren. Am 1. Mai eröffnete eine Schule den Betrieb¹⁰³.

Die verbliebenen Deutschen waren verängstigt. "Sie wußten nicht, was sie erwartete, da sie auf Gnade und Ungnade der Sieger angewiesen waren. (...) Beim Raub von deutschem Eigentum kam es auch zu Zusammenstößen (mit Handfeuerwaffen) zwischen sowjetischen Soldaten und polnischen Matrosen sowie Angehörigen der Volksmiliz." Die deutsche Bevölkerung bestand aus Frauen, alten Menschen und Kindern, die in dürftigsten Unterkünften großen Hunger und starke Kälte aushalten mußten. Und das, was sie hatten, wurde ihnen oft genug von sowjetischen Marodeuren und polnischen Plünderern geraubt. Am schlimmsten traf es die Kinder, wenn sie nicht von den Soldaten an ihren Kasernen einige Lebensmittel erbetteln konnten. Besser standen die Deutschen da, die irgendwo eine Beschäftigung fanden. Dafür bekamen sie warmes Essen und Lebensmittel. "In Folge von Unterernährung, Mangel an Medikamenten und angemessener Hygiene starben viele Menschen. Besonders viele Tote gab es unter den Kindern." ¹⁰⁴

Ruth Kos hat im Jahre 2001 erzählt, daß es der sowjetischen Kommandantur langsam gelang, die soldatischen Mannschaften in den Kasernen zu disziplinieren. Für die sowjetischen Offiziere und ihre Familien wurden im südlichen Teil

KLEMPNAUER (wie Anm. 41), S. 100 f. – Der katholische Propst Franz Pingel, der erst im August 1946 Marienburg verließ, schreibt in der Marienburger Zeitung Nr. 2 (Nov. 1947) über die inzwischen etwa 15.000 polnischen Neubürgerinnen und Neubürger: "Wohl fühlten sie sich nicht."

¹⁰³ Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 223.

¹⁰⁴ JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 253.

der Stadt einige "bessere" Straßenzüge mit nicht zerstörten Häusern abgetrennt und durch Bretterzäune geschützt. Dieses russische Quartier blieb über Jahrzehnte gegenüber der polnischen Bevölkerung separiert.

Die Anfänge einer polnischen Administration

Aufgrund einer Vereinbarung der sowjetischen mit der vorläufigen polnischen Regierung vom 14. März 1945 erschienen elf Tage später am 25. März im Auftrage des Ministerrates sieben Personen einer polnischen Marine-Operationsgruppe an der Nogat, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Führende Köpfe dieser Gruppe waren Władysław Szedrowicz und Zygmunt Wiernicki, deren Aufgabe es war, die Vorbereitungen für den Aufbau einer eigenständigen polnischen Zivilverwaltung zu treffen. Allerdings gelang dies erst Ende April, weil es zwischen der sowjetischen Militäradministration und den Polen immer wieder zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten kam. Nach schwierigen Gesprächen wurde ein Bürgermeister eingesetzt, dessen erste amtliche Verlautbarung das Datum des 28. April 1945 trägt, noch zehn Tage vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai¹⁰⁵. Das Dokument ruft in Deutsch und Polnisch die polnische und deutsche Bevölkerung auf, Garten- und Ackerland zu bestellen, um die Ernährungslage zu verbessern. Verwaltung und Miliz residierten in Wohnungen der Junkergasse. Der neue Landrat (Starost) Augustyn Szprega übernahm sein Amt am 9. Mai 1945, indem er in einem Schreiben feststellt: "Nach dem Erlaß Nr. 13 des Bevollmächtigten der Vorläufigen Regierung in Ostpreußen vom 17. April 1945 übernehme ich mit dem heutigen Tage die Amtsführung in den Grenzen des Kreises Marienburg aus dem Jahre 1944."106

"Zur Feier des Tages der Arbeit legten die Russen am 1. Mai 1945 an vier Stellen der Stadt Feuer. Feuer zu legen war für sie eine tägliche Beschäftigung. (...) Aus Anlaß der Kapitulation Berlins organisierte die sowjetische Kommandantur ein Treffen mit den Einwohnern der Stadt, bei dem die Vivat-Rufe und die Schüsse mit Maschinenpistolen kein Ende nahmen." In einer Feierstunde am 3. Juni 1945 in der ehemaligen Zigarrenfabrik Löser & Wolff an der Junkergasse übergab der sowjetische Oberstleutnant Denisow (vor angeblich 1000 teilnehmenden Personen) offiziell die Amtsgewalt an die Polen. In einer Bekanntmachung der vorläufigen polnischen Stadtverwaltung vom Vortag heißt es: "Das

¹⁰⁵ Vgl. Górski (wie Anm. 32), S. 246 f.

JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 255 f. – Górski hat z.T. andere Tagesangaben, die ihm der Malborker Archivar Eligiusz Gumprecht beigesteuert haben dürfte, vgl. die Vorrede bei Górski (wie Anm. 32), S. 6. Diesem folgt auch BAHR (wie Anm. 100), S. 223.

Organisationskomitee fordert alle Polen zur gemeinsamen Teilnahme an der historischen Feier auf, um den unbeugsamen Willen und das Recht unseres Volkes zu dokumentieren, welches nach Jahren wieder als rechtmäßiger Hausherr die Macht über das geraubte Eigentum übernimmt." 107 Zum Zeichen des Neuanfangs wurde auf der Marienburg die polnische Nationalflagge aufgezogen. In den ersten Wochen residierte die Stadtverwaltung in der Junkergasse in einer intakt gebliebenen Privatwohnung. Am 15. Juli 1945 konnte das Neue Rathaus am Danziger Platz bezogen werden, so daß die neue polnische Stadtadministration dort anfing zu regieren, wo die deutsche im Januar aufgehört hatte. Parallel dazu wurde die Kreisverwaltung eingerichtet. "Der erste polnische Starost Augustyn Szpręga (es war August Sprenger aus Preußisch Stargart; er sprach Deutsch) besaß eine tatkräftige Hand zur Einrichtung einer nach und nach spürbar werdenden Ordnung. Seit seinem Amtsantritt ist für Diebe und Plünderer das Marienburger Gefängnis wieder eingerichtet worden." 108 Für Szpręga wurde am 12. Mai 2009 am Malborker Landratsamt eine Erinnerungstafel angebracht.

Die bislang noch in Marienburg vorhandene deutsche Bevölkerung wurde 1946–1957 des Landes verwiesen, so daß sie als "vertrieben" bezeichnet werden muß¹⁰⁹. Nach Pfarrer Wills Weggang gab es keine deutsche Bevölkerung mehr an der Nogat, nur einzelne Menschen, oft mit einem polnischen Partner verheiratet oder als Kind in einer Familie aufgenommen, bildeten den Rest. Manche waren wohl auch unter Druck gesetzt worden, für Polen zu optieren.

Das Massengrab wird entdeckt

Am 14. November 2008 erhielt der Autor dieser Abhandlung eine e-mail über bodorueckert@t-online.de aus Malbork zugestellt, in der die Frage aufgeworfen wurde, ob er Informationen über ein Massengrab bei dem ehemaligen Hotel "Drei Kronen" besitze. Es seien dort Reste von 67 Toten (Frauen, Männer und Kindern) geborgen worden. Dann heißt es in der sprachlich unbeholfenen Anfrage weiter: "Nicht ist bekannt eine Herkunft dieser Beine. Herausgenommen

- ¹⁰⁷ Alle wörtlichen Zitate bei Jedliński (wie Anm. 3), S. 253 f.
- ¹⁰⁸ Bernard Jesionowski im Gespräch am 7. 9. 2010 im Schloßmuseum.

Die Zahlen für 1945 vgl. Anm. 47. – Im Neuen Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19) wird der Ausreisetag von Propst Pingel S. 371 und 377 mit dem 6. August 1946 angegeben. Max Doeppner, Marienburger Zeitung Nr. 5 (Feb. 1948) schreibt, daß Pingel und die ca. 1.500 Menschen mit ihm erst am 11.8. die Benachrichtigung dazu erhalten hätten. Der zweite große Transport verließ Marienburg im August 1947, die restlichen Deutschen folgten ab 1956 in kleinen Gruppen. Pfarrer Konrad Will verabschiedete sich mit seiner Schwester im Januar 1957 von der Stadt. Vgl. Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 377.

Körper waren ohne die Kleidung, mit dem Loch von der Kugel in dem Kopf. Ein Ganzes sieht auf dem Massengrab aus." Das Ganze sehe nach einem Massengrab aus. Dem Text waren 7 Farbfotos beigegeben, denen einige Details bei der Bergung von Knochen, mehrere Lastkraftwagen, ein Räumgerät, ein Werkstatt- und ein Leichenwagen zu entnehmen sind. Ein Bild hält den Akt der Wiederbestattung der menschlichen Überreste auf dem Marienburger Stadtfriedhof Willenberg fest. Darauf sind neben einem katholischen Geistlichen sieben weitere Männer zu sehen. Der Augenblick der ersten Entdeckung hatte sich gegen 10.30 Uhr am 28. Oktober 2008 ereignet, als Bauarbeiter beim Aushub von Erdreich plötzlich auf Knochen und Schädel dutzender Menschen gestoßen waren, die aufgrund ihrer Größe zumeist von Kindern stammen konnten¹¹⁰.

Auf Befragen vermutete der Malborker Bürgermeister Andrzej Rychłowski am 3. November 2008, die Toten seien "gegen Ende 1945" gestorben. "Später ... sollte Rychłowski sich dann nicht mehr an seine erste Aussage erinnern und fortan erklären, daß die Menschen wohl Opfer von Typhus, Hunger und Querschlägern bei Kämpfen zwischen den Deutschen und Russen geworden waren und somit spätestens im März 1945 gestorben sein müssen."

Diese Information stellte meine erste Berührung mit dem Thema dar. Der Heimatkreis Marienburg (Westpreußen) richtete unter "Rätselhafter Fund" am 29.11.2008 eine Internetseite ein, über die er bis 2011 in der Sache den jeweils neuesten Stand dokumentierte. Am 21. November waren meine Frau und ich mit einem polnischen Freund am Ort des Geschehens und umrundeten mit nachdenklicher Beklommenheit das abgesperrte Areal. Die Arbeiten ruhten, zumal es anfing dunkel zu werden. Am folgenden Tag saßen wir dem Bürgermeister im Rathaus gegenüber und besprachen im Zusammenhang mit anderen Themen auch dieses Geschehen¹¹¹. Ich trug ihm meine Kenntnisse über die Zeit

¹¹¹ Zur großen Überraschung des Autors wußte Altermedia.info am 7.1.2009 im Internet zu berichten, daß sich bislang weder von polnischer noch von deutscher Seite jemand um die Sache gekümmert habe. "Nur ein netter, älterer Herr aus Deutschland, der Buchautor und geborene Marienburger Dr. Rainer Zacharias tauchte vor zwei Wochen besorgt in der Amtsstube des Malborker Bürgermeisters auf und befragte diesen zu dem Massengrab."

In: polskaweb.eu/massaker-von-marienburg-erfolgreich-verschleiert (Stand: 29.06. 2010) (auf Deutsch wie auch die weiteren Zitate oben im Haupttext): "gegen 11.30 traf dann ein Bagger an der Fundstelle ein. Um 13.30 war der Spuk dann schon vorbei. Knapp 70 Skelette waren in Plastiksäcken ... auf zwei Transporter verladen worden, die dann schnell davon brausten. Man hatte ... die Toten ... durch eine "neuzeitliche Schnellexhumierung" erfolgreich vor dem Eintreffen "neugieriger" Fragesteller und Fotografen entfernt." – Das offizielle Gutachten vom 18.5.2009 gibt an, die zuerst exhumierten Gebeine stammten von 65 Toten. – Die Szene auf dem Friedhof mit dem Priester ist später nachgestellt worden, um der Presse ein "würdiges" Foto präsentieren zu können.

der Kämpfe um Marienburg bis zum 9. März 1945 vor und schloß – falls dieser Teil der Ortsgeschichte tatsächlich den historischen Hintergrund bilden sollte – eine Verursachung der Anlage des Grabes von deutscher Seite aus¹¹². Da seit dem 28./29. Januar 1945 diese Fläche nicht mehr in deutscher Hand gewesen und aus früheren Jahren oder Jahrhunderten für den mit Häusern bebauten Platz kein Ereignis bekannt sei, das auf ein Massengrab schließen lasse, könne das Grab nur nach dem Januar 1945 entstanden sein¹¹³. Der Bürgermeister bedankte sich für die Darstellung und die Literaturhinweise.

Die örtliche Marienburger Ausgabe der Zeitung "Gazeta Wyborcza" präsentierte in ihrer Darstellung vom 19. November 2008 bereits eine erweiterte Situation: Die Ausgrabungsfläche umfasse jetzt zehn Quadratmeter (die sich bis Ende Januar 2009 auf etwa 2.500 m² vergrößerte). Stadtbehörde, Polizei und Staatsanwaltschaft seien in der Zwischenzeit am Fundort gewesen. Darüber hinaus hätten die Historiker des Marienburger Schloßmuseums bereits die Vermutung verfestigt, wonach das Grab aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges stamme und deutsche Zivilbevölkerung enthalte, auch Frauen und Kinder. Der Staatsanwalt habe die Sache niedergeschlagen, weil sich keine Kennzeichen eines Vergehens (an polnischen Menschen) hätten erkennen lassen. Deswegen seien die Überreste auf dem Willenberger Friedhof bestattet worden. Zwei Wochen später habe man nun aber weitere Funde gemacht. Schädel und Schienbeine lägen in den Gräben, und es sei kein Zaun zur Absperrung errichtet worden. Bereits in diesem Zeitungsaufsatz wird auf die Aussage des Malborker Internet-Forums-Marienburg.pl aufmerksam gemacht, in der Jacek Kmieć die Kritik geäußert hatte, daß die erste Exhumierung fachlich nicht richtig angelegt und viel zu schnell durchgeführt worden sei. Um den Vorgang optimal zu gestalten, müßten die entsprechenden Ämter eingeschaltet werden. Dazu wird der Marienburger Vizebürgermeister Skonieczny mit der Stellungnahme zitiert, alles sei bislang richtig gemacht worden.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt hatte eine erhebliche Erregung erfaßt, die sich in den Zeitungen der Stadt, im Internet und in persönlichen Gesprächen, wie etwa in denen, an welchen wir teilgenommen haben, niederschlug. Zur Beruhigung wies die Marienburger Lokalausgabe der "Dziennik Bałtycki"

Die Außenstelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg hat dies wenig später schriftlich bestätigt, vgl. oben Anm. 36. – Ich wies den Bürgermeister auf die umfassende Darstellung bei Fieguth (wie Anm. 9) hin und sagte meine Unterstützung bei einer historisch-fachlich geführten Untersuchung zu. Dieses Anerbieten ist nicht aufgenommen worden.

Es hat an dieser Stelle zu keiner bekannten Zeit einen Begräbnisplatz gegeben. Der dem mittelalterlichen Heilig-Geist-Hospital zuzuordnende frühere katholische Friedhof befindet sich etwa 80 Meter entfernt in südöstlicher Richtung.

am 21. November 2008 in einer Bildunterschrift auf S. 4 darauf hin, daß die aufgefundenen Knochen zur Untersuchung in das städtische Krankenhaus gebracht worden seien. Am 28.11. informierte die Zeitung darüber, daß man die Gebeine in die Gerichtsmedizin nach Danzig zur Analyse transferiert habe, bis zu deren Fertigstellung wohl ein Jahr vergehen werde. Eine Identifizierung der Nationalität der Opfer sei schwierig, weil keine Kleidungsstücke oder persönlichen Gegenstände gefunden worden seien. Lediglich ein kleines Fläschchen mit einer deutschen Inschrift habe man bergen können. Später kamen ein Kamm und eine Kinderbrille hinzu. Die Marienburger Historiker seien gewiß, daß es sich nicht um Polen handele. Zur Unterstützung dafür steuerte der Vizestaatsanwalt Jarosław Kemblowski die Information aus dem Danziger Institut des Nationalgedächtnisses bei, wonach es keinerlei Hinweise auf die Überbleibsel von polnischen Menschen gäbe. Für die Durchführung der Arbeiten sei förderlich, daß sie unter der Kontrolle des erfahrenen Archäologen im Marienburger Schloßmuseum Zbigniew Sawicki stattfänden. Alles Weitere werde die gerichtsmedizinische Analyse erbringen. Die Exhumierungsarbeiten würden im Auftrag des Grundstückseigners durch die Mitarbeiter der Malborker Stadtfirma geleistet werden und so lange andauern, bis das Gelände genau erforscht sei. Was noch und in welcher Tiefe im Boden vorhanden sei, könne man ebenso wenig vorhersagen wie die Frage danach, wieviel Geld der Besitzer des Bauplatzes für die Exhumierung bereitstellen werde.

Recherchen und Erklärungsversuche

In den nächsten Tagen traten durch die Einwirkung des starken Regenwetters weitere Knochenreste zutage, so daß die Menge der aufgefundenen Toten sprunghaft über die Zahl von 400 und 500, 800 und 1.000 zur Größenordnung von etwa 1.700 hinaufschnellte. Anfangs wurde eine deutliche Sorglosigkeit der städtischen Ordnungsbehörde beobachtet, weil es Schändungen und private Grabungen von Andenkenjägern gab. Offenbar mit Blick auf die exorbitante Anzahl der Fundstücke hin lenkte die Redaktion des polnischen (in deutscher Sprache gestalteten) Internetportals "Polskaweb" am 6. 12. die Aufmerksamkeit in Richtung auf die Vermutung eines sowjetischen Pogroms, dem die Menschen in dem Massengrab zum Opfer gefallen seien. "Polskaweb" argwöhnte, daß der Bürgermeister deswegen "großen Ärger" habe, "weil er aufdeckte, dass die Staatsanwaltschaft dieses Pogrom wahrscheinlich verschleiern wollte". Das "mutige" Stadtoberhaupt habe dagegen eine umfassende Aufklärung gefordert, weil der offensichtlich vollzogene Genozid nach Völkerrecht nicht verjähren könne.

Der Verdacht einer Massenerschießung mag dadurch erregt worden sein, daß gleich zu Beginn der Entdeckung der menschlichen Relikte die Beobachtung umlief, jeder zehnte Schädel – also auch die der Kinder – hätte Einschüsse aufgewiesen¹¹⁴. Dem fügte der Malborker Stadtsekretär Piotr Szwedowski die Auskunft hinzu: Mit Hilfe eines Metall-Detektors habe man im Gewirr der Knochen ein Geschoß gefunden. Diese Information war in einem bekannt gewordenen Telefonat des Zeitzeugen Gerhard M. durch den Hinweis ergänzt worden, es seien – wie er oben S. 138 ausgeführt hat – sowjetische Panzer über die Leichen gefahren. Diese Aussage hatte er dann detailliert erweitert, es seien etliche Marienburger Einwohner und entkräftete Flüchtlinge aus Ostpreußen auf einem Platz zusammen getrieben und dort von den Russen erschossen worden. Das habe er als Kind im März 1945 von seinem in Marienburg verbliebenen Onkel erfahren¹¹⁵. Einige Polen hätten dies zu verhindern gesucht und seien bei ihrem Dazwischentreten ebenfalls getötet worden¹¹⁶.

Die Ausgrabungen wurden bis zum Jahresanfang 2009 über Wochen hin immer wieder unterbrochen, weil starker Frost die weitere Exhumierung unmöglich machte. Anfang Januar konnte die Bergung mit 6 oder 7 städtischen Mitarbeitern fortgesetzt werden, so daß die Zahl der freigelegten Knochenfunde ständig anwuchs. Das hatte zur Folge, daß sich eine Fülle von Journalisten und Fernsehteams an der Grabungsstelle einfand. Damit kam eine Berichtswelle in Bewegung, die sowohl die öffentlichen Medien als auch das Internet erfaßte. Besonders dort stellten sich sehr schnell emotional aufgeladene, zum Teil "marktschreierisch" aufgemachte oder verleumderisch Unfrieden stiftende Vermutungen, Verdächtigungen und Mystifizierungen ein. Nicht selten führte Sensationsgier Regie, und vielfach enthielten die Texte eindeutige politische Vergiftungsabsichten.

¹¹⁴ In einem Beitrag der Jungen Freiheit reduziert der Archäologe Zbigniew Sawicki diese Zahlenangabe: Nur sporadisch trügen die Schädel auch Einschüsse. www.jungefreiheit.de 04/09 vom 16.1.2009.

¹¹⁵ Vgl. auch: internet super-illu vom 28.1.2009.

In der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 20.1.2009 meldete sich der Zeuge Manfred Jungius, dessen Aussage man so interpretieren könnte, daß sowjetische Soldaten auf überall herum liegende Totenschädel geschossen hätten, sozusagen zum Zeitvertreib. – Diese durchlöcherten Schädel hätten im Massengrab ganz obenauf gelegen, steuerte die taz vom 21.1.2009 bei. – Karl Heinz Markowz hält dagegen, daß es für solche und manche anderen Berichte keinen Anhalt gebe: erstens weil er – trotz seines Einsatzes in einer vielbeschäftigten Arbeitsgruppe des Wasserwerks – nichts davon gehört habe, und zweitens: Die meisten Deutschen hätten sich sonntags regelmäßig zum Gottesdienst bei Pfarrer Konrad Will in der St.-Georgen-Kirche eingefunden. Dabei seien regelmäßig alle Neuigkeiten ausgetauscht worden. Solche Nachrichten habe es dort nicht gegeben.

Die BILD-Zeitung präsentierte das Thema unter der Überschrift: "Wer sind die 1800 toten Deutschen von Marienburg?" ¹¹⁷. Die Redaktion hatte am 7. Januar auch den Autor entdeckt und von ihm die gleiche zurückhaltende Darstellung wie die im November 2008 gegenüber dem Bürgermeister von Marienburg geäußerte bekommen. BILD zitierte mich in der Ausgabe vom 8. Januar trotzdem mit dem falschen Satz "Die Umstände lassen vermuten, dass dort Menschen hingerichtet worden sind". Auf meinen sofort eingereichten telefonischen Protest konnte ich wenigstens für die Ausgabe des nächsten Tages (am 9. 1.) erreichen, daß als Korrektur der mahnende Satz abgedruckt wurde: "Im Sinne des deutsch-polnischen Verhältnisses sollten keine zu frühen Schlüsse gezogen werden." Damit verschwand aber nicht die Vermutung eines Pogroms aus den deutschen Nachrichten. In polnischen Quellen wurde sogar mehrfach der Vergleich mit Katyn herangezogen.

Das sogenannte Polnische Haus

Eine in den Einzelheiten gut informierte Darstellung in "Unabhängige Nachrichten" aus Oberhausen¹¹⁸ mit der Überschrift "Unwürdiger Umgang mit Opfern" geht von der wirkungsvollen, aber falschen Behauptung einer totalen Liquidation der Deutschen in Marienburg aus: "Sich mehrende Hinweise und Indizien deuten ... darauf hin, dass in Kellern am Fuße der Marienburg die deutsche Bevölkerung der Stadt nach Kriegsende komplett exekutiert wurde, was auch ein Grund dafür sein kann, dass die Behörden von Marienburg (polnischer Name: Malbork) anscheinend alles daran setzen, um die wahren Ereignisse zu verschleiern." Diese Aussage konnte nicht zutreffen, weil durch Evakuierung und Flucht des größten Teils der Einwohnerschaft nur noch eine sehr geringe Zahl von Marienburgern in der Stadt verblieben war. Der Beitrag drückte jedoch die Suggestion aus, als könne ein Massaker ins Spiel gebracht werden. Darum durfte es weiter unten (S.6) heißen: "Niemand weiß etwas oder will etwas über das Massengrab wissen, aber alle beschuldigen die Russen. Nirgendwo in den Medien findet man einen Hinweis darauf, dass hier eventuell die Polen die Stadt von den deutschen Einwohnern ,gesäubert' haben könnten." Und im Zuge der Verfasserintention zielte dann das Ende (S. 8) bohrend auf die Frage: "Bedeutet das alles, dass auch hier Nachbarn ihre Nachbarn ermordet haben könnten und sich dabei der Unterstützung der eigenen Sicherheitskräfte bedienten?" Somit war die Schlußfolgerung nicht weit: "Die Kopfschüsse bei

¹¹⁷ Bundesausgabe vom 8.1.2009.

¹¹⁸ UN Nr. 2/2009 S. 5-8. Im Internet: UN-09-02.pdf.

etwa 10 Prozent der Opfer sprechen deutlich für Hinrichtungen. (...) Wahrscheinlich wurden die Menschen in größeren Gruppen in die Keller des 'Polnischen Hauses' getrieben. Man zwang sie, sich auszuziehen, und dann wurden sie exekutiert. Möglich ist auch, daß man in den Gewölben, die weit über das Grundstück verliefen, die Opfer stapelte und später alles zumauerte. Hierfür spricht, daß auch Skelette unter dem abgerissenen Gebäude gefunden sein sollen."¹¹⁹ In diesem Elaborat aus wahren und irreführenden Bausteinen wird extreme Brunnenvergiftung betrieben wie gleichermaßen in dem Internetportal, das der NPD zugerechnet wird: "Deutschland Altermedia.info" mit dem Datum des 7.1.2009. Dort werden unter der Überschrift "'Polnisches Haus' auf deutschen Leichen" Greueltaten an der deutschen Zivilbevölkerung erwähnt, die "von entmenschten Bestien in polnischer Uniform verübt worden" seien.

An dieser Stelle kann gezeigt werden, wie präzise eine verläßliche Recherche für die Berichterstattung hätte sein müssen, um zu richtigen Informationen zu gelangen. Dann hätte es keine solchen diffamierenden Äußerungen zu geben brauchen, die das polnisch-deutsche Verhältnis in jedem Falle belasten.

Hier muß zunächst in einer Reminiszenz geklärt werden, welche Rolle das "Polnische Haus" in Marienburg gespielt hat. Ausgangspunkt dafür ist das Ereignis der Volksabstimmung am 11. Juli 1920, die über den Verbleib des Kreises und der Stadt Marienburg beim Deutschen Reich zu entscheiden hatte. Sie erbrachte 165 Stimmen für Polen und 9.641 für Deutschland¹²⁰. Das Plebiszit war nach dem Verlust des Ersten Weltkrieges für Deutschland ein staatspolitischer Vorgang ersten Ranges und fand mit Stimmabgabe und Auszählung in Wahllokalen statt, die sich in öffentlichen Gebäuden und Institutionen befanden und nicht im privat genutzten "Polnischen Haus". Deswegen haben sich an diesem Tage dort unmöglich Tausende von Menschen aufgehalten. Das Haus beherbergte damals das Hotel "Drei Kronen", welches sich mindestens seit 1905 an dieser Stelle befand. Im Jahre 1912 z.B. pries es in einem Marienburger Fremdenführer "seine Säle und großen Separatzimmer" an¹²¹. Das Hotel kann zu kei-

In einer Darstellung aus Polen wird dieser Befund noch weiter ausgewalzt: "Auch Hof und Saal dieses Objektes waren groß genug, weit über 2.000 Menschen aufzunehmen. Bei der Volksabstimmung 1920 waren es sogar einige Tausend mehr." Der Text findet sich unter polskaweb.eu/massengrab-marienburg-vertuscht-56789 (Stand: 28.06.2010), aber auch in dem in der vorigen Anmerkung genannten Beitrag auf S. 8. – Die beiden Wissenschaftler des Marienburger Schloßmuseums Jesionowski und Sawicki haben 2010 übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß unter den ehemaligen Gebäuden dieses Areals keine Skelette gefunden worden seien.

Gustav Berg, Geschichte der Stadt Marienburg (Westpreußen), Marienburg 1921, S. 245, und Jedliński (wie Anm. 26), S. 113.

Wilhelm SCHWANDT, Marienburg. Schloß und Stadt in Preußen, Danzig 1912, 4. Aufl., S. 147 und 150.

ner Zeit 2.000 oder gar mehrere Tausend Menschen aufgenommen haben; dazu war es viel zu klein. Die maximal 20.000 Marienburger Einwohner hätten, zumal es noch eine Reihe weiterer Hotels gab, ein solches Gasthaus niemals profitabel machen können. Ende 1918 war es ein Soldatenheim geworden, und im Jahre 1920 verpachtete der Besitzer das Anwesen als Vereinslokal an den polnischen Volksrat, der nach den Versailler Bestimmungen von 1919 zur Durchführung der Volksabstimmung gebildet worden war. Eine vereinsmäßig eingetragene polnische Minderheitsgruppe gab es damals in Marienburg nicht¹²². Natürlich ist denkbar, daß im Verborgenen polnisch orientierte Menschen, um das Gedächtnis ihrer Präsenz 1919/20 in Marienburg wachzuhalten, diesen Namen geprägt haben. Da das Ergebnis der Abstimmung am 11. Juli 1920 nur 2% für einen Anschluß an Polen erbracht hatte, dürfte dieses Resultat dort nicht allzu überschwänglich vermerkt worden sein. So besteht die Vermutung, daß der Begriff "Polnisches Haus" eher eine Aussage der Zeit nach 1945 darstellt, um eine frühe historische Positionierung zu signalisieren. Diese Vorkenntnisse hätten dafür sorgen können, das Volumen des Hotels auf angemessene Dimensionen herabzustufen und ihm vor allem für 1919/20 den Nimbus eines "Polnischen Hauses" zu nehmen. Dann wäre auch nicht die Phantasie so sehr ins Kraut geschossen, als habe es dort Riesenräume und Keller oder Katakomben zum Stapeln von Leichen gegeben.

Der Bau überstand die Kriegsereignisse von 1945 als stark beschädigte Ruine und wurde – namentlich zur Erinnerung an seine Benutzung 1920 – mit der Zielsetzung eines Kulturhauses ("Świetlica") und als Kino "Włókniarz" wieder aufgebaut. In seiner Nachbarschaft standen hier bis 1945 etliche bescheidene Wohnhäuser, die höchstwahrscheinlich zumeist unterkellert waren, aber keine Verbindungen untereinander besaßen. Von "Gewölben" oder Katakomben kann man bei den "kleinen Verhältnissen" dieser Wohngegend nicht sprechen. Es ist gänzlich unmöglich gewesen, die erwähnten 2.000 Menschen in dem ehemaligen Hotel und in den kleinen Kellern der Umgebung zusammenzupferchen.

Es ist relativ unwahrscheinlich, daß das Etablissement dann während jener politisch erhitzten Jahre für 220.000 Mark in polnischen Besitz übergegangen sein sollte. Man müßte das Grundbuch danach durchsehen. Hinzu kommt, daß es bis 1936 weiterhin als "Hotel Marquardt" mit einem florierenden Nachtlokal in Betrieb war. Auch kann es zu dieser Zeit schon allein wegen des allgemeinen Klimas in der Öffentlichkeit nicht die Bezeichnung "Polnisches Haus" getragen haben.

Wer hat das Grab angelegt?

In einem Artikel der "Gazeta Wyborcza" von Mitte Juli 2009¹²³ heißt es wiederholt, wenn die Urheberschaft des Massengrabes angesprochen wird: "Das waren die Russen." Dieser These folgt auch der Wissenschaftler des Marienburger Schloßmuseums Bernard Iesionowski in einem bemerkenswerten Deutungsversuch. Er sagt: "Das haben die Russen gemacht. ... Ein Verbrechen schliesse ich eher aus. Der Grund für die Anlage des Massengrabes war wohl eher die russische Unterschrift zur Genfer Konvention, welche die Handlungsweise des Militärs im Verhältnis zu Zivilisten regelt. Im Falle Marienburg ... ging es aus diesem Grunde darum, daß man der übrig gebliebenen und besonders der neu angekommenen Bevölkerung eine Überlebensaussicht in Aussicht stellen mußte. Wenn in einer Stadt ... bei Kriegshandlungen 2500 Menschen umkommen, dann war das selbst in jenen Zeiten ein internationaler Skandal. Also mußte man die Spuren dieses Skandals verwischen. Und dafür, daß die Russen etwas zu verstecken hatten, sprechen zwei sichere Beweise."124 Solche Ausführungen wollen verständlich machen, daß das Grab nicht mit einem Verbrechen, sondern mit der Ordnungsabsicht der sowjetischen Militärverwaltung zu erklären sein dürfte, denn der stark zerstörte Wohnplatz Marienburg/Malbork mußte für die zu erwartenden Neubürger so aufgeräumt werden, daß hier künftiges Leben möglich werden sollte.

In anderen Medien wurde der Verdacht auf polnische Täter gelenkt. Die Süddeutsche Zeitung berichtete unter der Überschrift "Vergraben im Bombentrichter" gegen Ende ihres Beitrages: "Experten schließen auch nicht aus, dass polnische Banden, die im Frühjahr 1945 unter dem Schutz der Roten Armee in den deutschen Ostgebieten marodierten, für einen Teil der Gewalttaten verantwortlich sind." ¹²⁵ In einem Gespräch mit dem Redakteur Sławomir Sowula erzählte der damals 12 jährige Alfred Ruther: "Das waren die Polen. Das war eine Revanche. Da regierte polnische Miliz, wie es früher die SS gemacht hat. Ich habe keinen Hass gegen Polen." ¹²⁶ Damit kamen polnische Milizionäre in den Blick, wofür auch eine Erwähnung bei Wiesław Jedliński spricht ¹²⁷. Solchen Äußerungen widerspricht Maciej Schulz, indem er auf die Frage des Journalisten Sławomir Sowula "Und was ist mit den Polen? Einige meiner Gesprächspartner messen

http://polskaweb.eu/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=2752 vom 20.7. 2009 (Stand: 5.4.2011).

¹²⁴ Die beiden im Text angeführten "Beweise" haben sich bei näherer Prüfung als wertlos herausgestellt und können hier übergangen werden.

¹²⁵ Im Internet unter: sueddeutsche.de vom 14.01.2009.

www.wyborcza.pl/1,kto_zabil_Malborku.html (Stand: 19.07.2009).

¹²⁷ JEDLIŃSKI (wie Anm. 3), S. 253 spricht von polnischen Matrosen und Volksmiliz.

die Schuld der polnischen Miliz zu", ausführt: "Ausgeschlossen! Polen haben erst zwei Monate nach der Eroberung der Stadt angefangen, deren Verwaltung zu übernehmen, im Mai 1945." Dieses Argument ist in doppelter Hinsicht problematisch: Die polnische Verwaltung gab es bereits ab Ende März, und die polnischen Milizen operierten durchaus unabhängig von Verwaltungsstrukturen.

Wer waren die Toten?

Am intensivsten bemühten sich die deutschen und polnischen Medien darum, die Frage zu beantworten, wer die Toten von Marienburg gewesen seien. Der BILD-Zeitung wäre zu raten gewesen, mit der Aussage hierüber vorsichtiger umzugehen, die 1.800 Toten seien alles deutsche Menschen. Denn Nationalität an bloßen Knochenrelikten zu bestimmen, ist ohne zusätzliche Anhaltspunkte - vor allem Beigaben - einfach nicht möglich. Die polnische "Gazeta Wyborcza Trójmiasto" aus Danzig sprach am 30. 12. 2008 die Vermutung aus, daß die Toten nicht Opfer einer Hinrichtung sein könnten, weil nicht viele Geschoßspuren gefunden worden seien. Es handele sich höchstwahrscheinlich um Kriegsopfer, deren größter Teil an Hunger und Krankheiten gestorben sein dürfte. Diese Vermutung kann einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit an sich haben, es muß aber hinzugefügt werden, daß die Knochen sowohl von Opfern der Greueltaten an Deutschen wie ebenso von Vergehen an sowjetischen Soldaten und fremdländischen Zwangsarbeitern herstammen könnten. Es ist auch denkbar, daß die kämpfende sowjetische Truppe bei ihrem Vormarsch nach Westen, wenn sie auf sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam stieß, diese aus den bekannten ideologischen Gründen, sie seien Verräter, liquidiert haben könnte. In und um Marienburg gab es mindestens zwei Lager mit sowjetischen Inhaftierten, eines für Männer in der Nähe des Militärflughafens Königsdorf und das andere für russische Frauen im Stadtteil Sandhof neben dem Lager für englische Kriegsgefangene¹²⁸.

Zur Klärung des Herkommens der Toten präsentierte die BILD-Zeitung am 10. Januar 2009 die in der Nachkriegszeit angelegten Gemeinde-Vermißtenlisten aus der ehemaligen Heimatortskartei Danzig-Westpreußen (Lübeck)¹²⁹. Die zufällige Übereinstimmung, daß in dieser Vermißtenkartei etwa 1.800 Namen vorkommen und im "Neuen Marienburger Heimatbuch" die Zahl von 1.840 verschollenen Bürgern und Bürgerinnen für die Stadt angegeben sind¹³⁰, führte zu

¹²⁸ Vgl. Jedliński (wie Anm. 3), S. 207–210.

¹²⁹ Eine Beispielseite war in der Bundesausgabe S.7 abgedruckt, den übergroßen Rest konnte man über www.bild.de abrufen.

Dort (wie Anm. 19), S. 662; ebenso die Süddeutsche Zeitung vom 13.1.2009 und Junge Freiheit (wie Anm. 114).

der irrigen Behauptung, die in dem Massengrab aufgefundenen Toten seien diese als vermißt geltenden Menschen. Davon kann keine Rede sein, allein deswegen nicht, weil überproportional viele Kinder in den gefundenen Knochenresten vertreten sind. Außerdem haben Stichproben ergeben, daß die Suchlisten auch ungesicherte Angaben bieten und deshalb keineswegs als verläßliche Größen betrachtet werden dürfen¹³¹.

Der Chef der regionalen Kommission zur Ermittlung von Verbrechen gegen die polnische Nation, die beim Danziger IPN angesiedelt ist, Staatsanwalt Maciej Schulz, sagte gegenüber der Presse: "Wenn es in dieser Sache zu irgendeinem Verbrechen gekommen ist, dann zu einem, mit dem gerade wir uns und nicht die örtliche Staatsanwaltschaft befassen sollen." Seiner Meinung nach handele es sich um zivile Einwohner Marienburgs, die Ende 1944 oder Anfang 1945 "zum Beispiel an diversen Krankheiten oder Hunger ums Leben gekommen" seien, – vor, während und nach der Schlacht zwischen den deutschen und russischen Truppen¹³². In dieser zeitlich sehr ausgreifenden Mutmaßung kann die Phase von Ende 1944 bis zum 22./23. Januar 1945 schon deswegen nicht in Frage kommen, weil die Organisationsstruktur der Stadt – von den schon lange währenden kriegsbedingten Einschränkungen abgesehen – völlig intakt war. Sie erfaßte nach wie vor alle Lebensbereiche. Das Massengrab kann also bis zum Beginn des Kampfes um Marienburg nicht angelegt worden sein¹³³.

Die immer wieder bemühte Begründung für die Tatsache, daß die Toten unbekleidet und ohne persönliche Gegenstände aufgefunden worden sind, sie seien Opfer einer Typhusepidemie gewesen, ist mit Skepsis zu behandeln.

- ¹³¹ Zum Beispiel: Der Oberstudienrat und Major Otto Deichen (geb. 1879), erwähnt mit seiner Adresse Deutsch-Ordens-Str. 26, ist im Kampf um Marienburg gefallen und an der Nogatseite des Großen Remters von seinen Kameraden bestattet worden, vgl. Fieguth (wie Anm. 9), S. 138. Er kann also nicht zu den Toten des Massengrabes gezählt werden. Ebenso wenig wie Generaloberst Kurt Student (geb. 1890), der mit der Wohnungsangabe Wilhelmistr. 24 notiert wird. Er hat den Krieg überlebt und ist erst am 1.7.1978 in Lemgo verstorben. Für diese Information danke ich Franz-Rudi Neumann (Lübeck).
- www.polentoday.de/index.php/content/view/2116/107/ (Stand: 4.2.2009).
- Doberbaurat und Baumeister der Marienburg Bernhard Schmid hält in seinem Tagebuch (S. 183; vorh. im Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg) fest, daß er am Nachmittag des 9.1.1945 an der Beerdigung des Hoteliers Heinrich Schums teilgenommen habe, anläßlich derer Superintendent Treidel über Joh. 13,7 gepredigt habe: "Was ich tue, das weißt du jetzt nicht; du wirst es aber hernach erfahren." Die letzte Ausgabe der lokalen Marienburger Zeitung erschien noch am 24. Januar 1945. Die Vorsorgemaßnahmen der Verwaltung und der NSDAP für den Fall einer Evakuierung von Marienburg griffen im Sommer 1944 so weit voraus, daß die beiden Beerdigungsfirmen Heitmann und Wiecker mit anderen Fachbetrieben und Behörden zum Verbleib in der Kommune bestimmt wurden.

Selbstverständlich hat es Erkrankungen dieser Art gegeben. Generell aber muß bedacht werden, daß im Einflußbereich der sowjetischen Armee ganz besonders den Typhuskranken die Kleidung z.B. mit der Absicht einer Inbesitznahme und Weiterverwendung nicht abgenommen worden sein kann, weil das Militär nachweislich von einer hoch ausgeprägten Angst vor dem Ausbruch von Seuchen bestimmt gewesen ist¹³⁴. In der Regel wurden die an Seuchen verstorbenen Menschen – wenn irgend möglich – mit allen Habseligkeiten verbrannt. Wenn nun die Menschen des Massengrabes seuchenbefallen gewesen wären, hätte man ihnen bewußt die Kleidung vom Leib gezogen und sie danach nackt in die Erde gebracht. Wo ist dann die Kleidung geblieben? Für eine mögliche Antwort auf diese Frage gibt es lediglich eine einzige Notiz, wonach im Bereich des ehemaligen "Polnischen Hauses" ein separierter Haufen von Kleidung im Zusammenhang der Bergung der Knochen gefunden worden sei¹³⁵.

Eine denkbare Erklärung dafür, daß bei den Knochenansammlungen in dem Marienburger Massengrab keine Kleidung und keine persönlichen Dinge gelegen haben, könnte sich aus den folgenden Beobachtungen ableiten lassen. Die sowjetische Armee übernahm vom 9. März an sowohl die gesamte Stadt Marienburg und den Schloßbezirk als auch die Region des Kleinen und Großen Marienburger Werders nach schweren Artillerie- und Infanteriekämpfen. Der Winter war äußerst streng und dauerte lange. Es gab sehr viel Schnee, worin unzählige Tote verschüttet lagen. Gelegentliche Tauwetter¹³⁶ hatten immer

- Zbigniew Sawicki berichtete am 9. 9. 2010, daß seine Eltern, die als Polen von den Sowjets festgesetzt worden waren, von Kopf bis Fuß desinfiziert wurden, wie es mit allen potentiellen Übertragungspersonen der Fall war. In Arno Geiger, Der alte König im Exil, München 2011, S. 166 zitiert der Autor eine Aufzeichnung seines Vaters über dessen sowjetische Gefangenschaft in Bratislawa. Er sei krank gewesen und dann: "Nicht wunderlich war es, als ich bald darauf wieder Arbeitsdienst machen musste, und zwar musste ich mit, die Toten vergraben. Die zehn im Laufe des vergangenen Tages Gestorbenen wurden auf einen Leiterwagen geworfen und mit ein paar alten Decken zugedeckt, nachdem sie vorher nackt ausgezogen worden waren."
- Vgl. www.nexusboard.net/showthread.php?sited (Stand: 7. 1. 2008). Dieser Hinweis taucht in späteren Quellenangaben nicht wieder auf. Will man an der Information, daß es Typhusopfer gegeben habe, festhalten, so ist der zeitliche Rahmen zu beachten. Denn der in der Märkischen Oderzeitung vom 17./18.1.2009 erwähnte Zeuge gibt den Zeitpunkt, "als in Marienburg der Typhus wütete", mit "Ende 1945, Anfang 1946" an. Diese Monate kommen aber für die Anlage des großen Grabes nicht in Betracht. So führt diese Beobachtung zu der Vermutung, daß die Typhuserkrankungen in eine spätere Phase gehören. Vgl. auch die Berliner Zeitung mit einem Beitrag von Sybille Korte vom 17.1.2009 und einen Bericht von SWR I Baden-Württemberg im Internet am 16.1.2009. DER SPIEGEL vom 19.1.2009, S.41, spricht von Typhus im Sommer 1945.
- ¹³⁶ Zum Beispiel: Anfang Februar, bei FIEGUTH (wie Anm. 9), S. 135 und 137.

wieder zwischenzeitlich für stärkere Verwesungsphasen gesorgt, so daß, als es auf Dauer wärmer wurde, ganz unerträglich kumulierende Zustände herrschten. Die vordringlichste Notwendigkeit der inzwischen gegründeten sowjetischen Militärverwaltung mußte sich also auf die Beseitigung der Leichen richten. Diese Toten lagen für jedermann zugänglich auf den Straßen, an ihren Rändern, in den Gärten und Häusern, in den Wasserläufen wie Mühlengraben und Nogat, in den Laufgräben für die Kämpfenden und den Detonationstrichtern, in den Haustrümmern und Brunnenschächten. Sie befanden sich ebenfalls in den vielen zurückgebliebenen Fluchtfahrzeugen und in Brandruinen auf dem Lande. Dort waren sie, weil es keine durchgehend ordnende Hand gab¹³⁷, allen erdenklichen Zugriffen ausgesetzt, sowohl durch plündernde sowjetische Soldaten, von denen überliefert ist, daß sie Menschen zum Ablegen der Kleidungsstücke aufforderten oder sie deswegen erschlugen, als auch durch die streunenden und fleddernden Zivilisten, die Brauchbares jeder Art an sich nahmen¹³⁸. Kleidung war bei der eisigen Kälte hoch willkommen, zumal wenn man daran denkt, wie wenig Heizmöglichkeiten bestanden haben und wie viel man an Lebensmitteln eintauschen konnte, wenn man Wertsachen vorweisen konnte. Als die Sowjets daran gingen, die Toten abtransportieren zu lassen, hatten diese zum Teil sehr lange gelegen und waren leichter fortzuschaffen, wenn sie nackt weggetragen oder auf Fahrzeuge geworfen werden konnten. Da vor allem Frauen dieser schrecklichen Arbeit nachgehen mußten, legt sich diese Überlegung nahe.

Es existiert ein erstaunlich präziser Bericht eines damals 10jährigen polnischen Jungen, der gesehen hat, wie deutsche Kriegsgefangene die Toten in die Erde gebracht haben: Tadeusz Bronowski. Dieser Text ist der Zeitung "Dziennik Bałtycki" auf ihrer Internetseite "polskatimes" zu verdanken¹³⁹. Unter dem Titel "Świadek widział, jak jeńcy w Malborku grzebali ciała" ["Der Augenzeuge sah, wie die Gefangenen die Leichen begraben haben"] heißt es: Überall haben die Leichen gelegen: auf Straßen, in Kellern, im Busch im Stadtpark, neben der Eisenbahn, im Burggraben und besonders sehr viele auf der Burg. (…) Im

Konrad WILL, Neues Marienburger Heimatbuch (wie Anm. 19), S. 372 erwähnt, daß es in Marienburg sowjetische Militärpolizei gegeben habe, die von einzelnen Polen in Zivil mit einer weiß-roten Armbinde unterstützt wurde.

¹³⁸ Zum Vergleich: Hans-Bernhard Sumowski, "Jetzt war ich ganz allein auf der Welt." Erinnerungen an eine Kindheit in Königsberg 1944–1947, München 2007. Auf S. 99 berichtet der Autor, daß er einem toten Soldaten das Fernglas abgenommen habe: "So ein kostbarer Gegenstand konnte ein wichtiges Tauschobjekt gegen Essbares sein." Mit Freunden baute er aus den Trümmern Fahrräder zusammen, die sie den Russen anboten. "Der Erlös waren ein großer Sack Graupen (…), eine ganze Speckseite und ein halber Wassereimer voll Schmalz. Das war für uns ein lukratives Geschäft" (S. 124).

¹³⁹ Der folgende Text ist dem deutschen Internet-Wortlaut bei polskaweb.eu/massengrabmarienburg-4367757.html (Stand: 29.6.2010) entnommen.

Grab liegen deutsche Soldaten und Zivilisten, Einwohner der Stadt Marienburg. Sie sind alle zusammen begraben worden. Das bestätigt die These, daß im Grab sowohl Opfer der Kriegshandlungen, der Erschießungen durch den NKWD und von Krankheiten und Epidemien beisammen sind. Er sei damals am 12. Mai 1945 als Zehnjähriger mit seiner Familie aus den Ostgebieten Polens nach Marienburg gekommen, als die Sowjets die Aufräumungsarbeiten an den Leichen durchführten. Genauer gesagt hätten dies die Deutschen unter der Aufsicht der Rotarmisten gemacht. Die Stadt sah gespensterhaft aus, war zerstört und leer. Die Deutschen waren weg (außer den Gefangenen), und die Polen waren noch nicht da. Beim Herumsuchen nach Eßbarem, weil der Hunger groß war, habe er gesehen, wie die Leichen abgeräumt wurden. Auf der Ladefläche des Lastwagens saßen die Deutschen und ein Rotarmist mit aufgepflanztem Gewehr. Wenn das Auto hielt, sammelten die Gefangenen die Leichen von der Straße auf. Sie taten dies mit Gabeln, die spezielle Zähne mit Krümmungen besaßen. Das erleichterte das Beladen der Kraftwagen. Später wurden die Leichen in Gräber geworfen, von denen es etliche in der Stadt gab. Die Leichenberge waren hoch - in deutschen und sowjetischen Uniformen, dazu Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder. Große Fliegen mit glänzenden Hinterteilen krochen ihnen aus dem Mund. Leichen lagen überall. Auf dem Mittelschloßhof wurden Leichen in einem tiefen Grab versenkt. Auch an der ul. Solna (ehemals: Nikolaus-Fellensteinstr.) gab es ein sehr großes Grab. Der Gestank war sehr empfindlich, Leichenatmosphäre lag über der ganzen Stadt. An der ul. Grunwaldzka (ehemals: Junkergasse), wo heute das sowjetische Denkmal steht, habe er ein großes Grab voller Leichen gesehen. Auf der Altstadt seien die Leichen trocken und leicht wie Mumien gewesen; die Gefangenen hätten sie mit einer Hand auf die Ladefläche geworfen. Es habe auch ein Massengrab beim Marienburger Flugplatz in Königsdorf gegeben, wo die sowjetischen Panzerwracks standen. Ein weiteres war beim Kino "Włókniarz" (damals ein Soldatenheim im Hotel "Drei Kronen"). Ein sowjetischer Major, der bei seinem Großvater hausgemachten Branntwein gekauft habe, sagte: "Ihr kommt zu früh. Die Stadt ist noch nicht bereit für euch." Es kamen immer mehr Leute: aus Wolhynien, aus Danzig, Pommern und Warschau Es waren mehr Lebende als Leichen¹⁴⁰.

Sehr viele Einzelheiten dürften exakt zutreffen. Lediglich das Datum des 12. Mai ist mit Vorsicht zu betrachten. Die Gräber an der ul. Solna und am Kino dürften identisch sein. Bemerkenswert ist der Hinweis auf die Erschießungen durch den sowjetischen Geheimdienst, womit der Verdacht genährt wird, daß damit Exekutionen gemeint sein könnten, um solche aus dem Wege zu räumen, die zu diesem Dienst für die Rote Armee requiriert worden waren. – Die "Gazeta Elblag" titelte am 11.2.2009 im Internet (http://elblag.gazeta.pl): "Masowa mogiła dziełem Rosjan?" ["Ist das Massengrab eine Tat der Russen?"].

Es verdient Beachtung, daß nach diesem Bericht die toten Soldaten Uniformen getragen haben, als sie aufeinander gehäuft und dann weggeräumt worden sind. Sind diese Leichen mit ihrer Bekleidung vielleicht an einen anderen Bestattungsort verbracht worden? Oder sind ihnen, ehe sie in das Massengrab an der Fellensteinstraße gelegt wurden, diese abgezogen worden? Dann aber dürfte Typhus-Angst keine Rolle gespielt haben. Und müßten nicht die sowjetischen Leichen von den deutschen separiert worden sein, weil ja die Sieger ihren Toten am Stuhmer Weg eine eigene Gedenkstätte errichtet haben? Könnte doch so etwas wie das Vergraben von Kleidung an bestimmten Stellen durchgeführt worden sein, wie die Notiz oben in der Anmerkung 135 sagen will? Oder sind alle Textilien verbrannt worden? Es bleiben tatsächlich viele Unklarheiten.

Ein Augenzeuge, der sich telefonisch am 16. 2. 2009 bei Bodo Rückert, dem Marienburger Heimatkreisvertreter, gemeldet hat, gab seine Beobachtungen, die er damals als Fünfzehnjähriger gemacht hatte, in folgender Version wieder: "Ein großer Teil der jetzt freigesetzten menschlichen Körperreste stammt vom ehemaligen katholischen Friedhof an der Johanneskirche. Die Verteidiger der Marienburg hatten vor der Burg ein umfangreiches Grabensystem (Schützenund Laufgräben) gezogen und dabei auch die Gräber des katholischen Friedhofs geöffnet und dabei die sterblichen Überreste freigesetzt und auf die geschaffene Deckung gelegt. Dort habe ich sie nach den Kampfhandlungen im Mai 1945 noch sehr zahlreich liegen gesehen. Diese werden wohl heute ein Großteil der Funde sein, weil man sie später sicherlich auch in die Granattrichter geworfen hat. Bei meinen vielen Besuchen in der Stadt habe ich keine Erschießungen wahrgenommen. Ich stehe jederzeit zu meiner Aussage." Die Anlage der Schützengräben an der Nordseite des Marktplatzes entspricht der Wahrheit¹⁴¹. An der genannten Stelle befindet sich in der Tat der ehemalige Friedhof der St. Johannesgemeinde, der jedoch seit Jahrhunderten nicht mehr belegt worden war. Er ist seit der frühen Neuzeit - wie sehr häufig in engen Innenstädten - mit Wohn- und Geschäftshäusern überbaut worden, die erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts restlos verschwunden sind, um einen ungestörten Blick auf das bis 1905 wiederhergestellte Schloß zu ermöglichen. Der Grad der Verwesung der hier zutage geförderten Knochen dürfte also als sehr hoch anzusehen sein. Diese Feststellung leugnet nicht die wahrgenommenen auf der Oberfläche liegenden Schädel, nährt aber Vorbehalte gegenüber einer zu hohen Anzahl von Gebeinen.

Die Grube an der Straße Binnenwall/Nikolaus-Fellenstein-Straße für das Massengrab ist nicht aus einem Bombentrichter hervorgegangen, weil auf Marienburg während des gesamten Krieges nachweislich keine Bomben abgeworfen

¹⁴¹ Vgl. Fieguth (wie Anm. 9), S. 180. Es waren "Splittergräben im Zickzack".

worden sind¹⁴². Wahrscheinlich ist die Stelle aus zwei Gründen genutzt worden. Das Terrain lag in unmittelbarer Nähe zu der größten Anzahl der Leichen in einem abseitigen Winkel der Altstadt. Und der Platz dürfte als besonders geeignet erschienen sein, weil dort eine natürliche Bodenvertiefung vorhanden war, in der sich – durch Aushub abgesenkt – die sowjetischen Kanoniere der Haubitzenbatterie gegen das Schloß eingerichtet hatten. Diese Tatsache ist deswegen von großer Bedeutung, weil dadurch plausibel gemacht werden kann, daß gerade hier ein so ausgedehntes und tiefes Grab hat entstehen können, während in dem überall sonst steinhart gefrorenen Boden so gut wie kein Eindringen in das Erdreich möglich gewesen sein dürfte. Darüber hinaus sollte beachtet werden, daß die Stelle günstig an der Zugangsstraße zu den Werdern liegt, wenn es die Absicht war, die Toten der Umgebung möglichst unauffällig und ohne Berührung mit den Lebenden zu beseitigen. Hierzu paßt dann auch die Tatsache, daß die Altstadt lange nicht betreten werden durfte, weil sie von der sowjetischen Militäradministration zur verbotenen Zone erklärt worden war.

Annäherungen an den komplizierten Sachverhalt

Welche Möglichkeiten waren einem Beobachter gegeben, sich von außen her – zumal als einstiger Marienburger Einwohner mit lebhaftem Forschungsinteresse – an der Auseinandersetzung mit dem beunruhigenden Thema zu beteiligen? Aus den Erfahrungen, die meine Frau und ich im November 2008 vor Ort nach Augenschein und aus den vielen Gesprächen, vor allem mit unseren polnischen Partnern gewonnen hatten, gab es dafür nur einen Weg: den der historischen Recherche bei größtmöglicher Ausschöpfung aller erreichbaren Zeugnisse und Erkenntnisse. Daraus sollte eine sorgfältige Abwägung im Austausch mit allen "Beteiligten" – Personen und Positionen – hervorgehen.

In einem Beitrag "Knochenfunde in Marienburg – Wie uns die Geschichte einholt" habe ich mich im Februar 2009 zu Wort gemeldet, vor allem um der Sachlichkeit zu dienen. Aus meinen Beobachtungen und Erfahrungen in Malbork und den mir bis dahin zugänglichen Unterlagen habe ich einen Artikel verfaßt, dem es um Solidität in der Recherche und Augenmaß für die Beurteilung ging¹⁴³. Die illustrierte Betrachtung schloß mit der Hoffnung: "So könnten wir Gewißheit in all der heutigen Unruhe schaffen und bei der künftigen Be-

¹⁴² Entnommen dem Internet polskaweb.eu/massengrab-marienburg-vertuscht-56789.html (Stand: 28.6.2010).

Marienburger Zeitung Nr. 730 (Feb. 2009) und wortgleich in: Der Westpreusse. Unser Danzig, Münster vom 7.2.2009, S.1 und 3.

stattung eine historische Würdigung beisteuern." Den gesamten Text übernahm die Landsmannschaft Westpreußen zur Gestaltung ihrer Internetseite. Sie wandte sich mit ihm an die Öffentlichkeit und rief kompetente Menschen in Politik und Kultur dazu auf, für verläßliche Aufklärung und hilfreiche Positionierung zu sorgen. Ebenso wie der Heimatkreis Marienburg mit seinem Sprecher Bodo Rückert hatte sie damit keinen erkennbaren Erfolg. Es wurde aber wenigstens möglich, meine Darstellung in polnischer Übersetzung in der Tageszeitung "Gazeta Malborska" zu veröffentlichen¹⁴⁴. Das positive Echo darauf erfuhr der Heimatkreisvertreter in der Nogatstadt in Äußerungen des Bürgermeisters Andrzej Rychłowski, der sich beim Heimatkreis Marienburg für die neutral gefaßte und sachgerechte Berichterstattung in der "Marienburger Zeitung" und auf der Marienburger homepage bedankte¹⁴⁵.

In diese Richtung wirkte auch die hilfreiche journalistische Qualität einiger Zeitungsbeiträge z.B. in der Berliner Zeitung (Sybille Korte: "Das rätselhafte Massengrab" vom 17.1.2009) und in der FAZ (Thomas Jansen: "Eine Erinnerung, die keine Ruhe läßt" vom 3.2.2009). Als daraufhin im Bereich der Politik nichts geschah, auch keinerlei Klärung auf administrativer Ebene zwischen Polen und Deutschland sich andeutete, mahnte die Landsmannschaft Westpreußen an: "Noch immer kein Licht im Dunkel um die Opfer von Marienburg" und präsentierte Fotos der Exhumierungsarbeiten in nasser Erde und von dem Reihengrab für die zuerst aufgefundenen menschlichen Reste auf dem kommunalen Friedhof in Marienburg¹⁴⁶.

Wenn überhaupt, so erfolgten von den auf polnischer Seite eingeschalteten Institutionen eher halbherzige Beteuerungen, man werde zu klären versuchen, was irgend unter den obwaltenden Umständen nötig und möglich sei. Da kein Verbrechen an polnischen Menschen zu erkennen sei, hielt sich das Institut für Nationales Gedenken (IPN) nicht für zuständig. Um Fortschritte in der Sache zu signalisieren, bemühte sich das gerichtsmedizinische Institut in Danzig um eine forensische Prüfung der Grabungsgegenstände. Hier bot sich der Ansatz zur Wahrheitsfindung. Und aus diesen Bemühungen ergab sich im Mai 2009 ein

¹⁴⁴ Unter dem Namen des Verfassers in einer Übersetzung von Marek Dziedzic: "Znalezienie kości w Malborku. Jak nas dogania historia" von Mitte Januar 2009.

www.heimatkreis-marienburg.de zum 7.2.2009.

Der Westpreusse. Unser Danzig. 61 (2009) Nr. 5, S. 2 und 7. Dort: Hans-Jürgen Schuch, "Das Massengrab in Marienburg". Irrtümlicherweise wird die Anzahl der zuerst gefundenen und übereilt auf dem Willenberger Friedhof bestatteten Toten mit 167 angegeben. In Wahrheit waren es 67, vgl. oben S. 149 – Das Foto auf der S. 7 des Artikels links oben zeigt ein Hausfragment mitten in der aufgewühlten Erde, das unter Beweis stellt, wie sehr die Fläche des Grabes mit den im Boden vorhandenen Trümmerresten dieses Areals in Verbindung stand.

konkretes Untersuchungsergebnis. Von offizieller deutscher Seite ist dagegen keine Initiative bekannt geworden.

An dieser Stelle muß festgehalten werden, daß nicht allein bei deutschen Menschen eine weit verbreitete Anteilnahme an dem Thema des Massengrabes bestand, sondern auch in der Marienburg-Malborker Bevölkerung ein starkes, vor allem sensibles Interesse an den Ereignissen und ihrer Entwicklung auf eine - wie man vermutete - (Nicht-)Klärung hin auflebte, ganz besonders virulent im Malborker Internetforum. Mit Nachdruck wurde z.B. daran erinnert, daß die städtischen Behörden um 1980 Erdarbeiten an der Stelle des Massengrabes durchgeführt hätten. Damals sei eine Fernheizungsleitung durch das Gelände zum neuen Platz Gabriela Narutowicza verlegt worden. Dieser Vorgang müsse in den städtischen Unterlagen dokumentiert worden sein, und deswegen wisse die städtische Verwaltung ganz gewiß erheblich mehr, als sie sage. Die Ausgrabungsarbeiter von 2008/9 machten darauf aufmerksam, daß der dafür betonierte unterirdische Kanal direkt über den Knochen und quer durch sie hindurch verlegt gewesen sei. Die "Gazeta Malborska" vom 28. 1. 2009 fand sogar die dort angebrachte Datumsangabe: 1981¹⁴⁷. Solche "Freilegungen" machten verständlich, daß der kritische Teil der Bevölkerung von Malbork das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der städtischen Repräsentanten verlor und den Kreis derer verstärkte, der von Desinformation und Vertuschung sprach.

Das Ergebnis und der Grad seiner Wahrscheinlichkeit

Am 18.5.2009 wurde der Öffentlichkeit in Malbork ein gerichtsmedizinisches Gutachten vorgestellt, das den Abschluß der Untersuchungen und deren Ergebnisse verkündete. Leiter und sachverständiger Chirurg Leszek Zacharczuk gab bekannt, daß die in Marienburg gefundenen menschlichen Relikte vom 22.4. bis zum 15.5.2009 geprüft worden seien. Dabei habe man folgende vier Fragen zu beantworten versucht: 1. Handelt es sich bei den geborgenen Knochen um menschliche Überreste? 2. Wie viele Personen sind insgesamt ermittelt? 3. Geschlecht und Alter dieser Personen? 4. Was war die unmittelbare Todesursache, sind es Verletzungen, die für Kriegshandlungen charakteristisch sind?

Die 1981 aus Betonhohlkörpern gebildete Leitung ist aufgrund der Exhumierungsarbeiten durchtrennt worden, wie auf einem Foto in "Der Westpreusse" S. 3 vom Februar 2009 und in der Marienburger Zeitung Nr. 730 deutlich zu sehen ist. Der polnische Freund, der uns am 22. 11. 2008 um die Exhumierungsgrube geführt hat, formulierte aus tiefer Bekümmerung, damals sei kein Klima für Versöhnung gewesen.

Auf diese Weise wurden – quasi indirekt – die Kriterien bekannt, nach denen die Untersuchungen vorgenommen worden waren. Und gleichzeitig wurde mehr als deutlich, daß nur einige wenige Frageansätze verfolgt worden waren. Eine Reihe von Punkten hat offensichtlich gar nicht im Fokus des Interesses gestanden. Die 1. Frage ist klar beantwortet worden: "Die geborgenen Gebeine sind menschliche Überreste." Tierknochen wurden ausgeschieden. Das numerische Ergebnis auf die Frage 2 lautet: "Es wurden ermittelt 2116 menschliche Überreste (gerechnet nach der Anzahl der Oberschenkelknochen) oder 2111 menschliche Überreste (gerechnet nach der Anzahl der Schädel)." Man ist sicher, daß es sich um 377 Kinder, 381 Männer und 1.001 Frauen handelt, wogegen bei 352 Personen Alter und Geschlecht unbekannt geblieben sind. Das bedeutet, zu Frage 3 gibt es kein eindeutiges Ergebnis. Und selbst im Blick auf die Gesamtzahl bleibt eine unbestreitbare Unschärfe bestehen, weil die Sachverständigen zu dem Schluß gekommen sind, es seien ca. 2.120 Menschen in dem Massengrab beerdigt worden¹⁴⁸.

Die schmerzlichsten Auskünfte rankten sich um die Frage 4. Da lautet das Ergebnis: "Wenige Personen, derer Gebeine gesichert worden sind, haben eines gewaltsamen Todes durch Waffeneinsatz oder Splitter sterben können, worauf die charakteristischen Verletzungen der Schädel hinweisen. Die Beweisstücke mit den charakteristischen Verletzungen wurden an die Gerichtsmedizin weitergereicht. Restliche menschliche Überreste sprechen für eine andere Todesursache als Kampfhandlungen, es waren höchstwahrscheinlich Zivilisten, Kinder, Frauen und alte Männer, die infolge der Krankheiten, des Hungers der Kälte und anderer Umstände, mit den Kampfhandlungen nicht direkt verbunden, haben sterben können. Die Todesursache bleibt nicht klar."

An diesem Wortlaut, der sicher bei der Übersetzung ins Deutsche einiges an Präzision verloren hat, macht sich in aller Klarheit bemerkbar, daß die Exhumierung keine archäologische Dienstleistung gewesen ist, sondern eine Notbergung. Der Dokumentation ist zu entnehmen, daß natürlich keine Aussagen zur Nationalität der bestatteten Menschen möglich waren, weil keinerlei fachliche Prüfung der Gesamtfläche vorgenommen worden ist. Man hat die Knochen lediglich abgeräumt, der geöffnete Platz dagegen ist nicht in situ auf seine Beschaffenheit hin analysiert worden. Der Bericht spricht von einer Fotodokumentation der Gebeine, nicht aber von der Beschreibung der jeweiligen Grabungssituation. Wie lagen die Gebeine zueinander? In welchem Umfeld? Es gibt keinen Hinweis auf Fundstücke, obwohl bekannt ist, daß einige geborgen worden sind. Die Bodenschichten sind nicht daraufhin untersucht worden, ob in ihnen vielleicht Stoffreste oder andere Schichtungen eingelagert waren. DNS-

¹⁴⁸ Nachweis beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Kassel.

Analysen werden nicht erwähnt. Es kommen keine beglaubigten Zeugenaussagen, Lokalbesichtigungen oder etwa Gegenüberstellungen zum Ausdruck, obwohl bekannt wurde, daß das IPN eine Liste von zehn Augenzeugen zusammengestellt haben will.

Die "Gazeta Wyborscza" vom 20. Juli 2009 suchte nach Antworten dafür und zitierte den Staatsanwalt Maciej Schulz vom Danziger IPN: "Genauere Untersuchungen zur Identität der Opfer waren uns nicht möglich, da hierzu die Gelder fehlen. Wir haben bereits 14.000 Zloty für Expertisen und Übersetzungen ausgegeben. Eine DNS-Untersuchung kann überhaupt nicht durchgeführt werden, da dies bei der Masse der Opfer einige Millionen kosten würde." Auf die zaghafte Frage der Zeitung "Vielleicht werden diese Kosten doch durch Deutschland übernommen?" sagte Schulz: "Bis heute haben die Deutschen noch nie damalige Verbrechen an ihren Zivilisten verfolgt." ¹⁴⁹

Das Gutachten hebt deutlich einige Auffälligkeiten hervor, die exakter zu beschreiben und zu untersuchen wichtig gewesen wäre. Es wird z.B. der schlechte Zustand der meisten Knochen insbesondere der Schädel festgestellt. Es werden Zeichen von Verletzungen und Verbrennungen notiert, auch farbliche Auffälligkeiten benannt. Aber es fehlt jeder Zusammenhang zur realen Lage in situ, so daß keinerlei Abgleich zur Umgebung der Fundstelle möglich wird. Da etwa bereits während der ersten Tage der Entdeckung der Grabstelle in der Bevölkerung Malborks im Oktober 2008 Gerüchte umgingen, es könnten 1945 Panzer die Gebeine überfahren und eingeebnet haben, wäre es sinnvoll gewesen, das Areal in fachmännische Hände zu übergeben, um künftigen Spekulationen den Wind für Verdächtigungen aus den Segeln zu nehmen. Darauf haben Stimmen im Internetforum Marienburg.pl in Malbork vielfach hingewiesen.

Die Gespräche mit den Wissenschaftlern 2010

Am 7. und am 9. September 2010 bot sich in Besprechungen die Gelegenheit, unmittelbarer an die Grabungs- und Untersuchungsergebnisse heranzurücken, denn die beiden mit den Exhumierungsarbeiten beschäftigten Wissenschaftler des Marienburger Schloßmuseums erklärten sich dankenswerterweise bereit, umfassende und differenzierende Auskünfte zu geben¹⁵⁰. Bernard Jesionowski hob hervor, daß die überwiegende Anzahl der Opfer Frauen und Kinder ge-

polskaweb News http://polskaweb.eu/index2.php?option 2752 (Stand: 5.4.2011).

¹⁵⁰ Bernard Jesionowski hatte am 7.9. und Zbigniew Sawicki am 9.9.2010 auf dem Marienburger Schloß Zeit für diese wichtigen Unterredungen. Marek Dziedzic leistete beide Male die Aufgabe der Übersetzung.

wesen seien, auch Babys, nur 20% Männer. Einschüsse fanden sich an etwa 30 Relikten. Zu etwa 1.750 Personen gehörende Knochenteile konnten exakt zugeordnet werden, gegenüber allen weiteren bestehe Unsicherheit. Die ersten 67 geborgenen Leichen seien in Windeseile in Säcke eingesammelt und ohne öffentliches Aufsehen auf dem Marienburger Gemeindefriedhof in Willenberg ohne jede Würdigung vergraben worden. Die feierliche Bestattung mit kirchlicher Beteiligung sei erst aufgrund der öffentlichen Proteste aus der Bevölkerung und den Medien abgehalten worden. Dazu wurden die Gebeine noch einmal exhumiert, um dann würdig bestattet zu werden.

Über die Herkunft der Toten sei eine genaue Aussage nicht möglich. Sie waren schwach, hatten wenig zu essen, waren krank, erfroren, z.T. sehr alt. Mutmaßlich waren es Einwohnerinnen und Einwohner aus Marienburg, aber auch Flüchtlinge von woanders her, polnische und russische Zwangsarbeiter, Versprengte aus Lagern, sehr viele an den vereisten Straßenrändern abgelegte Kleinkinder. Alle diese Menschen waren unmittelbare Kriegsopfer, da sie noch vor dem Kriegsende und durch militärisch verantwortete Einwirkungen ums Leben kamen. Das sowjetische Militär habe zum Teil aus geringsten Anlässen Mißliebige, Widersätzliche, Plünderer, Diebe und andere Menschen "liquidiert". Gefängnisse wurden nicht benötigt, es wurde grundsätzlich spontan gehandelt. Auf die Frage: "Ist eine sorgfältige Ursachenforschung durchgeführt worden?" antwortete Jesionowski unzweideutig: "Das war leider nicht der Fall. Alles ist vollkommen unprofessionell betrieben worden."151 Dadurch wurde die Chance vertan, Licht ins Dunkel zu bringen. Der unverzeihliche, überaus grobe Zugriff der Abräumfirma verhinderte die erforderliche archäologische Feinarbeit, aus der erst verläßliche Ergebnisse hätten entstehen können. Fast alle möglichen Gegenstände, über die eine annähernd verläßliche Zuordnung hätte erschlossen werden können, sind großflächig beseitigt worden.

Jesionowski erläuterte: "Die Grabungen haben ergeben, daß in dem Massengrab ganz unten die Leichen bewußt geordnet und nebeneinander gelegt worden sind, dann in höheren Schichten quer dazu, schließlich sind weitere wahllos darüber geschüttet worden. Die oberste Schicht ist gänzlich durcheinandergewirbelt gewesen. Schließlich ist darübergewalzt worden." Die Tatsache, daß die Ausgräber keine Kleidungsreste gefunden hätten, sei schwer zu deuten. Höchstwahrscheinlich liege Leichenfledderei vor, weil es sich um wertvolle

Dieser Vorwurf ist von vielen Seiten erhoben worden (auch im Internet). Z.B. in: Junge Freiheit vom 6. 5. 2009 und schon am 28. 1. 2009. "Gewöhnliche Angestellte der Stadtwerke … rissen Knochenteile auseinander und zerstörten Spuren. Beobachter kritisierten ein nur oberflächliches Absuchen des Geländes nach Gegenständen, die möglicherweise Hinweise auf die Identität der Toten hätten geben können." Die Knochen sind einfach mit dem Schaufelbagger geborgen und in Säcke verfüllt worden.

Winterbekleidung gehandelt haben müsse¹⁵². Es sei ja bekannt, daß die sowjetischen Soldaten unmittelbar nach Besetzung des größten Teiles der Stadt alles Brauchbare zum Abtransport in die Sowjetunion verladen hätten.

Nach Jesionowski gab es in Marienburg – und gibt es zum Teil noch heute – mindestens 12 Plätze, an denen Kriegsopfer begraben worden sind:

- auf dem Schloßareal (im Mittelschloßhof unter der Linde mit 13 und auf dem Platz am Nogatufer vor dem Großen Remter mit 86 Opfern). Hier lagen Soldaten, deren Überbleibsel im November 1996 exhumiert und auf die Kriegsgräberanlage Mława am Wege nach Warschau umgebettet worden sind.
- im Massengrab neben dem Hotel "Drei Kronen", im August 2009 umgebettet nach Stare Czarnowo/Neumark bei Stettin.
- auf dem Hof der ehemaligen Horst-Wessel Schule nahe dem Postamt.
- im Stadtparkbereich in der Nähe des Hafengebietes an der Nogat. Dieser Begräbnisplatz ist später nicht angerührt worden und dürfte also noch heute ungeöffnet existieren.
- an der Sandhöfer Schule. Diese Toten sind höchstwahrscheinlich umgebettet worden.
- am Galgenberg.
- im Bereich des Flugplatzes Königsdorf. Diese Toten liegen hier noch heute.
- auf der Fläche des früheren katholischen Friedhofs am Goldenen Ring.
- auf dem Sportplatz neben der Winrich-von-Kniprode-Schule (Birkgasse).
 Diese Toten scheinen von Pfarrer Will und seinen Mitarbeitern auf den St.-Jerusalem-Friedhof umgebettet worden zu sein.
- auf dem Deutsch-Ordensplatz am sowjetischen Panzerdenkmal.
- auf dem evangelischen Friedhof bei der Georgenkirche.
- auf dem evangelischen St.-Jerusalem-Friedhof (Stuhmer Weg).

Vermutlich gibt es im Stadtbereich hier und da noch weitere Einzelgräber, die bislang unentdeckt geblieben sind¹⁵³. An einigen Stellen wie etwa an der Sandhöfer Schule sind später Grabungen durchgeführt worden, die ergaben, daß die Leichen dort "ordentlich" bestattet und nicht würdelos in die Grube geworfen worden sind, wie Jesionowski sagte. Neben diesen Orten gibt es in Marienburg an der Straße nach Stuhm noch heute zwei gepflegte Kriegsgräberanlagen. In der einen sind alle aufgefundenen sowjetischen Soldaten zusammengetragen worden, in der anderen haben die Verstorbenen aus dem STALAG ihre letzte

¹⁵² Aus persönlicher Erfahrung kann ich bestätigen, daß wir unsere beste Kleidung zur Flucht angezogen hatten, auch um den größtmöglichen Wärmeeffekt zu erzielen.

Lilly Groeger (wie Anm. 72) berichtet: Bei ihrer Rückkehr nach Marienburg Mitte Juni 1945 habe sie die Wohnung ihrer Mutter durch Volltreffer zerstört vorgefunden. "Im Vorgarten waren einige deutsche Soldatengräber."

Ruhe gefunden (Engländer, Australier, Neuseeländer, Kanadier, Franzosen, Polen, Serben und Italiener).

Der Archäologe Zbigniew Sawicki beschrieb das Profil des Platzes: Die Tiefe betrug ungefähr 3 Meter, die Erdbedeckung hatte eine Stärke von etwa 60 cm, darunter bis zur Sohle von etwa 240 cm lag die Masse der Gebeine. Das Areal des Grabes habe etwa 0,7 bis 0,8 Hektar betragen. Die meisten Gebeine hätten im Zentrum gelegen, zu den Rändern hin seien es weniger gewesen. Es sei sehr wohl vorstellbar, daß auch in den anliegenden Flächen noch einzelne Funde gemacht werden könnten. Diese Plätze seien nicht mehr untersucht worden. Die Art der Bestattung und die Arbeitsorganisation im Jahre 1945 ließen erkennen, daß man unten am sorgfältigsten vorgegangen sei. Vielleicht sei es noch sehr kalt gewesen, und man habe genügend Hilfskräfte gehabt, so daß man alles habe "ordentlich" machen können. Die nachlässig hineingeworfenen Leichen könnten mit der fortschreitenden Wärme und den epidemischen Gefahren, vielleicht auch mit den weniger werdenden Arbeitskräften erklärt werden. Es habe den Anschein, daß einige Leichen in Holzkisten oder Särgen bestattet worden seien, da sich Holzreste zwischen den Knochen gefunden hätten. Vielleicht seien diese Toten von weiter entfernt angefahren worden.

Sawicki betonte: "In den Kellern unter den zahlreichen kleinen Bürgerhäusern, die hier mit Schuppen und Werkstätten an und vor der östlichen mittelalterlichen Stadtmauer seit etwa 1870 errichtet worden sind, haben sich keine Leichen befunden. Denkbar ist, daß in den Kellern der an der Nikolaus-Fellenstein-Straße liegenden Landwirtschaftsschule (von den Burgverteidigern 1945, Rotes Haus' genannt) Leichen gelagert gewesen sein können. Dieses Haus bildete so etwas wie eine sowjetische Kommandozentrale. In den 50er Jahren ist die Ruine bis zum Kelleransatz abgebrochen und die Keller sind zugemauert und nicht untersucht worden." Damit weist der Archäologe auf die Komplexität der Verhältnisse hin und nährt Vermutungen in Richtung auf weitere Problemfelder. Um hierüber Klärungen zu erreichen, müßte der Ort in der Zukunft großflächig und systematisch untersucht werden.

Aus der Expertise von Zbigniew Sawicki sind darüber hinaus noch weitere Einzelheiten bemerkenswert. Die aufgefundenen Knochen von Männern hätten zumeist oben gelegen; die Kindergebeine hätten einen guten Knochenaufbau gezeigt, was darauf hinweisen könne, sie seien erfroren oder verhungert. Ihre Schädel hätten zumeist einen guten Zustand aufgewiesen, also ohne erkennbare Kriegseinwirkungen. Die immer wieder angesprochene Verdächtigung, die Toten seien mehrheitlich vorsätzlich erschossene deutsche Zivilpersonen, Gefängnis- oder Lagerinsassen gewesen, dürfte schon deshalb nicht zutreffen, weil die Sowjets Arbeitskräfte benötigt hätten, denn es sei ja noch keine neue polnische Bevölkerung vorhanden gewesen.

Fazit und Künftiges

Die vorliegende Untersuchung erlaubt mit einem sehr hohen Grad an Wahrscheinlichkeit folgende "gesicherte" Feststellung: Das Massengrab auf dem Gelände der heutigen ul. Solna ist zwischen dem 10. März und dem 19. April 1945 durch die sowjetische Administration zur Beseitigung der in der Stadt Marienburg und ihrer näheren Umgebung aufgefundenen Leichen angelegt worden. Die Toten stammen nicht nur aus der städtischen Bevölkerung, sondern es gehören auch deutsche und sowietische Soldaten dazu, ebenso zahlreiche Flüchtlinge von weiter her, aber auch Kriegsgefangene, ehemalige Häftlinge, Zwangsarbeiter und versprengte Menschen. Als Konsequenz aus der seit Februar 1945 geltenden Anordnung (vgl. oben S. 144), wonach keine Schwachen, Kranken und unzureichend Gekleideten in die Sowjetunion deportiert werden durften, muß auch eine erhebliche Anzahl von Menschen hinzugerechnet werden, die den allgegenwärtigen Liquidierungen zum Opfer gefallen sind. Die Zahl der Zivilisten (Frauen und Kinder) überwiegt die der Männer und Militärpersonen. Hunger, Erfrierungen, Krankheiten und Willkürhandlungen dürften neben den unmittelbaren Kriegseinwirkungen einen größeren Anteil der Todesursachen bilden. Es ist offenbar keine moderne Altersbestimmung der Knochen im Blick auf Thorium und Radium durchgeführt worden. Die Nationalität der Toten ist nicht ermittelt worden, weil die Exhumierungsarbeiten fachlich unzureichend durchgeführt wurden und sich darum keine Anhalte für konkrete Bestimmungsmöglichkeiten ergaben. Ein Genozid scheidet offenkundig aus.

Die Beschäftigung mit den Quellen hat ein aus gedruckten und individuell überlieferten Informationen abgeleitetes, annähernd verläßliches Mosaikbildnis der damaligen Verhältnisse ergeben. Daraus lassen sich im Abgleich mit den Ergebnissen der Bergungsarbeiten die im Text erörterten Annahmen und Annäherungen verantworten. Die erwähnten Unzulänglichkeiten schließen jede darüber hinausgehende Form von Eindeutigkeit aus.

Jetzt bleibt lediglich der Versuch, wegen bislang noch ungeklärter Fragen die Richtung einer künftigen Annäherung an das Thema aufzuzeigen. Der Zeitzeuge Max Domning hat am 10.1.2009, als sich die Nachrichten zum "Marienburger Massengrab" überschlugen, einen anrührenden Bericht abgegeben: "Im November 1945 hielt ich mich als Fünfzehnjähriger in der unmittelbaren Nähe des Marienburger Bahnhofs auf. Mit großem Geschrei stürzten plötzlich unter massiver Gewaltanwendung (Knüppeleinsatz) durch die polnische Miliz etwa 200 bis 300 Personen, Frauen und Kinder, durch das Haupttor des Bahnhofs auf die Straße. Sie wurden wie Vieh in Richtung Innenstadt getrieben. Ein auf die Straße gefallener Junge wurde dabei niedergetrampelt und unversorgt liegen

gelassen." ¹⁵⁴ Aus dieser Information ist die Vermutung abgeleitet worden, daß die beobachtete Menschengruppe in das Marienburger Stadtgefängnis verbracht und dort getötet worden sein könnte. So viel ist sicher: Das Gefängnis ist mit dem Amtsantritt des ersten polnischen Landrats wieder funktionsfähig gemacht worden, was deutsche Zeitzeugen bestätigen können. Deren Hinweise stammen aus dem Herbst 1945 und erlauben die behutsame Frage, ob irgendwo im Umkreis des beschriebenen Massengrabes noch ein weiteres Ablagefeld von Toten zu erwarten sein könnte. Dabei ist immer zu bedenken, daß weder Karl Heinz Markowz noch Konrad Will davon gesprochen haben. Hätten sie es gewußt, sie hätten sicher nicht geschwiegen¹⁵⁵.

Dafür, daß die vom Bahnhof in die Stadt getriebenen Menschen im Gefängnis ermordet und dort in der Nähe vergraben worden seien, gibt es bis heute keinen konkreten Hinweis. Einzig die Äußerung von Zbigniew Sawicki, es sei denkbar, daß im derzeit verschütteten Kellerbereich der ehemaligen landwirtschaftlichen Schule ("Rotes Haus") Leichen gelagert gewesen sein könnten, zielt in diese Richtung. Und es gibt noch ein zweites Indiz: Der Marienburger Bürgermeister Andrzej Rychłowski hat in seiner ersten Stellungnahme zum Thema des Massengrabes (vgl. oben S. 150) am 3. November 2008 zum Ausdruck gebracht, die Menschen seien "gegen Ende 1945" gestorben. Berechtigen diese Anhaltspunkte zur direkten Vermutung, daß noch eine zweite große Lagerstätte denkbar ist? Dann würden die so heftig anklagenden Stimmen im Internet, es gebe in den Kellern des Areals gestapelte Gebeine, diesen gespenstischen Zusammenhang umkreisen. Wenn so ein Verdacht im heutigen Marienburg be-

Bei polskaweb.eu/massengrab-marienburg-vertuscht-56789 (Stand: 28.06.2010). – Ähnlich auch in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.2.2009.

¹⁵⁵ Frau Berta Penner aus Pr. Königsdorf berichtet, daß sie am 14.10.1945 in den Keller der Marienburger polnischen Miliz gesperrt und am 23.10. in das Marienburger Gefängnis überstellt worden sei. Dort habe man sie über Monate hin schwer mißhandelt, in: Schieder, Die Vertreibung (wie Anm. 47) Bd. 2, 1984, Dokument Nr. 244, S. 476-481. – Herbert HARDER aus Neunhuben erzählt, daß seine Tante mit ihrem Vater ins Gefängnis nahe der Fundstelle des Massengrabes gebracht worden sei. "Sie sollte das polnische Personal bedienen. Die Wächter im Gefängnis folterten Gefangene. Einige Tage nach der Verhaftung soll sich ihr Vater erhängt haben. Sie erfuhr nicht, wo er begraben wurde und wie er wirklich starb. Sie vermutete, dass er wie andere auch, erschossen wurde." Nach Gazeta Wyborcza (Malbork) "Wer hat in Marienburg getötet?" vom 20.7.2009, polskaweb.eu/index2php?option 2752 (Stand: 5.4.2011). Vgl. auch den ausführlichen Bericht von Herbert HARDER "Marienburg 1945/1946" in: Marienburger Zeitung Nr. 736 (Aug. 2009). - Karl Heinz Markowz erinnert sich daran, daß das Gefängnis, in dem er Klempnerarbeiten zu verrichten hatte, voll belegt gewesen sei. Die Insassen seien aber nicht Deutsche, sondern Polen gewesen. Von Tötungen deutscher Menschen im Zusammenhang mit dieser Haftanstalt habe er damals nichts gehört: Es hätte sich in Windeseile herumgesprochen, wenn es so gewesen wäre.

harrlich umlaufen sollte, hülfe zur Klärung der Lage nur eine fachgerechte Ausgrabung der inkriminierten Stellen¹⁵⁶.

Die Fläche, von der in diesem Aufsatz vorrangig gesprochen wird, gehört zu den "Sahnestücken" des neuen urbanen Zentrums der Stadt Malbork. Wenn dieser Platz künftig unter städtebaulichen Aspekten ausgebaut werden sollte, könnte es nur eine Frage der Zeit sein, bis eine vergleichbare Situation wie im Herbst 2008 entstünde. Und wieder würden sich die alten Schatten erheben. Es würden die Verdächtigungen wiederbelebt werden und neue Beunruhigungen umgehen. Nur eine allseitige wissenschaftliche Unbestechlichkeit hilft bei solcher Sachlage weiter – auch im Sinne eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen, Deutschen und Polen.

Die Debatte über Art und Ort der Bestattung aller geborgenen Gebeine hat seit 2008 über sehr viele Monate hin die Bürger in Malbork und die Marienburger und Marienburgerinnen in Atem gehalten. Leider ist der Wunsch der ehemaligen Marienburger Einwohner sowie eines Teiles der heutigen Malborker Bevölkerung nach Einbettung der Gebeine in die Erde der Stadt an der Nogat nicht in Erfüllung gegangen. Stattdessen wurden sie am 14. August 2009 in einer feierlichen Zeremonie in der Kriegsgräberstätte Stare Czarnowo (Neumark) bei Stettin beigesetzt¹⁵⁷. Am 21. Oktober 2010 folgte in Neumark der letzte Sarg mit den Überresten der Marienburger Toten, die einer speziellen Analyse im Danziger Gerichtsmedizinischen Institut unterzogen worden waren. Eine ökumenische Gedenkfeier in Marienburg am 14. November 2009 gedachte der Opfer an der Stelle des Ereignisses.

Jetzt ist nur noch darüber zu befinden, wo und in welcher Weise in Marienburg/Malbork dem Gedenken ein sichtbarer und würdiger Ausdruck verliehen werden könnte. Es gibt bisher Zusagen und Versprechungen, aber noch keine

- Am schärfsten positionierte sich eine Darstellung in: polskaweb.eu/die-moerder-vonmarienburg-467774 vom 29.5.2009, daß in den Kellern von "Polski Dom" Menschen verscharrt worden seien, "wo auch zumindest ein großer Teil der Opfer wahrscheinlich hingerichtet wurde". Der Bürgermeister Rychłowski habe selbst zugegeben, daß das Grab "etwa im Oktober 1945 abgelegt worden sei". Bei künftigen Recherchen über Marienburg dürfte es sicher leichter werden, Unterlagen aus der sowjetischen und ersten polnischen Verwaltungszeit ab März 1945 einzusehen und dann auch die Akten des Gefängnisses von 1945 bis 1957 in die Hand zu bekommen.
- Das Echo in den Medien war sehr stark. Der Tagesspiegel fand für seine Ausgabe vom 26.8.2009 die bemerkenswerte Überschrift "Das gute Grab". In Fernsehbeiträgen wurden einfühlsame und zum Nachdenken anregende Berichte und Gespräche geboten. Darin konnte beispielsweise die ehemalige Marienburgerin Lilo Frodermann ihre Empfindungen darüber aussprechen, daß sie jetzt zu innerer Ruhe gelangen werde, weil sie ihre Mutter unter den Bestatteten vermuten dürfe und an dieser Stelle an ihr Grab treten könne.

Verwirklichung dafür. Im Augenblick wird die schlechteste aller Lösungen realisiert: Autos nutzen das Areal als Behelfsparkplatz. Sollte man eine künstlerische Symbolgestaltung im Trauerblick auf Burg und Stadt Marienburg 1945 auswählen wollen, dann müßte eine ähnlich aussagekräftige Darstellung wie Pablo Picassos "Guernica" vom Jahre 1937 gewählt werden, um – unverhüllt verhüllend – eine Wirkung wie im Gleichnis zu entfalten.

Nachtrag von Ende Dezember 2011: Bei Erdarbeiten zur Wiederherstellung des noch aus der Ordenszeit stammenden, später so genannten Hindenburgtores südöstlich vor dem Schnitztor am Rande der Fläche des neuzeitlichen Reisebusparkplatzes sind Anfang dieses Monats erneut menschliche Überreste geborgen worden. Nach Zeitungsmeldungen handelt es sich um die Knochen von acht Männern, die ohne Bekleidung und Identifizierungszeichen in einem Sammelgrab gelegen haben. Besonders bemerkenswerte Fundstücke waren Reste von Schuhwerk, die mit Laufflächen aus Holz ausgestattet waren. Der Fundort ist in etwa einem Meter Tiefe im Nordbereich des Parkplatzes entdeckt worden. Die Wissenschaftler des Marienburger Schloßmuseums Bernard Jesionowski und Zbigniew Sawicki halten die Knochen und das Schuhzeug für Reste von Soldaten, die dort bestattet worden seien. Letzterer hat in einem Bericht vom Anfang des Jahres 2012 hinzugefügt, daß die Knochen von "jungen Leuten" stammten. Das habe die archäologische Untersuchung ergeben. Die Überreste seien bei Kanalisationsarbeiten entdeckt worden und hätten ohne Erkennungszeichen und Kleidung, Knöpfen oder persönlichen Zeugnissen in einem Sammelgrab gelegen. Das einzig besondere sei gewesen, daß Überbleibsel ihres Schuhwerks gefunden worden seien: Leder sowie hölzerne Sohlen und Absätze. Das lasse den Schluß zu, daß die hier abgelegten Toten deutsche Soldaten gewesen seien, die zum Ende des Krieges nicht mehr die beste Ausstattung besessen hätten. Dieser Fundort liegt etwa 50 bis 70 Meter nördlich der Stelle des beschriebenen Massengrabes. Eine noch vorhandene, bislang verborgene Lagerstätte in ähnlicher Größenordnung schließen die Archäologen aus. Ob genauere Bodenuntersuchungen oder Erweiterungsgrabungen bei dieser letzten Gelegenheit erfolgt sind, war nicht festzustellen¹⁵⁸.

Auf diesem Vorschloßterrain ist zwischen Ende Januar und Ende Februar 1945 besonders erbittert gekämpft worden, so daß menschliche Relikte überall in dieser Fläche erwartet werden können. Aus der Erinnerungsliteratur geht hervor, daß die Wehrmacht ihre Verwundeten und Toten von ihren zum Teil sehr

Vgl. die Malborker Zeitung Dziennik Bałtycki vom 17./18.12.2011 in der Übersetzung von Marek Dziedzic. – Der Bericht von Zbigniew Sawicki spricht von 7 Soldaten. Der in der Zeitungsmeldung erwähnte achte ist in einem Dorf in der Nähe Marienburgs gefunden worden und steht in keiner Beziehung zu den anderen sieben.

heftig geführten Ausfallgefechten stets hinter die Mauern der Burg zurückgenommen hat, sofern irgend möglich. Der Boden war bis zum März sehr hart gefroren und verweigerte jedes, besonders das schnelle Aufgraben. Die Holzabsätze der Schuhe lassen neben dem Schluß, es könne sich um Hinterlassenschaften deutscher Soldaten handeln, auch die Vermutung zu, hier seien sowohl Kriegsgefangene oder Häftlinge der Deutschen als auch sowjetische Soldaten oder ihre Gefangenen verscharrt worden. Geordnete Bestattungen deutscher Soldaten können an diesen stark umkämpften Plätzen vor den Burgmauern bis zum 9. 3. 1945 nicht vorgenommen worden sein, weil die sowietischen Scharfschützen diese Flächen von ihren Stellungen aus sehr gut einsehen und unter Feuer nehmen konnten. Die Tatsache, daß auch hier keine Textilien gefunden worden ist, könnte darin seine Erklärung finden, daß diese Soldaten vor den Mauern der Burg liegengeblieben sind. Sie könnten - vielleicht später - von den sowietischen Soldaten entkleidet und eingegraben worden sein, wobei lediglich das unbrauchbare Schuhwerk mit in die Grube geworfen wurde. Die an dieser Stelle im Dezember 2011 aufgefundenen menschlichen Überreste sind inzwischen neben den anderen Marienburger Opfern auf der Deutschen Kriegsgräberstätte in Stare Czarnowo/Neumark beigesetzt worden.

Signalisieren diese neuerlichen Entdeckungen die Unabgeschlossenheit des Themas der Kriegstoten von Marienburg? Wird es so weitergehen, je näher sich moderne Baumaßnahmen in die Regionen des einstigen Ringens um Burg und Stadt hineinbewegen? Dann kann es tatsächlich keinen wirklichen "Schlußstrich" geben, weil noch weitere Funde naheliegen werden. Diese sollten mit Takt und Sorgfalt behandelt werden. Den Tatsachen ins Auge sehen und historisch-kritische Einordnungen anstellen, das allein dürfte der richtige Weg sein, damit umzugehen, wie der vorliegende Beitrag belegt. Es braucht nichts mehr vertuscht zu werden. Im Gegenteil, es sollten mit jeder Aktion gezielte Klärungen herbeigeführt werden, damit der Mythos keinen Wurzelboden erhält.

Die letzten Zeilen dieser Arbeit lenken bewußt noch einmal auf den ersten Hinweis am Anfang der vorliegenden Darstellung zurück. Es existiert ohne jeden Zweifel die seit Jahren um sich greifende Beobachtung, daß Krieg und Vertreibung Traumatisierungen hervorgerufen haben, die geeignet sind, weit über die direkte Schädigung der eigentlichen Erlebnisgeneration hinauszugreifen. Diese Traumatisierungen vermögen selbst noch bei den Enkeln in bestimmter Weise virulent zu werden, wenn Relikte aus jener Zeit in irgendeiner Weise zu Tage treten. Deswegen fordert etwa die Kieler Psychotherapeutin Mechthild Klingenburg-Vogel, "Massengräber" zu öffnen. Nur so sei es möglich, an die verborgenen Verletzungen heranzukommen, die inzwischen die zweite und dritte Generation erreicht haben, selbst wenn diese konkret daran nie beteiligt

waren¹⁵⁹. Wie tief die seelischen und körperlichen Verstrickungen reichen, macht die stark angewachsene Fachliteratur deutlich, die für diesen Zusammenhang heranzuziehen ist¹⁶⁰. Darin wird die Geschichtswissenschaft längst flankiert von Erkenntnissen der Psychoanalyse und der Familientherapie, ohne deren Beiträge die behandelten Phänomene nicht mehr zutreffend in den Blick genommen werden können. Gleichzeitig ist darauf zu verweisen, wie intensiv sich über viele Jahrzehnte die bildende Kunst und die Literatur in Polen und Deutschland um das Thema der Traumatisierung durch "Vertreibung" und "Aussiedlung" bemüht haben. Darauf hat sehr eindrucksvoll die in Berlin vom 21. September 2011 bis zum 9. Januar 2012 gezeigte, hervorragend akzentuierte deutsch-polnische Ausstellung "Tür an Tür" aufmerksam gemacht, indem sie eine Fülle neuer Aspekte des Verhältnisses zwischen beiden Völkern präsentieren konnte¹⁶¹.

Vortrag vom 9. Juni 2010 im John-Rittmeister-Institut für Psychoanalyse: Mechthild KLINGENBURG-VOGEL, Der Einfluss kollektiver Traumatisierungen auf die Großgruppen-Identität und die Gefahr der politischen Funktionalisierung dieser Traumata, Kiel 2010 (Video-Wiedergabe: Gabriele Rennert c.).

Ein einziger Titel mag hier genügen, weil von ihm aus die weiteren Forschungswege offenstehen: Gabriele BARING, Die geheimen Ängste der Deutschen, Berlin und München 2011.

¹⁶¹ Vgl. Ausstellungskatalog "Tür an Tür" (wie Anm. 47), darin besonders: Anda ROTTENBERG, Der Künstler blickt auf den Krieg, S. 620–625.

Marian Biskup zum Gedenken*

Von Udo Arnold

Marian Biskup wurde am 19. Dezember 1922 in Inowrocław geboren, im mittelständisch-handwerklichen Milieu. Die nationalsozialistische Zeit überlebte er als in die Volksliste 3 eingruppierte Bürohilfskraft. Ab 1949 konnte er an der neugegründeten Universität Thorn studieren, um anschließend als Gymnasiallehrer tätig zu sein. Er gehörte zu den ersten Doktoranden von Karol Górski und lehrte ab 1957 als Dozent, seit 1961 als Professor an der Universität. Nach seinem Wechsel in das Historische Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften leitete er die Außenstelle in Thorn und entfaltete in dieser Funktion seine umfangreiche Tätigkeit in Forschung und Forschungsorganisation. Wie kein anderer Kollege verfügte er über Intensität und Zähigkeit auf beiden Feldern, wofür eine kaum übersehbare Zahl von Veröffentlichungen steht. Schwerpunkt bildete dabei die preußische Landesgeschichte mit einer großen Zahl von Monographien, Aufsätzen und von ihm herausgegebenen Sammelwerken, wobei er ein gutes Gespür für situationsbedingte Möglichkeiten entwickelte. Neben vielen Einzelstudien lagen ihm immer wieder Synthesen am Herzen, so dass z.T. mehrbändige Stadtgeschichten entstanden, etwa für Elbing, Inowrocław oder Thorn. Diese Städte dankten es ihm mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Dabei ging es ihm stets um Quellennähe, so dass er so früh wie möglich die Gelegenheit ergriff, im ehemals Königsberger Staatsarchiv im Staatlichen Archivlager Göttingen, später im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin zu arbeiten. Frucht seiner Quellenbezogenheit ist z.B. die herausragende Serie der Akten der Ständetage Königlich-Preußens bis 1525¹ mit einer Fortsetzung für das 16. Jahrhundert², die er in jüngere Hände legen konnte und die derzeit in Kooperation mit unserer Kommission erscheint. Seine wissenschaftliche Tätigkeit wurde u.a. anerkannt durch die Wahl zum Präsidenten der

- * Nachruf vor der Mitgliederversammlung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Innsbruck 19. 5. 2012, leicht überarbeitet für den Druck.
- ¹ Akta stanów Prus Królewskich, Bd. I–III/2 hg. v. Karol Górski und Marian Візкир, Bd. IV/1–V/3 hg. v. Marian Візкир, Bd. VI–VIII hg. v. Marian Візкир und Irena Janosz-Візкироwa (Towarzystwo Naukowe w Toruniu. Fontes 41, 43, 50, 54, 57, 59, 64–66, 68, 71, 77), Toruń 1955–1993.
- ² Protokoly Sejmiku Generalnego Prus Królewskich, Bd. I–III, hg. v. Marian Візкир, Bogusław Dybaś und Janusz Тандескі (TNT. Fontes 89, 95, 102), Toruń 2001–2010.

Thorner Wissenschaftlichen Gesellschaft sowie durch die Ehrendoktorwürde der Universitäten Danzig und Posen.

Biskup kam aus einer traditionell-polnischen Historikerschule, doch verstand er es, sich im Laufe der Zeit daraus zu lösen und über die nationalen Positionen der Historiographie hinauszusehen, ins Gespräch mit den deutschen Kollegen einzutreten und auch deren traditionelle Sichtweise aufzubrechen und zu verändern. Im Zeitraum von mehr als vier Jahrzehnten haben wir gemeinsam die durch das 19. und beginnende 20. Jahrhundert geprägte Sicht auf die preußische Landesgeschichte verändern können zugunsten einer zukunftsorientierten, der Nationalismen entbehrenden Forschung. Das führte ihn immer stärker zu einer Deutschordensforschung auch außerhalb Preußens, wofür seine großen Quelleneditionen stehen, zuletzt die dreibändigen "Visitationen im Deutschen Orden im Mittelalter" mit Quellen von Palermo bis Reval³.

Die Erkenntnis, dass nur gemeinsam die Erforschung der preußischen Landesgeschichte und der Geschichte des Deutschen Ordens möglich ist, führte uns vor 45 Jahren zusammen. Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche ab 1972 schufen einen ersten Rahmen dafür. Er war der erste polnische Wissenschaftler, der 1977 den Mut hatte, einen öffentlichen Vortrag vor der Historischen Kommission zu halten⁴, obwohl wir in Polen als landsmannschaftliche Vereinigung und damit als revanchistische Institution galten, wie es "Zycie Warszawy" im Bericht über diesen Vortrag formulierte. Er wurde 1993 unser erstes Korrespondierendes Mitglied aus Polen, womit wir beide die Kooperation über die Grenzen hinweg als einzige Möglichkeit seriöser Wissenschaft für die Zukunft aufzeigen wollten.

Marian Biskup hat mit Zenon Nowak und mir 1978 die gedanklichen Grundlagen gelegt für die Konferenzserie der "Ordines militares" der Nicolaus-Copernicus-Universität in Thorn (seit 1981) und die Gründung der "Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens" in Wien 1985. Er war Vizepräsident dieser Kommission und hat deren Entwicklung bis zu seinem Rücktritt vor wenigen Jahren entscheidend mitgeprägt. Darüber hinaus hat er aufgrund seiner übrigen Verbindungen und Freundschaften, z.B. zu Klaus Zernack in Berlin, insgesamt der deutschen Historiographie sowohl den Weg nach Polen mitgeebnet als ihr auch wesentliche Impulse aus Po-

- ³ Visitationen im Deutschen Orden im Mittelalter, Bd. I–III, hg. v. Marian BISKUP und Irena Janosz-Biskupowa unter der Redaktion von Udo Arnold (Veröffentlichungen der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens 10/I–III = Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 50/I–III), Marburg 2002–2008.
- ⁴ Druck: Die Rolle der Städte in der ständischen Repräsentation des Ordensstaates Preußen im XIV. und XV. Jahrhundert, in: Preußenland 15 (1977) S. 55–69.

180 Udo Arnold

len vermittelt – seine Aktivitäten gingen sehr wohl über den regionalen Rahmen des Preußenlandes hinaus. Dabei agierte er keineswegs streng hierarchisch, wie eigentlich in Polen üblich, auch der Doktorand war für ihn der junge Kollege, dessen Arbeit ihn interessierte und den er ins Gespräch einband.

Aus der wissenschaftlichen Zusammenarbeit erwuchs eine Freundschaft, die die Familien einschloss. Selbstverständlich gehörte seine Frau dazu, ebenfalls Doktorandin von Karol Górski und nach ihrer Pensionierung im ehemaligen Stadtarchiv Thorn bei seinen Quelleneditionen treibende Kraft und sehr gute Editorin⁵, wenngleich sie stets hinter ihn zurücktrat. Sie starb fünf Monate vor ihrem Mann, der ihr am 16. April dieses Jahres folgte. Ein letztes Mal verdeutlichte seine Beisetzung am 20. April mit dem vom Thorner Bischof zelebrierten Totenamt und der großen Zahl hochrangiger polnischer Trauergäste die hohe Anerkennung, die er in der polnischen Öffentlichkeit besaß.

Marian Biskup ist von uns gegangen. Es war ein Abschied in vielen kleinen Schritten, der sehr traurig gestimmt hat. Doch sein kaum überschaubares Lebenswerk bleibt und wird uns auch für die Zukunft immer wieder staunen lassen über die Vielfalt der Fragen und Ergebnisse, wird immer wieder Impulse für die Zukunft der Forschung geben.

⁵ Siehe z.B. Anm. 1 und 3.

Preußenland und Italien

Bericht über die Internationale Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung vom 17. bis 20. Mai 2012 in Innsbruck

Von Dieter Heckmann

Mitveranstalter der Jahrestagung waren Prof. Dr. Mark Mersiowsky vom Institut für Geisteswissenschaften und Europäische Ethnologie der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und die Forschungsplattform "Politik Religion Kunst. Plattform für Konflikt- und Kommunikationsforschung" Cluster "Gewalt – Verwaltung – Praxis", die den Madonnensaal der Theologischen Fakultät am Karl-Rahner-Platz für die Vorträge zur Verfügung stellten. In seiner Eröffnungsrede dankte der Vorsitzende der Historischen Kommission, Prof. Dr. Arno Mentzel-Reuters, deswegen auch den Mitveranstaltern für den würdigen Rahmen, in dem die Veranstaltung stattfinden konnte.

Die Vortragsreihe in der Sektion "Der Deutsche Orden und Italien" eröffnete Marie-Luise Favreau-Lilie mit einem Exposé über den Deutschen Orden in Venedig. Es folgte Werner Paravicini mit einem Referat zur Heraldik der Heidenfahrten im 14. Jahrhundert am Beispiel der Wappen der florentinischen Familie Albizzi. Kristina Stöbener referierte im Anschluss daran den Forschungsstand zu den Generalprokuratoren des Deutschen Ordens mit einem Ausblick über die im Gang befindlichen Arbeiten zu diesem Thema. In der zweiten Sektion "Die Ballei Etsch und im Gebirge" vermittelte Udo Arnold einen Überblick über die mittelalterlichen Verhältnisse der hochmeisterlichen Kammerballei Etsch und im Gebirge. Ellinor Forster beschloss die zweiteilige Sektion mit ihrem Vortrag über das Hineinregieren in die Ballei durch die Tiroler Landesherrschaft am Beispiel der erzwungenen Aufnahme des Komturs Johann Heinrich von Kageneck zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Am Anfang des zweiten Veranstaltungstages fand eine Führung durch das Tiroler Landesarchiv statt, wo Christoph Haidacher ausgewählte "Borussica" und andere Stücke zum Tagungsthema auslegte und erläuterte. Die dritte Sektion eröffnete Mark Mersiowsky mit der Vorstellung eines spätmittelalterlichen Missales aus Sterzing im Privatbesitz. Danach stellte Arno Mentzel-Reuters Enea Silvio Piccolomini und die preußische Historiographie des nachmaligen Papstes Pius II. vor. Die Sektion beschloss Teresa Borawska mit ihrem Vortrag über Preußische Jura-Studenten an italienischen Universitäten vor 1525. In der vierten Sektion stellten Stefan Samerski römische Quellen zur Geschichte des Jesuitenkollegs auf der Marienburg und Frank Bayard in einem Lichtbildvortrag das Deutschordens-Zentralarchiv in Wien vor.

Zu den Besonderheiten gehörte die Eröffnung der von Arno Mentzel-Reuters und seinen Mitarbeitern konzipierten Ausstellung "Canossa und Königsberg" in der Universitäts- und Landesbibliothek, die Schätze der Bibliothek der Monumenta Germaniae Historica (MGH) aus ehemaligen ost- und westpreußischen Bibliotheken und Archiven zur Canossa-Thematik zeigt. In seiner Ansprache dankte der Vorsitzende der Bibliotheksleitung für die Möglichkeit, die Ausstellung in ihren Räumen zu zeigen. Die sich anbahnende Zusammenarbeit mit der MGH hofft er, zum Nutzen der ost- und westpreußischen Landesforschung ausbauen zu können. Der von Arno Mentzel-Reuters zusammengestellte Begleitkatalog zur Ausstellung ist als Sonderschrift der MGH veröffentlicht worden und im Buchhandel erhältlich.

Nach der Mitgliederversammlung und einer kompetenten Stadtführung durch Mitarbeiter von Landesarchiv und Universität endete mit der letzten Sektion zur Gelehrtengeschichte die Vortragsreihe. Andreas Kühne referierte über Copernicus und sein Verhältnis zur römischen Kurie. Gisela Schlüter legte an den Beispielen der Gelehrten Soave, Mantovani und Werner dar, wie das Ottocento Kant entdeckt und rezipiert hat. Und am Schluss lud Bernhart Jähnig dazu ein, den Spuren des gebürtigen Neidenburgers Ferdinand Gregorovius in Italien zu folgen.

Die Exkursion am letzten Veranstaltungstag führte nach Sterzing, wo Udo Arnold durch die ehemalige Deutschordenskommende führte, und auf den benachbarten Reifenstein. Auf der sich in Privatbesitz befindlichen Burg erhielten die von den Besitzern geführten Teilnehmer die seltene Gelegenheit geboten, die fast vollständig erhaltene Innenausstattung einer spätmittelalterlichen Deutschordensburg zu bestaunen.

Die Mitgliederversammlung gedachte ihres jüngst verstorbenen korrespondierenden Mitglieds Prof. Dr. Marian Biskup aus Thorn. Sein Lebenswerk würdigte Herr Prof. Dr. Udo Arnold mit seinem Nachruf auf ihn, den er verlas. Die Versammlung kooptierte die Nachwuchswissenschaftlerin Dr. Christina Link sowie Dr. Christian Gahlbeck und Prof. Dr. Andreas Kühne zu ordentlichen Mitgliedern.

Buchbesprechungen

Dietger Langer, Polnische Literaturgeschichte – Ein Abriss, München, Wilhelm Fink Verlag, 2010, 176 S., 19,90 €.

Dietger Langer (Jg. 1941), vormals Privatdozent für slawische Literaturgeschichte an der Universität Trier, hat den Versuch unternommen, einen kurzen Abriss der polnischen Literaturgeschichte zu verfassen, welcher zugleich die polnische Kultur-, Theater- und Sprachgeschichte vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart behandelt. Bei seinen allgemeinen Darlegungen ist L. überaus vorsichtig und äußert sich z.B. nicht zur Nationalität von Veit Stoß und Nikolaus Copernicus. Ungeachtet dessen verweist er auf die deutsche Bevölkerung in den großpolnischen Städten sowie in Krakau und Danzig im 16. Jahrhundert, welche damals von der reformatorischen Bewegung voll erfasst waren, und auf die Stadt Königsberg, welche mit ihrer 1544 begründeten Universität zu einer "Hochburg des Luthertums" wurde. Leider nur recht spärlich wird von L. auf die Schriftsteller eingegangen, welche aus Ost- und Westpreußen stammten bzw. dort wirkten. L. nennt hier den ermländischen Bischof Marcin Kromer als Verfasser der Chronik "De origine et rebus gestis Polonorum" (1555) und verweist auf die damaligen Bühnen in Danzig und Thorn. Jan Maczynski wird als Verfasser des 1564 in Königsberg veröffentlichten "Lexicon Latino-Polonicum" gewürdigt und der starke niederländische Einfluss auf das Kulturleben Danzigs in der Renaissance erwähnt. Sehr ausführlich wird von L. auf den Seiten 67-70 das Wirken des Ermländer Fürstbischofs, aufklärerischen Schriftstellers und Satirikers Ignacy Krasicki (1735–1801) und seine freundschaftlichen Beziehungen zum preußischen König Friedrich II., dessen Untertan er 1772 wurde, geschildert. Von den polnischen Schriftstellern der Gegenwart hingegen, welche sich mit Themen bezüglich Ost- und Westpreußens auseinandersetzen, werden Paweł Huelle mit seinen beiden Danzig-Romanen "Weiser Dawidek" (1987) und "Mercedes-Benz" (2001) sowie Stanislaw Chwin mit seinem das Leben eines Deutschen in Danzig betreffenden Roman "Hanemann" (1995) kurz genannt.

Manche Namen polnischer Schriftsteller werden von L. orthographisch falsch geschrieben wie Jerzy Putrament (nicht "Putramet" wie auf S. 150) und Romantitel in deutscher Übersetzung fehlerhaft benannt. Unter dem Titel "Kolumbus Jahrgang 1920" beispielsweise erschien der auf S. 153 erwähnte Roman von Roman Bratny. Der (französische) Verfasser der ersten überlieferten Chronik zur polnischen Geschichte wird seltsamerweise in halb deutsch, halb polnischer Schreibweise stets "Gall-Anonymus" genannt, anstatt ihn, wie im Deutschen allgemein üblich, als "Gallus Anonymus" zu bezeichnen. Zudem ist es in der Literaturwissenschaft durchaus strittig, ob Sienkiewicz in seinem Roman "Die Kreuzritter" mit seiner Darstellung des Deutschen Ordens wirklich das damalige Deutsche Reich "identifizieren" wollte oder ob er nicht vielmehr auf das zaristische Russland zielte, wie Jan M. Piskorski annimmt. Verfehlt dürfte es sein, von den damaligen preußischen Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen pauschal als von "den Preußen besetzten Gebieten" zu sprechen, wie es auf S. 118 geschieht. Bei der Gewichtung einzelner polnischer Schriftsteller könnte man gewisse Zweifel anmelden: Während der erwähnte Krasicki in dem dünnen Büchlein auf vollen vier Seiten gewürdigt wird, erhält Stanislaw Lem (1921-2006), einer der meistgelesenen polnischen Schriftsteller überhaupt und zugleich ein SF-Schriftsteller von Weltgeltung, nur ganze 6 Zeilen zugebilligt, und der bedeutende, aus der westpreußischen Kleinstadt Berent gebürtige kaschubische Schriftsteller Aleksander Majkowski (1876-1938) wird überhaupt nicht erwähnt.

Der polnische Romancier Józef Ignacy Kraszewski, welcher kurz vor dem polnischen Aufstand von 1863 aus Kongress-Polen emigrierte, in Dresden lebte und sich hier als "Josef Ignaz v. Kraszewski" einbürgern ließ, wurde dagegen zu Bismarcks Zeiten um 1883/84 nicht nur der Spionage zugunsten Frankreichs "beschuldigt". Leider erwies sich dieser Schriftsteller, dessen spannende historische Romane heute noch in Deutschland aufgelegt und gelesen werden, tatsächlich als ein Spion, welcher an der Spitze eines vorrangig aus Polen bestehenden Netzwerkes militärische Geheimnisse in Deutschland ausforschte und nach Paris verkaufte. Ungeachtet seiner unedlen Handlungsweise in dem Land, dessen Staatsbürger er freiwillig geworden war, erhielt Kraszewski seinerzeit nur milde (und zudem nicht "ehrenrührige") dreieinhalb Jahre Festungshaft vom Gericht zuerkannt, welche er aus Altersgründen noch nicht einmal absitzen mußte. Kraszewski war kein unschuldiges Opfer von politischen Intrigen Bismarcks1. Die Literaturwissenschaft sollte hier die Ergebnisse der historischen Forschung berücksichtigen und nicht alte, tendenziöse Behauptungen² kritiklos übernehmen. Der personelle Index des Buches ist durchgehend so fehlerhaft, dass man auf diesen hätte besser ganz verzichten sollen. Auf Grund der genannten Mängel ist das Büchlein nur mit Einschränkungen zu empfehlen. Jürgen W. Schmidt

- ¹ Jürgen W. Schmidt, Gegen Russland und Frankreich. Der deutsche militärische Geheimdienst 1890–1914, 3. Aufl. Ludwigsfelde 2009, S. 120 u. S. 298.
- ² Ganz ähnlich wie L. äußerte sich schon vor einem halben Jahrhundert Karel Krejči, Geschichte der polnischen Literatur, Halle 1958, S. 313 f.

Nicholas Edward Morton, The Teutonic Knights in the Holy Land 1190–1291, Woodbridge: The Boydell Press 2009, XIV u. 228 S., Hardcover, 3 Abb., 1 Schaubild, 1 Karte.

Eine zusammenfassende Darstellung der Ordensgeschichte im Hl. Land war nach der Vielzahl der bisherigen Einzeluntersuchungen angebracht. Nicholas Morton von der Swansea University liefert sie, und sie kann nicht damit abgetan werden, dass wir im Prinzip die Details ja alle schon kennten. Zum einen ist sie eine gute Zusammenfassung des Kenntnisstandes, zum anderen bietet sie manche neue Idee der Interpretation bekannter Fakten, und zum dritten beschränkt sie sich keineswegs auf das Hl. Land, sondern bietet wesentliche Aspekte auch für die Entwicklung in Preußen.

Das erste Kapitel widmet sich der Gründungsepoche des Ordens bis 1215. Dabei vermeidet Morton die Ursprungsdiskussion und akzeptiert den Vorgang vor Akkon 1189/90 als Neugründung. Er versucht, sich auf gesichertem Boden zu bewegen, doch manchmal überrascht er mit verblüffenden Thesen. So schlägt er für das Gebäude unterhalb der Burg Montfort – Mühle? Hospital? – vor, es könnte Schlafhaus von Ordensschwestern oder weiblichen Pilgern gewesen sein (S. 18). Die Schenkungen an den Orden verbindet er stärker mit dem Erlebnis oder der Begeisterung für eine Pilger- (Kreuz-)Fahrt ins Heilige Land als mit dem kaiserlichen Vorbild. Allerdings scheint er dabei das Netzwerk innerhalb der Adelsgesellschaft und mit dem staufischen Kaiserhaus zu unterschätzen und durch die Fokussierung auf das Heilige Land die Entwicklung des Ordens im Reich zu sehr in den Hintergrund zu rücken.

Das zweite Kapitel behandelt den 5. Kreuzzug 1217–1219 gegen Ägypten, wobei weniger der Orden als Hermann von Salza ins Licht gehoben wird, zu Recht. Interessant sind die Hinweise auf die starke Vermehrung der militärischen Stärke des Ordens in jener Zeit, nicht zuletzt über Familiaren (confratres). Allerdings gerät bei der in dem Zusammenhang herausgestellten Förderung durch Honorius III. die Rolle Friedrichs II. anlässlich seiner

Kaiserkrönung als Veranlasser der päpstlichen Privilegien zu sehr in den Hintergrund. Zutreffend ist aber die Wertung, dass nach diesem Kreuzzug der Deutsche Orden als bedeutender dritter Orden neben Templer und Johanniter getreten war, als besonderes Verdienst Hermanns von Salza.

Kapitel drei umfasst die Zeit der Vorbereitung zum Kreuzzug Friedrichs II. Dabei ordnet Morton die Reisen und diplomatischen Aktionen Hermanns von Salza ausschließlich dem Kreuzzugsziel unter, so dass z.B. die sonstige Politik Friedrichs völlig in den Hintergrund tritt sowie mancher ,Nebenschauplatz', wie etwa das Burzenland, sehr verkürzt dargestellt wird, ohne Hinweis auf die innerungarischen Probleme zwischen König Andreas II. und seinem Adel (S. 48). Ein interessanter Gedanke schließt sich daran an: "... while the Order may have been engaged in a search for independence, in practice it was actually becoming more dependent in its patrons" [Kaiser und Papst] (S. 50). Ebenso interessant sind seine Überlegungen hinsichtlich der Heirat Friedrichs mit Isabella von Brienne und dem vom Kaiser erfolgten Thronverstoß ihres Vaters Johann als König von Jerusalem – er exkulpiert Hermann von Salza von wissentlicher Intrige dazu und sieht darin einen Sinneswandel Friedrichs gegenüber früheren Zusagen; weil er damit den Hochmeister bloßstellte, erhielt der Orden kaiserliche Gunsterweise, u.a. die Seigneurie de Joscelin mit dem Castellum Regis sowie Toron. Gerade hier zeigt sich, wie der Verf. aus intensiver Literaturkenntnis Zusammenhänge herstellt und zu interessanten Thesen kommt. Manchmal verblüfft er allerdings, etwa wenn er Heinrich Walpot als ersten Meister der Rittergemeinschaft 1198 als Templer ansieht und den bei dem Umwandlungsakt verliehenen weißen Mantel der Templer als "symbol of submission", erwachsen aus dem Ansatz, sich gegen die existenzbedrohende Dominanz der Johanniter zu wehren (S. 57). Die folgenden Auseinandersetzungen zwischen Templern und Deutschem Orden begründet er mit der Verbindung des Deutschen Ordens mit dem Königreich Armenien seit 1209, während die Templer auf Seiten von dessen Gegner Antiochia standen. Dabei scheint mir jedoch der Symbolcharakter, der im Streit um den weißen Mantel steckte, zu wenig beachtet.

Kapitel vier stellt die Zeit vom Kreuzzug Friedrichs 1227 bis zum Tod Hermanns von Salza 1239 dar. Hier kommt Preußen ins Blickfeld. Primär geht es um das Problem Hermanns und des Ordens zwischen dem neuen Papst Gregor IX. und dem Kaiser, welches sich aufgrund der engen Verbindung zu beiden Mächten viel komplizierter gestaltete als für Templer und Johanniter. Morton sieht darin nicht zuletzt ein Überlebensproblem für den Orden: "The Teutonic Knights needed to support both parties in this conflict and they were not in a position to withhold their assistance from either." (S. 65) Daraus resultiert ein Balanceakt des Hochmeisters, der besonders deutlich wird beim Kreuzzug des gebannten Kaisers. Anschließend war Hermann von Salza während der Auseinandersetzungen von Ghibellinen und Lombarden nicht im Heiligen Land. Für diese Zeit sind keine dortigen militärischen Aktionen des Ordens überliefert, was Morton im Anschluss an Urban (The Prussian Crusade, 1980) mit dem Hinweis erklärt, dass der Orden ab 1230 in Preußen, ab 1237 in Livland Truppen, Geld und Ausstattung benötigte, die er vom Heiligen Land abzog. Trotzdem war es ein Erfolg, dass der Orden auch bei den Gegnern des Kaisers 1229 erneut Vertrauen und Begünstigungen erwerben konnte, was vor allem der Fähigkeit Hermanns zugeschrieben wird, sich mit Mitarbeitern "of the highest calibre" zu umgeben (S. 78). Doch die Probleme des Kaisers in der Lombardei überschatteten alles andere, da sie nicht zuletzt den vom Papst geforderten Kreuzzug verhinderten. Die Rolle Hermanns wird fokussiert auf seine Bemühungen um Ausgleich und Frieden zwischen allen Parteien in Italien wie im Heiligen Land, um einen neuen vom Papst gewünschten Kreuzzug zu ermöglichen. Letztlich waren sie nicht von Erfolg gekrönt. Abschließend erfolgt eine Würdigung Hermanns: Heidenkampf, Friedensbemühungen und Streben nach materiellem und geistlichem Zugewinn für den Orden werden als entscheidende Faktoren seines Handelns benannt; beim letzten Punkt fehlt der territoriale Aspekt, das Streben nach einem eigenen Ordensterritorium, er ist zu allgemein, zu offen formuliert.

Kapitel fünf zeigt den Wandel nach Hermann von Salza, eingespannt in den Spagat zwischen Unterwerfung Livlands und einem bevorstehenden neuen Kreuzzug sowie die Auseinandersetzungen zwischen Kaiser und Papst, den Morton vor allem der Parteinahme des Hochmeisters Konrad von Thüringen für Friedrich II. zuschreibt. Auch im Heiligen Land geriet der Orden zwischen die Fronten, nicht zuletzt bei Templern und Johannitern. Dabei gestaltete sich das Verhältnis zu letzteren positiv, während Gregor IX. gleichzeitig versuchte, die Johanniter gegen den Deutschen Orden zu instrumentalisieren – die Neutralitätspolitik Hermanns hatte geendet.

Dementsprechend lautet das nächste Kapitel "Abhängigkeit und Unabhängigkeit", wobei Morton sich neben bester Quellenkenntnis vor allem auf den Band "Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190-1994" (1998) stützt. Dabei sieht er das Problem des Ordens darin, dass Hermann von Salza die Aktivitäten in Europa zeitlich noch den Aktivitäten im Heiligen Land anpassen konnte, was in den 40er Jahren nicht mehr möglich war. Der Orden bestimmte nicht mehr selbst die Entwicklung, sondern hatte an den verschiedenen Einsatzplätzen zu reagieren, womit oft eine gleichzeitige Anspannung, ja Überspannung der Kräfte verbunden war: Schlacht auf dem Peipussee 1242, anschließend Aufstand in Preußen und 1244 der fast totale Verlust der Kräfte in der Schlacht von La Forbie im Heiligen Land. Gleichzeitig wurden die politischen Auseinandersetzungen zwischen Papst und Kaiser heftiger und zwangen zur Stellungnahme, die an den unterschiedlichen Einsatzorten unterschiedlich ausfallen musste und als Riss durch den Orden ging. Hinzu kam der erneut harte Personalverlust während des Kreuzzuges von Ludwig IX. von Frankreich in Ägypten bei al-Mansura 1250. Ergebnis für das Heilige Land: "1253 the Orders Levantine branch had been left defeated, divided, penniless and isolated." (S. 108) Der verstärkte Einsatz im Osten Europas verschärfte die Situation weiter, erhielt das Hl. Land doch dadurch weniger Kreuzfahrerzuzug, auch wenn die päpstliche Politik schwankte. Das änderte sich deutlich mit der Ankunft des neuen Hochmeisters Anno von Sangershausen 1256; er muss erhebliche Gelder, vielleicht auch Brüder mitgebracht haben, so dass die große Krise überwunden wurde. Es war jedoch der Zeitpunkt, "that many had lost hope in the survival of the Latin East". (S. 117) Bestechend gerade auch an diesem Kapitel ist die ausgezeichnete Einbettung der Ordensentwicklung in die politische Großwetterlage wie auch in die allgemeinen Vorgänge im Heiligen Land, ohne sich in Details zu verlieren.

Kapitel sieben macht deutlich, dass der Orden zwei so intensive Kräfte benötigende Fronten wie das Heilige Land und Preußen/Livland letztlich nicht erfolgreich bedienen konnte. Die Schwerpunktsetzung der folgenden Jahre schreibt Morton den unterschiedlichen Interessen der Hochmeister Poppo von Osterna und Anno von Sangershausen zu. Diese Individualisierung der Entscheidungen geht mir jedoch zu weit, die Hochmeister waren sicher primär Exponenten unterschiedlicher Interessengruppen innerhalb des Ordens, wie das Schicksal Osternas nach seiner Hochmeisterzeit vermuten lässt. Mongoleneinfall in Syrien und livländisch-preußischer Aufstand ab 1260 machten die Entscheidung für einen Schwerpunkt auch nicht leichter. Erst der Verlust von Montfort 1271 dürfte hier die Wende bedeutet haben. Allerdings stellt Morton die These vor, dass die Beruhigung der östlichen Kriegsplätze die Voraussetzung für einen neuen Großeinsatz im Heiligen Land gewesen sein könnte, wofür der Ansatz Burchards von Schwanden 1289/90 stehe. Dies bleibt jedoch durch den Fall von Akkon 1291 nicht beweisbare Spekulation.

Den politischen Teil der Darstellung schließt Kapitel acht mit der Untersuchung des Ordens innerhalb des Königreichs Jerusalem nach 1258 ab. Die nachstaufischen Probleme zwischen dem Haus Anjou und den Herrschern von Zypern machten wechselnde Positionen nötig, wohl letztlich im Interesse des Positionserhalts im Heiligen Land. Ähnlich wechselvoll war das Verhältnis zur päpstlichen Politik dort. Die oft benannten Streitigkeiten zwischen Johannitern, Templern und Deutschem Orden sind in Mortons Augen eher Randerscheinungen. Die Stärke seiner Darstellung liegt auf jeden Fall in der guten Berücksichtigung des Ordensumfeldes im Heiligen Land und teilweisen Einbeziehung der preußisch-livländischen Vorgänge, seine Sicht der Zusammenhänge macht manches Detail klarer, selbst wenn er kaum unbekannte Details beisteuert. Der knappe Abschluss mit dem Fall von Akkon 1291 überrascht dagegen ein wenig.

Fast als Anhang wirken die beiden Abschlusskapitel über die militärische Organisation des Ordens im Heiligen Land und dessen allgemeine Organisationsstruktur. Eine in ihren Ergebnissen nicht neue Auswertung der Statuten wird gefolgt von der Frage nach der militärischen Stärke, die mangels Quellen spekulativ auf 400 Kämpfer insgesamt geschätzt wird. Die Burgenuntersuchung stellt Montfort mit interessanten Überlegungen, warum die Burg 1271 innerhalb nur einer Woche aufgegeben wurde, ins Zentrum.

Die Organisationsformen des Ordens darzustellen ist schwierig, da erst die Statuten aus der Mitte des 13. Jahrhunderts – spätestens 1250 fixiert – eine Quellenbasis bieten und damit Rückgriffe auf die ersten sechs Jahrzehnte weitgehend spekulativ bleiben. Dabei bedürften auch die Entstehungszeiten der einzelnen Statutenredaktionen als Basisnorm noch genauerer Berücksichtigung, wenngleich Realität und Norm sicher oft genug auseinander klafften. Mortons Stärke liegt im wiederkehrenden Vergleich mit Templern und Johannitern. Gut herausgearbeitet wird die Differenzierung der vier Ordenszweige im Heiligen Land, in Preußen und Livland sowie im Reich: "The master of the Order was required to work with officials who possessed theoretical power that was only slightly lower than his own and practical power that could be considerably greater." (S. 167) Mit interessanten Argumenten plädiert er für Akkon und gegen Montfort als zentralen Sitz im Heiligen Land von Beginn an bis 1291.

Kommunikation und Verwaltung der ländlichen Besitzungen lassen sich mangels Quellen so gut wie gar nicht beschreiben. Die städtischen Einkünfte sind besser fassbar, aber die Umrechnung auf Unterhaltskosten pro Ritter bleibt doch sehr spekulativ. Die Hilfe aus den Überseebesitzungen des Ordens kam gewiss, doch wir wissen nichts darüber. Morton zeigt auf, dass im Bereich der großen Hafenregionen von Apulien der Orden Besitzungen und Einkünfte hatte, und es ist ihm zu folgen, wenn er darin einen wesentlichen Rückhalt für den Orden im Heiligen Land sieht. Auch die Beziehungen zu Venedig gehören in diesen Bedeutungsbereich, und ebenso wissen wir, dass der Orden über eigene Schiffe verfügte. Desgleichen war ihm Getreide- und Reittiertransport erlaubt, doch über die praktische Umsetzung fehlen uns einfach die Quellen, und es bleibt außerdem die Frage, ob er seine Privilegien nur für den Nachschub nutzte oder nicht doch gleichermaßen für Eigenhandel – es bleibt ein sehr spekulativer Komplex.

Die Anhänge bieten ein sehr hilfreiches Itinerar der Hochmeister 1210–1291, die Aufzählung und Kartierung der ländlichen Besitzungen des Ordens im Königreich Jerusalem, eine Hochmeisterliste 1210–1296, die landwirtschaftliche Infrastruktur sowie eine Liste der Ordensmarschälle und Großkomture.

Die Zusammenfassung konzentriert sich auf Hermann von Salza, der als "overambitious" bezeichnet (S. 188) und deutlich kritisiert wird: "Herman created an organisation that was overstreched, vulnerable to the machinations of its patrons and prone to internal divisions."

(S. 186) Diese Wertung ist sicher bedenkenswert, wenn man Heiliges Land, Preußen und Livland als angestrebtes Ziel einer Dauerpräsenz des Ordens sieht. Dass das bei keinem Orden, auch den älteren und größeren Templern und Johannitern funktionieren konnte, ist völlig einleuchtend - jene engagierten sich deswegen trotz entsprechender Besitzungen in östlichen Randzonen des Christentums wie Schlesien oder Pommerellen nicht im Heidenkampf im Ostseeraum. Falls man aber die Intentionen Hermanns von Salza anders deutet - und ich tue das -, so fällt auch die Wertung seiner Politik anders aus. Morton sieht das Spannungsverhältnis zwischen dem Heiligen Land und dem Baltikum, wobei er Armenien zum Heiligen Land rechnet. Ungarn streift er nur, Spanien erwähnt er gar nicht; er betrachtet also die Ansätze Hermanns nur zum Teil. Wenn man jedoch von der Überlegung ausgeht, dass Hermann für den Orden die Bildung eines Territoriums als Zielvorstellung hatte, dann erscheint die Spannweite des Ordenseinsatzes viel eher als ein Sammeln von Optionen für eine solche Territorialbildung und damit das Heilige Land zwar als Gründungs- und ideologischer Kernbereich, doch keineswegs als unbedingt auf Dauer angelegte Wunschvorstellung. So erwirkte Hermann bereits früh päpstliche Urkunden, die Preußen gleichberechtigt neben das Heilige Land als Kreuzzugsziel stellten. Dem entspricht das Schwanken der hochmeisterlichen Vorstellungen zugunsten des Heiligen Landes oder des Ostseeraumes, was Morton Poppo von Osterna aus der Sicht des Heiligen Landes als Negativum ankreidet. Die Diskussion um den eigentlichen Schwerpunkt der Ordensexistenz setzte daher vielleicht noch früher ein, als ich bisher annahm – nicht erst in den 1280er, sondern schon in den 1250er Jahren, die wir bislang mit ihren Auseinandersetzungen innerhalb des Ordens stets als ,Nachwehen' des staufisch-päpstlichen Konfliktes interpretierten -, auch wenn dem Orden schließlich die Entscheidung durch den Verlust des Heiligen Landes für die gesamte Christenheit 1291 abgenommen wurde. Dass aber damit die Diskussion noch nicht am Ende war, zeigt die Problematik um die Verlegung des Ordenssitzes von Venedig nach Marienburg. Insofern hat Morton Recht, wenn er sagt: "Hermann von Salza cast a long shadow over the history and development of the Teutonic Knights." (S. 185) Und damit ist die Arbeit von Morton nicht nur wichtig für das Heilige Land, für das sie eine gute zusammenfassende Darstellung bietet mit einer beachtenswerten Quellen- und vor allem englischsprachigen, weniger deutschsprachigen Literaturkenntnis, sondern auch für die frühe Zeit des Preußenlandes. Seine Arbeit wird grundlegend sein für zukünftige englisch-amerikanische Arbeiten, aber manche Thesen sind auch für weitere deutsche Forschungen recht anregend.

Udo Arnold

Simon Helms, Luther von Braunschweig. Der Deutsche Orden in Preußen zwischen Krise und Stabilisierung und das Wirken eines Fürsten in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens. 67), Marburg, N. G. Elwert, 2009, 215 S., 22 €.

Die vorliegende Monographie ist die Druckfassung der im Frühjahr 2008 von der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn angenommenen Dissertation des Vfs. Sie entstand auf Anregung von Udo Arnold, der die Arbeit auch mit Rat und Tat begleitet hat. Die für die damalige Zeit immer noch recht dürftige Quellenlage – Luther ist als Bruder des Deutschen Ordens in Preußen von 1297 an und als dessen Hochmeister von 1331 bis 1335 belegt – einerseits und die Herkunft und Erziehung Luthers als Sohn eines mächtigen Reichsfürsten andererseits machen den besonderen Reiz des Themas aus. Diesem hat sich der Vf. mit den folgenden sieben Kapiteln genähert: 1. Einleitung; 2. Umbrüche. Orden und Hochmeister in den Jahren 1291–1309; 3. Luthers Herkunft und ersten Jahre, 3.1 Die Herzöge

von Braunschweig und der Deutsche Orden, 3.2 Das Umfeld von Luthers Kindheit, 3.3 Luther als Ordensbruder; 4. Krisen und Konsolidierung in Preußen. Orden und Hochmeister in den Jahren 1309–1330, 4.1 Die Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen (bis 1311) und Karl von Trier (1311–1324), 4.2 Hochmeister Werner vor Orseln (1324–1330); 5. Luthers Wirken als Komtur von Gollub, Komtur von Christburg und Oberster Trappier des Ordens (1314–1331), 5.1 Luther von Braunschweig, die Machtkämpfe im Orden und die Einführung des summus- bzw. oberster-Zusatzes zum Titel des Trappiers, Spittlers und Marschalls, 5.2 Landesausbau. Die beginnende Besiedlung im Lande Sassen, 5.3 Urkundenwesen, 5.3.1 Spuren einer welfisch-braunschweigischen Formulierungstradition in preußischen Deutschordensurkunden, 5.3.2 Persönlicher Einfluss Luthers von Braunschweig auf Form und Formulierung von Urkunden, 5.4 Luther als Dichter, 5.4.1 Die Barbara-Dichtung, 5.4.2 Die Makkabäer-Dichtung, 5.5 Luther als Anreger geistlicher Dichtung. Der 'Daniel' – ein wahrscheinlich in Christburg entstandenes Werk; 6. Ein Fürst an der Ordensspitze. Luther von Braunschweig als Hochmeister (1331–1335); 7. Zusammenfassung.

Wie er es in seiner Einleitung formuliert hat, möchte H. eine "echte" Biographie und nicht eine Darstellung der Geschichte des Deutschen Ordens unter einem bestimmten Hochmeister schreiben, womit er sich bewusst von den Monographien von Nöbel, Lückerath und Nieß zu den Hochmeistern Michael Küchmeister, Paul von Rusdorf und Karl von Trier absetzen will. Deswegen verzichtet der Vf. im Titel auf die Amtsbezeichnung ,Hochmeister'. Gleichwohl ist sich H. im Klaren, dass er seinen Anspruch nicht lupenrein aufrecht zu erhalten vermag, wenn er schreibt, dass er "in einem eigenen Fokus die Frage nach der sich wandelnden Stellung des Hochmeisters innerhalb des Deutschen Ordens" in den Blick nehmen werde (S. 2). H. konnte bereits im zweiten Kapitel nicht umhin, die Umbruchszeit, die der Orden und seine Hochmeister nach dem Verlust der Besitzungen im Heiligen Land und des Rückzugs der zentralen Ordensverwaltung nach Venedig zwischen 1291 und 1309 erfahren hatten, darzustellen, um so seinen Protagonisten in den historischen Rahmen einzubetten. Dieser war weitgehend ausgefüllt von den ordensinternen Richtungsstreitigkeiten über die Verteilung der Kräfte für ein erneutes Engagement im Heiligen Land oder zugunsten der Kriegsschauplätze an der preußischen und livländischen Heidenfront. Die Streitigkeiten entluden sich zu einem großen Teil in der Schwächung des Hochmeistertums (nicht Hochmeisterschaft!), dem Wahlkapitulationen enge Fesseln anlegten. Dass sich die "preußische Partei" schließlich durchsetzte, lag nicht zuletzt an den bekannten äußeren Gegebenheiten wie dem Plan der Vereinigung aller Ritterorden unter französischer Führung, der Zerschlagung des Templerordens durch Philipp IV. von Frankreich, dem Konflikt zwischen der Kurie und der Republik Venedig und der Inbesitznahme Pommerellens und Danzigs durch den preußischen Landmeister des Deutschen Ordens. Bei der Beschreibung von Luthers Herkunft und Kindheit im dritten Kapitel war der Vf. ebenfalls auf das Schrifttum angewiesen, das z.B. die engen Beziehungen der Herzöge von Braunschweig zum Orden darstellt oder das die verwandtschaftlichen Verbindungen von Luthers Mutter Adelheid von Montferrat beleuchtet. Auch für Luthers Anfangsjahre als Ordensbruder in Preußen, die von der Krisen- und der Konsolidierungsphase des Hochmeistertums in Preußen geprägt waren, griff der Vf. im darauf folgenden Kapitel zunächst auf die Erkenntnisse der Forschung zurück, um dann mit eigenen Erträgen aufzuwarten. Sie hat er v.a. aus der Analyse der Beteiligung hoher Amtsträger oder des Hochmeisters bei der Vergabe von Handfesten gewonnen.

Zur Person Luthers dringt H. mit dem 5. Kapitel vor, denn die Quellen zu ihm beginnen erst mit seiner Amtszeit als Komtur von Gollub (seit 1308) zu fließen. Zum 17. Juli 1314 ist er erstmals als Trappier und Komtur von Christburg belegt. Während seiner Amtszeit als

Christburger Komtur (bis 1331) fand der Machtkampf zwischen den Gegnern und den Befürwortern einer Verknüpfung der obersten Ordensämter des Trappiers, Spittlers und Marschalls mit den Gebietsämtern Christburg, Elbing und Königsberg statt. Dabei konnte der Vf. überzeugend herausarbeiten, dass Luther zur Stärkung der eigenen Stellung gegenüber seinem Gegenspieler Eberhard von Duna geschickt den summus-Zusatz im Titel des Trappiers in den von ihm ausgegebenen Urkunden eingesetzt hatte. Erfolge konnte Luther auch bei der Besiedelung und dem Ausbau des fast wüsten Landes Sassen – des Gebietes der späteren Komturei Ortelsburg - verzeichnen, was H. zu Recht auf die Nähe Luthers zum damaligen Landmeister oder Hochmeisterstatthalter Friedrich von Wildenberg zurückführt. Weniger überzeugt der Vf. bei der Herleitung einer angeblich auf Luther zurückgehenden "welfisch-braunschweigischen Formulierungstradition im preußischen Urkundenwesen", die er in der Einführung des Possessivpronomens - gemeint ist noster/unser - bei der Actumsangabe (S. 82) zu erkennen glaubt. Es sind nicht nur die selbst angeführten Gegenbeispiele, die davor warnen, sondern auch die im Ansatz steckengebliebene Diskussion der Bedeutungen des pluralis maiestatis und des pluralis communitatis in diesem Zusammenhang. Von nicht allzu großer Sachkenntnis zeugt die Verwendung des Begriffes 'Diplom', den der Vf. den von Luther als Komtur von Christburg und Trappier des Ordens ausgestellten Urkunden zubilligt (S. 117). Festeren Boden scheint H. mit der Darstellung Luthers als Verfasser eines Gedichts über die v.a. im Kulmerland verehrte Heilige Barbara zu betreten, das er mit Recht ins Jahr 1319 oder in die unmittelbare Zeit danach datiert. Es gelingt ihm auch, mit Hilfe der Wiedergabe zweier Sendschreiben des Hrabranus Maurus in der von Luther gestifteten Bibel und in der Prachthandschrift der Makkabäer-Dichtung Luther als Urheber der Dichtung wahrscheinlich zu machen. Ebenso scheinen die Hinweise dafür zu sprechen, dass Luther in Christburg die Übertragung der Daniel-Dichtung in die Volkssprache wenigstens angeregt hat. Die Argumentation des Vfs., wonach Luther als Hochmeister die wesentlichen Grundlagen für den 66 Jahre dauernden Frieden von Kalisch von 1343 gelegt habe, ist einleuchtend. Unter dem Eindruck der Grundsteinlegung der repräsentativen St.-Annen-Kapelle in der Marienburg, der Stiftung des Königsberger Domes durch Luther und nicht zuletzt unter dem der Selbsttitulatur als Herzog oder geborener Herzog von Braunschweig geht H. von der Verfürstlichung des Hochmeistertums aus. Die erstmalige Verwendung der Dei-gratia-Formel in der Selbsttitulatur eines Hochmeisters scheint seine Auffassung (auch gegen die des Rez.) noch zu stützen. Aber auch hier ist insoweit Vorsicht geboten, als dass die Verwendung dieser Formel in der Hochmeistertitulatur noch über ein Jahrhundert lang singulär blieb und damit als persönliches Attribut des Fürstensohnes Luther von Braunschweig gelten darf. Von der Selbsttitulatur säuberlich zu trennen sind dagegen Anreden und Fremdtitulaturen, in denen der Hochmeister in Anlehnung an eine Formulierung in der zu Rimini datierten Goldenen Bulle Kaiser Friedrichs II. mitunter tatsächlich als Fürst angesprochen wird.

Obwohl H. seinen Ansatz nicht ganz verwirklichen konnte und bei der Auswertung des urkundlichen Materials gelegentlich übers Ziel hinaus geschossen ist, überwiegt der Eindruck, dass sich die Arbeit von geradezu erfrischenden Ideen gespeist hat. Solchen gilt es nachzueifern.

Dieter Heckmann

Die litauische Wolfenbütteler Postille von 1573. Hg. v. Jolanta Gelumbeckaite. Bd. 1: Faksimile, kritische Edition und textkritischer Apparat. Bd. 2: Einleitung, Kommentar und Register (Wolfenbütteler Forschungen. 118. 1 u. 2). Wiesbaden, Harrassowitz Verlag in Kommission 2008, VII, 1198 ungez. S.; LXXX, 408 S. Folio in Schuber. 198 €.

Schon seit der ausgehenden Deutschordenszeit verfügte das Preußenland in seinem Norden über einen litauischsprachigen Bevölkerungsanteil, der im 16. Jahrhundert durch Vermehrung im Lande und durch Zuwanderung aus dem benachbarten Großfürstentum weiter zugenommen hat. Herzog Albrecht und seine Nachfolger waren daran interessiert, daß ihre nicht deutsch sprechenden Untertanen in ihren Muttersprachen seelsorgerisch betreut wurden. Albrecht hat daher den litauischen Adeligen Martin Moswid (Martynas Mažvydas) eingeladen, nach Preußen zu kommen, um Theologie zu studieren und eine Pfarrstelle zu übernehmen. Dessen Übersetzung von Luthers Katechismus ins Litauische wurde 1547 das älteste litauischsprachige Buch überhaupt. Das in zeitlicher Hinsicht nächste umfangreiche Werk in litauischer Sprache wurde ein evangelisches Predigthandbuch - in der Sprache der Zeit als "Postille" bezeichnet –, das bisher nur handschriftlich überliefert ist und, weil es seit 1648/49 in der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel verwahrt wird, seit dem späten 19. Jahrhundert in baltistischen Fachkreisen als "Wolfenbütteler Postille" bekannt ist. Bei diesem Werk handelt es sich um eine Zusammenstellung aus verschiedenen reformatorischen Postillen. Am häufigsten konnte die Bearbeiterin Übernahmen aus den Predigtsammlungen von Niels Hemmingsen, Johannes Spangenberg und Daniel Greser nachweisen. Die anderen auf dem Titelblatt genannten Postillenverfasser haben sich nur vereinzelt als Quelle finden lassen.

Die Entstehung der Urschrift, also der ursprünglichen Übersetzung aus den lateinischen Vorlagen ins Litauische, hat die Bearbeiterin auf Grund verschiedener Indizien in die Jahre 1565-1573 datiert. Daher müßten daran eine Mehrzahl von Übersetzern gearbeitet haben, die jedoch nach wie vor unbekannt bleiben. Doch schon der Bretkeforscher Viktor Falkenhahn hatte 1941 durch intensiven Vergleich mit Handschriften, deren Schreiber unzweifelhaft sind, gezeigt, daß die ganze Handschrift dieser Postille von einer Hand abgeschrieben und mit ersten Korrekturen versehen worden war, nämlich von dem Georgenburger Pfarrer Johannes Bilauk (um 1540-1603), dessen Name sich auf dem vorderen Buchdeckel findet. Entgegen anderen zwischenzeitlich gemachten Äußerungen hat die Bearbeiterin diese Zuweisung bestätigt. Bilauk hat bei der Abschrift Fehler unterschiedlicher Art gemacht, die er nur teilweise selbst nachträglich verbessert hat; diese werden von der Bearbeiterin charakterisiert. Zwei Hinweisen in der Handschrift war zu entnehmen, daß diese Abschrift in den Jahren 1573–1574 entstanden ist, vermutlich zu Beginn von Bilauks pfarramtlicher Tätigkeit. Es gibt die Spuren von zwei weiteren Korrektoren, die schon von Falkenhahn mit Patroklus Welver (um 1550/55–1598) aus Soest und Michael Sappuhn (um 1553–1630) aus Bartenstein identifiziert worden waren, die nacheinander verschiedene Pfarrstellen im nördlichen Herzogtum innegehabt hatten. Einige weitere von der Bearbeiterin gefundene Verbesserungen haben sich niemandem zuweisen lassen. Auch die Arbeiten dieser Korrektoren werden im einzelnen charakterisiert.

Die hier vorzustellende Edition erscheint als ein wirklich monumentales Werk, da sie von der fast 300 Blatt umfassenden Foliohandschrift einen Faksimiledruck enthält. Daher hat auch die Buchausgabe eine Höhe von fast 35 cm, die das Lesen am Schreibtisch nicht leicht macht. Das Werk besteht aus zwei Bänden mit sehr unterschiedlichem Umfang. Der umfangreichere Band 1 enthält die eben genannte faksimilierte Wiedergabe der Handschrift. Der Buchblock mit den Faksimiles wird blattweise durchschossen von den Seiten, auf denen sich der textkritische Editionstext findet. Auf diese Weise kann der Leser stets neben

einer faksimilierten Seite den modernen Lesetext betrachten. Unter diesem sind zwei textkritische Apparate zu finden, nämlich links mit Buchstabenindices die Hinweise auf den Bilaukschen Abschreibetext und dessen eigene Korrekturen, rechts mit Ziffernindices die Nachweise zu den zeitgenössischen Korrekturen anderer Hände. Im schmaleren, aber immer noch recht umfangreichen Band 2 folgt die für wissenschaftliche Editionen übliche Beschreibung und Untersuchung der Handschrift. Auf die äußere Beschreibung folgt die innere. Hier werden die schon angesprochenen Fragen der Verfasserschaft, des Abschreibers und der Korrektoren näher untersucht. Zur Geschichte der Handschrift gehört auch die Forschungsgeschichte. Schließlich werden die Editionsprinzipien dargelegt. Bis hierhin hat der Band eine römische Seitenzählung. Es schließt sich nun eine ausführliche Kommentierung des Editionstextes an. Die Register enthalten außer den üblichen Abkürzungen Verzeichnisse der Predigtquellen, der im Text vorkommenden Personen, der Bibelstellen und Perikopen. Nach fünf Jahren mühseliger Arbeit hat die Bearbeiterin der baltistischen Sprach- und Literaturforschung sowie auch der vergleichenden Sprachgeschichte eine bedeutsame Quelle erschlossen. Litauisch war im 16. Jahrhundert noch keine normierte Hochsprache, sondern bestand aus einer Mehrzahl von Mundarten. Das wird diese Quelle für die Forschung besonders interessant machen. Bernhart Jähnig

Wolfgang ROTHE/Daniela WIEMER, Ortsatlas Trakehnen. Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf – Siedlungsgeschichtliche Dokumentation, über 1100 Karten, Dokumente, Abb. und Fotos, Essen, Selbstverlag, 2012, 560 S., € 49,90.

Wer Trakehnen hört oder liest, denkt an Pferde. Die spielen in dem umfangreichen Werk auch eine wichtige Rolle; im Mittelpunkt der Darstellung aber stehen die Landschaft, die Landwirtschaft und die Menschen, die in dieser Region gelebt haben. Die Autoren schlagen einen großen Bogen: vom Anbeginn der Siedlung im 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Wolfgang Rothe kommt dabei seine langjährige Erfahrung und Beschäftigung mit einschlägigen Themen zugute, beiden Autoren das reichhaltige, zum Teil bisher noch nicht zugängliche Material, das sie über Jahrzehnte gesammelt haben. Entstanden ist ein imposantes Werk, das wohl keine Frage ausläßt, die man im Zusammenhang mit Trakehnen stellen könnte. Zeitzeugen und ihre Nachkommen finden ihr Haus und den engsten Lebenskreis bis ins Detail dokumentiert. Aber es ist auch für diejenigen, die der Assoziation "Trakehnen = Pferde" folgen, eine unerschöpfliche Fundgrube. Darüber hinaus gewinnt es an Bedeutung nicht nur für Leser, die einen persönlichen Bezug zu Trakehnen haben, oder für solche, deren Wurzeln in Ostpreußen liegen. Im Grunde ist es mit seinen 900 Abbildungen, davon 200 farbig, 100 Karten und Kartenausschnitten, 50 historischen Urkunden und Tabellen, 17 Einwohner-Legenden sowie bisher unveröffentlichten Fotos ein gegliedertes und sortiertes Archiv. Die gut lesbaren Einführungsartikel z.B. über die Siedlungsgeschichte mit Unterkapiteln zu den preußischen Reformen, dem Schulwesen und der aktuellen Situation sind nicht nur informativ, sondern machen das Buch zu einem unverzichtbaren Hilfsmittel für jeden, der sich mit dem Thema "Ostpreußen - nicht nur der Pferde wegen" beschäftigt.

Insofern ist das Buch eine wichtige Quelle für das, was man das kollektive Gedächtnis nennt. Was wird man in einigen Jahrzehnten von Ostpreußen und speziell von Trakehnen noch wissen? Der Blick in Schulbücher verheißt nichts Gutes. Um so wichtiger ist es, daß in vorhandenen Landesmuseen, aber auch sonst in Bibliotheken Dokumente und Darstellungen verfügbar sind, die Auskunft geben über ein Land, das mehr und mehr aus dem Gedächtnis verschwindet. So wichtig es ist, daß den jetzt dort ansässigen Bewohnern Unterstützung zuteil wird: Für die Bewahrung der Geschichte ungleich wichtiger ist, daß fest-

gehalten wird, was war, wie es entstanden ist und wie es sich verflüchtigt hat. Dies wird von manchen Vertretern von Vertriebenorganisationen übersehen, wenn es um die Frage geht, was bleibt und wie wird es konserviert. Das Werk von Rothe/Wiemer bietet dazu einen kaum zu überschätzenden wertvollen Beitrag.

George Turner

Rolf Straubel, Biographisches Handbuch der preußischen Verwaltungs- und Justizbeamten 1740–1806/15, Teil 1: Biographien A–L; Teil 2: Biographien M–Z (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. 85; Einzelveröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. 7), München, K. G. Saur 2009, XXI, 604 S. u. S. 605–1180.

Vorzustellen ist ein biographisches Nachschlagewerk, das ein einzelner Forscher im Alleingang nach 15jähriger Sammeltätigkeit geschaffen hat. Sein Verfasser ist in dieser Zeit und darüber hinaus durch eine Reihe von Arbeiten zur Wirtschafts- und Handelsgeschichte Brandenburg-Preußens von der Mitte des 18. bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts hervorgetreten. Dabei ist auch das Preußenland berücksichtigt worden, darunter auch ein gewichtiges Werk zu Königsberg und Memel¹. Im Zusammenhang dieser Forschungsarbeiten hat der Vf. sich ein umfangreiches biographisches Material für die Zeit vom Regierungsantritt Friedrichs des Großen bis zu den preußischen Reformen erschlossen, das er in zwei stattlichen Lexikonbänden zusammengestellt hat, dessen Drucklegung die beiden oben genannten Institutionen dankenswerterweise ermöglicht haben. Sie konnten dazu die Unterstützung des Verlages Saur in München gewinnen, der in der Herausgabe vielbändiger Nachschlagewerke eine große Erfahrung besitzt. Klaus Neitmann, Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, stellt in seinem Geleitwort heraus, welche große Bedeutung personengeschichtliche Nachschlagewerke für die historische Forschung haben. Er weist darauf hin, daß neben den ausführlicheren "Lebensbildern" ausgewählter Persönlichkeiten etwa einer Landschaft dies insbesondere für Lexika gilt, denn diese bemühen sich, in knapp gehaltenen Artikeln eine große Anzahl von Personen zu erfassen. Es erfolgt dabei der Hinweis, daß die "Altpreußische Biographie" (= APB) den Bearb. in methodischer Hinsicht angeregt habe; somit haben wir ein Werk der letzteren Art vorzustellen. Es handelt sich jedoch nicht um eines der landesgeschichtlichen Nachschlagewerke, die vom Beginn der historischen Überlieferung bis in die jüngste Vergangenheit Personen einer Landschaft erfassen, sondern um eine berufsbezogene Biogrammsammlung eines Dreivierteljahrhunderts. Es geht um Personal der brandenburg-preußischen Monarchie in seiner damaligen Ausdehnung vom vormaligen Deutschordensland Preußen bis zum Niederrhein. Erfaßt werden die leitenden Persönlichkeiten der Zentralverwaltung in Berlin, die der regionalen und später provinzialen Mittelpunkte von Königsberg bis Kleve und schließlich der örtlichen Verwaltungen mit ihren Land- und Steuerräten.

Der Bearb. legt in seiner "Einleitung" die Zielsetzung und Methode seines Werkes näher dar. Es geht ihm darum, den Benutzern von teilweise schon älteren Quellenausgaben und Literatur eine Möglichkeit anzubieten, über dort oft nur mit ihren Namen genannte Persönlichkeiten Weiterführendes zu erfahren. Solche Personen werden in den Akten vielfach

¹ Rolf Straubel, Die Handelsstädte Königsberg und Memel in friderizianischer Zeit (Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. 10), Berlin 2003, rez. v. Friedrich-Wilhelm Henning, in: Preußenland 42 (2004), S. 77; Rolf Straubel, Königsberger Kriegsräte und Kaufleute, in: Neue Forschungen zur Geschichte des Preußenlandes, vornehmlich zur neueren Kulturgeschichte, hg. v. Bernhart Jähnig, Marburg 2003, S. 71–92.

nur mit ihrem Familiennamen erwähnt. Zu der berücksichtigten Zivilverwaltung gehören Staats- und Finanzwirtschaft, Kirche und Schule, schließlich auch das Rechtswesen. Es hat bisher zu einzelnen Bereichen Vorarbeiten gegeben, jedoch wird jetzt erstmals der angedeutete Bereich im Ganzen erfaßt. Als Aufnahmekriterium bezeichnet der Bearb. "die Tätigkeit in einer Provinzialbehörde (Kriegs- und Domänenkammer), in einem Fach- oder Provinzialdepartement des Generaldirektoriums, der Oberrechenkammer sowie des Justizdepartements" (S.XIII). Unverzichtbar erschienen jedoch auch die Land- und Steuerräte als mittlere Beamte. Zahlreiche Amtsträger, die sich in friderizianischer Zeit eines großen Ansehens erfreuten, sind heute weitgehend unbekannt, so daß sie durch ihre Erfassung in diesem Werk der Vergessenheit entrissen werden sollen. Eine bei den Räten angestrebte Vollständigkeit war nicht immer erreichbar. Auf mancherlei Einschränkungen, die einer vollständigen Erfassung im Wege standen, wird hingewiesen, so in manchen Landesteilen im Umfeld des Siebenjährigen Krieges. Einer allgemeinen Charakterisierung der herangezogenen Archivquellen folgt in Bd. 2, S. 1161-1164, deren Verzeichnis. Daraus geht hervor, daß sich der Bearb. vor allem der im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz überlieferten Bestände des Geheimen Rats (I. HA) und des Generaldirektoriums (II. HA) bedient hat. Aus den regionalen Landesarchiven wurden lediglich Akten aus Königsberg sowie in Potsdam und Magdeburg herangezogen. Für die durch diese Archive nicht abgedeckten Landesteile reichte dem Bearb. offenbar die zentrale Überlieferung der Berliner Bestände. Nicht berücksichtigt wurden die zahlreichen Titularräte. Der Schwerpunkt der Ermittlungen für die einzelnen Amtsträger konzentrierte sich zwar auf Ausbildung und Laufbahn, jedoch sollte die soziale Herkunft ebenfalls sichtbar werden, so daß in vielen Fällen auch Familienforscher fündig werden können.

Der Aufbau der einzelnen Artikel folgt einem einheitlichen Schema, wofür die APB als Vorbild genannt wird. Je nach Quellenlage, Amtsdauer und Bedeutung wechselt die Länge der einzelnen Artikel erheblich. Am Beispiel des späteren Königsberger Oberpräsidenten Theodor von Schön (Bd. 2, S. 896) soll die Anordnung innerhalb eines Artikels vorgestellt werden. Die Überschrift nennt die hauptsächliche Amtsbezeichnung aus der Zeit der Zugehörigkeit zur Verwaltung bis 1806/15, hier also Finanzrat, dann folgt in Fettdruck der vollständige Name sowie in runden Klammern Geburts- und Todesjahr. Der eigentliche Artikel beginnt mit den genauen Angaben von Geburtsort und -datum sowie Todesort und -datum, ferner eine Konfessionszugehörigkeit. Es folgt der Vater mit Namen, Lebensdaten, Herkunftsort und den wichtigsten Angaben aus seinem Lebenslauf. Von der Mutter werden außer den Vornamen nur noch der Mädchenname und die Lebensdaten angegeben. Zu Schön selbst folgt eine Aussage zu seiner Schulbildung. Zum Studium werden mit den zugehörigen Zeitangaben der Name der Universität, die gewählten Studienfächer und die wichtigsten akademischen Lehrer genannt. Der mit Abstand längste Teil des Artikels ist Schöns Laufbahn von seiner ersten Bewerbung um einen Referendariatsplatz bis zu seiner Versetzung von Berlin nach Gumbinnen als Regierungspräsident gewidmet. Seine anschließende bedeutende Zeit als Königsberger Oberpräsident wird nur mit Anfangs- und Endjahr genannt. Es folgen das genaue Datum einer Ordensverleihung, das Todesjahr und Hinweise auf Schöns Brüder. Die abschließenden Quellenangaben bestehen zum größten Teil aus Archivsignaturen der I. und II. HA des Geheimen Staatsarchivs, dahingegen nicht seines ebenda befindlichen Nachlasses. Aus diesem hätte sich etwa entnehmen lassen, daß seine Studienreisen nicht nur 1797/98 stattfanden, sondern sich über vier Jahre erstreckten. Das macht deutlich, worauf der Bearb. in seiner Einleitung grundsätzlich hinweist, daß die Artikel dieses sehr verdienstvollen Nachschlagewerkes nicht alle biographischen Fragen der aufgenommenen Personen lösen wollten. Der Landes- bzw. Provinzialgeschichte sind hier noch Ergänzungsmöglichkeiten überlassen worden. Bernhart Jähnig

Kulturstaat und Bürgergesellschaft. Preußen, Deutschland und Europa im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hg. von Wolfgang Neugebauer u. Bärbel Holtz, Berlin, Akademie Verlag 2010, 265 S.

Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit des 17. und 18. Jahrhunderts unterscheidet sich qualitativ von der in der modernen Epoche des 19. und 20. Jahrhunderts. Ihre Grenzen im vor- und frühmodernen Staat wurden in einer Phase um 1800, der so genannten "Sattelzeit" (Reinhart Koselleck), von Beschleunigungsphänomenen durchbrochen, die neue Qualitäten staatlicher Wirkungsweiten und Durchdringungstiefen hervorbrachten. Nahm dies einerseits schon bedrohliche Dimensionen an, so führte dies andererseits zu ungeahnten Leistungen im modernen Rechts- und Kulturstaat. Wie aber konnte gerade der sich selbst als Militär- und Beamtenstaat verstehende preußische Staat des 19. und 20. Jahrhunderts so herausragende und sogar international beachtete kulturelle Leistungen, ja Spitzenleistungen hervorbringen? Wie kamen Staat, Kultur und Gesellschaft derart wirkungsvoll zusammen?

Das Forschungsprojekt "Preußen als Kulturstaat" der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) widmet sich edierend und analysierend am Beispiel Preußens der Entwicklung von kulturellen Tätigkeitsfeldern im Prozess der Staatsbildung im 19. und 20. Jahrhundert. Der preußische Staat, der in der Frühen Neuzeit in seiner selektiven strategischen Staatsbildung militärische und machtrelevante Aktivitäten entfaltet hatte, entwickelte im (mittel-)europäischen Vergleich erst sehr spät kulturstaatliche Aktivitäten. Schon im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts waren etwa in der Habsburgermonarchie, in Polen und - wenig bedacht - in den geistlichen Territorien Institutionen mit kulturellen Aufgaben geschaffen worden. Und auch um 1900 waren Frankreich, Bayern und einige deutsche Mittelstaaten in der Bildenden Kunst um einiges moderner. Preußen nahm also weder eine Vorreiterstellung ein, noch stand es an der Spitze einer Entwicklung. Es war zunächst ein Aufhol- und schließlich ein Beschleunigungsprozess, den Preußen auch in Ansehung europäischer und um 1900 in globaler Konkurrenz absolvierte, wobei die Entwicklung kulturstaatlicher Leistungsmöglichkeiten wiederum einer Auslese unterlag. Aufgrund der Einwirkungen von außen kann die preußische Kulturstaatsentwicklung auch nicht als ein administratives Voranschreiten der Regierung und Verwaltung angesehen werden. Vielmehr sind zahlreiche kulturstaatliche Errungenschaften als das Resultat gesellschaftlicher Prozesse anzusehen. Für wesentliche Bereiche der Kulturstaatswerdung waren in Preußen die bildungsbürgerlichen Fundamente des 19. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung. Es waren soziale Netzwerke, so der Erkenntnisstand des Forschungsprojekts, die in die Verwaltung und in das Kultusministerium hinein wirkten. Standen aber Ministerialbüro und Abendsalon in einer funktionalen Beziehung zueinander, dann kann das Kultusministerium nicht allein als Staats- und Verwaltungsorgan, sondern wird vielmehr als "gesellschaftliche Agentur" zu untersuchen sein. Neben der Behördenzuständigkeit und der fachlichen Kompetenz geht es sowohl um die sozialen Interessen sowie um die gesellschaftliche Nachfrage nach kulturellen Leistungen als auch um die Vermittlung dieser Nachfrage in die administrativen Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse. Wer und welche Bevölkerungsgruppen waren daran beteiligt? Die Fragen nach der Singularität dieses preußischen Phänomens, nach der Beispielhaftigkeit für eine allgemeine Entwicklung oder auch nach einem europäischen Entwicklungstyp schließen sich daran an.

Um diese Befunde vergleichend in einen europäischen und internationalen Rahmen zu stellen und um diese mit dem Ziel einer höheren Differenzierungsschärfe zu bewerten, bot sich deren Erörterung auf einer Tagung an, die Anfang April 2008 von der BBAW veranstaltet wurde, und deren Ergebnisse der vorliegende Band dokumentiert. Hier liegt ein in jeder Hinsicht anregendes Kompendium vor.

In länderspezifischen Referaten sollten auf die Etablierung staatlicher Organe mit kulturellen Aufgaben und auf mögliche Vorbilder Bedacht genommen sowie deren Zweckbestimmung, Strukturen, Kompetenzen und Tätigkeiten verglichen werden. Neben einzelnen Aspekten Preußens wurden Österreich-Ungarn, Bayern, Sachsen, auch Russland, Frankreich, Italien, Großbritannien und der preußische Kulturtransfer nach Asien/Japan erörtert. - Die Beiträge über Großbritannien und Sachsen gelangten jedoch nicht zur Aufsatzform, Referate über die USA und die auswärtige Kulturpolitik Preußens während der Zeit der Weimarer Republik entfielen. – Erstmals wurden länderübergreifend die entsprechenden Behörden und Gremien quellengestützt miteinander verglichen. In Frankreich und Russland ist bei hoher staatlicher Dominanz ein beachtliches kulturstaatliches Potential auszumachen. In Frankreich trat zudem die gesellschaftliche Nachfrage immer wieder hervor, während diese in Russland oder in Bayern eher im Hintergrund verblieb. Welche (Gegen-)Bewegungen rief dies hervor, wie entwickelten sich die kulturstaatlichen Verhältnisse zwischen hauptstädtischer Staatssymbolik und Staatsfläche, stärkte Kulturpolitik die Lovalität? Welche Änderungen ergaben sich nach 1918 bei den die Kultur tragenden Bevölkerungsschichten? Wie wirkten Parteien? Deutet für Preußen vieles auf breitere gesellschaftliche Interessenspielräume und entsprechend stärker von der Nachfrage beeinflusstes Staatsverhalten, so ist grundsätzlich das Verhältnis von Kulturstaat und Bürgergesellschaft zu erfragen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigen sich bei den Kompetenzen auf den Feldern Schule, Bildung, Wissenschaft bzw. Kultus und Kunst. Dazu werden die Auswirkungen des monarchischen Engagements besonders in den deutschsprachigen Ländern, die Durchschlagskraft von Reformen in der Bildungspolitik und der Faktor Konkurrenz im internationalen Wettbewerb untersucht. Modellwirkungen und unterschiedliche Transferwege lassen sich in der Bildungsverwaltung ebenso ausmachen wie kultur- und bildungspolitische Maßnahmen als Mittel der Konfliktbewältigung.

Wolfgang Neugebauer eröffnet die 1. Sektion ("Ausgangslage und Begriff") mit seinem Beitrag "Kultur und Staat in Preußen um 1800". Er arbeitet die Kulturstaatlichkeit der Sattelzeit ab etwa 1770 heraus, wobei er die Baupolitik – Oberbaudepartement – und die Geschmackspolitik – Akademie der Künste, Kunstschulen und Bauakademie – herausstellt und zugleich mit den Legenden um Preußens Bildungspolitik aufräumt. Wo der Staat zurücktritt, lassen sich andere Kultur gestaltende Kräfte ausmachen. Anschließend verfolgt Rüdiger vom Bruch ("Kulturstaat und Kulturnation in der deutschen Kaiserzeit") die zeitgenössischen verfassungsrechtlichen Selbstverständnisdebatten der Kulturstaatsproblematik, blickt auf Handlungsfelder und zieht im Kulturdiskurs Verlaufslinien bis in das 21. Jahrhundert.

In der 2. Sektion ("Zentralstaatliche Kulturverwaltungen") wendet sich Bärbel Holtz "Preußens Kulturstaatlichkeit im langen 19. Jahrhundert im Fokus seines Kultusministeriums" zu. Sie beleuchtet die Entwicklungslinien hin zur Gründung des Ministeriums und somit deren Motivation und analysiert die Veränderungen und Differenzierungen seiner Aufgaben im Zusammenhang gesellschaftlicher Veränderungen sowie den Wandel im fachlichen Profil seines höheren Personals. Anschließend schenkt Andreas Gottsmann ("Kulturpolitik und Kulturförderung in der Donaumonarchie [1848–1914]") detailreich besondere Aufmerksamkeit der Kunstpolitik und Kunstverwaltung in Österreich-Ungarn. Das 1848 gegründete Ministerium für Kultus und Unterricht, ab 1867 nur mehr für Cisleithanien zuständig, verfolgte das Ziel der "Förderung einer plurinationalen österreichischen Staatskunst" mit Schnittpunkt Wien und mehreren Zentren. Es war Ausdruck einer über Jahrzehnte geför-

derten und geforderten gesamtösterreichischen Kultur. Hielt sich Franz Josef, anders als der Thronfolger Franz Ferdinand, zurück, so dominierten die Vorstellungen Ludwigs I. und Maximilians II. die Kulturverwaltung in Bayern. Hans-Michael Körner ("Kulturpolitik im Königreich Bayern") beschreibt die Entwicklung vom Ansbacher Mémoire Montgelas' von 1796 bis zur Einrichtung eines bayerischen Kultusministeriums 1847 und verfolgt kursorisch die unterschiedlichen Handlungsfelder. So wurde die Kulturpolitik je nach Zeit und Monarch von außerhalb derselben zu verortenden Zielen determiniert. Die von den Universitäten her aufgebaute Organisation des Bildungswesens des in Russland 1802 eingerichteten Ministeriums für die Kulturverwaltung, das direkt vom Zaren abhing, war vom österreichischen Muster und von der Edukationskommission in Polen geprägt. Andrej Andreev ("Das Ministerium für Volksaufklärung und die Entwicklung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Russischen Reich [1802-1917]") betrachtet besonders das Schulsystem und die Universitäten. Kennzeichnend sind personelle, administrative und organisatorischen Brüche, ausländische Ausbildung, regionale Rücksichten, Adaptionen des deutschen resp. preußischen Systems, Kontrolle über Lehrende und Lernende, Zensur. Wie in Frankreich der Staat aus dem doppelten und widersprüchlichen Erbe des Ancien Régime und der Revolution heraus unterschiedlich stark entweder lenkend oder eher Rahmen setzend auf Kunst und Kultur und noch weit bedeutender auf Bildung und Wissenschaft - zunehmend gegen die kirchlich-katholisch Konkurrenz und seit der Dritten Republik mit der Übertragung des deutschen Modells einer modernen Universität – einwirkte, wie er dabei Erwartungen und Hoffnungen breiter gesellschaftlicher Kreise wahrnahm sowie ihrer bedurfte, erläutert Etienne François ("Der französische Kulturstaat 1800–1914"). Den Widersprüchlichkeiten liberaler Interventionspolitik im Bildungs- und Erziehungsbereich geht Anna Gianna Manca ("Struktur und Entwicklung der Verwaltung des öffentlichen Bildungswesens in der konstitutionellen Monarchie Italiens [1861-1922]") detailreich nach. Politische Erwartungen und nicht administrative Interessen leiteten die liberale Führungsschicht, die offensichtlich das preußisch-deutsche (Interventions-)Modell bevorzugte, weshalb die italienischen Bildungseinrichtungen in ihrem Streben nach administrativer, finanzieller und didaktischer Autonomie immer wieder auf Schwierigkeiten stießen, und sich dieses auch nicht zur Deutung der Verwaltungsgeschichte des öffentlichen Unterrichts eignet.

Zu Beginn der 3. Sektion ("Einzelthemen, Querschnitte und Transfer") analysiert Christina Rathgeber ("Die Kirchenpolitik im Kulturstaat Preußen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts") die nachlassende Führung des Monarchen in der Kirchenpolitik zugunsten der Ausdehnung des Einflusses des Kultusministeriums als gestaltender Behörde anhand der Einführung der neuen Agende und des Evangelischen Oberkirchenrats sowie der Erlasse des Kultusministers Raumer, die einen Eingriff in die selbständige Verwaltung der katholischen Kirche darstellten und letztlich gegen den Einfluss des Jesuitenordens zielten. In allen Fällen reagierte und positionierte sich das Kultusministerium im Spannungsverhältnis zwischen "Monarch, Kirche, Staat und Gesellschaft". Unbestritten ist die weltweite Beachtung des preußischen Bildungsmodells, das nach der Öffnung des japanischen Kaiserreichs dort seinen stärksten Einfluss zeitigte. Erik Grimmer-Solem erarbeitet in seinem Beitrag "Die preußische Bildungspolitik im Spannungsfeld des internationalen Kulturwettbewerbs: der Fall Japan (1869-1914)" exemplarisch am wechselhaften Schicksal der Schule des Vereins für deutsche Wissenschaft und an der Gründung der Jochi-Universität, dass die preußische und deutsche Kulturarbeit im Ausland bei zunehmendem internationalen Kulturwettbewerb und schwieriger werdenden außenpolitischen Bedingungen immer mehr von japanfreundlichen Gesellschaftskreisen getragen wurde. Methodische Überlegungen, um Aussagen über die Qualität der Basisdaten für die Finanzierung des Kulturstaats und über deren Vergleichbarkeit in einzelnen Ländern

treffen zu können, liefert Reinhold Zilch ("Die Finanzierung des preußischen Kulturstaats im internationalen Kontext – Fragen und Forschungsperspektiven"). Quantifizierbar seien Bildungsstand, öffentliche Bildungsausgaben, Kultus und Gesundheit. Beispielhaft werden Volksbildung, Kunst und Universitäten beleuchtet. Beachtlich für die Vergleichbarkeit sind unterschiedliche Kulturetats und Einzelhaushalte aufgrund von ministeriellen und nachgeordneten (Ressorts-)Zuständigkeiten sowie verschiedener Finanzierungsformen. Hartwin Spenkuch ("Bürgersinn und Staatshoheit. Stiftungen und Schenkungen für wissenschaftliche Zwecke 1890–1918") untersucht die Spannungsfelder zwischen Stiftungswesen, Staat und Autonomie der Wissenschaften. Auch wenn im staatlichen Vergleich Preußen vor 1890 als Großstaat bei Stiftungen von der Menge her dominierte, so trat es doch keinesfalls bahnbrechend hervor. Mit konkreten Fällen werden komparatistisch die Motivlagen und Aspekte für den Erfolg bzw. das Misslingen von Stiftungsaktivitäten vor allem nach 1890 unterlegt. Mehrfache Brechungen erfuhr das Verhältnis von Stiftungswesen und Staatshoheit schließlich nach 1914, die über die Weimarer Republik bis heute wirken.

Theodor von Schön, Persönliche Schriften, Band 1: Die autobiographischen Fragmente. Mit einer Einführung hg. v. Bernd Sösemann. Bearb. v. Albrecht Hoppe (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. 53/1). Köln/Weimar/Wien, Böhlau 2006, XII, 904 S.

In Abwandlung eines bekannten Sprichworts läßt sich der hier vorzustellende umfangreiche Band mit der Bemerkung ,Was lange währt, nimmt wenigstens einen guten Anfang' einführen, denn als dieser Band das Licht der Welt erblickte, lagen die Anfänge der Planungen von Bernd Sösemann für eine Werkausgabe des preußischen Reformers Theodor von Schön (1773-1856) bereits ein Vierteljahrhundert zurück. Vorgesehen war damals mit Blick auf die Werkausgabe des Freiherrn vom und zum Stein, dessen Mitarbeiter Schön zeitweilig gewesen war, eine etwa zehn- bis zwölfbändige Ausgabe, die die Tagebücher der Studienreisen 1796-1799 mit parallelen Akten, dann seine dienstlichen Aufzeichnungen von 1799 bis zu seinem Ausscheiden als Königsberger Oberpräsident 1842, ferner Briefe, Aufsätze und als krönenden Abschluß seine beiden Autobiographien enthalten sollte. U.a. letztere waren durch einen unkritischen verstümmelnden Druck vom Ende des 19. Jahrhunderts bekannt und bereits oft in dieser Form benutzt geworden. Von Anfang an war das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz bereit, die Drucklegung in die Reihe seiner "Veröffentlichungen" zu ermöglichen. Nach Sösemanns Übergang nach Berlin und als nach der Wiedervereinigung die bis dahin in Merseburg liegenden Archivbestände wieder in Berlin zugänglich wurden, wurde mit Kollegen an der Freien Universität diese erste Planung mit der Überschrift "Der Kampf um Preußens permanente Reform. Die Aufzeichnungen des ostpreußischen Reformers Theodor von Schön. Eine kritische Edition" aktualisiert. Um die wissenschaftliche Öffentlichkeit auf das Unternehmen aufmerksam zu machen, wurde diese erneuerte Planung 1994 auf und mit einer Tagung¹ bei der Historischen Kommission zu Berlin vorgestellt. Das große Projekt erhielt eine Dreigliederung, die im ganzen die oben genannten Teile der dienstlichen und privaten schriftlichen Hinterlassenschaft Schöns enthalten sollte, deren Bearbeitung auf eine Mehrzahl von Damen und Herren verteilt wurde. Verschiedene Gründe haben verhindert, daß die Gesamtplanung durchgehalten werden

¹ Theodor von Schön. Untersuchungen zu Biographie und Historiographie, hg. v. Bernd SÖSEMANN (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. 42), Köln/Weimar/Wien 1996; bespr. v. Jürgen Fröhlich, in: Preußenland 37 (1999), S.73.

konnte. Selbst die Edition der Tagebücher konnte bis heute nicht beendet werden, obwohl die Bearbeitung immer wieder bis zur Gegenwart fortgesetzt worden ist. Nachdem Schöns autobiographische Schriften noch 1996 mit dem Titel "Lebensbericht und Selbststilisierung eines enttäuschten Reformers" als Abschluß vorgesehen waren, ist es nunmehr in erster Linie der Tatkraft und Einsatzfreude von Albrecht Hoppe zu verdanken, daß dieser Band als erster und bisher immer noch einziger² Band erscheinen konnte.

Der jetzt vorliegende Band wird ausdrücklich als Bd. 1 der "Persönlichen Schriften" bezeichnet. Dem Vorwort des Herausgebers ist zu entnehmen, daß sich aus der oben skizzierten Planung die Tagebücher und Akten zu den Studienreisen sowie die Briefwechsel und Aufsätze dem Band 1 anschließen könnten. Offenbar sind es finanzielle und daraus folgende personelle Probleme, die zu der Ausdrucksweise im Konjunktiv Anlaß geben. Damit wird auf eine Dokumentierung von Schöns dienstlicher Tätigkeit von 1799 bis 1842 verzichtet, denn deren Bearbeitung würde den Einsatz einer Mehrzahl von Bearbeitern nötig machen, die in verschiedenen Archiven intensiv tätig zu sein hätten, was bedauerlicherweise sich offenbar nicht organisieren läßt. Eine solche Quellenedition würde es erst in vollem Umfang möglich machen, die große Bedeutung eines der "jungen Männer" aus dem Umfeld der preußischen Reformer Stein und Hardenberg zu erkennen. Daß dennoch Erkenntnisse in dieser Richtung möglich werden, ist dem jetzt vorliegenden ersten Band zu verdanken, der die eingangs gemachte Bemerkung mehr als rechtfertigt.

Da das nun vorliegende Buch Band 1 der Edition geworden ist, war es selbstverständlich, daß der Herausgeber diesem einen eigenen Beitrag von 60 Seiten Umfang vorangestellt hat, der die Überschrift "Vita und Editorik" bekommen hat. Beim Betrachten von Schöns Lebenslauf wird zunächst die skeptische Sicht des alten Schön auf die von ihm durchlebte politische Geschichte charakterisiert, wie sie sich in seinen zumeist im Alter entstandenen autobiographischen Texten niedergeschlagen hat. Entgegen dem Ratschlag mancher Freunde hat er keine Vorkehrungen für eine Biographie getroffen, sondern wollte vielmehr die Taten seiner politischen Tätigkeit für sich selbst sprechen lassen. Sodann wird Schöns Lebenslauf stichwortartig auf gut drei Seiten geboten. Schön selbst hat es bei den Fragment gebliebenen autobiographischen Aufzeichnungen belassen. Deren bereits erwähnter, verstümmelnder und unvollständiger Abdruck Ende des 19. Jahrhunderts, den wohlmeinende Verwandte veranstaltet haben, hat bei Politikern und Historikern heftige Reaktionen hervorgerufen, die im ganzen dem Andenken Schöns mehr geschadet als genutzt haben. Allein schon dies machte eine ausführlich kommentierte Neuausgabe notwendig. Vor allem die beiden großen autobiographischen Fragmente werden "als eine Fortsetzung der Politik mit literarischen Mitteln" (S. 28) charakterisiert. Eine Ungeduld über den Fortgang weiterer Reformen nach 1815 wird bei Schön zunehmend spürbar. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst sah er eine eigene Verantwortung für die von ihm mit angestoßenen Reformen. Seine ruhmvolle Tätigkeit wollte er literarisch herausstellen. Schließlich werden die Überlieferung der hier vorgelegten Texte und die angewandten Editionsrichtlinien ausführlich dargelegt. Die Erfahrungen, die der Herausgeber sowohl bei eigenen früheren Editionen neuzeitlicher Quellen als auch andere Kollegen bei ihren Arbeiten gemacht haben, kommen dabei voll zum Zuge. Einzelheiten über deren Anwendung in dieser Edition brauchen hier nicht wiederholt zu werden.

² Außerhalb der hier skizzierten Editionsplanungen ist kurz vorher folgender Briefband erschienen: "Sehnlich erwarte ich die morgende Post." Amalie und Theodor von Schöns Briefwechsel aus dem Befreiungskrieg (1813), hg. v. Gustava Alice Klausa, Köln/Weimar/Wien 2005; bespr. v. Susanne Brockfeld, in: Preußenland 46 (2008), S. 30–32.

Die Edition selbst enthält zunächst die beiden mehrfach genannten umfangreichen autobiographischen Texte. Bei diesen handelt es sich um Fragmente, denn sie wurden beide nicht abgeschlossen. Das ältere kürzere Fragment (F 2) ist in den 1830er Jahren entstanden, Beginn und Ende lassen sich nicht genau datieren. Der wesentlich umfangreichere jüngere Text (F 1) ist im Jahre 1844 in verhältnismäßig kurzer Zeit nach Diktat niedergeschrieben worden. Auch F 1 hat keinen ordentlichen Abschluß erhalten; Schön hat seine letzten zwölf Lebensjahre nicht genutzt, um den Text fortzusetzen oder gar zu vollenden. Einen solchen literarischen Ehrgeiz hat er nicht entwickelt. Statt dessen stammen von ihm zahlreiche kurze autobiographische Texte, die in dieser Edition geboten werden. Die ersten sechs Texte (F3 – F8) sind noch in der Zeit vor 1840 entstanden. Alle übrigen Texte (F9 – F27) gehören Schöns letztem Lebensjahrzehnt an. Er hat diese also nicht zu einer textlichen Einheit verbinden wollen, so daß diese nun im Rahmen dieser Edition in einer lockeren Weise über sein Denken in seinen letzten Jahren Auskunft geben. Zur Einrichtung der Edition sind nur Selbstverständlichkeiten für eine wissenschaftliche Edition dieses Ranges anzuführen. Die Editionstexte selbst werden durch textkritische Fußnoten und oft sehr ausführliche Sachanmerkungen begleitet. Es werden dabei viele Ouerverweise und Literaturhinweise gegeben, die zusätzlich zu den Quellentexten ein sehr lebhaftes Bild von Schöns Absichten entstehen lassen. Der Anhang enthält nach zwei Übersichtskarten zu den Studienreisen 1796-1799 und für Ostpreußen ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis. Die Indices verzeichnen gesondert Personen, geographische Namen und - besonders wichtig - auch Sachen. Nachdem dieser gewichtige Band eine vorzügliche Grundlage bietet, in die politische Gedankenwelt des Reformers Theodor von Schön einen Zugang zu finden, bleibt zu hoffen, daß die eingangs erwähnten weiteren Bände nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Möge der oben erwähnte Konjunktiv sich in den Indikativ verwandeln lassen.

Bernhart Jähnig

Frieda Jung, In der Morgensonne – Kindheitserinnerungen, Husum, Husum-Verlag, 2011, 167 S. mit e. Kt. und Ill., 7,95 €.

Einst galten die Kindheitserinnerungen der Schriftstellerin und Lyrikerin Frieda Jung (1865–1929)¹ als eines der schönsten "Familienbücher" zum Thema Ostpreußen. Der liebevoll beschriebene Heimatort Kiaulkehmen (nach ihrem Tod zu Ehren der Schriftstellerin in "Jungort" umbenannt), lag drei Kilometer von Nemmersdorf und zwölf Kilometer von Gumbinnen entfernt. Hier verlebte Frieda Jung als Tochter des Dorflehrers eine behütete, glückliche Kindheit, über welche sie in ihrem Buch ausführlich berichtet, aber dabei manche der Schattenseiten des Dorflebens nicht verschweigt. Mütterlicherseits stammte die Schriftstellerin aus der Familie Voulliéme aus der französischsprachigen Schweiz und der Hugenottenfamilie Bouvain, väterlicherseits kam die Familie Jung aus Nassau nach Ostpreußen. Die Vorfahren väterlicher- wie mütterlicherseits wanderten nach der großen Seuche von 1709 in Ostpreußen ein, und die Erinnerung daran hielt sich bis zu Ende des 19. Jahrhunderts in der Familie der Schriftstellerin wach. Erste prägende Eindrücke für den Nachzügler einer kinderreichen Familie stammen aus den Zeiten des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71. Daneben bestimmen die Erinnerungen an Familienmitglieder, Schule, Kirche, Nachbarn, aber auch an die ostpreußische Natur und Umwelt den Inhalt des Büch-

¹ Siehe meine Rezension der Biographie von Klaus MARCZINOWSKI, Frieda Jung. Freud und Leid im Leben einer ostpreußischen Dichterin, Husum 2008, in: Preußenland N.F. 1 (2010) S. 189.

leins. Zuletzt im Jahre 1941 aufgelegt und danach jahrzehntelang vergessen, hat die Verlagsgruppe Husum dankenswerterweise die Neuauflage von "In der Morgensonne" in sein Verlagsprogramm aufgenommen. Günther Lotzkat, ein entfernter Verwandter von Frieda Jung, hat das Vorwort und einige notwendige Anmerkungen zum Verständnis heute vergessener ostpreußischer Redewendungen und Volksbräuche beigesteuert. Zur besseren Verständlichkeit des Inhalts wurde eine Karte von Kiaulkehmen und Umgebung beigefügt. Für den Historiker gibt das Buch somit mancherlei Aufschlüsse über das dörfliche Leben im Osten des Deutschen Reiches im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Robert Traba, Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933 (Klio in Polen. 12), Osnabrück, fibre Verlag, 2010, 518 S., mit mehreren Abb.

Als einen ganz konkreten Beitrag zur politischen Geschichte der Weimarer Republik sieht der polnische Historiker Robert Traba seine zuerst 2007 in Polen erschienene und dort preisgekrönte Studie zur gezielten Schaffung einer regionalen Identität in Ostpreußen, in deren Resultat seiner Meinung nach "Ostpreußentum" entstand. Bedeutenden, ja geradezu entscheidenden Einfluß besaß gemäß T. bei diesem identitätsstiftenden Prozeß die gezielte und zugleich allseitig gesteuerte Rückbesinnung auf den russischen Einfall in die preußische Provinz Ostpreußen zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Auf Seite 288 merkt der Verfasser hierzu an: "Es ist keine überstrapazierte Metaphorik und auch keine leere rhetorische Figur, wenn ich feststelle, daß die Konstruktion des Mythos vom Krieg bzw. Kampf zur Verteidigung von Heimat und Vaterland als Autostereotyp (aber auch Heterostereotyp) von "Ostpreußentum" mit dem ersten feindlichen Schuß in Ostpreußen Anfang August 1914 begann." Die These vom gezielten Schaffen von "Ostpreußentum" sucht T. in verschiedenen Unterabschnitten seiner Studie, z.B. zur Entstehung der Metapher vom "Bollwerk Ostpreußen" als Vormauer des Deutschtums im Osten oder zum lokalen Gefallenenkult inklusive der Schaffung von würdigen Kriegergrabstätten in Ostpreußen, näher zu unterfüttern. Die Entstehung und die Nutzung des Tannenbergehrenmals betrachtete T. offensichtlich als besonders ergiebig zur Bekräftigung seiner These.

Doch beim Rez. regten sich schon beim Lesen der ersten Seiten des Buches erhebliche Zweifel an Ts. Grundkonzept. Wenn man erst ab 1914 bzw. ab 1919 eine ostpreußische Regionalidentität deutscherseits gezielt zu schaffen suchte, existierte denn etwa vorher derartiges nicht? Haben, um Ts. historischen Ansatz aufzugreifen, die Neubesiedelung Ostpreußens nach der großen Seuche von 1709–1711 oder die Jahre der Napoleonischen Kriege, in welchen bedeutende Kampfhandlungen und Truppendurchzüge auf ostpreußischem Boden stattfanden, nicht irgendwie identitätsstiftend gewirkt? Haben die drei deutschen Einheitskriege in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie die Tatsache, daß die Grenze zur Großmacht Russland mehr als 100 Jahre lang "unmittelbar vor der eigenen Haustür" verlief, keinen Einfluß auf die Herausbildung von ostpreußischer Identität gehabt? Die Gräfin Dönhoff (von T. sogar auf S. 14 zitiert!) schätzte für den Zeitraum vor 1914 ein: "Manchmal frage ich mich, was eigentlich das Wesentliche an Ostpreußen gewesen ist? Warum war es in mancher Hinsicht so anders als die anderen Länder und Provinzen des Deutschen Reiches? ... In dieser Gesellschaft gab (es) ein festgefügtes, überliefertes Wertesystem, in dem Ehre, Gemeinsinn und Loyalität die wichtigsten, streng eingehaltenen Grundsätze waren."

Gab es also "Ostpreußentum" nicht vielleicht doch schon früher, und falls ja, wie unterschied es sich qualitativ vom neuen "Ostpreußentum" Ts. nach 1919? Fragen über Fragen tauchen hier auf, die auch bei weiterer Lektüre nicht weniger werden. So bringt T. die alte

polnische Mär, die Abstimmungen im südlichen Ostpreußen vom 11. Juli 1920 wären eventuell anders ausgefallen, hätten nur die in Ostpreußen lebenden Masuren bei der Abstimmung sich auf den Abstimmkarten nicht ausgerechnet zwischen "Ostpreußen" und "Polen", sondern zwischen "Deutschland" und "Polen" entscheiden müssen, obwohl es ja letztlich auf dasselbe hinauslief. Wenn man berücksichtigt, daß zum Beispiel im masurischen Kreis Oletzko 28.625 Stimmen für den Verbleib bei Deutschland abgegeben wurden und nur 2 für den Anschluß an Polen, wirkt das gebrachte Argument angesichts des polnischen Abstimmungsdebakels geradezu lächerlich. Die von T. angeführten Argumente konnten den Rez. nicht nachhaltig davon überzeugen, daß sich in Ostpreußen ein gezielt geschaffenes, von der vorherigen Geisteshaltung völlig unterschiedliches "Ostpreußentum" im Zeitraum von 1919 bis 1933 herausbildete. Vieles, was der Verf. diesbezüglich anführt, läßt sich schlicht unter "Grenzlandkampf" subsummieren, wie er an der deutsch-polnischen Grenze (so auch in Pommern oder noch viel mehr in Schlesien) nach den territorialen und politischen Veränderungen der Jahre 1918–1920 zur Zeit der Weimarer Republik leider üblich war. Gab es indes tatsächlich einige größere mentale Unterschiede in der Geisteshaltung zwischen Ostpreußen und dem restlichen "Deutschen Reich" als solchem, so sollte man besser hinterfragen, welchen Einfluß darauf die besondere geographische Lage der Provinz hatte, weit im äußersten, agrarisch geprägten Osten gelegen sowie separiert vom übrigen deutschen Territorium durch einen Streifen nunmehr polnischen Staatsgebiets. Ein Vergleich zum analogen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der "Frontstadt" (West-)Berlin in den Jahren zwischen 1949 und 1989 drängt sich hier förmlich auf und das nicht allein wegen der in beiden Fällen gebräuchlichen Grenzschikanen.

Zudem finden sich im Buch manch kleiner Fehler und Ungenauigkeiten. So war Ostpreußen nicht, wie auf S. 36 suggeriert wird, ein ganzes halbes Jahr lang russisch besetzt, sondern (in zwei zeitlichen Wellen) nur teilbesetzt. Ebenso war Ostpreußen nicht etwa der einzige Teil deutschen Bodens, der im Laufe des Ersten Weltkriegs feindlich besetzt wurde. Französische Truppen besetzten ebenso 1914 kleinere Teile des Elsaß. Ein ostpreußischer Oberpräsident "Baron von Gayl" (so auf S. 56, gemeint ist wahrscheinlich Wilhelm von Gayl) ist bis dato unbekannt. Und weshalb der preußische Oberpräsident schon während des Weltkrieges (S. 42f.) "als Vertreter einer demokratisch-republikanischen Regierung" agieren konnte, ist gleichfalls unklar. Hindenburg hat nie jenes auf den Seiten 384 und 386 erwähnte "147. Grenadierregiment" als Regimentskommandeur geführt, sondern das Infanterie-Regiment 91 in Oldenburg. Das "2. Masurische Infanterie-Regiment Nr. 147" (Friedensstandort Lyck und Lötzen) wurde vielmehr am 27. August 1915 umbenannt in "Infanterie-Regiment General-Feldmarschall von Hindenburg (2. Masurisches) Nr. 147". Hindenburg wurde also gemäß alter preußischer Tradition "Chef" (eine Art von Ehrenoberst) jenes Regiments, welches nun seinen Namen führte. Die auf S. 42 Anm. 23 zitierte deutsche Historikerin heißt richtig Gundula Bavendamm, und bei dem auf S. 298 erwähnten Autor namens Sven "Hedig" dürfte es sich um Sven Hedin handeln. Robert Traba hat zwar fleißig mancherlei Material über die Provinz Ostpreußen zusammengetragen, aber in der Hauptsache leider nicht beweiskräftig genug argumentiert. Jürgen W. Schmidt

Stephanie Zloch, Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte. 78), Köln/Weimar/Wien, Böhlau, 2010, 631 S., ISBN 978-3-412-20543-0

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete Fassung einer 2007 von der Berliner Humboldt-Universität angenommenen Dissertation, die den vielfältigen Erscheinungen und Wandlungen des Nationalismus im Polen der Zwischenkriegszeit nachgeht. Zu Recht betont die Autorin, dass die "Dynamik der polnischen Nationsbildung" zurzeit der Teilungen eine wichtige Voraussetzung für den Anspruch auf die Wiedererlangung der eigenen Staatlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg gewesen ist. Zugleich sieht sie darin aber keine zwangsläufige und logische Konsequenz dieses Prozesses für die Entstehung der Zweiten polnischen Republik nach 1918, wobei sie auf das ambivalente Beziehungsgeflecht von Nationalismus und politischer Partizipation verweist, ermöglichte doch die Letztere die Entstehung unterschiedlicher Nationsentwürfe. Ein zentraler Ansatz ihrer Analyse ist die enge Verflechtung von nationaler und sozialer Frage, weil mit der Deutung von Nation gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen verknüpft waren. Zu ergänzen ist hier, dass die polnische Aufstandsbewegung bereits im "Völkerfrühling", d.h. in der Mitte des 19. Jahrhunderts, eine Metamorphose von der Adelsnation zu dem alle Schichten umfassenden "Społeczeństwo-Begriff" vollzogen hat, die Begriffe von Nation und Gesellschaft also bereits damals eine festgefügte Einheit bildeten. Dass die preußische Administration diesen fundamentalen Wandel im Bewusstsein der Polen negierte, sollte sich bitter rächen. Dennoch ist unbestritten, dass die Umbrüche infolge des Ersten Weltkrieges mit dem Untergang der bisherigen Herrschaftsordnung und der Entstehung neuer Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa tiefgreifende gesellschaftliche und mentale Änderungen hervorriefen, die sich bereits in der polnischen Wahlordnung vom 28. November 1918 zum ersten verfassunggebenden Sejm widerspiegelten, indem allen Staatsbürgern, auch den Frauen, das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zugestanden wurde. Hervorzuheben ist, dass die Wahlordnung die damals noch reichsdeutschen Gebiete Masuren, Ermland, Westpreußen, Posen und Oberschlesien in die Wahlkreiseinteilung einbezog, was auf weit ausgreifende territoriale Forderungen der polnischen Seite hin-

Das erste Kapitel "Auf der Suche nach der polnischen Nation" behandelt die Sejmwahlen von 1919 und 1922 als zentrale Bühne für Aushandlungsprozesse zu Beginn der polnischen Unabhängigkeit. Vorgestellt werden die Wahlprogramme der einzelnen Parteien von den Konservativen und Nationaldemokraten auf der rechten Seite, die eher von paternalistischen Auffassungen mit der Bewahrung des gesellschaftlichen Vorranges der Gutsbesitzer im Bund mit der katholischen Kirche bei deutlicher Ausgrenzung der Juden geprägt waren - der von der Autorin häufig verwendete Begriff "antisemitisch" sollte eher mit "Judenfeindschaft" wiedergegeben werden, weil der beispielsweise von den deutschen Nationalsozialisten verwendete biologische Rassebegriff fehlt -, über die die Mitte und gemäßigte Linke repräsentierenden Sozialisten in der PPS und die Bauernparteien, die ein "Volkspolen" anstrebten, bis zu den Kommunisten auf der äußersten Linken, die durch die Ereignisse des polnisch-sowjetischen Krieges 1919-1921 zu Anhängern des Bolschewismus gestempelt und in die Illegalität verdrängt wurden. Das aufkommende Schlagwort "Żydokomuna" belegt, dass häufig die Juden mit den Bolschewisten gleichgesetzt und auf diese Weise diffamiert wurden. Die unterschiedlichen Strömungen und Abstufungen in den einzelnen Parteien wirkten sich auf die jeweiligen Programme aus und vermitteln dem deutschen Leser ein diffuses Bild, das ihm eine zuverlässige Orientierung über die Zielrichtungen der damaligen polnischen Gesellschaft erschwert. Hier wie an anderer Stelle hätte sich ein systematischer Überblick über die einzelnen Gruppierungen und ihre politischen Ziele empfohlen. Das gilt auch für die Rolle der nationalen Minderheiten, die nahezu ein Drittel der Bevölkerung der Zweiten Republik umfassten, wobei die der Deutschen allzu knapp beleuchtet wird. Manches bleibt hier missverständlich oder ergänzungsbedürftig. So waren die Deutschen in Posen und Pommerellen (die Schreibweise "Pomerellen" ist nicht korrekt!) in dem am 26. Januar 1919 gewählten ersten Sejm zunächst nicht vertreten, weil dort vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages nicht gewählt werden durfte. Der Hinweis, dass zu ienem Zeitpunkt nur in der Provinz Posen geborene Deutsche das Wahlrecht besaßen, bedarf einer genaueren Erläuterung. Sie konnten daher erst an den Nachwahlen im Mai 1920 teilnehmen, was die Zahl ihrer nach Warschau entsandten Vertreter auf 6 reduzierte. Zwar begründet Z. zutreffend die direkte Koppelung des Minderheitenschutzvertrages an den Versailler Vertrag mit der erforderlichen Zustimmung des Sejms zu beiden Abkommen als Voraussetzung für die völkerrechtliche Anerkennung der Zweiten Republik und stellt die Probleme des polnischen Staatsangehörigkeitsrechts mit der Frage ethnischer Identifikation heraus, sie geht aber nicht auf die Verdrängung vieler Deutscher aus dem ehemaligen preußischen Teilungsgebiet durch die polnischen Behörden ein und bezeichnet das "Optionsrecht" als Kompromisslösung, "das den Deutschen in Polen die Gelegenheit gab, sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, damit aber auch für eine Abwanderung ins Deutsche Reich zu entscheiden" (S. 180). In den meisten Fällen war die "Option" keine freiwillige Entscheidung der Betroffenen, wofür die Aufforderung, für Deutschland zu optieren, um auf diesem Weg die Einberufung zum polnischen Heer zu vermeiden, ein Beispiel ist. Auch die Liquidation und Annullierung von deutschem Vermögen und Grundbesitz als geeignete Maßnahmen zur beschleunigten Abwanderung der Deutschen klammert die Autorin aus. Ihre Feststellung, die Deutschen in Polen hätten auf die umfassendste völkerrechtliche Unterstützung bauen können (S. 179), bleibt daher zumindest diskussionsbedürftig. Leider macht sie keine Aussage, wie das im Rigaer Friedensvertrag vom 18. März 1921 verankerte Optionsrecht für die von der neuen Grenzziehung betroffene polnische bzw. russische Bevölkerung in der Praxis gehandhabt worden ist, hätte man daraus doch einen Vergleich zu den Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit ziehen können.

Trotz dieser Einschränkungen vermittelt aber das vorliegende Buch eine Fülle von bisher der deutschen Leserschaft weitgehend unbekannten Informationen, wobei der überzeugende Nachweis erbracht wird, dass die unterschiedlichen Nationsvorstellungen nicht nur aus einer ideologisch-programmatischen Publizistik, sondern vor allem aus politischen und gesellschaftlichen Praktiken abgeleitet worden sind. Auf diesem Weg kristallisiert Z. folgende drei Problemfelder des polnischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit heraus: 1. nationale und soziale Frage, 2. Umgang mit Multiethnizität - dieser erwies sich als eine der größten Belastungen des aus drei Teilungsgebieten wiederentstandenen polnischen Staates und 3. Nation und gesellschaftliche Partizipation. Als ein entscheidendes Hindernis der Nationsbildung bezeichnet sie die Eigeninteressen der durch unterschiedliche historische Entwicklungsverläufe geprägten Teilgesellschaften, die weder durch Appelle an den solidarischen Zusammenhalt der gesamten Nation noch durch staatliche Integrationsversuche von oben in Form einer "organisierten Gesellschaft" wirklich überbrückt werden konnten. Auch das von Anhängern des "volkspolnischen" Nationsentwurfs propagierte Ideal der "sozialen Demokratisierung" erwies sich als wenig hilfreich. Die gesetzlichen Regelungen im multiethnischen Bereich erwiesen sich als unzureichend, weil sie keine eindeutige Entscheidung für einen ethnischen oder einen politischen Nationsbegriff trafen und die Frage offen blieb, ob die Neugestaltung Polens als "Nationalstaat" oder "Nationalitätenstaat" erfolgen sollte. Bedenklich war, dass Probleme der Ethnisierung häufig dazu benutzt wurden, die eigene labile Identität durch Ressentiments zu stabilisieren, was sich am Beispiel der Nationaldemokratie zeigt, die viele - nicht sämtliche - Probleme auf die "jüdische Frage" zurückzuführte. Als Ursache für das Fehlen eines für die gesamte Gesellschaft verbindlichen Nationsentwurfs macht Z. nicht einen Konstruktionsfehler der Verfassungsordnung, sondern einen unbewältigten Pluralismus verantwortlich, der das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig schwächte und letztlich den Weg zum Mai-Umsturz von 1926 und zur

Diktatur Piłsudskis ermöglichte. Diese kann aber nicht als "schrankenlos" bezeichnet werden, weil Piłsudski zwar die Position des Staatspräsidenten stärkte, aber den Parlamentarismus nicht außer Kraft setzte. Trotz zahlreicher Repressionen blieb auch nach 1926 – wie die Vf.in zutreffend formuliert – ein Quantum an Pluralismus im öffentlichen Leben der Zweiten Republik gewahrt.

Im zweiten Kapitel "Von der Demokratie zum Autoritarismus" werden die Gründe für das Scheitern des vom Regierungslager der Sanacja [den Anhängern Piłsudskis] postulierten Staatsnationalismus aufgezeigt. Die durch alte und neue Feiertage, z.B. den 3. Mai zum Gedenken an die polnische Nationalverfassung von 1791 und den 11. November zur Feier der Staatsgründung der Zweiten Republik im November 1918, die Umsetzung des neuen Kurses in der Schule und die Reform der territorialen Selbstverwaltung von oben betriebene Integration hatte vielmehr eine stärkere Polarisierung der Gesellschaft zur Folge, die in dem Lagerdenken zwischen den rechten "nationalen" und den linken "volkspolnischen" Parteien zum Ausdruck kam. Die fortschreitende innergesellschaftliche Abgrenzung ließ die angestrebte nationale Einheit immer mehr als unerreichbar erscheinen. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, warum in einer Atmosphäre zunehmender Gewaltbereitschaft die rechtsextremen, vom Faschismus inspirierten Gruppierungen Polens nur eine kurzfristige Existenz hatten. Verantwortlich dafür waren traditionelle Ordnungsvorstellungen der Gesellschaft, die eng mit der römisch-katholischen Kirche verbunden waren und sich deutlich vom "Führerkult" des Nationalsozialismus distanzierten. Ein entscheidender Faktor war das ständig vorhandene Bewusstsein der Bedrohung, die von der Programmatik und Politik des Dritten Reiches ausgehen konnte. Auch der Abschluss des polnisch-deutschen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 änderte an diesen Befürchtungen nichts.

Der dritte und letzte Teil skizziert die zunehmend autoritäre Phase der Zweiten Republik von der die Rechte des Parlaments weiter beschneidenden Verfassung vom 23. April 1935, die Polen der Herrschaft von Piłsudskis Epigonen, allen voran dem Obersten Józef Beck, auslieferte, bis zum Kriegsausbruch am 1. September 1939. Beck nutzte die angespannte außenpolitische Lage, um die bisher häufig divergierende polnische Außen- und Innenpolitik auf einen Nenner zu bringen, was allerdings nicht vollständig gelang. Mit dem erklärten Ziel, Polen zur beherrschenden Kraft in einem als "Drittes Europa" bezeichneten ostmitteleuropäischen Staatenblock zu machen, der sich von den Westmächten, aber auch von der Achse Berlin-Rom deutlich abgrenzte, fand er in der polnischen Öffentlichkeit viel Zustimmung. Die wachsende Kriegsgefahr verschaffte der polnischen Armee in der Gesellschaft eine nahezu kultische Verehrung, die nach der Besetzung des Olsagebietes im Gefolge des Münchener Abkommens 1938 immer deutlicher erkennbar wurde. Die sich nach der Kündigung des polnisch-deutschen Nichtangriffspaktes durch das Dritte Reich und die britische Garantieerklärung für die Zweite Republik zuspitzende politische Lage begünstigte die Sehnsucht weiter Kreise nach einer "Kriegsnation", die die Kluft zwischen Armee und Gesellschaft überwinden konnte. Das übersteigerte Gefühl eigener Stärke sollte zu einer fatalen Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse führen, die im Hitler-Stalin-Pakt und im Einfall der deutschen Truppen in Polen sichtbar wurden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das auf der Auswertung umfangreicher, bisher weitgehend unbekannter Quellen in polnischen Archiven beruhende Buch die Kenntnisse über die inneren Verhältnisse der Zweiten Republik erweitert und gerade der deutschen Leser, der infolge der Sprachbarriere keinen Zugang zu wichtigen polnischsprachigen Informationen hat, Einblick in die komplexen Verhältnisse Polens in einer krisenhaften Zeit erhält, deren katastrophale Folgen bis in die Gegenwart spürbar sind. Stefan Hartmann

Christoph MICK, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914–1947 (Deutsches Historisches Institut Warschau. 22), Wiesbaden, Harrassowitz, 2010, 632 S., 4 Ktn., engl. u. poln. Zus.fass., ISBN 978-3-447-06193-3

Die vorliegende Monografie untersucht am Beispiel der einen neuralgischen Punkt Ostmitteleuropas bildenden Stadt Lemberg den Zusammenhang von Krieg, Nationsbildung und tiefgreifenden ethnischen Konflikten. Sie erlebte zwischen 1914 und 1947 sieben Herrschaftswechsel, die von blutigen militärischen Auseinandersetzungen begleitet waren. Die lange Friedenszeit, in der die Polen ein "polnisches Piemont", die Ukrainer ein Zentrum ihrer erwachenden Nationalbewegung und die Juden einen Schwerpunkt ihrer religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Tätigkeit in Galizien sahen, hatte mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ihr Ende gefunden. In zwei Zeitabschnitten werden für beide Weltkriege Vorkriegszeit, Krieg, Besatzung und Nachkriegszeit analysiert. Am Anfang stehen Bestandsaufnahmen Lembergs und Ostgaliziens vor 1914 bzw. 1939, um ihre demografische, administrative, politische, konfessionelle, wirtschaftliche und soziale Struktur im Habsburgerreich und in der Zweiten Polnischen Republik transparent zu machen. Hier werden die Grundlagen für die Dynamik erkennbar, die die Nationalisierung in den folgenden Kriegsund Bürgerkriegszeiten entwickelt hat. In diesen wird untersucht, wie die unterschiedlichen Besatzungsmächte die Stadt zum Objekt ihrer Zielsetzungen machten, wobei der Umgang mit den sozialen, religiösen und nationalen Konflikten das Kernproblem bildete. Ethnische, konfessionelle und soziale Aspekte prägten die Kriegserfahrungen der Bevölkerung, die aufgrund ihres komplizierten Nationalitätengefüges - 1914 stellten von den 212.000 Einwohnern die Polen etwa die Hälfte, die Juden ein knappes Drittel und die Ukrainer/Ruthenen ein Fünftel - weniger von Gemeinsamkeiten als von Gegensätzen bestimmt waren. Auch nach offiziellen Friedensschlüssen blieb Lemberg mit Gewalt und Terror konfrontiert, sorgten doch Nationsbildungs- und Partisanenkriege, begleitet von Morden, Pogromen und Massenvertreibungen, für eine feste Verankerung von Gewalt in der Erfahrung mehrerer Generationen. Schlüsselkomplexe sieht der Vf. in den eng miteinander verflochtenen Begriffen "Ethnie, Nation und Nationalismus", wobei er "Ethnie" als eine über gemeinsame Abstammungsmythen und historische Erinnerungen verfügende kulturelle Gemeinschaft, "Nation" als eine ein zusammenhängendes Territorium bewohnende Gesellschaft mit Geschichte und Kultur, gemeinsamer Wirtschaft und Massenausbildung - er hat dabei die Unterscheidung zwischen "Staatsbürgernation" und "Ethnonation" im Blick - und "Nationalismus" als "ideologische Bewegung, die Autonomie, Einheit und Identität einer existierenden oder potentiellen Nation zu erreichen oder zu bewahren sucht", definiert. Dagegen verwirft er den in einem übersteigerten Patriotismus, der Erhöhung der eigenen und der Abwertung anderer Nationen gipfelnden Nationalismusbegriff, der allerdings nicht nur für die Deutschen, sondern auch für andere Völker galt.

In seiner Studie greift Mick auf umfangreiches, bisher kaum ausgewertetes und in Deutschland nahezu unbekanntes Quellenmaterial vor allem in ukrainischen, polnischen und russischen Archiven zurück. Erwähnt seien das Zentrale Historische Staatsarchiv der Ukraine in Lemberg, das Lemberger Gebietsarchiv, das Hauptarchiv Neuer Akten in Warschau und das Russische Militärische Staatsarchiv in Moskau. Daneben wurden die Bestände des deutschen Bundesarchivs, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Berlin und des Haus-, Hof- und Staatsarchivs Wien berücksichtigt. Beeindruckend ist die Vielzahl der gedruckten Quellen, unter denen die Memoiren und Tagebücher als Augenzeugen- und Erlebnisberichte ihren besonderen Stellenwert haben, wie auch die thematisch breit gefächerte Sekundärliteratur, in der neben deutsch- und englischsprachigen Titeln vor allem polnische

Veröffentlichungen dominieren, während solche in ukrainischer und russischer Sprache zahlenmäßig zurücktreten. Leider fehlt bei Titeln in slawischen Sprachen häufiger die entsprechende deutsche Übersetzung. Zu Recht sieht der Vf. ein erhebliches Hindernis in dem Umstand, dass sich jüdische Historiker vornehmlich mit den Lemberger Juden, ukrainische mit den Lemberger Ukrainern und polnische mit den Lemberger Polen befassen und die anderen Nationalitäten nur in Relation zur eigenen Gruppe wahrnehmen, wird dadurch doch ein ausgewogener Blick auf den spezifisch multiethnischen Charakter der Stadt verstellt. Zur Beseitigung dieses Defizits trägt er durch Vermittlung auf Quellen basierender, detaillierter Informationen bei, die durch die übersichtliche Gliederung in neun Hauptkapitel, die chronologisch angeordnet und in sich nach sachlichen Gesichtspunkten behandelt werden, dem Leser eine rasche Orientierung ermöglichen. Diesem Zweck dienen auch die zahlreichen Tabellen, die die enge Verflechtung von Konfession und Nationalität erkennen lassen. So waren die Polen römisch-katholisch und die im Habsburgerreich und in der Zweiten Polnischen Republik als Ruthenen bezeichneten Ukrainer griechisch-katholisch, d.h. uniert, während orthodoxe Ukrainer erst infolge der russischen Besetzung Lembergs 1914/15 und vor allem der sowjetischen Okkupation in und nach dem Zweiten Weltkrieg an Gewicht gewannen. Bemerkenswert ist, dass in dem zwischen den Fronten der Polen und Ukrainer stehenden Lemberger Judentum zumindest in zionistischen Kreisen das nationale Bewusstsein zunahm, dieses aber niemals wegen der wachsenden antisemitischen Stimmung der polnischen und ukrainischen Bevölkerung, die sich häufig in blutigen Pogromen mit zahlreichen Morden und Verwüstungen entlud, eine wirkliche Chance zur Entfaltung erhielt. Diese Einstellung machte sich nach der Ende Juni 1941 erfolgten deutschen Besetzung Lembergs die rassistische NS-Vernichtungspolitik zunutze, die häufig unter Verwendung ukrainischer Hilfspolizisten innerhalb von zwei Jahren nahezu die gesamte dortige jüdische Bevölkerung ermordete.

Neben der tragischen Geschichte der Lemberger Juden, die sich als roter Faden durch die hier vorgestellte Publikation zieht, weist M. dem polnisch-ukrainischen Krieg 1918/19 und besonders dem Kampf in und um Lemberg im November 1918, der auf beiden Seiten zu einer Mythisierung der Ereignisse führte und zur Festigung des eigenen Nationalbewusstseins beitrug, eine Schlüsselposition zu. Schwerer als die siegreichen Polen, die unter Einheit nur die ihrer römisch-katholischen Nation verstanden, hatten es die Ukrainer, die eine "Kultur der Niederlage" entwickelten, um eine Grundlage für zukünftige Erfolge zu schaffen. Die These des Vf.s, antijüdische Ressentiments während des Krieges von 1918/19 hätten bereits eine "rassistische Färbung angenommen", bedarf der Relativierung, weil der in der Auslöschung des Judentums gipfelnde "biologische Rassismus" der Nationalsozialisten erst nach der deutschen Herrschaftsübernahme im Zweiten Weltkrieg praktiziert worden ist.

Aufschlussreich sind die bisher weitgehend unbekannten Informationen über die demografischen, politischen und ökonomischen Folgen des Krieges von 1918/19. Bei der Volkszählung von 1921, die erstmals verlässliche Daten zur Nationalität enthält – vorher wurde nur nach der Religionszugehörigkeit gefragt –, bekannten sich 62,4 Prozent der Lemberger zur polnischen, 9,2 Prozent zur ruthenischen, 27,6 Prozent zur jüdischen und nur 0,8 Prozent zur deutschen Nationalität. Trotz Verringerung der Zahl der Unierten gegenüber dem Jahr 1910 vollzog sich bis 1921 ein bedeutendes Wachstum des ukrainischen Nationalbewusstseins. Den Statistiken der Stadtverwaltung lassen sich auch interessante Angaben über die unterschiedliche Lesefähigkeit der einzelnen Nationalitätengruppen entnehmen, die bei den Polen am höchsten und bei den Ruthenen am niedrigsten war, während der jüdische Anteil dazwischen lag. Dass aus den Konversionen die Römisch-Katholische Kirche die meisten Vorteile zog, während die Unierten die größte Zahl der Abgänge zu verzeichnen hatte, ist vor allem auf den Übergang Lembergs an Polen nach 1918 zurückzuführen. Ein

Vergleich der Lemberger Beschäftigungsstruktur von 1921 und 1931 verdeutlicht, dass Handel und Industrie dominierten, während die Landwirtschaft nur von geringer Bedeutung war. Trotz einer Reihe von Privilegien, u. a. der Einrichtung einer Ostmesse, konnte Lemberg nicht mit Großstädten in den polnischen Westgebieten, z. B. Posen, konkurrieren und seine Strukturprobleme nicht lösen. In welchem Maß sich die polnische Minderheitenpolitik negativ auf das Bildungswesen auswirkte, erhellt M. am Beispiel der Lemberger Universität. Hier waren 1919 alle ukrainischen Lehrstühle liquidiert worden, was viele ukrainische Studenten zum illegalen Studium an einer geheimen Hochschule veranlasste. Die Zahl der studierenden Juden wurde durch Diskriminierungsmaßnahmen wie die Einrichtung von separaten "Ghettobänken" und die Einführung eines "Numerus Clausus" drastisch beschränkt. Es kam zwar vielerorts zu einer äußerlichen Polonisierung der jüdischen Bevölkerung und zum Rückgang der Bedeutung des Jiddischen, gleichzeitig gewann aber die zionistische Bewegung an Einfluss.

Die hier sichtbaren instabilen Verhältnisse beförderten nach Einmarsch der russischen Truppen am 23. September 1939 die Sowjetisierung und Ukrainisierung, die von der Lemberger Universitätsdozentin Karolina Lanckorońska in ihren Erinnerungen eindrucksvoll beschrieben werden und von Verhaftungen und Deportationen begleitet wurden, die beginnende Zwangskollektivierung konnte aber wegen der Besetzung Lembergs durch deutsche Truppen Ende Juni 1941 zunächst nicht zum Abschluss gebracht werden. Hauptleidtragende waren nun die Juden, die der Kooperation mit dem Bolschewismus bezichtigt und völlig eliminiert wurden, aber auch die Polen und Ukrainer hatten unter der deutschen Okkupation Tausende von Opfern zu beklagen, zu denen der frühere polnische Ministerpräsident Kazimierz Bartel, ein enger Vertrauter Piłsudskis, gehörte. Die auf bisher unbekannten Quellen beruhenden dichten Informationen beschreiben die Auswüchse der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in Lemberg in allen Einzelheiten und gehören zu den Höhepunkten der hier vorgestellten Publikation.

Nach der Ende Juli 1944 erfolgten Wiedereinnahme der Stadt durch die Russen wurden die Sowjetisierung und Kollektivierung nach Maßgabe Stalins mit aller Brutalität durchgesetzt, wozu auch die mehrere Jahre benötigende Zerschlagung aufständischer ukrainischer Partisanenarmeen gehörte. Bereits im November 1944 hatten die Regierungen der Ukrainischen und Weißrussischen Sowjetrepubliken und das kommunistische Lubliner Komitee einen umfassenden Bevölkerungsaustausch beschlossen, der 1945/46 zur Zwangsaussiedlung der Polen hinter die neuen polnischen Grenzen und im Gegenzug zur Abschiebung der Weißrussen und Ukrainer aus Polen in die entsprechenden Sowjetrepubliken führte. Mit dieser Maßnahme hatten die Sowjets vollendete Tatsachen geschaffen, die möglichen späteren Versuchen Polens, seine östlichen Gebiete wiederzuerlangen, den Boden entzog. Hier zeigt sich, dass die auf der Potsdamer Konferenz sanktionierte Vertreibung von Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten von der stalinistischen Politik bereits an anderer Stelle praktiziert worden war und nun im größeren Maßstab umgesetzt wurde.

Mit Recht lässt sich von der vorliegenden Publikation sagen, dass sie den bisherigen Forschungsstand bedeutend erweitert, indem sie nicht nur die interethnischen Beziehungen Lembergs im Kontext von Krieg oder Bürgerkrieg, sich immer wieder ablösenden fremden Besatzungen und den damit verbundenen Gewalttaten sowie den unterschiedlichen Herrschaftskonzepten mit allen gesellschaftlichen Folgen dank breiter erschlossener Quellen erhellt, sondern auch die Erfahrungsgeschichte der Polen, Juden und Ukrainer mit den Ereignissen jener schicksalhaften Zeit in den Mittelpunkt stellt. Insofern erhält das Buch, das durch vier Karten ergänzt und einen kombinierten Personen- und Ortsindex erschlossen ist, für die Geschichtsforschung richtungweisende Bedeutung.